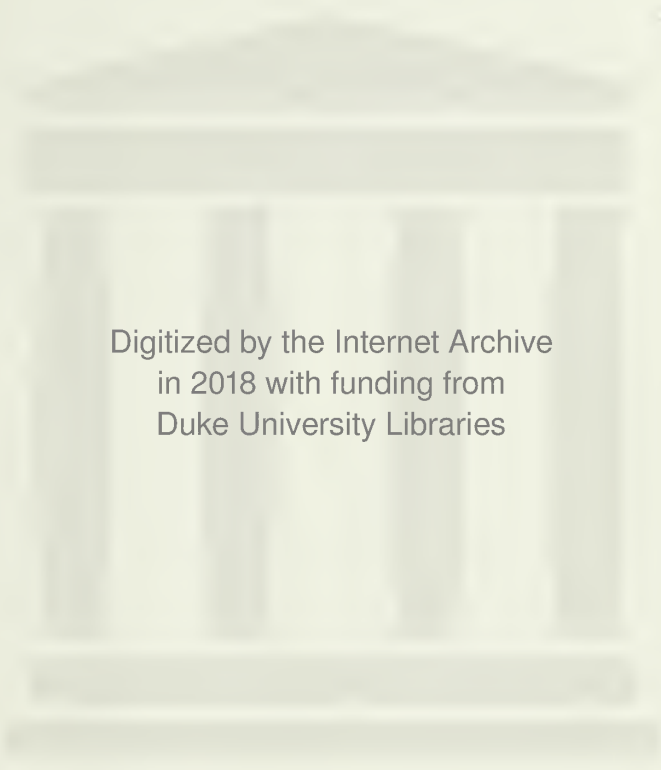


DUKE
UNIVERSITY



LIBRARY



Digitized by the Internet Archive
in 2018 with funding from
Duke University Libraries



Am. 18. 22

Verf. G. W. Th. B.
Preis 1.50

S e r i c h t i g u n g

von

Unwahrheiten etc.

in den

Erinnerungen des Fürsten Bismarck

und

Deutsches Rechtsbewußtsein

von

von Diest-Daber.

Alle Rechte vorbehalten.



Zürich.

Verlag von Caesar Schmidt.

1899.

Motto:

Die Wahrheit wird an das Licht kommen
und wird siegen.



725.243
B 622 DI

I. Vorwort.

Der bereits früher angekündigte zweite Teil der im Juni 1897 erschienenen Schrift „Bismarck und Bleichröder“ war bereits nach Jahresfrist so gut wie druckfähig vorhanden. Seine Herausgabe wurde aber infolge des inzwischen eingetretenen Todes des Fürsten Bismarck von dem Verfasser beanstandet, da es demselben geboten erschien, möglichste **Echonung** der Person des Fürsten Bismarck zu üben, daher mildernde Änderungen vorzunehmen und nur **Thatsachen ohne Kritik** sprechen zu lassen.

Der vor 25 Jahren begonnene Kampf für die **Ehrenhaftigkeit in Deutschland**, für Erhaltung und Stärkung eines unantastbaren **deutschen Richterstandes** und einer festen, den Gesetzen des Landes entsprechenden **deutschen Rechtsprechung** darf deshalb aber nicht aufgegeben werden. —

Wenn es möglich werden sollte, daß die Gerichte des Landes sich von Politik und Machteinflüssen leiten ließen, so sind wir nach nahen Beispielen auch in Deutschland verloren! —

Diese einleitenden Worte hatte ich bereits geschrieben, als die beiden Bände der „Erinnerungen des Fürsten Bismarck“ in meine Hände gelangten.

Längere Zeit bin ich schwankend gewesen, ob ich überhaupt noch mich äußere oder nicht lieber, und für mein Alter auch

bequemer, **ganz schweigen sollte**. Man hielt mir mit Recht entgegen, daß es keine größere Genugthuung für mich geben könne, als wenn **nach den Thatfachen, welche ich bereits veröffentlichte**, alle genannten Personen **schweigen**. Das ist richtig. Allein es handelte sich um keine Personen mehr — nicht um Bismarck, Bleichröder oder mich — sondern um das theure **deutsche Vaterland!** Zwei Gründe sind es vorzugsweise, welche für mich entscheidend sind und in mir nach ruhiger gewissenhafter Prüfung den festen Entschluß hervorbringen mußten, **nicht** zu schweigen.

Es ist durch **Thatfachen** festzustellen,

daß die versuchten und verderblichen Einflüsse der Geldmächte auf die Ehrenhaftigkeit des deutschen Beamtenstandes und auf viele Gesellschaftskreise seit langer Zeit vorhanden sind, und

daß auch die Integrität des deutschen Richterstandes und der deutschen Rechtsprechung Gefahr laufen könnte, Machteinflüsse auf sich wirken zu lassen.

Mir ist nicht bekannt geworden, wie Seine Majestät der Kaiser und König über das Hineinziehen der Kaiserlichen Familie in den „Erinnerungen des Fürsten Bismarck“ in die Öffentlichkeit denkt. Dennoch drängt es mich, **Zeugnis** dagegen abzulegen — ebenso auch gegen die offenbaren **Unwahrheiten**, welche die Erinnerungen gegen von mir verehrte Männer, gegen die konservative Partei, gegen das Centrum und gegen die Declaranten enthalten. Bei der Autorität des Fürsten Bismarck und bei der massenhaften Verbreitung, welche sein Erinnerungswerk gefunden hat, **darf** dies nicht unwiderprochen bleiben und es muß verhindert werden, daß es nicht als historische Wahrheitsquelle für die Zukunft gilt.

Mit schmerzlichster **Enttäuschung** habe ich, und viele mit mir, Kenntniss genommen von der Pietätlosigkeit und Überhebung, welche aus dem Buche sprechen. Die Schilderungen von den Differenzen in der Familie unseres Kaiserhauses, insbesondere von den Charakterzügen der Kaiserin Augusta, des Kronprinzen und seiner Gemahlin und auch von der so oft mißbrauchten Güte des Kaisers Wilhelm I., spotten jeder Beschreibung und müssen das Herz jedes ernst

Patrioten schmerzen und tief entrüsten! Und **welchen Zweck und Nutzen** soll diese anmaßende Kritik unseres Hohenzollern-Hauses haben?! Geschichtlichen Nutzen für das deutsche Vaterland wahrlich **keinen** und Zweck für den Darsteller — selbst in möglichst glänzendem Lichte zu erscheinen. —

Solche Schilderungen des Charakters der Kaiserin Augusta, wie sie durch mehrere Kapitel hindurchgehen, die Behandlung des Kronprinzen in der „Episode von Danzig“ (Teil I, Seiten 316 bis 330), die Konflikte mit dem Minister von Schleinitz, dem Unterstaatssekretär von Gruner, Grafen Harry Arnim, Grafen Golz und Ugedom zc. in ihrer Verbindung mit den Mitgliedern des Hohenzollern-Hauses und das Verhüten des Fürsten Bismarck damit, daß er seinen Willen gegen den Willen Seiner Majestät des Kaisers Wilhelm I. durchgesetzt habe,

gehören nicht in die Öffentlichkeit!!

Fürst Bismarck spricht oft von „Indiskretionen“ und hat den armen Professor Dr. Geffken wegen Veröffentlichung einiger Teile des Tagebuchs des Kaiser Friedrich grausam verfolgen lassen. Wo bleibt **bei ihm** die Diskretion?! Außerdem behaupten die freisinnigen Blätter jetzt, daß die Angaben des Fürsten mit den Angaben in jenem Tagebuch nicht übereinstimmen und verlangen die authentische Veröffentlichung des letzteren. — —

Es ist eine Charakter-Eigentümlichkeit des Fürsten Bismarck, Personen, welche nach oben Einfluß zu gewinnen oder gar Nachfolgerschaft zu erstreben scheinen, gewaltsam zu verfolgen. Er duldet weder Einfluß, noch Charaktere neben sich und hat daher vielfach Charakterlosigkeit geschaffen.

Ich bin nun gezwungen, die **Schonung** der Person des Fürsten Bismarck, der **selbst schonungslos** ist und dabei in vielen Punkten **wahrheitswidrig** verfährt, aufzugeben. —

Einen Platz mag hier noch die eigene Beschreibung Bismarcks seiner ersten Begegnung mit der Kronprinzessin im Jahre 1859 finden, welche (Seite 150, Teil I) dahin kulminiert: „Sie traue mir nicht!“ und bei einer ferneren

Gelegenheit im Jahre 1866 mehr scherzhaft: „Ich hätte den Ehrgeiz, König zu werden oder wenigstens Präsident einer Republik.“

Dieser Charakteristik ist nichts hinzuzusetzen.

Meine Erwartung, daß von der dem Fürsten im Juni und Juli 1897 in 2 Exemplaren vom Verlag in München und in Leipzig eingeschrieben zugegangenen Druckschrift, Bismarck und Bleichröder, in welcher ich ihn grober Unwahrheiten und Verleumdungen, die in einem dem Kammergericht eingereichten Schriftstück gegen mich begangen wurden, beschuldige, Notiz genommen werden würde, ist nicht in Erfüllung gegangen. Im Gegenteil werden unter gänzlicher Nichtachtung ihres Inhalts neue unwahre Beschuldigungen gegen die konservative Partei, gegen meinen von mir hochverehrten Onkel, den früheren Cabinetsminister und Minister des Innern Ernst von Bodelschwingh, gegen seinen Bruder, den früheren Finanzminister Carl von Bodelschwingh, und gegen mich gerichtet.

Da unsere **Namen** mehrfach genannt werden, so erwächst für mich, als einem der wenigen noch lebenden Augen- und Ohrenzeugen, **die heilige Pflicht, schonungslos die Wahrheit aufzudecken**, wie dies vorläufig nur in nachstehenden Punkten geschieht.

Meine bereits im Jahre 1874 in Berlin bei Puttkammer und Mühlbrecht erschienene Schrift: **„Geldmacht und Sozialismus“** enthält im Eingange folgende Worte:

„Wie es keinem Zweifel unterliegt, daß ganz Deutschland dem Fürsten Bismarck für die eminenten Erfolge seiner **äußeren** Politik zum höchsten Danke verpflichtet ist, so fallen andererseits auf seine **innere** Politik, die seit einigen Jahren in einem Übergangsstadium begriffen ist, Schlag Schatten, nach denen die Befürchtung nahe liegt, daß sie leicht jene äußeren Erfolge verdunkeln, ja zum großen Teile vernichten können.

Denn was helfen die **äußeren** Erfolge, wenn der **innere Halt** und die **Zucht** verlorengehen! Für die religiösen und sittlichen Fundamente des deutschen Volkes drohen in der gegenwärtigen Situation solche Gefahren; — wer wollte das leugnen? —

Die Richtung, welche die Gesetzgebung und das Regierungssystem gewonnen haben, vergrößern nach unserer Ansicht diese Gefahr und beschleunigen die Zersetzung.

Täuschen wir uns doch nicht darüber. — Die Zeit, in welcher wir leben, hat in manchen Beziehungen große Ähnlichkeit mit der, welche der französischen Revolution vorausginge. Auch damals Feindschaft gegen das Christentum, Geldmachtschwindel, Korruption, Agitationen der Massen und keine haltbare Organisation dagegen durch die Regierung und Gesetzgebung.

Nur können wir noch die Hoffnung gleich hinzufügen, daß **das Haus der Hohenzollern** dem rechtzeitig einen kräftigen Widerstand entgegengesetzt wird, und daß **das deutsche Volk** mit Gottes Hilfe die Kraft haben wird, sich vor dem Abgrunde zu bewahren, in welchem damals Frankreich versank.

Vor länger als 20 Jahren haben wir bereits den Kampf gegen die entsittlichenden Geldmächte aufgenommen, denen sich jetzt die soziale Frage zugesellt.

Was die letztere anbetrifft, so sind wir der Ansicht, daß einerseits die Regierung der gewerbetreibenden Arbeiter-Bevölkerung durch starke Organisation ihres ständischen Haushaltes ein warmes Interesse zu widmen, also auch alles energisch zu bekämpfen hat, was **mit Recht** Grund zur Unzufriedenheit, andererseits aber auch **Zucht** durch die Gesetzgebung und Exekutive zu üben ist.

Es entrollt sich aber leider ein Bild vor uns, wie die **Zuchtlosigkeit** im Lande schnelle Fortschritte macht und die **Macht des Geldes** entsittlichend auch in unserem Vaterlande einwirkt, die **Gleichheit vor dem Gesetze** untergräbt und alle **Kreise der Gesellschaft**, auch die **Volkvertretungen** mehr und mehr aufrührt.

Als **ernste heilige Aufgabe** erscheint es, wachsam zu sein gegen diese immer mehr andringenden Feinde! **Der Goldhydra**, aus welcher der Sozialismus mit hervorgegangen ist, ist **rücksichtslos** auf den Kopf zu treten. Die Geschichte anderer europäischer Länder, insbesondere aber auch die Vorgänge in Amerika, enthalten für Deutschland eine dringende Mahnung!

Zur Erreichung großer Ziele ist **rücksichtsloses** Eingreifen mitunter geboten. **Falsche** Rücksichten schädigen nicht selten die Interessen des Landes!"

Solche **Rücksichtslosigkeit** muß ich jetzt walten lassen, um klarzulegen, daß Bedemeyer und ich **nur aus Vaterlandsliebe** handelten und daß unser Vorgehen ein vollberechtigtes war. —

Die **wahre** Treue gegen Kaiser und Reich kann unter Umständen darin bestehen: **rücksichtslos die Wahrheit aufzudecken!** Solche Umstände liegen in m. G. hier vor. Ein wohlunterrichteter Mann äußerte einmal: „Er glaube, daß in der Umgebung des Kaisers jemand sein müsse, der uns (Agrarier) verleumde.“ Ich weiß darüber nichts genaues, aber es gilt: „Ad Cacsarem melius informandum“.

Um ferner darzuthun, in welchem Geiste die jetzige Schrift geschrieben ist, lasse ich die nachstehende Erklärung hier folgen, deren Aufnahme die Redaktion der „Deutschen Tageszeitung“ bisher abgelehnt hat und die ich aus besonderer Rücksicht einem anderen Blatte noch nicht übergab.

Anregung von Bedenken gegen die Leitung der
„Deutschen Tageszeitung.“

„Mehrfacher Anregung folgend, bitte ich ergebenst, der nachstehenden Erklärung Aufnahme in der „Deutschen Tageszeitung“ zu dem Zweck zu gewähren, die darin ausgesprochenen Gedanken der Redaktion und den Lesern der Zeitung zur ernstern Erwägung zu empfehlen.

1. Die „Deutsche Tageszeitung“ soll vorzugsweise die **wirtschaftspolitischen** Ziele des Bundes der Landwirte klarstellen und vertreten. Die Direktive, welche sie der f. g.

„höheren“, besonders der auswärtigen Politik der Regierung in ihren Zeitartikeln zu geben bestrebt ist, ist **nicht** ihre Aufgabe.

2. Seit der Entlassung des Fürsten Bismarck hat aber die ganze Tendenz der Zeitung eine fast krankhafte, diesen Staatsmann in allen Richtungen verherrlichende Tendenz angenommen, welche einerseits in wirtschaftspolitischer Beziehung der geschichtlichen Wahrheit nicht entspricht und andererseits eine **andauernde auf das Entschiedenste zu mißbilligende Demonstration** gegen die Allerhöchste Stelle enthält!

Die Mißstimmung über dieses Verhalten, welches mir vielfach als „allgemeine Bismarck-Krankheit“ bezeichnet wurde, unter vielen Lesern der Zeitung ist so groß geworden, daß ein Krach im Abonnement bevorstehen durfte, wenn nicht schleunigst Wandel geschaffen wird.

3. Daß ich unter Umständen, — wenn es die Abwehr ungerechtfertigter „gemeingefährlicher“ Angriffe gegen den von mir hochgeschätzten Bund der Landwirte gilt, ein derbes, ja drastisches Wort nicht schene, ist bekannt, aber **die Art**, wie jetzt in den Zeitartikeln der „Deutschen Tageszeitung“ über die Maßnahmen der Reichsregierung mitunter Kritik geübt wird, ist zu stark, ja fast unerträglich. So wird z. B. der Zeitartikel in Nr. 222 vom 13. Mai: „Die ländlichen Arbeiter“ mit folgenden Worten eingeleitet.

„Seit dem Abgange des Fürsten Bismarck ist die Landwirtschaft das Stiefkind der Gesetzgebung geworden. Die läppischen Hände, welche die Zügel des edlen Rosses Politik ergriffen, lenkten es auf falsche Wege und schließlich in eine Sackgasse, aus welcher herauszukommen, man jetzt in Regierungskreisen einige schwächliche Bemühung anstellte etc.“

Sind Mißgriffe vorgekommen, so darf die Redaktion nicht vergessen, daß sie über die Regierung **Seiner Majestät des Kaisers und Königs eine solche Kritik übt!**

Vergleichen darf in Preußen nimmermehr ungerügt bleiben! Ob man in Sachsen* hierin duldsamer ist, ist mir unbekannt. Außerdem ist zu bemerken, daß gerade Fürst Bismarck seit 1873 den Sturz der deutschen Landwirtschaft eingeleitet hat.

* Anmerkung: Der Chef-Redakteur der „Deutschen Tageszeitung“ ist

4. Die Redaktion der „Deutschen Tageszeitung“ hat der vor kurzem erschienenen „Erinnerungen des Fürsten Bismarck“ nur rühmend gedacht und mit keinem Worte gerügt, in welcher Weise die Glieder der kaiserlichen Familie darin öffentlich preisgegeben werden. Ich fühle mich gedrungen, dagegen Zeugnis abzulegen und wird dies in nächster Zeit noch anderweitig geschehen.

5. Ebenso bedürfen die vielen **harten** Urteile und **unwahren** Angaben in jenen „Erinnerungen“ der Berichtigung, welche auch demnächst erfolgen wird. —

6. Die **Ungerechtigkeit des Urteils** über den Grafen Caprivi im Vergleich mit dem über den Fürsten Bismarck muß auch erwähnt werden. Ich beklage tief die Schädigungen, welche auch Graf Caprivi in wirtschaftspolitischer Beziehung der deutschen Landwirtschaft zugefügt hat, aber **das** Zeugnis kann ihm nicht versagt werden, daß er sich in ruhiger, vornehmer Weise zurückzog. Ob dies von dem Fürsten Bismarck in gleicher Weise gilt, will ich hier nicht erörtern.

Die „Deutsche Tageszeitung“ rügte die **Indiskretion** als einige unschuldige Briefe des Grafen Caprivi veröffentlicht wurden, welche nur eine leise Andeutung von der Mammonsgefahr des Fürsten Bismarck enthielten. Von den vielen Indiskretionen des letzteren sagte sie nichts, ja sie lobte früher sogar die m. E. unverantwortliche Veröffentlichung des geheimen Vertrages mit Rußland.

Zu alle dem **kann** man bei scharf ausgebildetem Rechtsbewußtsein auf die Dauer nicht schweigen.“

Daber, den 26. Mai 1899.

von Diest-Daber.

Zunächst sollen hier die folgenden Zeilen aus der bisher von der gesamten deutschen Presse mit wenigen Ausnahmen **totgeschwiegenen** Schrift „Bismarck und Bleichröder“ Platz finden. *)

Die von dem Fürsten Bismarck im deutschen Reichstage bei Gelegenheit der Beratung des Etats von Elsaß-Lothringen im Jahre 1874 gehaltene Rede enthält die folgenden Sätze:

*) Anmerkung. Seiten 9 und 10 l. c.

„Ich schätze an dem ganzen Regime der neueren Zeit nichts so sehr, als **die absolute Öffentlichkeit und es soll kein Winkel des öffentlichen Lebens dunkel bleiben.**“
sowie:

„Ich bin dankbar für die schärfste Kritik, wenn sie nur sachlich bleibt.“

Unter Bezugnahme hierauf hatte ich dem Fürsten, mit welchem ich in meiner Abgeordnetenzeit in mehrfachen Beziehungen, sowie in persönlichen und brieflichen Verkehr gestanden, am 2. Dezember 1874 geschrieben:

„Euer Durchlaucht letzte im Reichstag gehaltene Rede enthält folgende Sätze: (es folgen obige Sätze.)

„Diese Aussprüche bestimmen mich, einen letzten Versuch zu machen, ob **durch eine offene Aussprache** eine Verständigung mit Euer Durchlaucht möglich ist. Ich betrachte **Sie selbst** durch verschiedene Thatsachen als in Verbindung mit der Geldmacht und bin bereit, Ihnen Einiges darüber männlich offen, Auge in Auge zu sagen, wenn es Ihnen genehm ist.

Deshalb werde ich morgen Abend 7 Uhr nach Berlin kommen und bitte mich dort (Hindessin Straße 8, per Adr. Lieutenant von Dieft) über Ihre Intentionen in Kenntnis zu setzen.“

Daber, den 2. Dezember 1874.

Mit größter Ehrerbietung

Euer Durchlaucht gehorsamster
von Dieft=Daber.

Hierauf erfolgte folgende Antwort:

„Euer Hochwohlgeboren beehre ich mich im Auftrage des Fürsten Reichskanzlers ganz ergebenst zu benachrichtigen, daß derselbe sich sehr freuen würde, wenn Euer Hochwohlgeboren auf der heutigen Reichstags-Soiree sein Haus besuchen wollten, daß der Fürst aber aus Rücksicht auf Zeit und Kräfte auf andere Diskussionen, als dienstlich notwendige, einzugehen nicht in der Lage ist.“

Berlin, den 5. Dezember 1874.

Mit der ausgezeichnetsten Hochachtung
W. Gulenburg.

Nach Empfang dieses Briefes holte ich den Rat des Feldmarschalls Grafen Moltke und des mir befreundeten Generals der Infanterie von Schwarzhoff darüber ein, ob ich der qu. Einladung folgen könne, wenn gleichzeitig auf eine **solche** Eröffnung in dem Einladungsschreiben das Eingehen auf die Sache, um welche es sich handle, abgelehnt würde. Beide waren übereinstimmend der Ansicht, daß ich hingehen müßte, weil der Fürst nicht werde ausweichen können, vielmehr wohl ein Gespräch unter vier Augen verabreden würde. Graf Moltke fügte noch hinzu, daß dies Gespräch sehr interessant sein werde.

Ich wurde von dem Fürsten und der Fürstin mit besonderer Freundlichkeit empfangen, ersterer lehnte aber, trotz wiederholter eindringlicher Bitten, ein Gespräch unter 4 Augen ab, weil er nervenkrank sei, solche Gespräche mit mir nach früheren Erfahrungen mehrere Stunden dauerten und ihn aufregten, so daß er hinterher nicht schlafen könne.

Hierauf schrieb ich dem Fürsten Bismarck von Daber aus den folgenden Brief, von welchem ich den beiden oben-erwähnten Generalen Abschrift sandte.

Daber, den 11. Dezember 1874

Guer Durchlaucht

sind einer Unterredung mit mir auf Grund meines gehorsamsten Schreibens vom 2. d. Mts., in welcher es sich um sehr ernste, Ihre Person betreffende Dinge gehandelt haben würde, **ausgewichen**. Ich konstatiere dies nur, ohne zunächst weitere Folgen daran zu knüpfen.

Denn ich diene nur dem Interesse des Vaterlandes und letzteres würde ich in diesem Momente schädigen, wenn ich es zu einem öffentlichen Gloriat kommen ließe. Persönlicher Angriff und Intriguen liegen mir fern. Andererseits kann ich infolge persönlicher Anschauung nicht zugestehen, daß Ihre Nerven so angegriffen sein sollten, daß Sie mich nach einer Eröffnung, wie sie mein Brief vom 2. d. Mts. enthält, nicht hätten anhören müssen.

Das Deutsche Reich ist vorzugsweise durch die alten preussischen Traditionen **Gottesfurcht, Zucht, Ehrenhaftigkeit,**

entstanden. Es kann nur bestehen bleiben, wenn diese hochgehalten werden!

Betrachten Euer Durchlaucht dagegen die sozialen Ereignisse und die Wirkungen der neueren Gesetzgebung, betrachten Sie die geringe Zahl von Tausen in Berlin und anderen großen Städten seit dem 1. Oktober 2c. — (das beginnende Heidentum) — und Sie werden selbst sagen müssen, daß es nicht so weiter gehen kann. Man hat sich über die Wirkung des Civilstandes-Gesetzes, welches nach allen Seiten hin leichtfertig und ohne die vorbereitend nötigen Schritte in das Leben gesetzt wurde, getäuscht. Ohne Religion kann kein Volk, keine Armee bestehen! ohne Taufe kein Christentum! ohne Taufe keine Konfirmation, kein Eid, kein Sakrament!

Schelten Euer Durchlaucht mich nicht, daß ich nochmals in Ehrerbietung offen zu Ihnen rede, aber ich kann nicht anders!

Die Verantwortung, welche Sie vor Gott, vor dem Vaterlande und auch vor Seiner Majestät dem Kaiser und Könige tragen, ist groß! Gott möge Ihnen das Einlenken von dem betretenen Wege erleichtern. Vor Seinen Augen sind wir alle nur Atome in der menschlichen Gesellschaft! Es ist nur ehrenwert, wenn ein deutscher Mann rechtzeitig noch sagt: ich habe mich geirrt, ich sehe dies ein und lenke daher ein. —

Wie weit die **Geldmacht** bei uns schon vorgeschritten ist, werden Euer Durchlaucht aus eigener Erfahrung wissen. Bezeichnend ist dabei die offene Äußerung des Chef-Redakteurs der Nationalzeitung gegen mich, welche er, die Kritik meiner Schrift: „Geldmacht und Sozialismus“ gewissermaßen entschuldigend, that:

„Er habe keinen einzigen Unterredakteur, der nicht gründe und abhängig von der Börse sei, und auf den er sich also verlassen könne.“

Und diese Leute — (cf. von Ohlendorf in Hamburg und Genossen) — machen jetzt durch die Norddeutsche — Allgemeine — die öffentliche Meinung

Rehren Euer Durchlaucht rechtzeitig noch um — (es werden Ihnen auch eine große Zahl Nationalliberaler jetzt folgen) — und es kann noch alles gut werden, denn wir haben an Klarheit über unsere Zustände gewonnen.

Werde ich einer Antwort für unwert gehalten, so be-
scheide ich mich dessen; — vielleicht sagen sie aber doch noch
einst: Der Dieft hat es doch treu gemeint und in manchem
Recht gehabt.

Ohne den Willen des Allmächtigen Gottes fällt kein
Haar von unserem Haupte. Er lenke Ihre Schritte!

Mit größter Ehrerbietung

Euer Durchlaucht ganz ergebenster
von Dieft-Daber.

Eine Antwort erhielt ich nicht.

Der Versuch, den Fürsten Bismarck durch eine offene
mündliche Aussprache vor den Folgen der Situation zu
warnen, in welche er durch seine intimen Beziehungen mit
Bleichröder geraten war, ging hervor aus der festen von
vielen wohldenkenden Männern thatsächlich gewonnenen Über-
zeugung,

daß **die Gefahren**, welche für Deutschlands Ehren-
haftigkeit und für das gesamte Staatswohl
daraus hervorgehen mußten, wenn der erste
Staatsmann des deutschen Reiches dem ersten
Bankier und Großjuden Generalvollmacht für
seine gesamte Vermögensverwaltung erteilte,
wie dies geschehen war, **enorm groß und unver-
meidlich waren.**

Der Versuch der Trennung mißlang und **die Gefahren**
sind nach und nach lawinenartig **gewachsen!** — — nachdem
durch die Verbindung Bismarck und Bleichröder und durch
von dem Fürsten selbst zugegebene Streben nach Reich-
tum seine ganze innere Politik eine unheilvolle Wendung
nahm. —



II. Notgedrungene und unvermeidliche Berichtigungen von Unwahrheiten in den „Erinnerungen“ des Fürsten Bismarck.

Die Berichtigungen, zu welchen Fürst Bismarck durch die Veröffentlichung seiner „Erinnerungen“ mich zwingt, nachdem dieselben, wie versichert wird, von ihm persönlich geprüft wurden, sind die folgenden:

1. Meine dem Fürsten Bismarck im Juli 1897 eingeschrieben zugelangene Druckschrift „Bismarck und Bleichröder“ enthält in den Seiten 102 bis 104:

Sub. 8. Das Verfahren des Fürsten gegen meinen Onkel, den Kabinettsminister und Minister des Innern Ernst von Bodelschwingh.

Pöschinger giebt in den von ihm herausgegebenen Tischgesprächen 1889 des Reichskanzlers, Seite 247, Folgendes an:

„22. Februar 1889 erstes parlamentarisches Diner, wozu 41 Abgeordnete sämtlicher Parteien des Landtages geladen waren Auch eine Reihe interessanter Erinnerungen aus dem Jahre 1848 wurden vom Fürsten wachgerufen, insbesondere bemerkte er, daß der Befehl zur Zurückziehung der Truppen, **wie er sicher wisse**, von Bodelschwingh veranlaßt worden sei. Bodelschwingh habe den Erlaß der Proklamation **durchgesetzt** und sei dann mit derselben zum General von Brittwik herangegangen und habe diesen Angesichts des Inhalts derselben zum Rückzuge veranlaßt. Erst als die letzten Bajonette über die Schloßbrücke abgezogen seien, **habe der König Kenntnis von dem Rückzuge erhalten**. Brittwik sei einige Tage darauf bei Bismarck gewesen und habe ihn gefragt, wie er sich in dieser Lage verhalten haben würde und Bismarck habe geantwortet, man komme ja klüger vom Rath-
hause zurück, als man hingegangen sei, aber er würde an Stelle des Herrn von Brittwik sicherlich einen Unteroffizier befohlen haben, den Civilisten (Bodelschwingh) so lange in

Verwahrung zu nehmen, bis er seine militärischen Maßnahmen durchgeführt haben werde.“

„Diese in Gegenwart vieler Zeugen geschehene Äußerung wurde sofort durch die Kölnische Zeitung veröffentlicht und ging durch viele Zeitungen. Die beiden Söhne des Ministers Ernst von Bodelschwingh, der Oberforstmeister z. D. Franz von Bodelschwingh in Bückeburg und später auch der Pastor Friedrich von Bodelschwingh in Bielefeld, erklärten diese Mittheilung, — soweit sie ihren Vater betraf, — **öffentlich für unrichtig**. Namentlich berichtigte sie ersterer mit den Worten:

„Den Minister Bodelschwingh konnte nichts ferner liegen, als den Befehl zum Ausmarsch der Truppen zu veranlassen. Die Proklamation („An meine lieben Berliner“) hat er so wenig **„durchgesetzt“**, daß er von der Niederschrift derselben durch den hochseligen König Friedrich Wilhelm IV., welche in der Nacht vom 18. auf den 19. März erfolgte, erst **erfuhr**, als sie ihm durch den König übersandt wurde.“

Die „Norddeutsche Allgemeine“ erklärte in schärfster Weise diese Berichtigung für **„vollständig unwahr“**.

Ich bin aber **als Augen- und Ohrenzeuge** in der Lage, zu erklären, daß sie richtig ist. Ich hatte in den Tagen vor dem 18. März meinem Onkel in den Straßen von Berlin, an den Zelten zc. in Uniform zu Pferde Adjutantendienste geleistet. Auch er hatte seine Militäruniform als Oberst der Landwehr angezogen, war aber trotzdem durch Steinwürfe verletzt worden und ich wollte ihm durch mein Mitreiten einigen Schutz gewähren.

Mit mehreren anderen Landwehroffizieren hatte ich am Mittag des 18. März im Ministerium des Innern Stellung genommen, um den Damen möglichst Schutz zu gewähren, da verlautete, daß das Ministerium gestürmt werden solle. Bis spät in die Nacht blieben wir dort; der Sturm erfolgte aber nicht, obwohl er mehrmals beginnen sollte und wir im Garten bereits eine Öffnung gebrochen hatten, durch welche die Damen flüchten konnten.

Als ich mich am Morgen des 19. März früh 7 Uhr von meiner Wohnung am Leipziger Platz durch die Wilhelmsstraße wieder nach dem Ministerium des Innern begab,

wurden in der Wilhelm-Straße die Proklamationen, in denen der Rückzug der Truppen angekündigt und auf den Thränenschmerz der Königin Bezug genommen war, angeheftet. Ich kann nicht leugnen, daß ich fast bis zur Majestätsbeleidigung entsetzt darüber war. Im Ministerium angelangt, sprach ich sogleich meinen Onkel Bodelschwingh und äußerte meinen Schmerz und meine innere Empörung über den Rückzug der Truppen und über die Proklamation!

Er theilte diesen Schmerz und bemerkte:

„Das Tollste ist, daß kein Mensch weiß, wer den Befehl zum Rückzug der Truppen gegeben hat.“

Die Proklamation sei ihm in der Nacht von Seiner Majestät dem Könige mit dem Befehle zugesandt worden, für ihren schnellen Druck und die Verbreitung zu sorgen. Er habe, so schwer es ihm geworden, dem Befehle Folge leisten zu müssen geglaubt, worauf ich ihm erwiderte, daß ich dies in seiner Stelle, trotz der befohlenen Dringlichkeit, ohne Gegenvorstellungen nicht gethan hätte.

Er hat dann obige Äußerung mir noch mehrmals wiederholt und als ich ihm am 20. März vor seiner Abreise nach Potsdam, wohin sich auch der König begeben hatte, beim Ordnen seiner Papiere behülflich war, sprach er noch die Hoffnung aus,

Seine Majestät zu bewegen, die Stadt Berlin durch die zurückkehrenden Truppen im Sturm nehmen zu lassen.

Dies veranlaßte mich und mehrere Landwehroffiziere unsere Militäruniformen nach Teltow zu schaffen, uns dort bei dem Pastor Hengstenberg auf dem Boden seines Hauses einzuquartieren und uns als Freiwillige zum Kampfe gegen Berlin bei dem Kommandeur des Kaiser Franz-Regiments, Obersten von Bequingolles, zu melden. Nachdem wir mehrere Tage auf den erhofften königlichen Befehl gewartet hatten, mußten wir unsere Hoffnung leider als eine vergebliche aufgeben.

Die Söhne des verstorbenen Ministers haben in wiederholten Briefen den Fürsten Bismarck dringend gebeten, seine in die Öffentlichkeit gelangte Beschuldigung **öffentlich zu berichtigen.**

Dieser Bitte leistete er **keine Folge**, sondern versicherte in einem Briefe dem Pastor von Bodelschwingh in Bielefeld nur, daß es ihm interessant gewesen und auch für die Geschichte jener Tage von Wert sei, den wahren Hergang aufgeklärt zu sehen.

Ich aber richtete an den Fürsten die Frage, welche Veranlassung er hatte, einem Ehrenmann von glühendem Patriotismus, der als 17 jähriger Jüngling im Jahre 1813 als freiwilliger Jäger eingetreten, bei Freiberg durch die Brust geschossen wurde und das eiserne Kreuz erster Klasse erhielt, **öffentlich zu beschuldigen** und dann nicht einmal zu berichtigen?! Der Lungenschuß von Freiberg hat am 16. Mai 1854 den frühen Tod meines hochverehrten Onkels herbeigeführt."

Auch mein Bruder Gustav — Regierungspräsident a. D. und Domdechant in Merseburg — ist ein noch lebender Augen- und Ohrenzeuge aus den Märztagen 1848. Er hat bei Mittler & Sohn in Berlin 1898 eine Schrift — „Meine Erlebnisse im Jahre 1848 und die Stellung des Staatsministers von Bodelschwingh vor und an dem 18. März 1848“ — herausgegeben, welche mit meinen obigen Angaben übereinstimmt. Es heißt dort Seite 5:

„Vom 6. März ab begannen nun die Volksversammlungen im Tiergarten unter den Zelten. Von Tag zu Tag stieg die Zahl ihrer Besucher; der Ton, welcher aus den Reden der Agitatoren hervorklang, verstieg sich immer mehr in die Fieberhize, ja in die Tollheit hinein. Als der König es nun einige Tage später abgelehnt hatte, eine Adresse einer in den Zelten formlos gewählten Volksdeputation entgegenzunehmen, da stieg die Wut der Volksredner in die Siedehize. Begleitet von vielen meiner Altersgenossen, habe ich täglich diese Volksversammlungen besucht und weiß noch wie heute, daß namentlich mein kampflustiger und redefertiger Bruder Otto mit Mühe von uns festgehalten werden mußte, weil er die Rednertribüne besteigen und die Lügen der Auführer widerlegen wollte. Wenn er es gethan hätte,

wäre die Folge davon nur eine entsetzliche Prügelei gewesen, die von der aufgeregten Volksmenge gegen ihn und uns begonnen worden wäre“

Ich bin wiederholt zu Fuß und später in Begleitung meines Onkels Bodelschwingh in Landwehr-Offizieruniform zu Pferde in diesen Versammlungen an den Zelten gewesen und weiß, daß er meine Ansicht über den revolutionären Charakter der dort gehaltenen Reden teilte und sich darüber gegen mich aussprach.

Und doch legt ihm Fürst Bismarck in seinen „Erinnerungen“ infolge einer angeblichen Mitteilung des damaligen Polizeipräsidenten von Minutoli eine Äußerung in Mund, die nach obigem **absolut unrichtig ist**. Es lauten die „Erinnerungen“ Teil I Seite 29:

„Der Polizeipräsident von Minutoli beklagte sich gegen mich, daß ihm der Vorwurf gemacht werde, er habe den Aufstand voraus gesehen und nichts zur Verhinderung desselben gethan und bestritt, daß irgend auffallende Symptome zu seiner Kenntnis gekommen wären. Auf meine Entgegnung, mir sei in Genthin von Augenzeugen gesagt worden, daß während der Tage vor dem 18. März fremdländisch aussehende Männer, meistens polnisch sprechend, einige offene Waffen mit sich führend, die anderen mit schweren Gepäckstücken, in der Richtung nach Berlin passiert wären, erzählte Minutoli,

der Minister von Bodelschwingh habe ihn Mitte März kommen lassen und Besorgnis über die herrschende Gährung geäußert, darauf habe er denselben in eine Versammlung vor den Zelten geführt. Nachdem Bodelschwingh die dort gehaltenen Reden angehört, habe er gesagt: „Die Leute sprechen ja ganz verständig, ich danke Ihnen, daß Sie mich vor einer Thorheit bewahrt haben.“

Wie stimmt dies mit meines Bruders und meinen direkten Wahrnehmungen? — und **weshalb** führt es Fürst Bismarck an, wenn er selbst hinzusetzt:

„Bedenklich für die Beurteilung Minutolis war seine Popularität in den nächsten Tagen nach dem Straßenkampfe. Sie war für einen Polizeipräsidenten als Ergebnis eines Aufruhrs unnatürlich.“

Seite 8 und 9 in der Schrift meines Bruders steht folgendes:

„Endlich — in der Nacht vom 18. auf den 19. März — kam mein Onkel Bodelschwingh gegen Mitternacht nach Hause, ganz verhungert, weil er auf dem Schloß nichts zu essen bekommen hatte und fragte mich ganz erstaunt, als wir, am Fenster stehend, dem furchtbaren Schießen zu hörten, „wie lange dauert das Schießen schon? Auf dem Schloß konnten wir nichts hören!“ Das Schießen machte sichtlich einen tiefen Eindruck auf ihn. Als ich ihm nun die Frage stellte: „Sage mir, ist der König auch fest?“ Da packte er mich mit beiden Händen oben an den Rock, schüttelte mich mit seiner ganzen Kraft und rief mir leidenschaftlich entgegen:

„Wie kannst Du nur so etwas fragen, wir haben
A gesagt, wir werden auch B sagen!“

Diese wichtigen für die Stellung Bodelschwinghs als des Leiters der Staatsregierung bezeichnenden Worte habe ich oft genug in jener Zeit denen mit Erfolg mitgeteilt, welche aufkommen lassen wollten, als sei Bodelschwingh derjenige, welcher wenige Stunden nachher die Zurückziehung der siegreichen Truppen veranlaßt habe.“

In einer eigenhändigen Aufzeichnung des Ministers Ernst von Bodelschwingh vom 30. März 1848, welche sich von den Söhnen übersandt, in den Händen des Fürsten Bismarcks befunden hat, befindet sich folgende Stelle:

„Es erschienen am Morgen (des 19. März) Deputationen aller, auch der verdächtigsten Art, im Schloß, welche verlangten, die Truppen müßten sich erst zurückziehen, dann würden die Bürger folgen. Obgleich bei den hohen Offizieren theils Erbitterung über den Anfang der Konzessionen, theils eine gewisse Schlassheit nicht zu verkennen war, so wurden doch diese Forderungen theils durch den König, theils anderweitig **entschieden abgewiesen**. Endlich erschien eine aus den angesehensten Mitgliedern des Magistrats und der Stadt=

verordneten gebildete Deputation, welche erklärte, daß viele unter ihnen persönlich die Proklamation verbreitet und die Unterwerfung der Auführer gefordert hätten, daß in der Königstadt der Anfang mit Wegräumung der Barrikaden gemacht sei, daß sie dringend bäten, nun auch mit Zurückziehung der Truppen vorzugehen, indem sie sich dafür verbürgten, daß dann sofort Unterwerfung, Ordnung und Ruhe wiederkehren werde. Nach vielen Debatten erfolgte hierauf, und zwar nur durch mich, die Antwort:

Vertrauend auf das Wort der angesehensten Gemeindebeamten, daß mit Aufräumung der Barrikaden der freiwillige Anfang gemacht sei und daß gleichzeitig mit Zurückziehung jede Widersetzlichkeit aufhören werde, sollten die Truppen von den Straßen und öffentlichen Plätzen zurückgezogen, jedoch das Schloß, die Zeughäuser und andere öffentliche Gebäude mit starker Hand besetzt bleiben.“

Und in einer andern, gleichfalls von dem Minister von Bodelschwingh eigenhändig niedergeschriebenen Darstellung vom November 1848 heißt es hierüber:

„Nach dem Eintreffen der Deputation des Magistrats **beschlossen Seine Majestät** infolge einer in Gegenwart mehrerer hoher Militärs und Civilbeamten, auch des Grafen Arnim, gehaltene Beratung, daß auf obige Zusage bauend, mit dem Rückzug der Truppen von den Straßen und Plätzen der Anfang gemacht und damit in dem Maße fortgeföhren werden sollte, als das gegebene Wort auch von der anderen Seite erfüllt werde mit der ausdrücklichen Bedingung jedoch, daß das Schloß, das Zeughaus und andere öffentliche Gebäude mit starker Hand militärisch besetzt bleiben sollten.“

Anmerkung: Fürst Bismarck sagt in einer von ihm persönlich auf Seite 30 unter ** hinzugefügten Anmerkung:

„Das Schreiben des Pastors von Bodelschwingh vom 8. Nov. 1891 („Krenzzeitung“ vom 18. Nov. 1891, Nr. 539) und die Denkwürdigkeiten aus dem Leben Leopolds von Gerlach sind mir bekannt.“

Mein Vetter, der Pastor von Bodelschwingh in Bielefeld, hat mir Abschriften seines Briefwechsels mit dem Fürsten Bismarck aus den Monaten März und April 1889 zugesandt. In dem Briefe vom 18. März 1889 an den Fürsten lautet eine Stelle:

„Mein Vater trug doch keine Schuld daran, daß General von Prittwitz stracks gegen den königlichen Befehl das Schloß, das Zeughaus und die umliegenden öffentlichen Gebäude dem Volke preisgab in dem Augenblick, als man mit Leichenwagen in das Portal des Schlosses einzog. Graf Arnim hat in seiner Broschüre: „Bemerkungen zu der Schrift: die Berliner Märztag“, das unbegreifliche Verhalten Prittwitzens genügend gekennzeichnet. Ich habe nie gehört, daß mein Vater irgend einer Person den Vorwurf gemacht hat, den König preisgegeben zu haben, aber ich weiß gewiß, daß, wenn mein Vater statt Prittwitz den Befehl über die Truppen gehabt hätte, dies nimmermehr geschehen wäre. Sein Kummer und sein Zorn über diese unbegreifliche That war übergroß

Als mein Vater gegen 11 Uhr das Schloß verließ, war alles dort nur in bester Ordnung und das Gros der Truppen konzentrierte sich um das Schloß und stand hier noch nach Arnims Bericht um 12 $\frac{1}{2}$ Uhr. Konnte mein Vater ahnen, daß Prittwitz diese Truppenmacht so benutzen würde in diesem entscheidenden Augenblick?

Eure Durchlaucht werden dem Sohne eines tapferen Soldaten — einem Patrioten verzeihen, wenn derselbe diese Lanze für den guten Namen seines Vaters bricht und hiermit von einem nicht zu unterrichteten an einen besser unterrichteten Krieger appelliert.“

Beigefügt war ein bis dahin nicht veröffentlichter Brief des verstorbenen Ministers Ernst von Bodelschwingh, in welchem die entscheidenden Momente ganz so dargestellt werden, wie obiges Schreiben, die Angaben meines Bruders und ich sie wiedergaben.

In seinem Antwortschreiben vom 23. März 1889 betont der Fürst Bismarck, daß der Vater meines Veters ein klassischer Zeuge in allen Fragen, welche unsere innere politische Entwicklung in den vierziger Jahren sei und daß

es daher von hohem Interesse sei, aus seinem Schreiben zu ersehen, daß bereits Jahre lang vor den Märztagen des Jahres 1848 die Regierung des Königs sich von der Notwendigkeit überzeugt hatte, die Verfassung des Landes in konstitutionellen Sinne auszubauen. Dagegen lehnt er es in einem späteren Schreiben vom 3. April 1889 ab, der Bitte der Söhne, persönlich bei einer Berichtigung mitzuwirken, zu entsprechen.

Auch die Redaktion der „Kreuzzeitung“ hat mir Abschrift des vom Fürsten citierten Briefes vom 8. November 1891 geschickt, welcher **das Gegenteil** von dem neuerdings wieder Behaupteten feststellt.

Da die von dem Fürsten „sorgfältig geprüften Erinnerungen“ Teil I auf den Seiten 29 und 30 abermals und trotz obiger deutlicher Dementis von meines Bruders und der beiden Söhne und meine Seiten, die Behauptung ausspricht,

daß der Minister von Bodelschwingh am 19. März 1848 den Abzug der Truppen **veranlaßt habe** und daß dies **ohne Kenntniss und gegen den Willen des Königs geschehen sei,**

so kann ich dies, um mich milde auszudrücken, nur für eine **grobe Unwahrheit** erklären.*

*) Anmerkung: Vor kurzem sind in der „Historischen Bibliothek“ in München bei H. Oldenbourg noch „Die Berliner Märztage von 1848“ von Professor Dr. Wilhelm Busch (Tübingen) erschienen, aus denen ich besonders zwei Stellen hier wiedergebe, welche von neuem klar beweisen, daß der Minister von Bodelschwingh die Zurückziehung der Truppen am 19. März nicht veranlaßt hat.

Zunächst Seite 26 l. e.: „Zwischen war der alte, noch die Geschäfte führende Minister Bodelschwingh und sein Nachfolger Graf Arnim im Schloß erschienen und sprachen mit der auf des Königs Entscheidung wartenden Magistratsdeputation. Aber ehe der Bescheid erteilt wurde, hielt der König eine neue Beratung im Zimmer der Königin ab, an der die beiden Minister, der Prinz von Preußen und andere Prinzen, von den Generalen nur der Generaladjutant von Neumann teilnahmen. Arnim trat hier für die Bürgerforderung des sofortigen und bedingungslosen Abzugs der Truppen ein, Bodelschwingh widersprach im Sinne der Proklamation und seiner bisherigen Auffassung: erst sei die Räumung der Barrikaden abzuwarten; er hielt fest daran, wie er in der Nacht schon einem Neffen gesagt hatte, man habe A gesagt und müsse nun auch B sagen. Er und

2. Die Behauptungen, welche hinsichtlich des Bruchs mit der konservativen Partei aufgestellt werden.

In Teil II, Seite 142 und folgende, stellt Fürst Bismarck den Bruch mit der konservativen Partei so dar, als ob diese Partei den Bruch beabsichtigt hätte. Dies ist **nicht wahr**, sondern **er selbst** beabsichtigte den Bruch damals, wie dies auf das Klarste aus den von ihm citierten „Denkwürdigkeiten des Grafen Roon“ zu entnehmen ist, aus denen er die entscheidenden Stellen fortläßt. Es heißt Seite 142:

„Der Bruch der Konservativen mit mir, der 1872 mit Geräusch vollzogen wurde, hatte zuerst 1868 vorge-spukt in den Debatten über den Hannoverschen Provinzial-fonds. Nachdem der Gesetzentwurf, den die Regierung in Erfüllung einer den Hannoveranern ein Jahr zuvor gemachten Zusage dem Landtage vorgelegt hatte, schon

Arnim gerieten so heftig aneinander, daß Bodelschwingh wütend aus dem Zimmer stürmte und die Thür krachend hinter sich zuwarf. Nach einer Mittheilung des Prinzen von Preußen fiel die Entscheidung noch nach Bodelschwingh's Meinung; die Deputation, die inzwischen in den Sternensaal geführt war, wo auch die Prinzen und der im Schloß erscheinende General Frittwitz zusammenkamen, wurde in diesem Sinne beschieden; der König selbst sprach mit ihr, und mehrere Mitglieder eilten fort, um für das Niederlegen der Barricaden zu wirken.“

Sodann Seite 63: „Durch die Erzählung des ungenannten Generals bei Perthes (preuß. Jahrbücher, S. 537) erfahren wir, daß gerade der heftigste Streit zwischen Arnim und Bodelschwingh geführt worden ist, wobei Arnim immer den bedingungslosen Rückzug der Truppen forderte . . .“

Und ferner: „Wenn Bodelschwingh in seinen Aufzeichnungen bei seiner stets bewährten ritterlichen Gesinnung keinen anderen als den König schont und dadurch womöglich sich selbst ungerechtem Tadel aussetzt, sucht Arnim seine Person so viel wie möglich aus der bedenklichen Sache herauszuziehen, in einem Punkt ein Widerspruch mit einem unzweifelhaft zuverlässigen Bericht, und damit schiebt er die ganze Verantwortung für den seinem früheren Rat entsprechend gegen Bodelschwingh gefaßten Beschluß dem König allein zu. Daß Bodelschwingh binnen wenigen Minuten aus dem heftigsten Gegner einer Maßregel ihr energischer Anwalt geworden wäre, ist einfach widersinnig. Wir sehen nur, daß der König, während er bei seinen Worten zu der Bürgerabteilung noch fest zu sein schien, innerlich bereits den Entschluß zum Nachgeben gefaßt hatte, dessen Ausdruck der Rückzugsbefehl war. Seine Überbringung wurde Bodelschwingh als letzte Ministerhandlung übertragen.“

in der Kommission von den konservativen Mitgliedern lebhaft bekämpft worden war, brachten die Abgeordneten von Bramhitz und von Dieß im Plenum einen Antrag ein, der die Vorlage wesentlich einschränkte. Der erstere entwickelte als Wortführer die Gründe, aus denen die konservative Partei nicht für das Gesetz stimmen könne. Meine eingehende Widerlegung habe ich damals mit den Worten geschlossen:

Es ist eine konstitutionelle Regierung nicht möglich, wenn die Regierung nicht auf eine der größeren Parteien mit voller Sicherheit zählen kann, auch in solchen Einzelheiten, die der Partei vielleicht nicht durchweg gefallen, — wenn nicht diese Partei das Facit dahin zieht: wir gehen im großen und ganzen mit der Regierung; wir finden zwar, daß sie ab und zu eine Thorheit begeht, aber doch bisher noch weniger Thorheiten brachte, als annehmbare Maßregeln; um deswillen wollen wir ihr die Einzelheiten zu Gute halten &c. . . .

Wenn man die sehr sachkundigen Berichte liest, welche Roon, damals in Bordighera, im Februar 1868 von Mitgliedern der konservativen Partei empfing, . . . so sieht man, daß die Konservativen von mir verlangten, „in ihre Fraktion einzutreten“. Ich hatte wenig Zeit übrig, war präoccupiert durch das, was wir von Frankreich zu erwarten hatten &c. . . . Diese Sorgen und die Arbeit, zu denen sie nötigten, erschöpften mich vollständig, und dabei verlangten die Herren, ich sollte jeden einzelnen Privatpolitiker ihrer Fraktion aufsuchen, befehlen. Ich that das sogar, soweit ich konnte, aber meine Versuche wurden durch die Intrigen von Bodelschwingh und die Leidenschaftlichkeit von Wincke, Dieß, Kleist-Neckow und anderen verstimmt und eifersüchtigen Standes- und früheren Fraktionsgenossen vereitelt.“

Da ich persönlich in der Sache thätig gewesen bin und nur nach vorherigem Übereinkommen mit dem Grafen Bismarck

gehandelt habe, so kann ich nur erklären, daß diese Darstellung **der Wahrheit nicht entspricht** und ein **völlig falsches Bild** von der Sachlage giebt.

Unrichtig ist hierbei zunächst, daß der Antrag von dem Abgeordneten von Bramhitzsch eingebracht worden sei. Er wurde vielmehr von mir allein mit etwa 150 Unterschriften **nach vorheriger Besprechung** mit dem Grafen Bismarck eingebracht und von mir auch im Plenum verteidigt.

Bereits in der im Jahre 1874 bei Puttkammer und Mühlbrecht in Berlin erschienenen und auch dem Fürsten Bismarck zugegangenen Schrift „Geldmacht und Socialismus“ habe ich wahrheitsgemäß den Hergang wiedergegeben und ebenso in der dem Fürsten Bismarck im Juli 1897 eingeschrieben vom Verlage in München und aus Leipzig übersandten Schrift „Bismarck und Bleichröder“. Dort lauten die Seiten 78 bis 86:

Sub. 2 **Bruch des Fürsten Bismarck mit der konservativen Partei (hannoverscher Provinzialfonds).**

In den Denkwürdigkeiten des Kriegsministers Grafen von Roon finden sich eine Anzahl Briefe abgedruckt, aus denen deutlich hervorgeht, daß es schon im Jahre 1868 in der Absicht des Grafen von Bismarck lag, mit der konservativen Partei zu brechen und daß er jedenfalls an diesem Bruch selbst die Schuld mitträgt.

Mitte Februar 1868 erhielt von Roon, der damals wegen angegriffener Gesundheit in Bordighera weilte, von wohlunterrichteter Seite einen Bericht, welcher **das erste ernste Zerwürfniß** zwischen Bismarck und seinen Anhängern schildert. Es heißt dort Teil II Seite 368 folgende in dem Briefe an den General von Roon:

„Vor einigen Tagen waren wieder G.'s und einige Freunde und auch die Abgeordneten von Berg-Peescheln und von Lingenthal bei uns. Lektüre kamen mit rauchenden Köpfen aus der Beratung über den **hannoverschen Provinzialfonds**. Ich selbst war Mittwoch und gestern bei den Verhandlungen im Abgeordnetenhause zugegen und habe hier und

aus den privaten Äußerungen die traurige Überzeugung gewonnen, daß diese leidige Angelegenheit noch viel mehr als man erwarten konnte, die große Zersahrenheit der Parteien gezeigt und namentlich die konservative Fraktion eigentlich gesprengt hat. Die Zeitungen haben Dir inzwischen wohl schon gemeldet, daß am 6. d. das Kardorff'sche Amendement, welches, statt eines Fonds, der Provinz Hannover im Ordinarium des Budgets jährlich $\frac{1}{2}$ Million Thaler Rente für provinzielle Zwecke zunächst, mit der Majorität von 177 gegen 172 Stimmen angenommen worden ist. Mehr als die Hälfte der eigentlichen Konservativen haben auch hiergegen gestimmt, wollten vielmehr nur im Extra-Ordinarium und einmal jene Summe an Hannover bewilligen. (Amendement von Dieß.) Dies und die Verhandlungen selbst gehen aus den Zeitungen hervor. Aber hinter den Koulissen ist viel passiert, was nur innig bedauert werden kann und was sicherlich nicht geschehen wäre oder doch nicht so schroffe Gegensätze verursacht haben würde, wenn Du oder Blankenburg hier und Bismarck zur Seite gewesen wärest.

Es sind bei völlig unbefangenen Urteil zwei Personen, denen man die Hauptschuld beimessen muß, daß jetzt eine so völlige Entfremdung zwischen den Konservativen und Bismarck eingetreten ist. Die eine ist Herr von Bodelschwingh, der fortwährend — immer ohne hervorzutreten — geputscht hat, und die andere Bismarck selbst, der die Partei, welche ihm so unbegrenzt ergeben ist, so viel von ihm hält, und mit der er, wenn er sich nur herablassen wollte, sie halb so gut zu behandeln, wie die National-Liberalen, alles machen konnte, — statt dessen mit unbegreiflicher Schroffheit zu behandeln fortfuhr.

Statt ihnen einfach zu sagen, von anfang an und nicht erst etwas verblümt in der letzten Viertelstunde: „wir haben **im Namen des Königs**, und auf dessen eigentlichen Wunsch, die Zusage erteilt: also bewilligt, oder enthaltet Euch wenigstens der Opposition!“ — statt dessen drohte er ihnen fortwährend öffentlich und durch Zwischenträger mit seiner Ungnade, brüskierte sie, indem er sagte, sie **müßten** mit ihm stimmen, in **allen** Fragen unbedingt, **dazu** wären sie gewählt. Er würde

sich sonst auf die Liberalen stützen, würde eine liberale Kreisordnung einbringen, u. s. w., so daß er die armen Leute, welche garnicht mehr aus noch ein wußten, denen es an Führung, aber nicht an Zuflüsterungen aller Art fehlte, förmlich zur Opposition **zwang**, wenn sie nicht auf immer dem unauslöschlichen Hohne preisgegeben sein und die Partei als solche **ruinieren** wollten.

Gestern warf sich nun, da es ihnen an einem geschulten und dreisten Wortführer gegenüber dem Löwen fehlte (welcher inzwischen mit Schwerin und Laske^s tuschelte) Georg Vinde zum Ritter der Konservativen auf und schwamm in einer 1½ stündigen Rede wieder einmal so recht in alter Art mit großem Behagen daher: kramte alles in rücksichtslosester Weise aus, was ihm von der konservativen Seite über die Verhandlungen hinter den Koulissen aufgetragen und nicht aufgetragen war, wendete sich in schärfster Weise, bei aller persönlichen Verehrung u. s. w., gegen das den Konservativen und sonstigen Ministeriellen von Bismarck gestellte Anmuten, unbedingt immer für ihn zu stimmen &c. — ergözte die ganze Versammlung durch seine sprudelnden Worte, naturwüchsigⁿ Wendungen, Gebahren &c. — aber hatte es infolge seiner Maßlosigkeit und Indiskretion schließlich doch mit allen verdorben — und empfing nicht weniger als 20 persönliche Entgegnungen, unter denen die des Ministerpräsidenten, der sehr erregt war, wiederum gegenseitige Ehrenerklärungen &c. nötig machten.

So endigte die Debatte in der unerquicklichsten Art mit einer großen Verstimmung auf allen Seiten, nur — die Liberalen und die Radikalen lachten sich ins Häuschen.

Die Fortsetzung der Tragödie ist dann auf dem gestrigen großen Balle im Schlosse erfolgt, wo der König Herrn von Vinde, Dieß und andere Konservative auf das Heftigste angelassen hat (von Bodelschwingh hörte ich es leider nicht), was Szenen herbeiführte, die an vergangene traurige Zeiten erinnerten. Bismarck seinerseits soll so verbittert und verärgert gewesen sein, daß er angeblich unbestimmten Urlaub beantragt hat — was ich indessen vorläufig noch bezweifeln möchte. Andererseits wollen die Konservativen ihre Mandate niederlegen, da sie meinen, Bismarck mache es jedenfalls allein

viel besser als sie, aber sie wollten lieber garnicht mitspielen, wenn sie gar keine selbständige Meinung mehr haben dürften, dann könnten sie wenigstens ehrliche unabhängige Männer bleiben, die ihrer Überzeugung folgen könnten, **ohne** daß man sie der Widerspenstigkeit gegen den König anklagen könnte u. s. w.

Jedenfalls ist das Alles **sehr** beklagenswert und schädlich für beide Teile . . . Bismarck würde auch sonst wohlthun, seinen Ton etwas weniger hoch zu wählen; er hätte wohl einmal in die Fraktion gehen und dort vertraulich alles abmachen können, statt ein vielleicht ungerechtfertigtes Mißtrauen gegen sich durch Drohungen noch zu vermehren. Aber es macht seit einiger Zeit den Eindruck, als könne er nirgends und von keiner Seite **Widerspruch** **vertragen**, und der mächtige Mann ist seit etwa einem Jahre auch wohl sehr herrisch geworden. Die große Last der Arbeit und des Erfolges, die auf ihm ruhen, mögen dies zum Teil erklärlich machen, aber bedauerlich bleibt es um feinetwillen und um der Sache willen. . . . Möchte doch dieser Riß keine Kluft erzeugen und nicht die gute Entwicklung des politischen Lebens dadurch verhindert werden! — Am meisten haben natürlich die Nationalliberalen bei dem Streite gewonnen.“ —

Einige Tage später schreibt derselbe Berichterstatter an von Noon:

„Heute kann ich hinzufügen, daß Bismarcks wohl schon lange gehegter Wunsch, einmal ein paar Wochen zu ruhen, durch die politischen Verstimmungen gefördert wurde: — er geht also fort — und wird wiederkommen, hoffentlich nachdem er auch **seine Fehler**, wenigstens **sich** zugegeben hat. . . . Die Verstimmung wird vorübergehen und wird das Gute haben, daß die konservative Fraktion sich über ihren Standpunkt klarer, und daß Bismarck in Behandlung derselben hoffentlich fortan **vorsichtiger** und **rücksichtsvoller** sein wird.

Der König hat übrigens neulich auf dem Hofball die Schale seine Unwillens auch über Bodelschwingh ausgegossen. Er hat all den Herren vorgeführt, die er darüber zur Rede stellte: „daß sie es Ihm allein zu danken hätten, wenn Bismarck zum Heil des Landes sich noch einmal dazu verstanden hätte auf seinem Posten zu bleiben. — Die konservative Partei wolle

allein den Staat regieren, aber das ginge nicht“ u. s. w. — Im Herrenhause werden wohl gelegentlich der Vorlage noch manche Worte gewechselt werden, zumal Heydt schwerlich besondere Anstrengungen machen wird, sie durchzubringen. Nachdem aber der König sich so persönlich engagiert hat, zweifelt man doch nicht, daß sie schließlich angenommen werden wird.“

Am 16. Februar schrieb von Blankenburg an Noon noch:

„ . . Die Spannung scheint gewaltig gewesen zu sein. Die einfachste m. E. aufrichtigste Auffassung der Situation hat Berg-Pescheln; ich schicke Dir deshalb seine Briefe, da Du doch gewiß auch von dieser Seite her informiert sein willst und Deine Ruhe wohl diese Störung wird ertragen können. Beruhigt wird man nur — wenn man nicht völlig klar sieht. . . . Belau schrieb mir gleich am Tage der Abstimmung **sehr aufgeregt über Otto's Herrschsucht**, die seit Deinem Abgange unerträglich geworden sei, — gar keinen Widerspruch duldend. . . . Eine Menge Landräte lassen sich **noch jetzt** nicht ausreden, daß alles blinder Lärm sei, daß der große Sarastro „diese liberale Flöte nur wegen Zollparlament“ spiele und heimlich sich freue, daß die konservative Fraktion ihm seine Stellung Deutschland gegenüber **erleichtere!!** — ?

Mir scheint, daß beide Teile verhängnisvolle Fehler gemacht haben. Die Konservativen haben sich durch Bodelschwingh einfangen lassen, haben sich selbst in solche Lage gesprochen und fraktioniert, daß kein Bitten mehr half. Der Lange hat anfänglich **Viele sehr verlezt** und zur un rechten Zeit bei Seite stehen lassen, mit den Nationalen konquettierend. Das böse Blut ist dadurch immer höher gestiegen und hat zuletzt alles schwindlig gemacht. Jetzt arbeitet Wagener in den boshaftesten Ausdrücken gegen Bodelschwingh, Brauchidisch zc.: „sie haben sich einen alten Fuchs zum Heerführer gewählt.“ — Indessen was nützt die Bergliederung der Entstehung des Zwistes! Ich bin in großer Sorge, daß noch mehr Übereilungen geschehen. Mit einer wirklich liberalen Majorität kann Bismarck noch viel weniger Deutschland regieren — das nimmt ein trauriges Ende. — Die hart gerittenen, jetzt allerdings durchgehenden Junker wieder weichmäulig zu machen, ist geradezu Kleinigkeit — aber freilich mit solchen Mitteln geht es nicht, die jetzt

angewendet werden; z. B. er soll niemand sprechen wollen, bevor nicht Bodelschwingh aus dem Vorstande vertrieben ist. Das geschieht sicherlich — aber doch erst wenn der Zeitpunkt da ist. Es geht doch jetzt nicht so Knall und Fall. . . . Neue Partei bilden. Ja wo ist die?“ — —

Aus einem dort Seite 375 angeführten Briefe des Herrn von Berg sei noch folgendes kurz erwähnt:

„Daß es mal zu einem prinzipiellen Zusammenstoß zwischen Bismarck und uns kommen werde, habe ich lange erwartet und nicht gefürchtet; daß **diese** (unpassende) Gelegenheit aber ergriffen und in **dieser** (verletzenden) Form ausgebeutet wurde, ist für einsichtige Patrioten ein großer Schmerz — Es war leicht zu vermeiden, und Bismarck trägt eine **große Schuld**, daß es nicht vermieden. Ein freundlich Wort an den Junker: „Kinder, ich bin engagiert, laßt mich nicht sitzen“ — und aller Sturm wäre wie eine Seifenblase geworden, sein Wesen im allgemeinen zu uns ist aber im Gegenteil wirklich **provokierend** und **schwer zu ertragen**, und daß der Junker es nicht ertragen kann, ist dessen **gute** Seite.

Der König ist böse und rüffelt alles, was ihm vor- kommt, ganz gleichviel ob Unschuldige oder Schuldige. Dabei hat er einen sonderbaren Treffer, indem z. B. Bethusy-Huc und Ujest erklärt hat, sie wären an allem Schuld, da **ihre** Aussonderung die erste Veranlassung gewesen, die konservative Partei zu zerbröckeln.“

Diese Briefe enthalten zwar manches Zutreffende, eine richtige Darstellung von dem **wahren** Hergange enthalten sie aber nicht. Vor allem ist nicht genügend darin hervorgehoben, daß Graf Bismarck **selbst** durch sein Verhalten den Konflikt herbeigeführt hat und wohl zweifellos herbeizuführen beabsichtigte. Da ich selbst als Mitglied der konservativen Fraktion dabei mitgewirkt habe, bin ich im stande, wahrheitsgemäße Aufklärung zu geben.

Die Finanzlage des preussischen Staats war im Februar 1868, trotz der rosignen Darstellung des Finanzministeriums eine keineswegs glänzende. Das kurz vorhergegangene, Depossedierten-Gesetz hatte bereits sehr bedeutende Summen in Anspruch genommen. Ein großer Teil der konservativen

Fraktion glaubte schon bei diesem Gesetze im finanziellen Interesse des Landes Widerstand leisten zu müssen, gab denselben aber sogleich auf, als bekannt wurde, daß ein Versprechen Seiner Majestät des Königs vorliege und überdies Graf Bismarck erklärte, aus der Zustimmung des Landtages eine Kabinettsfrage machen zu wollen. Das letztere verlautete aus sicherer Quelle auch bei der Vorlage des Gesetzesentwurfs über den hannoverschen Provinzialfond, welche wiederum ein Kapital von zirka 15 Millionen Thalern beanspruchte, dessen Zinsen zur Verwendung für Provinzialzwecke der Provinz Hannover, vorzugsweise Wegebauten 2c. bestimmt werden sollten. Die überwiegende Mehrheit der Abgeordneten war ursprünglich **gegen** die Bewilligung einer so hohen Summe, — (diese Majorität setzte sich aus **allen** Parteien zusammen, ein genügender Beweis, daß es sich um keine überwiegend politische Frage handelte; die damals 123 Mitglieder zählende konservative Fraktion war anfangs **fast einstimmig dagegen**) — weil man darin eine Benachteiligung der alten Provinzen erblickte, auch das von der Staatsregierung angeführte Motiv, daß durch eine solche Geldbewilligung eine Besserung in der Stimmung der Hannoveraner hervorgerufen werden würde, nicht gelten lassen zu dürfen glaubte.

Etwa Mitte Januar suchte mich der ältere Bruder des Grafen Bismarck im Abgeordnetenhause auf und teilte mir mit, daß der Ministerpräsident sehr aufgeregt über den zu erwartenden Widerstand der konservativen Partei sei und mich in der Sache zu sprechen wünsche, da er event. entschlossen sei, wieder eine Kabinettsfrage aus der Bewilligung des hannoverschen Fonds zu machen. Obwohl ich erwiderte, daß die Fraktion in überwiegender Majorität bereits eine feste Stellung in der Frage eingenommen habe, erhielt ich einige Tage darauf eine Einladung zum Mittagessen zu dem Grafen Bismarck, der nach dem Essen mich bat, behufs der genannten Rücksprache dort zu bleiben. Ich lehnte dies aber ab und bat, einen der folgenden Tage hierzu zu bestimmen, auch einen zweiten Zeugen, wozu ich den Herrn Abgeordneten Georg von Vinde vorschlug, hinzuzuziehen und uns beide **schriftlich zu der Be-**

sprechung einzuladen. Da die Sache mir sehr ernst erschien, glaubte ich, Vorsicht üben zu müssen.

Die Einladung erfolgte sodann und wir fanden uns beide am 19. Januar 1868 bei dem Grafen Bismarck ein. Nach eingehender und über eine Stunde dauernder Erörterung aller Gesichtspunkte gab Graf Bismarck uns zunächst das Versprechen,

keine Kabinetsfrage aus dieser Angelegenheit machen zu wollen,

und erklärte sich dann hinsichtlich des ihm von mir unterbreiteten Vorschlages, welcher dahin ging,

der königlichen Staatsregierung im Staatshaushalts-Stat für 1868 den Betrag von 500 000 Thalern zu den in dem vorliegenden Gesekentwurfe aufgeführten Zwecken zu bewilligen und dieselbe aufzufordern, spätestens bei Vorlegung des Staatshaushalts-Stats pro 1869 dem Landtage einen festen Plan über die den sämtlichen Provinzen zur Selbstverwaltung zu überweisenden Mittel vorzulegen,

etwa folgendermaßen:

„Bei der bestimmten Position, die das Staatsministerium in der Sache einmal gewählt habe, könne man nicht von ihm verlangen, daß er für diesen Vorschlag im Abgeordnetenhaufe eintreten solle, im übrigen ließe derselbe sich hören und sei in mancher Beziehung ein Auskunftsmittel, **welches seinen Wünschen sogar entgegenkomme.** Denn er habe eigentlich die Absicht gehabt, **Hannover nicht in einem Provinzial-Verbande zu belassen,** insbesondere Teile von Ostfriesland wieder mit Westfalen zu vereinigen. An der Ausführung dieses Planes sei er durch verschiedene Gründe und durch die Kürze der Zeit bisher behindert worden. Werde nun ein Jahr Frist gewonnen, so ließe sich derselbe vielleicht noch realisieren.“

Auf die demnächst von mir mit einer gewissen Feierlichkeit an den Grafen Bismarck gestellte Frage:

Ob in irgend einer Weise Seine Majestät der König durch eine Zusage oder ein Versprechen engagiert sei?
antwortete er:

Nein, meine Herren, darüber kann ich sie beruhigen. Seine Majestät hat vielmehr der ihm aus Hannover nachgereisten Deputation auf der Insel Mainau die Antwort gegeben:

„Er könne **kein** Versprechen geben, müsse vielmehr erst seinen Landtag fragen.“

Nachdem nun mein in obiger Weise vorgetragener und gebildeter Vermittlungs-Vorschlag bei dem Abgeordneten=haufe von mir mit einer großen Zahl von Unterschriften eingebracht worden war, wurde in der etwa dreiwöchentlichen Zwischenzeit, bis der Gesetzentwurf auf die Tagesordnung kam, jener deutlichen Antwort und der durch uns beide in Abgeordnetenkreisen erfolgten weiteren Mitteilung derselben ungeachtet,

eine angebliche **„Zusage des Königs“**

von den Offiziösen andauernd und mit einem gewissen Erfolg ins Gefecht geführt, so daß schon damals eine förmliche Spaltung in der konservativen Fraktion eintrat.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 6. Februar 1868 sprach sich der Ministerpräsident Graf Bismarck am Schlusse seiner Rede wie folgt aus (sten. Bericht Seite 145 b)

„Nur dazu habe ich hauptsächlich das Wort ergriffen, um faktisch konstatieren, wie es sich mit den Zusagen verhält, die gegeben sind. Der hannoversche Provinziallandtag hat den Ihnen bekannten Antrag einstimmig gestellt. Seine Majestät der König befand sich hier nicht anwesend. Das Ministerium hat deshalb diesen Antrag zur Kenntnis Seiner Majestät, damals auf der Insel Mainau am Bodensee, gebracht und um die Erlaubnis gebeten, diejenige Antwort zu geben, die der Oberpräsident Graf Stollberg nachher gegeben hat und die ich als bekannt voraussetzen darf. **Es ist also eine Zusage mit Ermächtigung des Königs gegeben.**

Der Herr Vorredner (Herr von Vincke) hat mich an parlamentarische Gewohnheiten erinnert, nach denen ich Namen, die nicht hergehören, nicht hineinziehen möchte. Es ist vielleicht mehr ein Überrest von dem alten Sauerteig, daß es mir noch nicht gelingt, die königliche Regierung von Seiner Majestät in dem Maße, wie der Vorredner, zu trennen.“ **(Bravo!)**

Herr von Vincke, welcher vor mir saß, hielt mich von einer sofortigen persönlichen Berichtigung zurück und ich **bedauere** noch heute, **daß** ich mich habe zurückhalten lassen, da wir beide durch wiederholte gegenseitige Versicherungen in der That persönlich kompromittiert waren.

Der Beschluß des Abgeordnetenhauses erfolgte daher unter dem Druck und der Versicherung des Ministerpräsidenten,

daß eine königliche Zusage gegeben sei,

und das Amendement von Kardorff,

der Provinz Hannover zu eigener Verwaltung den Betrag von jährlich 500 000 Thaler aus den Staatshaushalts-Einnahmen eigentümlich zu überweisen und diese Summe fortan auf das Ordinarium des Stats zu setzen, ging insolgedessen mit 197 gegen 192 Stimmen durch. Die zweite Beratung stand noch bevor.

Inzwischen fand am 6. Februar abends ein Hoffest bei Seiner Majestät dem Könige auf dem Schlosse statt, dem viele Abgeordnete und auch ich bewohnten. Graf Bismarck hatte den König auf meine Anwesenheit mit den Worten aufmerksam gemacht: „Da steht ja Herr von Dieft“ und ich erhielt dann von dem hohen Herrn einen scharfen Tadel, daß ich bei der Abstimmung seinen Wünschen nicht Rechnung getragen habe, worauf ich ehrerbietig aber bestimmt erwiderte, daß ich nur **nach meinem Gewissen abstimmen könne**; auch als Seine Majestät bemerkten, daß ich bei der nächsten Abstimmung mein Votum ändern möchte, nur erwidern konnte, daß sich mein Gewissen in mir **nicht herumdrehe**.

Der König tadelte dann noch ebenso scharf eine ganze Anzahl anderer Abgeordneter: von Vincke, von Bodelschwingh, von Jordanbeck, Graf Bethusy-Huc und andere, auch solche, die für die Vorlage gestimmt hatten. Dies hatte die Wirkung, daß eine Anzahl Gemüther wackelig wurden und der von Kardorff'sche Antrag auch in der zweiten Beratung durchging.

Die **amtliche Provinzial-Correspondenz** brachte dann, — wohl um die Beratung im Herrenhause vorzubereiten, — in Nr. 7 vom 12. Februar 1868 die folgenden Sätze:

„Die Regierung berief sich ferner darauf, — daß eine **ausdrückliche königliche Zusage an die hannoverschen Stände** erteilt sei, deren Nichterfüllung den übelsten Eindruck machen würde.“

Und ferner:

„Die Regierung mutet, wie der Ministerpräsident wiederholt versichert hat, der konservativen Partei, so wenig wie einer anderen Partei, zu, in irgend einer Frage ihre Grundsätze zu opfern und gegen ihr politisches Gewissen zu handeln. Gerade weil grundsätzliche und Gewissensfragen für die Partei eingestandener Maßen nicht vorhanden, für die Regierung dagegen nach ihrer wohlbegründeten und klar ausgesprochenen Ansicht nicht bloß wichtige politische Verpflichtungen, **sondern geradezu die Einlösung einer im Namen des Königs gegebenen Zusage in Frage standen**, — deshalb konnte und mußte die Regierung erwarten, daß die konservative Partei alle Bedenken von bloß praktischer Bedeutung, alle Zweckmäßigkeitsgründe bereitwillig den von der Regierung entschieden in den Vordergrund gestellten **höheren Rücksichten** opfern würde. Man darf annehmen, daß die große Mehrheit der konservativen Abgeordneten so gehandelt hätte, wenn nicht durch den Einfluß einzelner Parteiführer **Täuschungen** über die wirkliche Stellung der Regierung zur Sache verbreitet worden wären.“

Infolge dieses **der Wahrheit geradezu ins Gesicht schlagenden amtlichen Artikels** richtete Herr von Vincke in seinem und meinen Namen am 14. Februar einen Privatbrief an den Grafen Bismarck, worin derselbe unter Berufung auf die uns beiden am 19. Januar gemachte ausdrückliche **gegenteilige Mitteilung zur Revokation aufgefordert wurde**. Dieser Brief hatte wie eine Pille eine **schleunige Wirkung**. Sofort erschien im Auftrage des Ministerpräsidenten der Graf Eulenburg im Abgeordnetenhaus und sagte eine Revokation zu.

Die Provinzial-Correspondenz erscheint nur einmal wöchentlich jeden Mittwoch. Die zugesagte **Revokation** war also am Mittwoch den **19. Februar** fällig und **erfolgte** dann auch, allerdings in möglichst abgeschwächter und umschriebener Form. Die Herrenhauszuzugung, in welcher der Gesetzentwurf beraten werden sollte, war auf den **20. Februar** angesetzt.

Sie wurde auf den **18. Februar verlegt**, so daß also die Beratung noch unter der Wirkung und dem Druck **der angeblichen Zusage** des Königs stattfand.

Das Gesetz über den hannoverschen Provinzialfond ist somit durch einen von dem Ministerpräsident, — seiner vorherigen gegenteiligen Versicherung ungeachtet, — in öffentlicher Sitzung hervorgerufenen **täuschenden Druck** zu stande gekommen und es liegt somit hinlänglicher Grund vor, dasselbe einer **Revision** zu unterziehen und auf den von dem Grafen Bismarck am 19. Januar gebilligten Vorschlag zurückzukommen.

Die wohl beabsichtigte **Verletzung** der konservativen Partei begann durch dieses Verfahren des Grafen Bismarck schon im Jahre 1868. Sie war bei dieser Sachlage kein Unglück. Denn eine Partei, welche so wenig Unabhängigkeit und Charakterfestigkeit in sich vereinigte, daß sie bei dem ersten Windstoß auseinanderstob, konnte kein heilsames politisches Gewicht üben. M. E. waren **zu viele Streber** darin. Dies spreche ich frei aus, ohne damit jemand verletzen zu wollen. Diejenigen aber, welche es juckt, mögen sich fragen.

Das Obige habe ich dem Fürsten Bismarck infolge Aufforderung durch den Grafen Eulenburg bereits in einem eingehenden Briefe vom 14. Mai 1874 vorgehalten. Derselbe mag unbequem gewesen sein, hat aber keinen Widerspruch erfahren und ich bin daher um so weniger zu fernerer Schonung verpflichtet, als wir lange genug durch offiziöse Blätter — (cf. die berühmte Norddeutsche-Allgemeine u.) — gelästert und verdächtigt worden.

Für den Fürsten Bismarck lag aber, — wenn er der Wahrheit die Ehre gibt und endlich die Hand aufs Herz legt, — wahrlich kein Grund vor in der Sitzung des Herrenhauses vom 6. Mai 1872 bei Gelegenheit der Beratung des Schulaufsichtsgesetzes mit Bezug auf obige Vorgänge folgendes zu äußern:

„Keine Regierung hat je ein Interesse, mit einer konservativen Partei zu brechen, aber die Partei besorgt dies mitunter selbst. (Bravo. Heiterkeit.) **Wir haben vor 4 Jahren ähnliche grundlose, ich will nicht sagen mutwillig heraufbeschworene Zwistigkeiten gehabt.** Herr von Waldow

sprach vorhin von dem Drängen der Parteien. Uns hat niemand gedrängt. Wenn wir in der That von irgend einer Partei uns drängen ließen, so hätte das niemand gethan, **als die damalige konservative Partei, die alles gethan hat, um die Regierung dahin zu drängen, daß sie ihre Ansehnung mehr nach links suchte.**“

Welche innere Berechtigung hat nach obiger wahrheitsgemäßer Darstellung **dieser Vorwurf?! Hat die konservative Partei** einen Zwist mutwillig heraufbeschworen oder hat nicht **Fürst Bismarck selbst** die Spaltung, weil es ihm so paßte, **absichtlich hervorgerufen?!?** Muß ihm dies in den Denkwürdigkeiten seines alten Freundes von Noon vorgehalten werden! Und will er nicht sein Unrecht selbst eingestehen?! —

Der Bruch mit der konservativen Partei lag also **in Bismarck's Absicht** oder wie sein Freund von Blankenburg an Noon oben als Meinung einer Menge Landräthe schreibt:

„Alles sei nur blinder Lärm, da der große Sarastro diese liberale Flöte „nur wegen Zollparlament“ spiele und heimlich sich freue, daß die konservative Opposition ihm seine Stellung Deutschland gegenüber erleichtere!!?“

Bismarck ist also auch bei dieser Gelegenheit **nicht bei der Wahrheit geblieben**, hat den Beschluß des Abgeordnetenhauses unter dem Druck einer nach seiner vorherigen Versicherung **nicht vorhandenen königlichen Zusage** erreicht und das Herrenhaus unter dem Eindruck einer **der Wahrheit ins Gesicht schlagenden** Darstellung der amtlichen Provinzial-Korrespondenz beschließen lassen!

Man möchte fast sagen: „Weh mir, ich bin erkannt!“

Seinem Freunde von Blankenburg aber lohnt Fürst Bismarck seine mehr als treue Nachfolge in dem er Teil II Seite 139 der „Erinnerungen“ über ihn sagt:

„Bei Blankenburg war nicht die Befähigung vorhanden, das historische Fortschreiten deutscher und europäischer Politik in breitem Überblick zu beurteilen,“ und dem er Seite 140 zc. „Mangel an Klarheit in einem Briefe an Noon“ und ferner vorwirft, „daß er ihn im Stich ließ.“

Es spielt nach Bismarck's Schilderung „Mangel an Begabung und fehlende Befähigung“ bei fast allen seinen Kollegen in dem Konfliktministerium, die er sich doch selbst gewählt hatte, eine Hauptrolle. Nur er ist **allein weise** und legt dadurch eine ungeheure **Überhebung** an den Tag, welche überhaupt sämtliche „Erinnerungen“ durchzieht. — —

Authentisch ist mir bekannt geworden, daß es eine Zeit lang in Bismarck's Absicht lag, Georg Vincke zum Minister des Innern und mich zum Finanzminister zu machen. Wir waren ihm jedoch zu unabhängig und nicht fügsam genug. — Widerspruch konnte der Selbstherrscher nicht vertragen.

3. Unwahre Verdächtigung meines Onkels des Ministers Carl von Bodelschwingh.

Die „Erinnerungen“ des Fürsten Bismarck enthalten Teil II Seite 143 folgendes in dem mit „Bruch mit den Konservativen“ überschriebenen Kapitel 25:

„Mit welchen Mitteln damals operiert wurde, zeigt folgender Vorgang. Carl von Bodelschwingh, während des Konflikts Finanzminister, der 1866 die Beschaffung der für den Krieg erforderlichen Geldmittel abgelehnt hatte und deshalb durch den Freiherrn von der Heydt ersetzt worden war, hatte in der konservativen Fraktion verbreitet, daß mir die Ablehnung der Vorlage — Hannoverscher Provinzialfonds — eigentlich recht sein würde, und erbot sich, dafür einen Beweis zu erbringen. Er trat in dem SitzungsSaale beim Beginn der Verhandlungen an mich heran, leitete ein gleichgiltiges Gespräch mit der Frage nach dem Befinden meiner Frau ein und kehrte in die Mitte seiner Fraktionsgenossen zurück mit der Erklärung, er sei nach Rücksprache mit mir seiner Sache sicher.“

Welche **niedrige Verdächtigung** eines Ehrenmannes! —, die überdies den Fehler hat, daß sie **nicht wahr ist!** — wie dies in ähnlichen Fällen, in denen er Ehrenmänner grundlos verdächtigte, häufig bei dem Fürsten Bismarck der Fall gewesen ist. Ich denke dabei zunächst an die in meiner Schrift „Bismarck und Bleichröder“ sub. 5 bis 10 aufgeführten

und von dem Fürsten nicht berichtigten Fälle — (betreffend die Deklaranten, den Unterstaatssekretär im auswärtigen Amt von Chile, meinen Schwager, den früheren Polizeipräsidenten von Bernuth, meinen Onkel, den Kabinettsminister Ernst von Bodelschwingh, den Grafen Harry von Arnim und mich selbst —).

Mit meinem Onkel Carl von Bodelschwingh habe ich im Abgeordnetenhaus und auch in der Fraktion während der Beratung der Vorlage des Hannoverschen Provinzialfonds in beständigem Verkehr gestanden und nie eine derartige Äußerung von ihm gehört. Ihm und vielen aus der konservativen Fraktion habe ich den Inhalt der in Gegenwart des Abgeordneten von Vincke mit dem Grafen Bismarck am 19. Januar 1868 getroffenen **Vereinbarung** mitgeteilt, wonach Graf Bismarck sich dahin äußerte,

daß mein Vorschlag sich hören ließe und in mancher Beziehung ein Auskunftsmittel sei, welches seinen Wünschen sogar entgegenkomme.

Es ist nach meiner Kenntnis eine **völlig unbegründete Beschuldigung** Bismarcks und seiner Zuträger gegen den Minister Carl von Bodelschwingh, daß dieser in der genannten Angelegenheit besonders gegen (Bismarck) intrigiert habe und mir fehlt ein parlamentarischer Ausdruck für meine Entrüstung über die Veröffentlichung einer **solchen** unwahren Verdächtigung nach dem Tode des Betreffenden! Der unmotivirte Haß des damaligen Grafen Bismarck (Februar 1868) ging, wie ich bestimmt weiß, soweit, daß mein Onkel Carl von Bodelschwingh im Bismarckschen Hause „Bodelschwein“ genannt wurde. Was soll man dazu sagen?

4. Ära-Artikel in der „Kreuzzeitung“ und die Deklaranten.

Die „Erinnerungen“ sagen Band II Seite 153 folgendes:

Als die Kreuzzeitung, weil ich Parlamentsherrschaft und Atheismus proklamiert hätte, schon am 11. Februar 1872 Fehde angesagt und unter Nathusius Lodom 1875 mit den sogenannten Ära-Artikeln Perrots den **Verleumdungsfeldzug** gegen mich eröffnet hatte, wandte ich mich brieflich an Amsberg, eine unserer höchsten juristischen

Autoritäten, und an den Justizminister mit der Frage, ob, wenn ich einen Strafantrag stellte, eine Verurteilung des Verfassers mit Sicherheit zu erwarten sei; andrenfalls würde ich von einem solchen abstehe, weil ein freisprechendes Erkenntnis meinen Gegnern neue Vorwände zu Verdächtigungen geben könnte. Die Antwort beider und meines gleichfalls befragten Rechtsanwalts fiel dahin aus, daß die Verurteilung wahrscheinlich, aber bei der vorsichtigen Fassung der Artikel nicht sicher sei. Ich hatte mir damals über die Stellung von Strafanträgen noch keine bestimmten Grundsätze gebildet, und die Erfahrungen, welche ich in der Konfliktzeit gemacht hatte, waren nicht gerade ermutigend; ich erinnere mich, daß ein Ortsgericht, ich glaube in Stendal, in den Gründen seines Erkenntnisses die Schwere der öffentlich gegen mich gerichteten Beleidigungen zwar reichlich zugab, aber die Festsetzung einer Minimalstrafe von 10 Thalern damit motivierte, daß ich wirklich ein übler Minister sei.

Als die Perrot'schen Artikel erschienen, sah ich auch noch nicht voraus, welchen Umfang der **Verleumdungsfeldzug** gegen mich von Seiten meiner früheren Parteigenossen und namentlich in den Kreisen meiner Standesgenossen annehmen sollte.“

Zunächst macht es einen fast erheiternden Eindruck, wenn der Fürst Bismarck sich darüber beklagt, daß die Gerichte auf seine zahllosen Strafanträge zu **gelinde** Strafen festgesetzt hätten. Es wissen viele, und auch ich, ein Lied davon zu singen, was diese Strafanträge bedeuten und **mit welchen Mitteln** sie durchgesetzt wurden. Sodann kann versichert werden, daß **keiner** seiner Standesgenossen jemals einen „**Verleumdungsfeldzug**“ gegen den Fürsten Bismarck unternommen hat, ja nicht einmal daran gedacht hat, einen solchen zu unternehmen.

Wer aber selbst vor Gericht **schwere Verleumdungen** ausgesprochen hat, um den Charakter des Ungeschuldigten zu verdächtigen, dann aber als „General der Kavallerie“ der Verleumdungsklage **ausgewichen** ist, ohne im Stande zu sein, sich

sachlich zu rechtfertigen, hat am wenigsten Recht, andere einer eingebildeten Verleumdung zu beschuldigen!

Außerdem enthielten die Vraartikel keine „Verleumdungen“, sondern waren nur „ein kleines Vorpostengefecht“, wie Herr von Wedemeyer-Schönrade sich mit Recht ausdrückte. Nur einige Irrungen in der Kombination der beteiligten Personen waren vorgekommen, die Quintessenz der Verbindung von Bismarck mit Bleichröder mit ihren verderblichen Folgen war auch damals schon leider zu wahr!

Die „Erinnerungen“ fahren fort Teil II Seite 156:

„Gegen mich begannen die Verleumdungen in dem Blatte, das unter dem christlichen Symbol des Kreuzes und mit dem Motto „Mit Gott für König und Vaterland“ seit Jahren nicht mehr die konservative Fraktion und noch weniger das Christentum, sondern nur den Ehrgeiz und die gehässige Verbißtheit einzelner Redakteure vertritt. Als ich über die Giftmischereien des Blattes am 9. Februar 1876 in öffentlicher Rede Klage geführt hatte, antwortete mir die Rundgebung der sogenannten Deklaranten, deren wissenschaftliches Kontingent aus einigen Hundert evangelischen Geistlichen bestand, die in ihrem amtlichen Charakter wie in dieser Form als Eideshelfer der KreuzzeitungsLügen auftraten und ihre Mission als Diener der christlichen Kirche und ihres Friedens dadurch bethätigten, daß sie die Verleumdungen des Blattes öffentlich kontrastigierten. Ich habe gegen Politiker in langen Kleidern, weiblichen und priesterlichen, immer Mißtrauen gehegt und dieses Pronaciamento einiger Hundert evangelischer Pfarrer zu Gunsten einer der frivolsten, gegen den ersten Beamten des Landes gerichteten Verleumdung war nicht geeignet, mein Vertrauen gerade zu Politikern, die im Priesterrock, auch in einem evangelischen, stecken, zu stärken. Zwischen mir und allen Declaranten, von denen viele bis dahin zu meinen Bekannten, sogar zu meinen Freunden gehört hatten, war, nachdem sie sich die ehrenrührigen Beschimpfungen aus der Feder Perrots an-

geeignet hatten, die Möglichkeit eines persönlichen Verkehrs vollständig abgeschnitten.“

Seite 158 und 159:

„Man hätte glauben sollen, daß die nationalliberale Partei, durch deren Begünstigung ich mir das Übelwollen meiner früheren konservativen Parteigenossen zugezogen hatte, durch die rohen und unwürdigen Angriffe auf meine persönliche Ehrenhaftigkeit bewogen worden wäre, mir in der Abwehr irgendwie beizustehen, oder doch zu erkennen zu geben, daß sie die Angriffe nicht billigte und die Ansicht meiner Verleumder über mich nicht theilte; ich erinnere mich aber nicht, in jener Zeit irgend einen nationalliberalen Versuch, mir zur Hilfe zu kommen, in der Presse oder sonst im öffentlichen Leben wahrgenommen zu haben. Es schien im Gegentheil, als ob im nationalliberalen Lager eine gewisse Genugthuung darüber herrschte, daß die konservative Partei mich angriff und mit mir brach und als ob man bemüht wäre, den Bruch zu erweitern und bei mir den Stachel tiefer einzudrücken. Liberale und Konservative waren darüber einig, je nach dem Fraktionsinteresse mich zu verbrauchen, fallen zu lassen und anzugreifen.“

Man sieht mit den Ausdrücken „**Vägnier**“ und „**Verleumder**“ wird nicht gespart. Konservative und Liberale sind gleich schlecht, — nur **er**, Fürst Bismarck, ist der einzige **Reine**, dem Unrecht geschieht. — — Ich lasse hier zunächst das folgen, was ich im Teil I, Seite 96 bis 98 über

Bismarck und die Deklaranten 1875 sagte:

In der Sitzung des Reichstags vom 9. Februar 1876 äußerte sich Fürst Bismarck hinsichts der im Sommer 1875 in der Kreuzzeitung erschienenen Artikel „über die Frau Delbrück Camphausen und Bleichröder“ wie folgt:

„Wenn ein Blatt wie die „**Kreuzzeitung**“, die für das Organ einer weitverbreiteten Partei gilt, sich nicht entblödet, die schändlichsten und lügenhaftesten Verleumdungen über hochgestellte Männer in die Welt zu bringen, in einer

solchen Form, daß sie nach dem Urtheil der höchsten juristischen Autoritäten gerichtlich nicht zu fassen ist, aber doch derjenige, der sie gelesen hat, den Eindruck hat; hier wird den Ministern vorgeworfen, daß sie unredlich gehandelt haben, — wenn ein solches Blatt so handelt und in monatlänglichem Stillschweigen verharret, trotzdem das alles Lügen sind, und nicht „peccavi“ oder „erravi“ spricht, so ist das eine **ehrlose Verleumdung**, gegen die wir alle Front machen sollten, und niemand sollte mit einem Abonnement sich indirekt daran beteiligen. Von einem solchen Blatte muß man sich lossagen, wenn das Unrecht nicht gesühnt wird. **Jeder, der es hält und bezahlt, beteiligt sich indirekt an der Lüge und Verleumdung, die darin gemacht wird** — an Verleumdungen, wie die „Kreuzzeitung“ sie im vorigen Sommer gegen die höchsten Beamten des Reiches enthalten hat, ohne die leiseste Andeutung eines Beweises und mit einer komischen Unwissenheit in den Personalgeschichten, die sie dabei zur Schan trägt.

Sofort, nachdem ich dies gelesen hatte, sandte ich der „Kreuzzeitung“ mit Namensunterschrift eine scharfe Erklärung ein, in welcher ich gegen diese Vorwürfe Verwahrung einlegte und erklärte, daß ich die „Kreuzzeitung“ nach wie vor halten würde. Hinzugefügt hatte ich, daß ich jene Artikel **nicht veranlaßt hätte und in gar keiner Beziehung zu ihnen stände**.

Anstatt der von dem Fürsten Bismarck erwarteten Besagung erschien dann in der „Kreuzzeitung“ vom 26. Februar 1876 folgende „Erklärung“:

„Der Reichskanzler Fürst von Bismarck hat in der Reichstagsitzung vom 9. Februar sich dahin geäußert, daß jeder, der die „Kreuzzeitung“ halte und bezahle, sich indirekt an Lüge und Verleumdung beteilige. Als treue Anhänger der königlichen und konservativen Fahne weisen wir die Anschuldigung gegen die „Kreuzzeitung“ und die gesamte durch sie vertretene Partei auf das Entschiedenste zurück. Wir bedauern, daß der erste Diener der Krone zu derartigen Mitteln greift, um eine Partei

zu bekämpfen, die er Jahre lang als zuverlässigste Stütze des Thrones anerkannt hat. So wenig wir die schmerzlichen Erfahrungen der letzten Jahre vermocht haben, uns in unserer Königstreue und in unseren Grundsätzen zu erschüttern, so wenig wird auch der letzte und verletzendste Angriff gegen die Partei und ihr Organ imstande sein, uns von der Zeitung zu trennen, welche furchtlos und treu noch stets ihren Wahlspruch: „Mit Gott für König und Vaterland“ verfolgten und alle Versuche, ihr beizukommen, erfolgreich abgeschlagen hat. Wenn aber der Herr Reichskanzler, im Anschluß an den oben angeführten Ausspruch, die Aufrichtigkeit unserer christlichen Gesinnung in Zweifel zieht, so verschmähen wir es ebenso mit ihm zu rechten, wie wir es zurückweisen, die gegebenen Belehrungen über Ehre und Anstand anzunehmen.“

Diese Erklärung war zunächst von 46 ehrenhaften und unabhängigen Männern der besten Familien des Landes unterzeichnet. Es schlossen sich aber sodann mehrere Hundert ernste Patrioten aus allen Ständen an, welchen den Namen: **„Die Deklaranten“** erhielten.

von Poschinger berichtet in seinem Buche „Fürst Bismarck und die Parlamentarier“ Seite 88 und 89:

„Die vorletzte Session der II. Legislatur-Periode des Reichstages schloß übrigens mit einer häßlichen Dissonanz, dem Bruch Bismarcks mit den Konservativen von der Richtung der „Kreuzzeitung“ und fügt, Carl Bram citierend, hinzu: Er hat das Tischtuch zwischen sich und den Konservativen zerschnitten. Er hatte ihnen gesagt: Im Reichstag und im Abgeordnetenhaus seid Ihr auf meinen Namen gewählt, wenn ich meine Hand von Euch abziehe, kommt Ihr alle nicht wieder.“

Das eine ist richtig, daß Bismarck, wie aus den Denkwürdigkeiten des Kriegsministers Grafen von Roon klar hervorgeht, schon im Jahre 1868 **den Bruch mit den Konservativen gewollt** und in nicht schöner Weise provoziert hat. Ich komme an anderer Stelle darauf zurück. Hier sei nur noch bemerkt, daß die sogenannten „Deklaranten“, welche doch

nichts gethan hatten, als gegen die ihnen widerfahrene Beleidigung Verwahrung einzulegen, von dem Fürsten Bismarck in ewigen Bann und Aicht erklärt wurden. Ihre Namen wurden in einer Spezialliste verzeichnet und Buch darüber geführt. Durch ein „vertrauliches“ Rundschreiben wurde **bei obiger Sachlage**, die doch wahrlich keinen Grund dazu enthält, von den Hunderten von Deklaranten in der That viele dazu veranlaßt,

bei dem Fürsten Bismarck durch Anschreiben **Abbitte zu leisten!!**

Bevor eine solche erfolgt war, soll, wie verlautet, auch keiner einen Gnadenbeweis, Beförderung und Orden erhalten haben. Es sind die ergößlichsten Fälle durch Verwechslung gleichartiger Familiennamen dabei vorgekommen, wo der durch Streichen in der Liste versagte Orden erst erfolgte, nachdem konstatiert war, daß der Auszuzeichnende **kein Deklarant sei!**

Herr von Wedemeyer bezeichnete die Ära-Artikel nur als „ein kleines Vorpostengefecht“ und das waren sie auch nur, obwohl zuzugestehen ist, daß in den Beziehungen der großen Bankhäuser zu einander einzelne Personalverwechslungen darin vorgekommen sind. Dr. Rudolph Meyer hat in seinem sofort unterdrückten, aber, soviel mir bekannt, nicht unter Anklage gestellten Buch: „**Politische Gründer**“ ein bedeutendes Material hinsichtlich des Inhalts der Ära-Artikel und darüber hinaus geliefert, welches aber selbstverständlich von der ergebenen Presse totgeschwiegen wurde.

In dem Buche „Unser Reichskanzler“ von Moritz Busch führt dieser Seite 203 an, daß Fürst Bismarck im Januar 1881 folgendes gesagt habe:

„Die Konservativen waren, soweit sie Reaktion wollten, immer gegen mich, weil ich keine wollte. Sie erinnern sich an die Stellung, welche die „Kreuzzeitung“ 1872 und später zur Zeit der großen Verleumdungen durch Joachim Gehlsen's Reichsglocke und die sie läutenden Junker mir gegenüber einnahmen. Da haben sie sich von mir losgesagt und mich mit allen möglichen Mitteln angegriffen, weil ich nicht mit ihnen gehen konnte.“

Ganz ähnlich war es 1877 mit den Nationalliberalen. Als das Ministerium Bennigsen nicht zu stande kam, weil der Unmögliche verlangte und andrerseits der Kaiser ihn nicht wollte und weiteres Unterhandeln mit ihm ausdrücklich verbot, ließen sie mich im Stiche, sagten sich von mir los und redeten mir aller Hand „**Unwahrheiten**“ nach. In der Kammer aber haben sie mich von da an nur lau oder garnicht unterstützt und bei meinen Kollegen, den Ministern, Anlehnung gesucht.“

Ferner soll (nach Seite 155 Teil I) Fürst Bismarck zu Moritz Busch im Herbst 1885 folgendes gesagt haben:

„Die Juden sind in ihrer Polemik gegen mich **nie so gemein gewesen**, als meine christlichen Gegner in der Fortschrittspartei und in der konservativen während der Zeit der Reichsglocke. Ich würde trotzdem für den Kampf ein Verständnis haben, wenn man statt Juden sagte: „**Preßjuden**“.“

Ebenso heißt es dort Seite 158 und 159:

„Zu den Dienern der Kirche ist das Verhältnis des Fürsten Bismarck in früheren Jahren ohne Zweifel ein näheres gewesen, als in der letzten Zeit. Wenn sie hierin eine Wandelung vollzogen hat, so wird die Thatsache teilweise damit im Zusammenhange stehen, daß sich unter den **Declaranten**, welche öffentlich als Bürgen für die „Kreuzzeitung“ eintraten, mehrere hundert evangelische Geistliche befanden. Wenigstens wissen wir, daß der Fürst Bismarck sich mit Bitterkeit dahin äußerte, er habe von den Dienern der Kirche Schutz und Beistand gegen die Niederträchtigkeit des genannten Blattes und der Reichsglocke erwartet und nicht gefunden. Ebenso wenig wie eine liberale Zeitung ihn damals gegen die Schmähungen der Konservativen verteidigt, ebenso wenig hat er davon gehört, daß je ein Geistlicher sich gegen die Lügen und Bosheiten seiner angenommen habe.“

Wenn Fürst Bismarck auch hinsichtlich seiner persönlichen Eigenschaften doch **mit gleichem Maße messen** und sich nicht über „**Unwahrheiten**“ beklagen möchte, die ihm nachgesagt werden. Ich denke hier zunächst an das mir gegenüber eingehaltene Verfahren!

Selbstverständlich wird dies alles nicht beachtet und der Fürst scheut sich nicht, viele Hundert ehrenwerte Männer als „**Lügner, Verleumder, Gideshelfer der „Kreuzzeitung“** und mit ähnlichen schönen Titeln zu bezeichnen, — bloß weil es ihm in grenzenloser Überhebung so paßt. Auch enthalten die sogenannten Ara-Artikel keine Verleumdungen, sondern Wahrheiten und nur, wie bereits oben bemerkt, in den Beziehungen der großen Bankhäuser zu einander einzelne Personal-Verwechslungen.

Herr von Wedemeyer-Schönrade, — ein fester Ehrenmann durch und durch — hat die drei ersten Monate des Jahres 1875 dazu verwendet, um in gewissenhafter Weise das Material in Berlin zu beschaffen und der Hauptmann a. D. Dr. Perrot sowie Dr. Rudolph Meyer in seinem schleunigst unterdrückten aber, soviel mir bekannt, nicht unter Anklage gestellten Buche: „**Politische Gründer**“ haben dasselbe verarbeitet. Es ist leicht von „**Verleumdung**“ zu sprechen, wenn man nicht gleichzeitig auf Untersuchung und Klarstellung der Thatsachen dringt, Letzteres hat Fürst Bismarck stets **vermieden** und der Feldmarschall Graf Moltke hat sich wiederholt mir gegenüber dahin ausgesprochen:

„daß er nicht begriffen, weshalb Fürst Bismarck nicht **selbst** auf Beweisaufnahme dringe; es sei dies seine Pflicht.“

Der Beweis meiner wiederholt öffentlich und vor Gericht ausgesprochenen Behauptung,

daß nach meiner juristischen Überzeugung ein Meineid Bleichröder's vorliege, mit dessen Hilfe ich in das Gefängnis gebracht wurde,

ist mir **viermal** abgeschnitten worden. Die beantragte Vorlegung der Bücher Bleichröder's und der Diskonto-Gesellschaft **erfolgte nicht!** Hier war es Sache des Fürsten Bismarck, **selbst** die Vorlegung zu verlangen, wenn er sich reinigen wollte. Wurde der Gegenbeweis geführt, — dann konnte er von „**Verleumdung**“ Wedemeyers sprechen, früher nicht.

Auch Georg von Bleichröder **vermied** die von neuem beantragte Vorlegung der Bücher und es wirkt fast komisch, wenn er sich wegen einer angeblichen, wie ich eidlich aussagte,

weder stattgefundenen noch abgelehnten Forderung mit einem Tag Haft bestrafen ließ und dadurch die Ehre seines Vaters gerettet zu haben glaubt. Freue dich Israel.

Die „Kreuzzeitung“ übt einen hohen und anerkennungs-werten Grad von Selbstverleugnung, wenn sie, wie bisher geschehen ist, die niedrigen Invektiven des Fürsten Bismarck gegen ihr Blatt, die konservative Partei und die sogenannten „Führer“, welche er auch in seinen gut revidierten „Erinnerungen“ noch aufrecht erhält, bei ihrer Besprechung gänzlich ignoriert, beziehungsweise nur für „mildernde Umstände“ für sich plaidiert. Die Führer, welche solange Zeit dem Fürsten mit übermäßiger Treue gedient und nach Friedrichsruhe gewallfahrtet sind, können sich bedanken für das schöne Zeugnis, welches er ihnen an verschiedenen Stellen, besonders Teil II, Seite 160, seiner von ihm persönlich „revidierten Erinnerungen“ ausstellt. Einer von diesen „Führern“ schrieb mir, als ich zur Gefängnisstrafe verurteilt war:

„*Victrix causa Diis placuit, sed vieta Catoni!*“

Er scheint dies vergessen zu haben, auch daß in seinem Hause eine wahre Äußerung eines Botschafters über den Fürsten Bismarck gefallen sein soll, wegen deren, wie verlautet, der Botschafter ins Gras beißen mußte.

— — *Tempora mutantur!*

Die sogenannte „Staatsraison“ mag der „Kreuzzeitung“ wohl vorgeschwebt haben. Mir hat man diese auch vorhalten wollen — aber in meiner Lage eigne ich mich nicht ferner zum Prügeljungen dafür, nachdem ich es schon zu lange gewesen bin. Für mich heißt es endlich: **Heraus mit der Wahrheit!!** selbst auf die Gefahr hin, daß sie jämmerlicherweise wieder todtgeschwiegen wird. — — Es ist keine edle und schöne Sache, die **nur durch Todtschweigen** gerettet werden kann! —

5. Die Danziger Episode und unverantwortliche Urteile über die Kaiserliche Familie.

In dem Kapitel 16, Teil I, der „Danziger Episode“ sagt der Fürst Bismarck Seite 319:

„Die Thatfache, daß ich, nachdem ich diese Äußerung des Thronfolgers erhalten hatte, auf dem eingeschlagenen Wege

verharrte, war ein sprechender Beweis dafür, daß mir nichts daran lag, nach dem Thronwechsel, der ja sehr bald eintreten konnte, Minister zu bleiben. Gleichwohl nötigte der Kronprinz mich in einem später zu erwähnenden Gespräche, ihm das mit ausdrücklichen Worten zu sagen."

Jene „Episode“ war im Jahre 1863. In dem intimen Gespräche unter vier Augen, zu welchem ich am 17. Februar 1870 schriftlich eingeladen war und welches ich schon im Teil I, Seiten 111 und 112 erwähnte, gab dagegen Bismarck in freimütiger Weise dem Ausdruck, wie schwer es für ihn sei, bei dem hohen Alter Seiner Majestät des Königs mit demselben zu regieren. Er finge öfters an zu weinen und wäre schwer zu einem festen Entschluß zu bringen. Ihm (Bismarck) sei auch die Aufgabe gestellt, daran zu denken, wie es ihm möglich sein werde, einst mit dem Kronprinzen zu regieren. Hierbei seien Schwierigkeiten zu überwinden.

Die oben wiedergegebene Bemerkung **entspricht somit nicht der Wahrheit.**

In der **leider veröffentlichten** *) „Danziger Episode“ sagt Fürst Bismarck:

„Teil I, Seite 328. Die Mitteilung an „berufene“ Personen ohne Ermächtigung Seiner Majestät würde gegen die Strafgesetze verstoßen. Das Recht der freien Meinungsäußerung wird ja Seiner Königlichen Hoheit — (dem Kronprinzen) — nicht verschränkt, im Gegenteil gewünscht; aber nur im Conseil, wo die Äußerung ja allein von Einfluß auf die zu fassenden Entschlüsse sein kann. Den Gegensatz „vor dem Lande offen zu legen“, kann nur eine Befriedigung des Selbstgefühls bezwecken und leicht die Folge haben, Unzufriedenheit und Unbotmäßigkeit zu fördern, und dadurch der Revolution die Wege bahnen.“

Seite 327. „Gefährlicher als alle Angriffe der Demokratie und alles „Nagen“ an den Wurzeln der Monarchie

*) Anmerkung: Bismarck glaubt sich weniger Zurückhaltung hierbei auflegen zu dürfen (Seite 316), weil ein Teil davon bereits in den hinterlassenen Papieren Max Dunders veröffentlicht worden sei. Eine sehr fadensteinige Entschuldigung!

ist die Lockerung der Bande, welche das Volk noch mit der Dynastie verbinden, durch das Beispiel offen verkündeter Opposition des Thronerben, durch die absichtliche Kundmachung der Uneinigkeit im Schooße der Dynastie. Wenn der Sohn und Thronerbe die Autorität des Vaters und des Königs ansieht, wem soll sie dann noch heilig sein? Wenn dem **Ehrgeize für die Zukunft** eine Prämie dafür in Aussicht gestellt ist, daß er in der Gegenwart vom Könige abfällt, so werden jene Bande zum eigenen Nachteil des künftigen Königs gelockert, und die Lähmung der Autorität der jetzigen Regierung wird eine böse Saat für die zukünftige sein."

Seite 330. „Der schwierigste Punkt ist die **Diskretion**, besonders gegen das **Ausland**, solange nicht bei Seiner Königlichen Hoheit und bei Ihrer Königlichen Hoheit der Frau Kronprinzessin das Bewußtsein durchgedrungen ist, daß in regierenden Häusern die nächsten Verwandten nicht immer Landsleute sind, sondern notwendig und pflichtgemäß andere als die preussischen Interessen vertreten!"

Hier spricht sich Bismarck selbst sein Urteil!

Wem glaubt er damit zu nützen, daß er diese intimen Dinge **der Öffentlichkeit preisgibt??** Dem Vaterlande oder dem Hohenzollerhanse? Ist es nicht vielmehr „eine Befriedigung des Selbstgefühls“ und sein „Ehrgeiz für die Zukunft“, welche er hier übt? Und nun gar **die Diskretion** gegen das Ausland. Bewahrt er diese hier und hat er sie bewahrt, als er noch bei Lebzeiten plötzlich den geheimen Rückversicherungs-Vertrag mit Rußland **veröffentlichte!?** Er verlangte von anderen unerbittlich Diskretion; z. B. von Harry Arnim, von Geffken u. setzte sich aber selbst über alles hinweg. — —

Die freisinnigen Zeitungen haben leider im vorliegenden Falle Recht, wenn sie ihre scharfe Mißbilligung aussprechen und die ganze Veröffentlichung des Tagebuchs des Kronprinzen forderten, mit dem nach ihrer Befürchtung die obigen Angaben im Widerspruche stehen.

6. Scharfe Urteile über den Reichstag und die angeblichen Gegner.

Fürst Bismarck teilt seine Gegner in 3 Klassen ein, indem er in seinen „Erinnerungen“ Teil II, Seite 147 und 148 folgendes sagt:

„Noon's Erwartung erfüllte sich nicht, die konservative Partei blieb was sie war. Der Konflikt, in den sie sich mit mir gesetzt hatte, dauerte mehr oder weniger latent fort. Ich begreife, daß meiner Politik, die mit dem vulgären Namen „Kreuzzeitung“ bezeichnete konservative Richtung feindlich war, in manchen Mitgliedern aus achtbaren prinzipiellen Gründen, die in dem Einzelnen eine stärkere Triebkraft ausübten, als ihr mehr preußisches wie deutsches Nationalgefühl. In anderen, ich möchte sagen in meinen Gegnern zweiter Klasse, lag das Motiv der Opposition im Strebertum — ôte — toi, que je my mette — deren Prototyp Harry Arnim, Robert Volz und andre waren. Als dritte Klasse möchte ich meine Standesgenossen im Landadel bezeichnen, die sich ärgerten, weil ich in meinem exzeptionellen Lebenslauf aus dem mehr polnischen als deutschen Bezirk der traditionellen Landadelsgleichheit herausgewachsen war. Daß ich vom Landjunker zum Minister wurde, hätte man mir verziehen, aber die Dotationen und vielleicht auch den mir sehr gegen meinen Willen verliehenen Fürstentitel — verzieh man mir nicht. Die „Exzellenz“ lag innerhalb des gewohnheitsmäßig Erreichbaren und Geschätzten; die „Durchlaucht“ reizte die Kritik.“ — (Nachdem er geschildert hat, daß er eigentlich die Absicht gehabt habe, den Fürstentitel abzulehnen.) — . . . „Dies Gefühl, daß man als Graf wohlhabend sein kann, ohne unangenehm aufzufallen als Fürst aber, wenn man letzteres vermeiden will, **reich sein muß**, hat mich seitdem nie wieder verlassen. Ich würde die Mißgunst meiner früheren Freunde und Standesgenossen noch bequemer ertragen haben, wenn sie in meiner Gesinnung begründet gewesen wäre. Sie fand ihren Ausdruck und ihre Vorwände in der verurteilenden Kritik, welcher meine Politik von Seiten der preußischen Konservativen unter Führung des

mir verwandten Herrn von Kleist-Rehnow bei Gelegenheit des Schulaufsichtsgesetzes 1872 und bei einigen anderen Anlässen unterzogen wurde."

Hierin sind wieder **große Irrtümer** des Fürsten Bismarck enthalten.

Unwahr ist es zunächst, daß sich die konservative Partei mit ihm in Konflikt versetzt habe? Es war vielmehr Bismarck's **Absicht** mit ihr zu brechen, wie dies an anderer Stelle aktenmäßig nachgewiesen ist und auch sein „alter Freund“ Noon in den „Denkwürdigkeiten“ klar nachweist. Wenn sich „Strebertum“ in der konservativen Partei zeigte, so hat er dies selbst großgezogen: Rechnet er aber Wedemeyer und mich auch unter die „Streber?!“ Die Annahme, daß ihm die „Durchlaucht“ von den Konservativen beneidet worden sei und sie sich darüber geärgert hätten, kann jedem Kundigen nur ein Lächeln abgewinnen. Das Schlimme und für die ganze innere Politik des Fürsten Verderbliche war aber, daß die Durchlaucht glaubte, **daß sie reich sein müsse** und daß hieraus die Komplikationen mit Bleichröder und die **Gefahren** für den ersten Staatsmann des deutschen Reichs hervorgingen, welche ich in meinem abgedruckten Briefe vom Oktober 1875 (Seite 64 bis 67) beschrieben habe. Gegen **diese Gefahren** mußte jeder ernste Patriot Front machen und vor ihnen warnen!

Teil II, Seite 152 und 153 sagen die Bismarckschen „Erinnerungen“:

„Graf Harry Arnim machte auf die Anwesenden den Eindruck den mir Noon selbst mit den Worten wiedergab: „In dem steckt doch ein tüchtiger Junker!“ Die gesprächliche Verbindung, in welcher dieses Urteil ausgesprochen wurde und die öfter scharf accentuierte Wiederholung desselben im Munde meines Freundes und Kollegen hatte die Tragweite eines Vorwurfs für mich wegen Mangels gleicher Eigenschaften und einer Andeutung, als ob Arnim die innere Politik schneidiger und konservativer behandeln würde, wenn er an meiner Stelle wäre. In den Unterredungen, in denen dieses Thema des Arnimschen Junkertums breit entwickelt wurde, gewann ich den Eindruck, daß auch mein alter Freund Noon

unter der Einwirkung der bei ihm stattfindenden Konventikel in dem Vertrauen zu meiner Politik einigermassen erschüttert war.

Zu den betreffenden Kreisen gehörte auch Oberst von Caprivi, damals Abteilungschef im Kriegsministerium. Ich will nicht entscheiden, zu welchen der Seite 147 aufgeführten Kategorien meiner Gegner er damals gehörte; bekannt ist mir nur seine persönliche Beziehung zu Mitarbeitern an der „Reichsglocke“, wie dem Geheimrat von Lebbin, Personalrat im Ministerium des Innern, der auch in seinem Ressort einen mir feindlichen Einfluß ausübte. Der Feldmarschall von Manteuffel hat mir gesagt, daß Caprivi seinen, Manteuffels, Einfluß beim Kaiser gegen mich anzuspannen versucht und meine „Feindschaft gegen die Armee“ als Grund zur Klage und als eine Gefahr bezeichnet habe.“ . . .

Es folgt dann die Bemerkung, daß Bismarck ohne Ueberhebung „annehmen zu können glaube, daß nur durch **seine Leistung der Politik**“ der Ruhm der Armee gegründet worden sei und daß nur **durch ihn** dieselbe zu ihren Heldenthaten und Graf Moltke den Degen zu ziehen, Gelegenheit erhalten hätten, Kaiser Wilhelm I. nur durch **seine** Beratung die Erfolge erzielt habe. —

Über Gottes gnädigen Beistand, über die Reorganisation der Armee und deren meisterhafte Führung durch Kaiser Wilhelm I. und den Grafen Moltke sagt er **kein Wort**. Man kann es dem Urteile des Lesers überlassen, ob obiges „Ueberhebung“ ist oder nicht.

In dem provokatorischen Angriff, den Fürst Bismarck jetzt von neuem gegen den Grafen von Caprivi und Herrn von Lebbin hinsichtlich ihrer Beziehung zur „Reichsglocke“ macht, hat er **meinen** Namen jetzt wohlweislich fortgelassen, nachdem ich die mich betreffenden **Unwahrheiten**, welche die „Hamburger Nachrichten“ auf Anregung ihres „leitenden Geistes“ im Jahre 1892 brachten, in meiner öffentlichen Abwehr vom 18. Juli 1892 — (zu vergleichen Teil I, Seite 109 bis 111) — gründlich beleuchtete und die „Hamburger Nachrichten“ durch den Staatsanwalt zur Berichtigung zwang. Wenn er ferner den Feldmarschall von Manteuffel als seinen Bundesgenossen hinzustellen sucht, so kann ich hier bezeugen, daß gerade dieser in langen

eingehenden Gesprächen, mit mir meine Ansicht hinsichtlich der Gefahren der Bismarckschen Politik in seinen intimen Beziehungen zu Bleichröder und der haute finance, worunter auch die Armee litt, vollauf teilte.

Ein unendlich **hartes** und in dieser Härte geschichtlich nicht begründetes Verdikt fällt Fürst Bismarck über den deutschen Reichstag am Schluß des Teiles II seiner Erinnerungen. Nachdem er von arbeitscheuen Mitgliedern und Strebern gesprochen hat, fährt er fort:

„Seite 309 und 310. Nur die Führung des Zentrums kann ich nicht eine unfähige nennen, aber sie ist berechnet auf die Zerstörung des unbequemen Gebildes eines deutschen Reiches mit evangelischem Kaisertum und acceptiert in Wahlen und Abstimmungen den Beistand jeder ihr an sich feindlichen, aber zunächst in gleicher Richtung wirkenden Fraktion, nicht nur der Polen, Welfen, Franzosen, sondern auch der Freisinnigen. Wie viele der Mitglieder mit Bewußtsein, wie viele in ihrer Beschränktheit für reichsfeindliche Zwecke arbeiten, werden nur die Führer beurteilen können. Windthorst, politisch latitudinarian, religiös ungläubig, ist durch Zufall und bürokratisches Ungeschick auf die feindliche Seite geschoben worden. Trotz alledem hoffe ich, daß in Kriegszeiten das Nationalgefühl stets zu der Höhe anschwellen wird, um das Lügengewebe zu zerreißen, in dem Fraktionsführer, strebsame Redner und Parteiblätter in Friedenszeiten die Massen zu erhalten wissen.“

„Wenn man sich die Zeit vergegenwärtigt, wo das Zentrum, gestützt weniger auf den Papst als auf den Jesuitenorden, die Welfen, nicht bloß die hannoverschen, die Polen, die französisierenden Elsäßer, die Volksparteiler, die Sozialdemokraten, die Freisinnigen und die Partikularisten, einig unter einander **nur** in der Feindschaft gegen das Reich und seine Dynastie, unter Führung desselben Windthorst, der vor und nach seinem Tode zu einem Nationalheiligen gemacht wurde, eine sichere und herrische Mehrheit gegen den Kaiser und die verbündeten Regierungen besaß, so . . . (es folgt dann wieder eine Apoteose auf die eigene Person.)“

Was berechtigt den Fürsten Bismarck in so verächtlicher und wegwerfender Weise von einer großen Menge von Männern zu sprechen, die er persönlich nicht einmal genau kennt. „Dem Zentrum imputiert er, **nur** Feindschaft gegen das Reich und seine Dynastie.“ Ich habe ehrenwerte Freunde im Zentrum und rechne zu denselben namentlich den von mir hochgeschätzten leider zu früh heimgegangenen Freiherrn von Schorlemer-Mst. Fest steht jedenfalls, daß das Zentrum sich durchweg reine Hände bewahrt hat. Fürst Bismarck'sche intime Beziehungen zur Hochfinanz und zu Bleichröder kommen dort nicht vor. Auch sind die Katholiken in den Feldzügen eben so gute Soldaten gewesen wie die Evangelischen! Wozu diese verheerende Überhebung? Gutes wirkt sie nicht. —

Aber auch die anderen Fraktionen, namentlich die „Konservativen“ bekommen ihr Teil, nachdem Bismarck die „Nationalliberalen“ schon früher abgeführt hat. Er sagt von ersteren:

„Teil II, Seite 160. Nach meinen Erfahrungen ist die Abhängigkeit der konservativen Fraktionen von dem Gebote ihrer Leitung mindestens ebenso stark, vielleicht stärker als auf der äußersten Linken. Die Scheu vor dem Bruch ist auf der rechten Seite vielleicht größer als auf der linken und der damals auf jedem einzelnen stark wirkende Vorwurf, „ministeriell zu sein“, war der objektiven Beurteilung auf der rechten Seite oft hinderlicher als auf der linken.

Dieser Vorwurf hörte sofort auf, den Konservativen und anderen Fraktionen empfindlich zu sein, als durch meine Entlassung **die regierende Stelle** vakant geworden war, und jeder Parteiführer in der Hoffnung, bei ihrer Wiederbesetzung beteiligt zu werden, bis zur **unehrlichen Verleugnung und Boykottierung** des früheren Kanzlers und seiner Politik **servil und ministeriell wurde.**“

Kann es Stärkeres an Überhebung und Verachtung geben? Und was bleibt dann am ganzen Reichstage noch übrig? Er

selbst. — Er schwebt über dem Ganzen; er allein stellt sich als **unfehlbar** hin, wie sehr er auch die Unfehlbarkeit des Papstes bekämpfte.

Interessant ist auch, daß der Fürst sich die Bezeichnung „**regierende Stelle**“ beilegt. —

In dem Inhaltsverzeichnis des Teils I der Bismarck'schen Erinnerungen befindet sich im neunten Kapitel Seite 213 der Vermerk: „**Korruption im Ministerium.**“

Er schildert dort auf den Seiten 213 und 216, wie ein Herr Levinstein Bestechungsversuche bei ihm gemacht habe und wie er ihn **beinahe** die Treppe hinunter geworfen hätte. Bismarck schließt seine Betrachtungen mit folgenden Worten:

„Graf Bernstorff hatte während seiner kurzen Amtszeit der Korruption im Auswärtigen Amte kein Ende machen können, war auch wohl geschäftlich und gräßlich zu stark präokkupiert, um diesen Dingen nahe zu treten. Ich habe meine Begegnung mit Levinstein, meine Meinung über ihn, seine Beziehungen zu dem Auswärtigen Ministerium später dem Regenten mit allen Details zur Kenntnis gebracht, sobald ich die Möglichkeit hatte, dies mündlich zu thun, was erst Monate später der Fall war. Von einer schriftlichen Berichterstattung versprach ich mir keinen Erfolg, da die Protektion Levinsteins durch Herrn von Schleinitz nicht bloß zum Regenten hinauf, sondern an die Umgebung der Frau Prinzessin hinan reichte, welche bei ihren Darstellungen der Sachlage keinen Beruf fühlte, die Unterlagen objektiv zu prüfen, sondern geneigt war, die Anwaltschaft für meine Gegner zu nehmen.“

Das beabsichtigte Treppe-Herunterwerfen des Levinstein ist wohl mehr scherzhaft zu nehmen, es folgen dann aber wieder die Verdächtigungen seiner Amtsvorgänger, insbesondere des bestgehaßten Herrn von Schleinitz und sogar der Prinzessin von Preußen, späteren Kaiserin Augusta. Die Sache spielt im Jahre 1859. Sollte dem Fürsten Bismarck bei der Revision seiner „Erinnerungen“ nicht ins Gedächtnis gekommen sein, in welcher Weise er nach 1866 den zur angeblichen Bekämpfung Welfischer Agitationen gebildeten „Welfenfond“, — vulgo „Reptilienfond“ genannt, — über

dessen Verwendung keine Rechnung gelegt wurde, zu verderblichen „Beeinflussungen“, — um eine ganz milde Bezeichnung zu wählen, — eines großen Theiles der Deutschen und, wie man sagt, auch der ausländischen Presse und zu manchen anderen heterogenen Zwecken gebraucht hat?! — — Der gegen die Moralität dadurch angerichtete Schaden ist **ein unendlich großer gewesen!** —

Eines Urteils über die sogenannte „konservative Partei“ will ich mich hier enthalten, weil es mir nicht angemessen erscheint, Streitigkeiten innerhalb der Partei öffentlich auszutragen. Nur soviel will ich bemerken, daß sie nach meiner Auffassung ein **wahrhafter Unabhängigkeit** viel zu wünschen übrig läßt.

Als der erste Teil der Schrift „Bismarck und Bleichröder“ im Juni 1897 erschienen war, beeilte sich das „Leitende“ konservative Blatt zu bemerken, daß es zwar die Schrift nicht kenne,

„daß ich für mein Vorgehen aber auch nicht den geringsten Rückhalt in der konservativen Partei habe.“

Dieses Vorgehen ist dann auch, wie zu meiner Kenntniss gelangte, von einem Mitgliede des sogenannten „Elfer-Ausschusses der Deutschkonservativen“ dem Vorsitzenden gegenüber scharf getadelt worden und zwar

formell, „weil ohne die Schrift zu kennen, eine solche Behauptung aufgestellt wird, für die immerhin erst volle Sicherheit genommen werden mußte oder die ganze Notiz mußte am besten unterlassen werden.“

Auch sachlich sei dieselbe weder als nützlich, noch als richtig zu erachten. Denn die enge Verbindung Bismarcks mit Bleichröder sei so zu sagen in gut konservativen Kreisen scharf getadelt worden, weil sie vom moralischen Standpunkte aus nicht gut geheißsen werden konnte und zum mindestens als nicht faßbar angesehen werden mußte. . . .

„In der Sache Dieft-Bismarck dürfe nicht übersehen werden, daß damals Herrn von Dieft bitteres Unrecht geschehen sei. Wenn gleich es jetzt vielleicht im Interesse

des gegenwärtigen Verhältnisses von Bismarck zur deutsch-konservativen Partei nicht zweckmäßig und opportun erscheinen mag, auf diese Sache zurück zu kommen, so müsse es dennoch erste Aufgabe der Partei bleiben, **für das Recht einzutreten**, denn nur **dadurch** erhalten sie die richtige Grundlage für ihre Existenz. Die **Opportunität** könne erst in zweiter Linie kommen.“

Obwohl noch viel mehr gesagt war, will ich aus dem angeführten Grunde doch nicht weiter darauf eingehen und bemerke nur, daß mir das nach ernster Prüfung erkannte **Wohl des Vaterlandes** über den Personenkultus geht. — —

III. Zweiter Teil von „Bismarck und Bleichröder“.

I. Vorwort.

Vor dem Erscheinen im Buchhandel sandte ich am 24. Juni 1897 Seiner Majestät dem Kaiser und Könige die Druckschrift nach Kiel, kurz vor dem damaligen Antritt der Nordlandsreise. Das zur Allerhöchst-Eigenhändigen Eröffnung abgegangene Immediatschreiben enthielt die nachstehende Fassung:

„Eurer Kaiserlichen und Königlichen Majestät übersende ich ehrfurchtsvoll die Anlage, welche in diesen Tagen im Buchhandel erscheint und noch vor meinem Tode Zeugnis davon ablegen soll, daß **nur Vaterlandsliebe** mich seit 23 Jahren in dem unternommenen Kampfe geleitet hat.

Auch brauche ich jetzt, nachdem ich mit den Herren Roffen des Feldmarschalls Grafen Moltke vorher hinsichtlich der beabsichtigten Veröffentlichung in dieser Richtung in Verbindung getreten bin, nicht länger damit zurückzuhalten, daß ich, außer den eigenen Lebenserfahrungen, durch ein zweistündiges Gespräch mit dem von mir hochverehrten Feldmarschall Grafen Moltke am 4. März 1874, dem ein gleicheingehendes mit dem Feldmarschall Freiherrn von Manteuffel am 6. März 1874 folgte, mit dazu angeregt worden bin,

den Versuch zu machen, **Bismarck von Bleichröder zu trennen**, weil in dieser intimen Verbindung eine **große Gefahr** für das deutsche Staatswesen und für die deutsche Ehrenhaftigkeit vielseitig erkannt wurde“.

„Meine Frau und Kinder haben von meiner Absicht nichts gewußt. Rücksichten konnte ich nicht mehr nehmen. — Es wird wieder von vielen Seiten auf mich Losgepaukt werden. **Nur vorwärts!**“

Eure Kaiserliche und Königliche Majestät bitte ich ehrerbietigst, daß Sie die Gnade haben, Allerhöchstselbst Information aus dem Buche zu entnehmen und mir gütigst Nachricht über den Empfang zu geben.“

In größter Ehrfurcht

Eurer Kaiserlichen und Königlichen Majestät
allunterthänigster, treuehorsaamster

von Dieß,

Landrat und Rittmeister a. D.

Ich habe keinerlei Bescheid erhalten. Allerdings erfuhr ich aus zuverlässiger Quelle, daß dieses Schreiben mit der Druckschrift in der That in die Hände Seiner Majestät gelangte. Daß Allerhöchstderselbe aber die Druckschrift gelesen und überhaupt Kenntniß von der genauen Sachlage hat, kann ich **nicht** annehmen. Dies schließe ich, außer dem völligen Ignorieren des Inhalts, auch daraus, daß sich, wie die Zeitungen berichteten, der Dr. Georg von Bleichröder im Gefolge Seiner Majestät auf der bekannten schneidigen Seefahrt nach Rag Skagen befunden hat. —

Im Übrigen hat seitens der gesamten deutschen Presse, mit wenigen Ausnahmen, **systematisches Todtschweigen** der Schrift stattgefunden, obwohl der Münchener Verlag dieselbe in einigen Hundert Rezensionsexemplaren an die öffentlichen Blätter verschiedener Richtungen und an die Buchhandlungen sandte.

Dem Fürsten Bismarck wurden eingeschrieben von dem Verlag in München und aus Leipzig Ende Juni 1897 zwei Exemplare zugesandt. Desgleichen forderte ich ihn durch eingeschriebenen Brief vom 19. Juli 1897 auf, die in der

Schrift enthaltenen Thatfachen zu berichtigen oder, wenn möglich, zu widerlegen. **Er schwieg und sind daher diese Thatfachen als feststehend zu erachten.**

Mit welcher Konsequenz dies fast in Kleinlichkeit ausartende Todtschweigen durchgeführt wurde, zeigt der folgende Verlauf.

Da es mir vor allem auch darauf ankam, in meinem Heimatskreise über die Ziele meiner schweren Aufgabe und über die Mittel, durch welche das Gelingen derselben unter Beugung des Rechts mit Macht vereitelt wurde, ja mir sogar eine dreimonatliche Gefängnisstrafe zu teil geworden war, Aufklärung zu geben, so hatte der Münchener Verlag auf meine Veranlassung jedem der Kreisblätter der drei benachbarten Kreise Stargard, Rangard und Regenwalde Rezensionsexemplare der Druckschrift geschickt. Dieselben brachten sämtlich nicht nur **kein Wort** einer Rezension, sondern zeigten **nicht einmal das Erscheinen** der Schrift an. Sie schwiegen sich gänzlich aus! und verblieben dabei trotz der diesseitigen Aufforderung. —

Wie dabei der Landrat des Rangarder Kreises von Bismarck (Neffe des Fürsten) verfuhr, ist durch ein gerichtliches Erkenntnis vom 22. Februar 1898 des Landgerichts in Stargard in einer Privat-Widerklage von Dieß contra von Bismarck festgestellt worden. Die thatsächliche Feststellung hat folgenden Wortlaut:

„Der Berufsrichter hat auch den Ausführungen und Behauptungen des Widerklägers, soweit sie thatsächlicher Natur waren, vollen Glauben geschenkt und mit dem Widerkläger angenommen, daß der Widerbeklagte drei Exemplare der Broschüre „Bismarck und Bleichröder“ in der Absicht hinter sich gehalten hat, die Weiterverbreitung in Kreise Rangard zu verhindern....

Es ist nicht dargethan, daß die Zurückhaltung und Unterdrückung der Broschüre seitens des Widerbeklagten die Spitze gegen den Widerkläger gerichtet hält und auf die Verhinderung einer Rehabilitierung des Widerklägers abzielt. Es soll dem Widerkläger ohne weiteres zugestanden werden, daß er die Broschüre auch zu dem

Zwecke geschrieben und veröffentlicht hat, um insbesondere in seinem Heimatskreise aufklärend zu wirken und die angebliche Meinung zu widerlegen, daß ihm ein Makel anhänge

„Es fehlt aber an jeder rechtswidrigen Kundgebung gegen die Person oder die Ehre des Widerklägers, ohne welche der Thatbestand des § 185 des Strafgesetzbuches nicht erfüllt werden kann. Es soll nicht bezweifelt werden, daß der Widerkläger sich durch diese Handlungsweise des Widerbeklagten persönlich verletzt oder gekränkt gefühlt hat, und es mag auch sein, daß sich der Widerbeklagte dieser möglichen Folge seiner Handlungsweise bewußt gewesen ist, immerhin ist sie nicht die Folge einer widerrechtlichen Nichtachtung der Person des Widerklägers seitens des Widerbeklagten, welche allein die Widerklage begründen würde.“

Diese Feststellung genügte mir und habe ich daher ein weiteres Rechtsmittel gegen die Abweisung der Widerklage nicht ergriffen. Es steht also fest,

daß der Neffe des Fürsten Bismarck drei Exemplare der Schrift „Bismarck und Bleichröder“ hinter sich gehalten hat, um die Weiterverbreitung im Kreise Rangard zu verhindern.

Um von vornherein klarzulegen, in welchem Sinne Herr von Wedemeyer und ich in Anbetracht **der großen Gefahren**, welche aus den intimen Beziehungen Bismarcks mit Bleichröder für die deutsche Ehrenhaftigkeit und für das gesamte Staatswesen hervorgingen, auf den Fürsten Bismarck einzuwirken versuchten, verweise ich auf die Briefe Wedemeyers an den Fürsten vom 20. März und 5. April 1875, von denen ersterer auch dem Grafen Roon Abschrift zugehen ließ.*)

*) Anmerkung. Diese Briefe, in denen Wedemeyer den p. von Bleichröder geradezu als „Kompagnon der Reichsregierung“ bezeichnet und den Fürsten dringend bittet, jede Berührung mit ihm zu meiden, sind abgedruckt Teil I, Seite 22 bis 25. Auch Graf Moltke erhielt Abschrift dieser Briefe und er freute sich an dem klassischen Stil derselben.

Als keine Antwort des Fürsten einging, richtete ich auf den Wunsch Wedemeyers am 26. Juli 1875 die nachstehende Immediateingabe an Seine Majestät den Kaiser Wilhelm I. nach Gastein:

Daber, den 26. Juli 1876.

Allerdurchlauchtigster Großmächtigster Kaiser! .

Allergnädigster Kaiser, König und Herr!

..... Neuerdings bin ich von vielen von der Börse abhängigen Blättern, — und dies ist die bei weitem größte Mehrzahl, — als Verfasser der bekannten fünf Artikel der „Kreuzzeitung“ über die wirtschaftliche Ara des Baron von Bleichröder und Genossen, sowie durch Zusendung von anonymen und öffentlichen Schmähschriften andauernd verfolgt worden und habe dies ruhig hingenommen, obwohl ich jene Artikel nicht verfaßt und gar keine Beziehung zu ihnen habe. Ja, ich finde meine Freude darin, so verfolgt zu werden, denn die **sittlichen Aufgaben**, welche jene Artikel durch ein kleines Vorpostengefecht anbahnen, muß jeder Ehrenmann und wahrhafte Vaterlandsfreund sich stellen. Eine neuerdings darin von mir abgegebene öffentliche Erklärung füge ich anliegend ehrfurchtsvoll bei.

Wir sitzen leider in bereits ähnlichen Zuständen, wie der Offenheimer Prozeß in Österreich offenbarte und es ist hohe Zeit, dagegen in dem edlen Deutschland Front zu machen. Das letztere ist seit dem glücklichen Kriege gegen Frankreich **zurückgegangen**, sowohl in der **Zucht und Ehrenhaftigkeit**, als in der **Demut und wahren Gottesfurcht**, — das läßt sich leider nicht leugnen. Deshalb haben sich mehrere Edelleute das Wort gegeben, diesen Kampf aufzunehmen und es sind von denselben zunächst Privatbriefe an den Fürsten Reichskanzler gerichtet worden, um denselben, nachdem meine dezent gehaltene Broschüre (Geldmacht und Sozialismus) bei ihm nicht gefruchtet, **aus den Händen der Geldmächte möglichst zu befreien**. Da auch diese Briefe — (deren Abschriften sich in meinen Händen befinden) — wie es

scheint, bisher nicht genügend durchgeschlagen haben, so wird in kurzer Frist, etwa vier Wochen, nicht von meiner, aber von anderer eingeweihter Seite eine Veröffentlichung unter Nennung einer Anzahl Namen stattfinden.

Wir bitten Gott um Seinen Beistand und hoffen, daß **Er unser deutsches Vaterland** nicht in ähnliche Zustände versinken lassen wird, wie sie in Oesterreich, Frankreich, Rußland, Amerika bereits existieren.

Leider liegt dem keine Geistesverwirrung zu Grunde, wie die amtliche Provinzial-Korrespondenz in der Anlage schreibt, sondern sehr beklagenswerte Thatsachen.

In tiefster Ehrfurcht

Euer Kaiserlichen und Königl.ichen Majestät
allunterthänigster
von Dieß,

Landrat und Rittmeister a. D.

Wie mir Graf Meisselrode mittheilte, habe dieser Brief in Gastein „eingeschlagen, wie eine Bombe“, es sei aber weiter nichts darauf erfolgt, weil die ganze Umgebung für Bismarck und das Großjudentum gewirkt habe.

Die eigentlichen Zielpunkte, welche der Unterzeichnete, Herr von Wedemeyer, und deren Bundesgenossen hatten, sind in nachfolgendem Briefe an einen näheren Bekannten des Fürsten Bismarck präzisiert, der ihm geschrieben wurde, um dem Fürsten offene Mitteilung davon zu machen. Ob Letzteres in der That geschehen ist, habe ich nicht genau erfahren können, möchte es aber bezweifeln.

Daber, den 29. Oktober 1875.

Hochgeehrter Herr!

„Unser langes Gespräch in Berlin mit Herrn von Wedel-Behlingsdorff hat doch manche ernste Seite gehabt und da man Gedanken, welche man ausgesprochen hat, schriftlich noch präziser ausdrückt, mir auch daran liegt, daß, falls Sie bei nächster Gelegenheit dem Fürsten Bismarck in der von uns verabredeten Weise sich äußern, Sie hierbei nicht von falschen Voraussetzungen ausgehen, so lege ich in der Kürze meine Gedanken hinsichtlich des Hauptpunktes noch dar.

„Schon lange Zeit, namentlich seit meinem 9 jährigen Aufenthalt in Elberfeld, bin ich zu der Ansicht gelangt, daß jeder wahre Patriot in Preußen und jetzt auch in dem weiteren deutschen Vaterland volle Veranlassung hat, nach Kräften dagegen anzukämpfen, daß wir nicht den **sittlichen Boden** unter den Füßen verlieren und in ähnliche Zustände versinken, wie sie in anderen europäischen und außereuropäischen Ländern bereits existieren. **Das Königtum und jeder religiöse und soziale Halt im Volke werden hierdurch gleich gefährdet.**

„Nach meiner Auffassung ist es besonders **Aufgabe des stabilen Grundbesizes**, den Einwirkungen, welche nun schon in fast ununterbrochener Reihe seit 1848 seitens des Börsen=Liberalismus auf unsere leitenden Staatsmänner stattfinden, offen und unerschrocken entgegen zu treten und gleichzeitig mit den wirtschaftlichen Reformen auch das **sittliche Fundament** wieder gewinnen zu helfen, ohne welches das Land mit der Zeit in eine volle Halt- und Zuchtlosigkeit versinken muß. Nach und nach, wenngleich mit innerem Widerstreben, habe ich leider zu der Überzeugung gelangen müssen, daß auch Fürst Bismarck sich von jenen Börseneinflüssen nicht genügend freigehalten hat, und daß namentlich seine intimen Beziehungen zu Bleichröder ihn fesseln und schädigen. Das Material hierzu entnahm ich aus verschiedenen mir schon längere Zeit bekannten Thatsachen, besonders den genauen Ermittlungen, welche Herr von Wedemeyer gemacht und teilweise in einer Arbeit niedergelegt hat, die bis auf einige Korrekturbogen bereits fertig gedruckt ist und die er größtenteils bereits Mitte Juli mir zur Durchsicht übergab. Seine augenblickliche Krankheit, vielleicht eine Fügung Gottes, ist nur Schuld daran, daß die Schrift nicht bereits im Buchhandel erschien und nach Wedemeyers Absicht an 15 000 deutsche Grundbesitzer kostenfrei verteilt ist. Bei der Durchsicht habe ich Sorge getragen, daß eine Anzahl scharfer Stellen gemildert wurden und namentlich der Name des Fürsten Bismarck nicht genannt worden ist.

„Zu dem Bunde, welcher diesen Kampf jetzt deutlicher, wenngleich unter Bewahrung von Zurückhaltung und Decenz, aufzunehmen entschlossen ist, gehören außer Wedemeyer und mir noch eine Anzahl anderer Edelleute und auch einige Männer der Wissenschaft. Unsere gemeinsame Absicht ist, nicht etwa den Fürsten anzugreifen und ihn in seiner Autorität zu schädigen oder gar zu stürzen, sondern ihn von den Fesseln zu befreien, welche ihn jetzt umgarnt halten und ihm jenen notwendigen Halt kräftig ins Gedächtnis zurückzurufen. Da Privatbriefe, welche im Laufe des letzten Jahres von verschiedenen Seiten an ihn gerichtet wurden, — (ein zu scharfer Brief Wedemeyers, der unfehlbar hätte durchschlagen müssen, wurde inhibiert), — nicht genügend wirkten, so muß jetzt mit Maß wieder die Öffentlichkeit betreten werden.

Wir halten den Fürsten Bismarck für den Mann, der im stande ist, die Karre wieder aus dem Dreck zu schieben, in welchem sie sich unzweifelhaft befindet. **Ohne sittliche Basis des Staatslebens** kann aber kein Anfang einer Regeneration gemacht werden, und so unzweifelhaft in dem Fürsten Bismarck ein ehrenhafter Kern sitzt, muß er sich von seinen falschen Freunden, die ihm nur nach dem Munde reden, trennen und erkennen, welches seine wahrhaft treuen Freunde sind. Er muß auch ferner erkennen, daß er **mit eigener Kraft allein** das Staatsschiff nicht lenken kann, sondern daß er dazu **Gottes Beistand** bedarf, den er mit demütigem Herzen, der wahren Größe eines großen Mannes, suchen muß.

Kann er **keinen Widerspruch** vertragen, hat er also **keinen wahren Freund**, hat er keinen Respekt vor **Charakteren**, so zeigt er damit am Besten, daß er auf falschem Wege ist. Die Droschke, in welcher er sitzt, das merkt er, denn er ist ein kluger Mann, kippt um. Soll er rechts oder links aussteigen? Auf die Nuancen in diesen beiden Richtungen kommt es weniger an. Der Kardinalpunkt liegt zunächst in dem oben Ausgesprochenen.

Ich gebe ergebenst anheim, dasjenige aus diesem Briefe, was Sie für angemessen erachten, dem Fürsten Bismarck mitzuteilen."

Hochachtungsvoll ergebenst
von Dieft.

2. Kurzer Inhalt des ersten Teiles.

In Nachfolgendem ist in Kürze der Inhalt des I. Teiles wiedergegeben, welchen der Verlag des Deutschen Volksblatts in München (Th. Wengg) mit folgender Anzeige begleitete:

Der Verfasser hat aus patriotischen und Ehren-Rücksichten als unabweisliche Pflicht erkannt, noch zu Lebzeiten Klarheit über die deutschen Rechtszustände rücksichtslos zu schaffen, welche er für eine Gefahr für das Vaterland und für das Haus der Hohenzollern erachtet, insofern sie und die Nichtachtung der Gleichheit vor dem Gesetze die Geldmächte und das Großjudentum stärken und dadurch der Sozialdemokratie Waffen in die Hand geben.

Herr von Dieft hält jetzt nicht länger damit zurück, daß er, außer den eigenen Lebenserfahrungen, durch ein zweistündiges Gespräch mit dem Feldmarschall Grafen Moltke am 4. März 1874, dem ein gleich eingehendes mit dem Feldmarschall von Manteuffel am 6. März 1874 folgte, mit dazu angeregt worden sei,

den Versuch zu machen, Bismarck von Bleichröder zu trennen, weil in dieser intimen Verbindung eine Gefahr für das deutsche Staatswesen und für die deutsche Ehrenhaftigkeit vielseitig erkannt wurde.

Der Verfasser geht auf die Berichte ein, welche er 12 Jahre lang dem deutschen Kronprinzen auf Wunsch erstattet hat und deren Inhalt schlagende Beweise dafür liefert, daß auch dieser hohe Herr die qu. Gefahren erkannte.

Das Buch, welches allerdings Schonung bis zu einem gewissen Grade an die Seite setzt, und, — dem eigenen Räte des Fürsten Bismarck folgend, — von der Öffentlichkeit einen uneingeschränkten Gebrauch macht, erhält dadurch ein besonderes Interesse, daß es zahlreiche Korrespondenzen mit dem Fürsten zu Hohenzollern, Grafen Moltke, Fürsten Bismarck

General Graf Werder, General Schwarzhoff zc., auch einen Bericht an den Kronprinzen aus dem Jahre 1879 und einige Dankesbriefe des Letzteren enthält.

Es wird auf den Seiten 12 und 13 nachgewiesen und ist von der Judenpresse, welche diese Behauptung früher so gern ins Gefecht führte, bisher unangefochten geblieben,

daß der Kronprinz die Höchsthim in den Mund gelegte Äußerung zu dem Kommerzienrat von Magnus auf dem Feste des Viktoriafestes im Jahre 1881:

„Der Kampf gegen das Judentum ist eine Schmach des Jahrhunderts für Deutschland!“ nicht gethan hat und nicht gethan haben kann. —

Das Inhaltsverzeichnis lautet:

- I. Vorwort (Seite 1).
- II. Zur Situation (Seite 9).
- III. Der Thatbestand der Beleidigungsanfrage, in welcher Fürst von Bismarck Strafantrag gegen Herrn von Dieß-Daber stellte und seine Verurteilung zu 3 Monaten Gefängnis erwirkte (Seite 42).
- IV. Markante Thatfachen und Charakterzüge:
 1. Gründe meines Austritts aus dem Staatsdienste 1860 (Seite 74);
 2. Bruch des Fürsten Bismarck mit der konservativen Partei (Hannoverscher Provinzialfond.) (Seite 78);
 3. Bismarcks und Bleichröders nahe Beziehungen vom Jahre 1870 ab (Seite 86);
 4. Die zum Teil ungesetzlichen, durch Bismarcks Einfluß erlangten Privilegien der Preussischen Central-Bodencredit-Aktien-Bank, 1870 (Seite 88);
 5. Bismarck und die Deklaranten, 1875 (Seite 96);
 6. Verfahren des Fürsten Bismarck gegen den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Thile (Die 3. Kaiserin. Berlin 1872), (Seite 98); (Thile wird als Unterstaatssekretär des auswärtigen Amtes entlassen, weil er einen strikten Befehl Kaiser Wilhelm I. ausführte, der Bismarck nicht genehm war.) —
 7. Verfahren des Fürsten Bismarck gegen meinen Schwager, den früheren Polizeipräsidenten von Berlin, von Bernuth. 1884), (Seite 100);

8. Verfahren des Fürsten Bismarck gegen meinen Onkel, den Kabinettsminister und Minister des Innern Ernst von Bodelschwingh, 1848 und 1889 (Seite 102);
 9. Verfahren des Fürsten Bismarck gegen den Grafen Arnim, 1873 und 1898 (Seite 104);
 10. Verfahren des Fürsten Bismarck gegen mich, 1877 bis 1879 (Seite 109); (eine Reihe von Unwahrheiten des Fürsten Bismarck, welche veröffentlicht, aber meistens nicht berichtigt wurden.)
 11. Bismarck, Stöcker und Bleichröder (Seite 119); — Bismarck wünscht Stöcker aus Berlin auszuweisen, wie andere Sozialdemokraten.) —
 12. Deutsches Rechtsbewußtsein und deutsche Rechtspflege (Seite 124);
 13. Ein Bericht an Seine Kaiserliche und Königliche Hoheit den Kronprinzen, 1879 (Seite 161);
 14. Moltke und Bismarck nach der Schlacht von Sedan, 1870 (Seite 162);
 15. Bismarck, Bamberger und Bleichröder. Die Goldwährung von 1873 ab (Seite 163);
 16. Mein Militärverhältnis (Seite 164);
 17. Briefe, Begegnungen, Bilder und Karrikaturen (Seite 184);
 18. Beabsichtigte Gnadengesuche (Seite 197).
- V. Schlußwort (Seite 199 bis 201). *

Zu 12 ist zu bemerken, daß darin eine in den Akten des Justizministeriums befindliche Eingabe an den Justizminister vom 21. April 1887 veröffentlicht wird, in welcher die Namen der Gerichtsbeamten genannt sind, welche nach Ansicht des Verfassers und vieler Juristen bestehende Geseze verletzten und dadurch seine Verurteilung zu einer dreimonatlichen Gefängnisstrafe mit herbeiführten.

Zu 13 ist die Mitteilung eines Berliner Börsenmaklers an den Kronprinzen berichtet, nach welcher es ein „öffentliches Geheimnis“ an der Berliner Börse sei,

* Anmerkung: Dieser Teil I wird jetzt im Buchhandel kaum noch zu haben sein, ist aber noch zu beziehen von der Buchhandlung von Hermann Beyer in Leipzig, Königstraße 27.

„daß alles, was der verstorbene Herr von Wedemeyer und er (von Dieft) angeführt hätten, **richtig sei**. In diesen allgemein bekannten Zuständen **liege der Heerd der Sozialdemokratie in Berlin**“.

Zu 16. von Dieft veröffentlicht über sein Militärverhältnis das Protokoll vom 25. November 1876, inhalts dessen der Kommandeur seines Ehrengerichts nach dienstlicher Meldung, unter Bezugung von fünf Offizieren verschiedener Chargen erklärt,

daß von Dieft's Ansicht auf Grund zweier vorgelegter Urkunden den Herrn „N.“ für nicht satisfaktionsfähig zu halten, richtig sei und daß er recht darin gehandelt habe, den Herrn „N.“ nicht zu fordern.

Den Ehrenrat zu berufen hatte der Kommandeur des Ehrengerichts abgelehnt, weil er fürchtete, daß dem Fürsten Bismarck daraus Unannehmlichkeiten erwachsen könnten.

Im Jahre 1882 wurde von Dieft sodann nach allen Richtungen rehabilitiert.

In dem Falle vom Jahre 1894 wird das Sachverhältnis genau aktenmäßig dargelegt und hervorgehoben,

daß von Dieft laut eidlicher Aussage eine definitive Forderung überhaupt weder erhalten, noch abgelehnt habe und daß ihm der durch eingereichte Urkunden angetretene Beweis des Meineides Bleichröders senior von dem Kommandeur des Ehrengerichts abermals mit dem Bemerkten **abgeschnitten** worden sei, daß dieser Beweis **nicht zur Sache gehöre**, während die spätere Allerhöchste Kabinettsordre ihm einen Vorwurf daraus macht, daß er diesen Beweis **nicht geführt habe**.

3. Die deutsche Presse.

Die „Deutsche Tageszeitung“ hat ihren Neujahrspruch für das Jahr 1899 in den Worten: „Frei! Froh! Frei! und Fromm!“ zusammengefaßt und sagt bei „**Frei**“:

„Wahren wir den Männerstolz vor den Thronen der Könige, aber auch vor den Altären des goldenen Kalbes

und vor dem Götzenbilde der Tagesmeinung! Innere Freiheit äußert sich in offenem Freimute. Der thut unserer Zeit ganz besonders not“.

Wer die Wahrheit kennt und jagt sie nicht,
Der ist fürwahr ein erbärmlicher Wicht!

Das Manneswort unseres alten Sängers ist wie für unsere Zeit gesungen. Die **offene ehrliche Wahrheit**, die manchmal hart und herb klingen mag, ist in ihrem Kurzwerte tief gesunken. **Man verschweigt sie ganz** oder überzuckert sie weichlich. Ein Geschlecht aber, das die Wahrheit nicht mehr verträgt und dem Freimute keine Heimstatt mehr gewährt, ist im Niedergange begriffen und dem Untergange verfallen.“

Ganz meine Meinung! Möchte aber dann auch die ehrenhafte deutsche Presse stets den Mut haben, die geschichtliche objektive **Wahrheit zu vertreten** und nicht, wenn es ihr bequemer und opportuner erscheint, **sie totschweigen**. — —

Von fast der gesamten deutschen Presse ist jedoch der erste Teil meiner Schrift „Bismarck und Bleichröder“, obwohl 120 Rezensionsexemplare an die Blätter und mehrere hundert Exemplare an die Buchhandlungen versandt wurden, **systematisch totgeschwiegen worden**. Freunde, ja Verwandte von mir haben sich sogar gescheut, diese Schrift, welche sich in ihren Händen befand, **auch nur zu lesen**, weil sie sich **fürchteten, die Wahrheit zu erfahren** und dadurch in ihrem Nimbus, den sie sich **voreingenommen um die Person des Fürsten Bismarck** gebildet hatten, gestört zu werden.

Den hohen Geistlichen, welchen ich Seite 201, Theil I erwähne, sprach ich im Herbst 1897 wieder und äußerte mein Befremden über das Totschweigen der Schrift. Er erwiderte mir, daß ich mich nicht darüber wundern könne, denn gegen das Bekanntwerden des Inhalts der Schrift wirkten zwei Feinde:

„Der Servilismus und der Mammonismus!“

Von der deutschen Presse haben sich, so viel mir bekannt geworden ist, nur zwei Blätter eingehender mit der Schrift beschäftigt: das in Wien erscheinende „Deutsche Volksblatt“ und die in Bremen erscheinende „Weserzeitung“. Der in

ersterem Blatte — Nr. 3058, Wien den 8. Juli 1897 — stehende Aufsatz lautet, mit einigen geringen Fassungsänderungen, wie folgt:

Bismarck und Bleichröder.

„Mitten in die freudige Erregung der nationalen Kreise unseres Volkes über die Zeichen, die darauf schließen lassen, daß die jüngste Regierungskrise wieder Männer an das Staatsruder gebracht hat, die in der Schule des Fürsten Bismarck aufwuchsen und die sein Werk auf dem Gebiete der äußeren Politik fortzusetzen gewillt und fähig sind, fällt wie eine Bombe eine Broschüre des alten Dieft=Daber,*) die uns in recht unsanfter Weise daran erinnert, daß der gewaltige Schmied der deutschen Kaiserkrone auch seine Schwächen hatte, Schwächen, die sich namentlich auf dem Gebiete der inneren Politik geltend machten, daß unter der Reichskanzlerschaft des Fürsten Bismarck auf die Blut- und Eisenpolitik des Jahres 1870/71, die Zeit der Börsen- und Schwindeljahre folgte, in der das Börsenjobbertum zu ungeahnten Reichtümern und verhängnisvollem Einfluß auf Gesetzgebung und Staatsverwaltung gelangte, während die Kämpfer von Spichern, Metz, Sedan und Paris mit ihren Familien stets mehr in Armut versanken und sich unter das Joch der Börsenwucherer beugen mußten.

Es sind schwere Anklagen, die Dieft=Daber gegen den Alt-Reichskanzler schleudert. Und die Schrift wird zunächst keinen anderen Nutzen haben, als den, der Sozialdemokratie, den Welfen, den Polen, den Juden und anderen Deutschfeinden neue Waffen gegen den Alten im Sachsenwalde und sein Werk in die Hände zu spielen. Allein der Person Dieft=Dabers ist es jeder, der **die Gefahren**, welche dem deutschen Volke, ja Europa von dem Judentume und den mit ihm verbündeten Großen der Börsen drohen, durchschaut und ihnen wirksam

*) Bismarck und Bleichröder, deutsches Rechtsbewußtsein und die Gleichheit vor dem Gesetze. Lebenserfahrungen aus Akten, Tagebüchern und Briefen. Ein ernster Mahnruf an jeden wahrhaften und festen deutschen Patrioten von v. Dieft=Daber. München 1897. Verlag des „Deutschen Volksblattes“ Th. Wengg (202 Seiten 3 Mk.).

begegnen will, seine Anklagen, die vermutlich in den nächsten Wochen in der Presse lebhaft besprochen werden, nicht zu verschweigen. Als der erste einer hat Diebst-Daber in **hehrer patriotischer Treue** den Warnungsruf an sein Volk ertönen lassen, sich nicht vom Judentume umgarnen zu lassen, als der **Furchtlosesten** einer hat er durch ein Menschenalter in der Bresche gestanden und das Panier der **Ghrllichkeit** hochgehalten, den Schlachtruf gegen die **Korruption** erhoben und das giebt ihm ein Anrecht darauf, daß die Mitteilungen des fast Achtzigjährigen vollste Beachtung finden.

Man wußte in eingeweihten Kreisen seit längerer Zeit, daß Diebst-Daber an einer neuen Publikation arbeite und man vermutete, daß er die in seinem Besitze befindlichen Briefe Kaiser Friedrichs III. veröffentlichen wolle, um durch diese die Legende von der angeblichen Judenfreundschaft „unseres Fritz“ zu zerstören, die Diebst-Daber wiederholt in der feierlichsten Weise als nicht vorhanden erklärt hatte. Das hat Herr von Diebst leider unterlassen. Er beschränkt sich darauf, nochmals sehr bestimmt hervorzuheben, „daß die Sympathien des Kronprinzen in dem Kampfe gegen den sittlichen und materiellen Schaden, welchen das Gründertum unserem Vaterlande notorisch zufügte, nicht zweifelhaft sein konnten“, wie es in einem ihm im Auftrage des damaligen Kronprinzen gesandten Schreiben des Kammerherrn von Normann vom 2. Dezember 1876 heißt, teilt mit, daß er dem Kronprinzen auf dessen Wunsch durch zwölf Jahre über Börsenschwindel und Judenwirtschaft in Deutschland schriftlich Bericht erstatten mußte, wofür ihm in mehreren Briefen der Dank des edlen Prinzen zu teil wurde, hielt aber diese wichtigen Dokumente vorderhand auf Wunsch Kaiser Wilhelms II. (!) zurück. Den Hauptinhalt seiner 200 Seiten starken Broschüre bildet das Verhalten des Fürsten Bismarck zu Bleichröder, insbesondere in der Angelegenheit der im März 1871 erfolgten Gründung der preussischen Central-Bodenkreditbank. In der Verbindung Bismarck's mit Bleichröder, die zunächst darin bestand, daß der Minister dem Bankier Generallvollmacht zur Verwaltung seines Vermögens erteilte, was ihm, wie von reeller Seite verlautete, eine jährliche Ver-

zinsung von 18 Perzent eingetragen haben solle, erblickt Dieft=Daber die Hauptursache der Fehler des Fürsten auf innerpolitischem Gebiete. Daraus leitet er es her, daß Fürst Bismarck sich dem Liberalismus in die Arme warf und das deutsche Volk jahrelang unter den Raubzügen des internationalen Großkapitals schmachten ließ und was am schwersten in die Waagschale fällt, er sucht zu beweisen, daß Fürst Bismarck bei der Gründung des genannten Unternehmens, das vom Staate in der Konzessionsurkunde Rechte erhielt, wie kein anderes Konkurrenzinstitut, selbst einen Gewinn von 83,000 Thalern hatte, indem er, wie mehrere andere Parlamentarier, eine große Partie Aktien zum Preise von 108 erhielt, während der niedrigste Kurs, zu dem das Publikum diese Papiere bekam 128 war. Wegen dieser Behauptung, die Dieft=Daber einer Arbeit seines früheren verstorbenen Freundes von Wedemeyer entnahm, wurde er bereits im Jahre 1877 zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Dieses Urteil sei aber, sucht er zu beweisen, ein ungerechtes, weil Bleichröder und andere, wie er nach seiner Überzeugung wiederholt öffentlich behauptete, ohne angeklagt worden zu sein, Meineide geleistet hätten, weil der Präsident des Gerichtshofes aus den Akten zu seinen Ungunsten falsch zitiert habe und weil der Staatsanwalt entgegen den Bestimmungen der preußischen Strafprozeßordnung in seiner Schlußrede ein anonymes Schreiben, das von Wahrheitswidrigkeiten und Verleumdungen strotzte, bestimmt, seine Glaubwürdigkeit zu erschüttern, verlas, das seiner Natur nach niemand anderen, als den Fürsten Bismarck zum Verfasser haben konnte. Alle Versuche, von den verschiedenen preußischen Gerichten und Behörden, von dem Justizminister, ja, von dem Monarchen selbst eine Untersuchung seiner Sache auf Grund der von ihm vorgelegten „unzweifelhaften“ Beweise eine Untersuchung seiner Anklagen und eine Wiederaufnahme seines Prozesses zu erlangen, seien ohne Erfolg geblieben. Bemerkenswert ist, daß Moltke Dieft=Daber in seinem Kampfe gegen Börse und Judentum unterstützte und der Ansicht war, daß ihm Unrecht geschehen sei.

Auffsehen erregend sind auch die Erinnerungen Dieft's an gewisse Minister der letzten Periode Friedrich Wilhelms IV.

Gegen den bekannten Finanzminister von der Hentdt zum Beispiel erhebt er die Beschuldigung, er sei heimlich Teilhaber des Bankhauses geblieben, das seinen Namen trug, obwohl er als Minister die Pflicht hatte, sich gänzlich von Geschäften zurückzuziehen und obwohl er dem Könige eine solche Versicherung gegeben habe; dieser Minister habe in einer Volksversammlung zu Elberfeld 1848 gesagt: „Es sei jetzt Zeit, die Fürsten als Ballast über Bord zu werfen“, und über Friedrich Wilhelm IV. geäußert: „Was will dieser Mensch, wir müssen Garantien fordern für die Versprechungen, die er uns macht“ Dabei habe er den roten Adler-Orden von der Brust gerissen und mit Füßen getreten und einem Landwehrmann 10 Silbergroschen dafür gegeben, daß dieser die preußische Kokarde von der Mütze riß und unter die Füße trat. Dergleichen Anekdoten und Pikanterien bietet die Schrift in reicher Menge, die meisten dienen, wie gesagt, zur Herabsetzung des Charakters des Fürsten. Es kann heute nicht meine Aufgabe sein, zu untersuchen, ob Diest-Daber nicht zu schwarz auftrug, ob überhaupt richtig ist, was er behauptet. Ist Fürst Bismarck der Thaten „schuldig“, die ihm Diest-Daber zur Last legt: die Geschichte wird die Frage entscheiden. Beantwortet sie sie mit „Ja“, dann hat das deutsche Volk doppelt und dreifach Anlaß, auf der Hut gegenüber dem Judentum zu sein, denn wenn ein geistiger Riese, wie der Fürst Bismarck, von den Juden umstrickt worden ist, so hat man für das Volk der Zwerge Schutzwehren um so nötiger, soll es nicht zu Grunde gehen.“

Der vom Professor **Constantin Vulle** in der „**Weiserzeitung**“ vom 26. September 1897 — Nr. 18265 — geschriebene Aufsatz faßt in gedrängter Kürze den Hergang zusammen und hat mit unbedeutenden Fassungsänderungen und unter Fortlassung einiger Stellen, welche Wiederholungen enthalten würden, den folgenden Wortlaut:

Fürst Bismarck, Herr von Diest und die Militärgerichtsbarkeit.

„ . . . Herr von Diest-Daber ist, um das von vornherein auszusprechen, politisch unser Antipode, und seine Ideale im

staatlichen und kirchlichen Leben sind uns so antipathisch wie möglich. Er ist das Musterbild eines agrarischen Junkers, heftiger Antisemit, strenger Orthodoxer, daneben aber warmer Freund des Zentrums; ziemlich alles, was in der inneren Politik des deutschen Reiches unseren Beifall hat, ist ihm ein Brenel; ziemlich alles, was er billigt, müssen wir bekämpfen; die Richtung, die wir verfolgen, ist für ihn schlechtthin „Judenliberalismus“. Es bedarf also kaum der Versicherung, daß wir nicht die mindeste Verpflichtung fühlen, für seine persönlichen Streitigkeiten einzutreten. Wenn wir trotzdem unsere Leser mit seinem Falle bekannt machen, so ist der einzige Grund der, daß durch denselben ein grelles Licht auf eine Seite unserer **Militärgerichtsbarkeit** fällt: es ist kaum zu bestreiten, so schwer das Geständnis uns, die wir glauben in einem **Rechtsstaate** zu leben, fallen mag, daß die bestehenden Verhältnisse unter Umständen **eine vollständige Rechtsverweigerung** ermöglichen. Je dreister konservative Organe sich neuerdings wieder mit der Behauptung hervorzwagen, daß die Frage der Militärgerichtsreform nur ein Steckenpferd der Parteien seien, an der das deutsche Volk gar kein Interesse habe, umsomehr erscheint es geboten, die ernststen Gefahren, die hier vorliegen, rückhaltlos auch weiteren Kreisen zu schildern....

Um den Mann selbst kennen zu lernen, müssen wir dabei etwas weit zurückgreifen, und es würde Unrecht sein, die rühmlichen Momente in seinem Leben zu verschweigen.

Herr von Dieft, etwa 1821 geboren und Sohn des späteren Generals von Dieft, war von 1851 bis 1860 Landrat in Elberfeld. In dieser Stellung erwarb er sich ein großes Verdienst dadurch, daß er die betrügerischen Manipulationen aufdeckte, durch die sich der wohlhabende Teil der Bevölkerung von Elberfeld und Barmen vom Militärdienst loszukaufen pflegte. Die Ausdehnung, welche diese Unterschleife gewonnen hatten, erhellt am besten daraus, daß die Zahl der einjährigen Freiwilligen nach der Enthüllung der Bestechungen von 5 auf 70 stieg. Den aus Elberfeld stammenden Ministern von der Heydt und Simons war der landesübliche Unfug nicht allein genau bekannt, sondern sie waren sogar durch Brüder und Vettern, wenn nicht gar durch Söhne daran

beteiligt. Jedenfalls mag Herr von Dieft durch die Einblicke, die er bei diesem Anlaß thun konnte, zuerst zu der Überzeugung gekommen sein, daß Herr von der Heydt nicht wieder zum Abgeordneten für Elberfeld gewählt werden dürfe; was er über sein radikales Gebaren im Jahre 1848 und über seine privaten Finanzbeziehungen erfuhr, bestärkte ihn in dieser Ansicht, und bei den Wahlen von 1858 erklärte er, der Landrat, in einer Versammlung der Wahlmänner **sich allein gegen den Minister.** Infolgedessen wurde ihm seine Versetzung angekündigt. Er wehrte sich dagegen und erstattete u. a. dem Ministerpräsidenten Fürsten von Hohenzollern auf dessen Befehl einen Bericht über sein Verhalten, der eine Anklageschrift gegen von der Heydt wurde. Das trug ihm eine Disziplinaruntersuchung ein, die auf Freisprechung endigte; aber bei der Versetzung sollte es bleiben. Dieft meinte, unter solchen Umständen sei es besser, „Holz zu hacken, als preußischer Beamter zu sein,“ quittierte den Dienst ohne Pension und kaufte sich 1861 mit bescheidenen Mitteln das pommersche Gut Daber, daß er seitdem bewirtschaftet. In der Konfliktzeit wurde ihm das Regierungspräsidium in Stettin angetragen; aber er lehnte es ab. Dagegen trat er 1866 und 1870 freiwillig in die Armee ein und brachte aus Frankreich das eiserne Kreuz mit nach Hause . . .

Wir wissen aus Noons Denkwürdigkeiten, wie tief der Mißgung, der durch die Vorgänge bei Beratung des hannoverschen Provinzialfonds im Februar 1868 zwischen Bismarck und den konservativen Ultras entstand. Auch Dieft blieb fortan von Mißtrauen gegen den Ministerpräsidenten erfüllt. Dazu gesellte sich nun bei ihm und anderen Junkern das Mißfallen über Bismarcks geschäftliche Verbindungen **mit Bleichröder.** Voll Entrüstung erzählte man sich in den Kreisen, daß der Jude als Generalbevollmächtigter des Kanzlers mit der Verwaltung seines Vermögens betraut sei, und wollte bald auch wissen, daß er eine durchschnittliche Verzinsung von jährlich 18 Prozent erziele. Besonders eifrig schienen diese Gerüchte von frontierenden Staatsmännern wie Savigny und Thile kolportiert zu sein; niemand war thätiger im Nachspüren, um ihnen auf den Grund zu kommen, als Herr von Wedemeyer, der leiden-

schaftliche Agrarier, der einige Jahre später durch Selbstmord endigte und der mit Dieb und einigen anderen „festen“ Konservativen eine Art Liga schloß, die im allgemeinen die Mißbräuche des Kapitalismus, an denen es ja in den Gründerjahren wahrlich nicht fehlte, und besonders auch die Beziehungen Bleichröders zu Bismarck aufzudecken suchte. Von größtem Interesse waren für diese Kreise die Vorgänge bei der im März 1870 erfolgten Konzeffionierung der Preussischen Zentral-Bodenkredit-Aktiengesellschaft, deren Privilegien bei den Agrariern das höchste Mißfallen erregten, ja für gesetzwidrig galten. Nun wurde konstatiert, daß, um diese Privilegien zu erwirken, sich einflußreiche Männer bemüht hatten, und daß ihnen dafür von den Gründern, die alle Aktien unter sich verteilten, für eine Million Aktien *al pari* oder zu einem wenig höherem Kurse zur Verfügung gestellt waren; da die erste Einzahlung nur 40 Prozent betrug und die ersten wirklichen Verkäufe an der Börse erst zu 128 Prozent erfolgten, konnten die so Beteiligten also zusammen 2—300 000 Thaler mühelosen Gewinn einstreichen. Zu den Beteiligten aber sollte auch der Kanzler gehören, für den sein Generalbevollmächtigter einen Gewinn von 83 000 Thalern realisiert habe.

Gewiß wird es keinen Verehrer des Fürsten Bismarck geben, der nicht wünschte, daß sein großer historischer Name mit solchen Geschäften überhaupt nicht in Verbindung gebracht werden könnte; denn **ohne vollständige Integrität in Geldsachen** vermögen wir Deutschen uns einen lautereren Ruhm so wenig vorzustellen, daß gar mancher zu dem Rückschlusse geneigt sein wird: Das kann ein Mann wie Bismarck gar nicht gethan haben! Und in der That können denn auch seine Ankläger nicht behaupten oder gar beweisen, daß er **im Voraus** darum gewußt habe; *) sie geben zu, daß ihm erst durch Bleichröders Jahresabrechnung das gute Geschäft bekannt geworden sein möge und daß es sich also, wenigstens formell bei der Privilegierung der Gesellschaft und der Überlassung der Aktien nicht um Leistung und Gegenleistung handle. Allein,

*) Anmerkung. Bismarck hat aber durch die zugezogenen Sachverständigen **im Voraus** gewußt, daß die Privilegien **ungesetlich** waren.

da sie einerseits diese Sachlage keineswegs immer eingedenk geblieben sind und andererseits wohl auch den Standpunkt einnahmen, der Fürst hätte in Anbetracht seiner amtlichen Stellung nicht einmal nachträglich eine solche Verwendung seiner Kapitalien gutheißen dürfen, so entsprangen aus diesem Falle die heftigsten Angriffe auf den Reichskanzler, die durch die Artikel der Kreuzzeitung über die Aera Delbrück-Camphausen-Bleichröder am bekanntesten geworden sind. In Wedemeyers Augen waren diese Artikel freilich nur ein „Vorpostengefecht“.

Herr von Dieft hatte trotz des heftigen Konfliktes aus Anlaß des hannoverschen Provinzialfonds doch noch jahrelang versucht, eine Wiederannäherung zwischen Bismarck und den Konservativen ins Werk zu setzen. Er hat zu diesem Zweck bei wichtigeren Anlässen wiederholt mit dem Fürsten korrespondiert, ihm Denkschriften übersandt oder auch vertrauliche Besprechungen mit ihm gehabt. Bismarck ließ es dabei lange Zeit an Geduld und Höflichkeit nicht fehlen. Zu einer Denkschrift Diefts über die Kreisordnung äußerte er sich in einem acht Seiten langen Briefe; bei einer zweistündigen Besprechung unter vier Augen im Februar 1873 ließ er Gattin und Tochter trotz mehrfacher Mahnungen warten und endlich allein in eine prinzliche Coriée fahren. Über die Briefe, die ihm Dieft geschrieben und in denen er ihm allerlei anzügliche Ratschläge erteilt, (er müsse sich mehr mit Charakteren umgeben, Widerspruch ertragen lernen u. s. w.) äußerte er sich durchaus gelassen; er sei deshalb durchaus nicht böse, müsse nur um Entschuldigung bitten, wenn er nicht immer antworten könne; für einen Gegner, so versicherte er auch schriftlich, habe er Dieft nie gehalten.

Die Unterredung im Februar 1873 war veranlaßt durch die Untersuchungen, zu denen Lasfers bekannte Rede gegen die Gründer den Anstoß gegeben hatte. Dieft stellte dem Fürsten das Material zur Verfügung, das er selbst gesammelt, um den **verderblichen Einfluß der Geldmacht auf das Beamtentum** zu illustrieren. Bismarck ersuchte ihn darauf, dasselbe in einer Denkschrift zusammen zu fassen, die er dem Könige überreichen wolle. Das geschah denn auch; aber nach drei Monaten schrieb er an Dieft, er habe den Eindruck gehabt,

daß die Sache dem Könige peinlich sei und der Wunsch vorherrsche, ein näheres Eingehen zu vermeiden. . . . Dazu kam noch, daß Bismarck gleichzeitig Diefts Bitte, mit den Konservativen wieder anzuknüpfen, unter Berufung auf seine Erschöpfung, die ihn nötige, sich auf das Auswärtige Amt zu beschränken, schlangweg abgelehnt hatte. Dennoch machte der Unermüdliche im Februar 1874 noch einmal einen Versuch der Annäherung und bat um eine Unterredung für Ende des Monats, und da der Kanzler es zwar ablehnte, im Voraus einen Termin festzusetzen, dabei aber versicherte, daß es ihn jeder Zeit freuen werde, wenn Herr von Diefst sein Haus mit seinem Besuch beehre, so verhinderte dieser auch noch am 26. Februar in einer Versammlung konservativer Parteihäupter den Beschluß, „den Fürsten ganz aufzugeben und Front gegen ihn zu machen“, was anfänglich mit allen gegen vier Stimmen angenommen war. Allein Bismarck hatte die Sache jetzt auch satt. Am 1. März ließ er Herrn von Diefst, der abends vorher in einer Soirée bei ihm gewesen war und dabei wohl an die Unterredung gemahnt hatte, durch den Grafen Wendt Eulenburg sagen, ein Gespräch mit ihm würde jetzt, in der Reichstagszeit, wo er ohnedies aufgeregter sei, ein Angriff auf seine Gesundheit sein; Diefst möge daher sein Anliegen schriftlich einreichen oder sich an Camphausen wenden.

Von diesem Zeitpunkte an scheint nun Herr von Diefst auch gegen den Kanzler vorgegangen zu sein. Gleich in den nächsten Tagen besuchte er Molke und Manteuffel, die, wie er versichert, nicht bloß seinem Kampfe gegen den „Mammonsggeist“ Beifall zollten, sondern auch einverstanden waren, daß man alles thun müsse, um Bleichröders Einfluß auf Bismarck zu brechen. Diesem Zweck sollte nun wohl die Broschüre dienen, die Herr von Diefst im Herbst 1874 unter dem Titel „Geldmacht und Sozialismus“ erscheinen ließ. Auch jetzt noch trieb er die Rücksicht so weit, daß er am 20. September telegraphisch von Colberg aus um die Erlaubnis bat, mit dem Manuskripte auf eine Stunde nach Barzin kommen zu dürfen. Die Antwort lautete umgehend, der Fürst könne den Besuch nicht annehmen, da ihn sein rheumatisches Leiden daran hindere Gespräche zu führen; und so großen Wert legte Bismarck

darauf, dem lästigen Gaste zu entgehen, daß er — wohl für den Fall, daß Dieft schon unterwegs sei, — bahnpolizeiliche Vermittelung in Anspruch nahm, um ihn abzuweisen. Wenn er später vor Gericht hat behaupten lassen, nur dadurch sei der Überfall vereitelt, so wird man Herrn von Dieft wohl ohne weiteres glauben, daß er nach Empfang der Antwort die Reise gar nicht angetreten habe.

Freilich sollte Bismarck von der Zähigkeit des unbequemen Moralpredigers nach einigen Monaten noch einen erstaunlichen Beweis erhalten. Das Erscheinen der Broschüre hatte er unbeachtet gelassen. Da empfing er aus Anlaß einer Reichstagsrede, in der er gesagt, er sei dankbar, für die schärfste Kritik, wenn sie nur sachlich bleibe, einen Brief Dieft-Dabers vom 2. Dezember 1874, in dem es hieß: „Diese Aussprüche bestimmen mich, einen letzten Versuch zu machen, ob durch offene Aussprache eine Verständigung mit Ew. Durchlaucht möglich ist. Ich erachte Sie selbst durch verschiedene Thatfachen als in Verbindung mit der Geldmacht und bin bereit, Ihnen einiges darüber männlich offen, Auge in Auge, zu sagen, wenn es Ihnen genehm ist.“ Antwort darauf wurde für einen bestimmten Tag und Ort erbeten.

Sie bestand in einer Mitteilung Wendt Eulenburgs: Der Kanzler werde sich freuen, wenn Herr von Dieft an dem bezeichneten Orte (5. Dezember) seine Reichstagssoirée besuchen wolle; auf andere Diskussionen als dienstlich notwendige einzugehen, verböten ihm aber Zeit und Kräfte. Das war ohne Zweifel ebenso deutlich wie höflich, und ein anderer wäre wohl von der Soirée weggeblieben. Allein Dieft ging hin, wie er versichert, auf das dringende Zureden Moltkes, und erneuerte mündlich sein Gesuch um eine Unterredung unter vier Augen. Natürlich blieb Bismarck bei seiner Weigerung: er sei nervenkrank und solche Gespräche raubten ihm den Schlaf. Der Aufforderung rückhaltslos in Gegenwart der anderen Gaste sein Anliegen vorzutragen,*) konnte Dieft selbstverständlich nicht entsprechen.

*) Anmerkung. Daß Fürst Bismarck Herrn von Dieft in dieser Weise aufgefordert habe, erklärt letzterer für unwahr.

Mit einem Briefe vom 11. Dezember 1874, den man im Ganzen als recht würdig und angemessen bezeichnen kann, beschloß Dieß diese Episode, der keine Annäherung mehr folgen sollte. Die folgenden Monate brachten die schmähligen Angriffe der Reichsglocke auf Bismarck; Wedemeyer und andere richteten scharfe Briefe an ihn; im Juli erschienen die Kreuzzeitungsartikel, die mit Unrecht Herrn von Dieß zugeschrieben wurden; im Herbst sollte in einer Schrift Wedemeyers die Anklage gegen den Reichskanzler wegen der Bodenkreditaktien erhoben und durch 15,000 Freiemplare allgemein verbreitet werden. Daß es zu diesem Eklat nicht kam, war die Folge der schweren Schicksale, die über den heißspornigen Wedemeyer hereinbrachen und mit seinem Selbstmorde, am 25. November 1875, endeten. Nun fühlte sich Dieß berufen, in die Lücke, die durch den Tod seines Freundes entstanden war, einzuspringen. Zwar ging er nicht so weit, dessen Broschüre zu veröffentlichen; aber er nahm einen Abschnitt derselben doch in eine von ihm selbst verfaßte Schrift auf, wobei er übrigens die Vorsicht beobachtete, keinen Namen zu nennen. Die Reichsglocke sorgte dafür, daß diesem Mangel abgeholfen werde. Nun nahm Bismarck zu den Gerichten seine Zuflucht und Herr von Dieß wurde ein vielbegehrter Zeuge. Über den eigentlichen Kernpunkt der Prozesse, die Bodenkreditaktien, **kam es aber zu keiner recht klaren Feststellung.** Bald hieß es, sie seien für Bismarck zu 108 erworben, nachdem sie zu 106 in den Handel gekommen; allein dem gegenüber wurde konstatiert, daß sie zu diesen Kursen an der Börse nie käuflich gewesen seien; dann wurde behauptet, es handle sich gar nicht um Aktien, sondern um Pfandbriefe, die doch niemals auch nur pari gestanden hatten; endlich tauchte gar die Wendung auf, Bleichröder habe wie ein R. in seinen Büchern beweise, russischen nicht preußischen Zentralbodenkredit für den Kanzler gekauft: aber dies Papier war erst viel später emittiert. Kein Wunder, wenn sich so gegen einzelne Zeugen, besonders gegen Bleichröder, die Beschuldigung fahrlässigen, ja wohl gar wissentlichen Meineids erhob. Der leidenschaftlichen Erregung, die sich der Beteiligten bemächtigte, konnte sich der starrköpfige, pommerische Junker natürlich am allerwenigstens entziehen; in Privatgesprächen

hielt er mit seiner Meinung über Bismarck nicht zurück und erging sich in wenig wählerischen Drohungen; der müsse noch so klein werden, daß er einem ehrlichen pommerischen Junker aus der Hand esse (oder fresse?) u. dergl.

Als das zur Kenntniß des Fürsten kam, ließ er auch gegen Diest Klage erheben. Dieser verzichtete, um größeren Eklat zu vermeiden, darauf, den Wahrheitsbeweis anzutreten, da er auch so auf Freisprechung rechnete. Allein wenn das Gericht ihn auch den guten Glauben zugestand, fand es ihn doch am 25. Mai 1877 schuldig, Thatsachen verbreitet zu haben, die nicht erweislich wahr, sondern erwiesenermaßen unwahr seien. Daraufhin appellierte er und wollte nun in zweiter Instanz den **Wahrheitsbeweis** antreten; aber das Kammergericht erklärte diesen **für unerheblich** und den gleichzeitig eingebrachten Verjährungseinwand für unsubstanziert und nur zum Verschleiß der Sache angebracht. Die Verurteilung zu drei Monaten Gefängnis wurde bestätigt und Diest hat, um das gleich hier zu bemerken, diese Strafe dann auch im Gefängnis zu Stargard abgesehen. Bei der Verhandlung vor dem Kammergericht aber hatte sich am 22. November 1877 ein eigentümlicher Zwischenfall abgespielt. Der Staatsanwalt verlas in **höherem Auftrag** ein **anonymes Schriftstück**, das die Beziehungen des Angeklagten zu dem Reichskanzler angeblich authentisch klarstellte. Da hieß es denn, der Fürst habe niemals ein Gespräch unter vier Augen mit ihm gehabt, auch niemals ein solches krankheitshalber abgelehnt; richtig sei nur, daß der Angeklagte auf einem Reichstagsabend, zu dem er auf wiederholte Bitten zugelassen sei, ein solches Verlangen gestellt und daß der Fürst ihn aufgefordert habe, sogleich vor Zeugen zu sprechen, weil derselbe schon damals überzeugt gewesen sei, daß Diest für die unbefangene Wiedergabe einer Unterrednung unter vier Augen ihm keine Garantie biete; einen Brief, worin ihm vorgeworfen werde, mit den Geldmächten zusammenzusitzen, habe er von dem Angeklagten **niemals empfangen** andere Briefe desselben, so lange sie höflich gewesen, durch „seine Leute“ höflich beantworten lassen, späterhin sie aber uneröffnet zurückgeschickt; nähere Beziehungen zu ihm hätten nie existiert,

nie hätte er in dem Hause des Fürsten verkehrt; alle derartigen Ausführungen mache der Angeklagte nur, um daraus Kapital für sich zu schlagen u. s. w.

Daß diese erstaunliche Erklärung nur dann Wert haben konnte, wenn sie von dem Reichskanzler selbst autorisiert war, daß sie aber auch in diesem Falle mit den von uns oben angeführten Thatsachen in unheilbarem Widerspruche stehen würde, liegt auf der Hand. Diest wurde dadurch klipp und klar **der unverschämtesten Lügen bezichtigt**. Sein Verlangen, daß der Staatsanwalt den Urheber des Schriftstücks nennen solle, wurde von diesem abgewiesen; eine Beschwerde bei dem Justizminister blieb erfolglos. Der stenographische Bericht über die Gerichtssitzung, bei der neun Stenographen anwesend waren, wurde, in den Zeitungen **unterdrückt** auch eine öffentliche Erklärung Diest's nicht angenommen. Nur einige reichsfeindliche Blätter gingen auf die Sache ein, im übrigen wurde sie **totgeschwiegen**.

Da entschloß sich Diest zu einer Klage gegen Bismarck, den er beschuldigte, jene Erklärung des Staatsanwalts veranlaßt zu haben. Und nun begann jene **Nichtsverweigerung**, von der wir zu Anfang dieses Artikels gesprochen haben und die von dem höchsten allgemeinen Interesse ist. Fürst Bismarck ließ sich auf eine sachliche Beantwortung der von Mundel verfaßten ausführlichen Klageschrift gar nicht ein, sondern überreichte dem Gericht sein Patent als General der Kavallerie, um daraufhin einen militärischen Gerichtshof für sich in Anspruch zu nehmen. So überraschend und unnatürlich das sein mochte, so war es doch formell unangreifbar. Das Berliner Stadtgericht erklärte sich also für inkompetent, und Diest reichte am 5. April 1878 seine Klage dem Generalkommando des III. Armeekorps als der zuständigen Instanz ein. Der kommandierende General von Schwarzhoff, mit dem er übrigens eng befreundet war, berichtete vorschriftsmäßig an den König, damit dieser die Generale bezeichne, die den Gerichtshof bilden sollten. Darauf erfolgte überhaupt **keine Antwort**, die Bezeichnung der Generale unterblieb, und der Sachwalter des Fürsten Bismarck, Justizrath Drews, erklärte sogar dem Kläger per-

sönlich, es sei dafür gesorgt, daß kein Bescheid erfolge. Aus Rücksicht auf den alten Kaiser Wilhelm und wohl auch auf die gegen ihn selbst erfolgten ehrengerichtlichen Schritte unterließ Dieft es jedoch, die Sache weiter zu betreiben und sorgte nur dafür, daß sie nicht verjährte. Bald nach der Thronbesteigung Kaiser Wilhelms II. wandte er sich jedoch mit einer Immediateingabe an diesen und erhielt darauf den Bescheid, daß Seine Majestät ihm die weiteren Schritte, die er thun wolle, zu überlassen geruhe. Infolgedessen bat er um eine ehrengerichtliche Untersuchung gegen den General der Kavallerie Fürsten von Bismarck, erhielt aber aus dem Militärkabinet den Bescheid, daß er diesen Antrag **bei der kompetenten Behörde** stellen müsse. Auf Anfrage bei seinem Bezirkskommando wurde ihm mitgeteilt, diese Behörde sei das Generalkommando in Stettin. Er wandte sich also dorthin, wurde aber belehrt, daß Fürst Bismarck wegen seines Wohnsitzes in Varzin zum XVII. Armeekorps gehöre. Nun ging der Antrag nach Danzig ab; aber bald erfolgte die Antwort, der Fürst gehöre nicht dorthin; wohin er gehöre, brauche man ihm nicht mitzuteilen, da er nicht im Bezirk des Armeekorps wohne; er möge sich an sein Bezirkskommando wenden. Da er damit den Anfang gemacht hatte, war der Kreislauf erschöpft, und das einzige Mittel schien nun noch, den Kriegsminister um Auskunft anzugehen. Das geschah denn auch, aber dieser hüllte sich einfach in Schweigen und verharrete dabei trotz wiederholter Erinnerungen. Da ereignete sich der Rücktritt Bismarck's. Sofort ließ Dieft nunmehr die wichtigsten Aktenstücke als Manuskript drucken und übersandte ein Exemplar am 12. Juni dem neuen Reichskanzler mit der Bitte, sie auch dem Kaiser vorzulegen. Allein auch das war ein Schlag ins Wasser; auf seine wiederholten, zuletzt eingeschriebenen Anfragen kam nie eine Antwort von Caprivi. Erst als Fürst Hohenlohe in das Reichskanzleramt eingezogen war, gab dasselbe wenigstens die Auskunft, daß sich das fragliche gedruckte Manuskript in dem geheimen Fache des Auswärtigen Amtes gefunden habe; weitere Mitteilungen wurden aber auch jetzt verweigert. Nun machte Dieft noch einen Versuch bei dem neuen Justizminister Schönstedt und

er stellte diesem persönlich die Sachlage vor und hinterließ ihm ein Exemplar seines gedruckten Manuskripts, das derselbe zu prüfen versprach; doch schon anderen Tags sandte er es zurück mit der Erklärung, daß er Anstand nehme es zu lesen da die Sache zur Kompetenz des Reichskanzlers gehöre

Es fehlt viel daran, daß wir mit dieser Aufzählung alle die Versuche registriert hätten, die Herr von Dieß unternommen hat, um zu seinem Rechte zu kommen. Weder das Obertribunal noch das Reichsgericht, weder die Volksvertretung noch die Presse hat er übergangen; auch hochgestellte Personen, wie den späteren Kaiser Friedrich, die Fürsten von Hohenzollern, die Feldmarschälle Moltke und Manteuffel, sowie andere angesehene Militärs hat er, und seiner Versicherung wie auch allem Anschein nach mit Erfolg, für seine Sache zu interessieren gesucht; an alle drei Kaiser hat er Immediat-eingaben gerichtet, die freilich dem Kaiser Friedrich nicht vorgelegt zu sein scheinen: geholfen hat ihm das alles nicht. Obendrein ist er noch auf Grund eines ehrengerichtlichen Erkenntnisses mit schlichtem Abschied aus der Armee entlassen und des Rechtes, die Uniform zu tragen, verlustig erklärt, weil er die Beleidigungen einiger adliger Gründer, die er als Trinkgeldempfänger bezeichnet hatte und in Übereinstimmung mit einem Ehrenrate für **fatissaktionsunfähig** hielt, nicht durch eine Herausforderung erwiderte. So sind ihm die letzten zwanzig Jahre unter beständigen Kämpfen um sein Recht oder das, was er dafür hielt, dahingegangen. **Tapfer** und — soweit wir das Material zu übersehen und zu beurteilen vermögen — **durch und durch ehrenhaft** hat er seine Sache geführt; ob auch immer geschickt und überzeugend, ist eine andere Frage. Daß er sich jetzt noch einmal an die große Öffentlichkeit wendet, ist dem Greise, der dem Grabe nahe steht, gewiß nicht zu verargen, und so mühsam es ist, der unübersichtlichen Darstellung zu folgen, so möchten wir seiner Schrift doch viele Leser wünschen. Vor allem aber liegt es im allgemeinen Interesse, daß die schweren Anklagen, welche der Verfolgte erhebt, von autoritativer Seite erörtert und, wenn es möglich ist, widerlegt werden; wenn sie aber, wie wir fürchten, in vielen Stücken unwiderlegbar sind, so muß schlechterdings mit dem

System gebrochen werden, daß sie möglich macht, **damit jeder Deutsche die Gewißheit erhalte**, daß, wer immer ihn in seinem Rechte kränke und welches Gericht auch darüber zu entscheiden berufen sei, eine **Rechtsverweigerung** ihm nicht widerfahren könne."

Eine Widerlegung oder Berichtigung der **Thatsachen**, welche die Schrift enthält, ist weder von der Presse, noch von dem Fürsten Bismarck erfolgt, dagegen haben sich einzelne Blätter (die „Hamburger Nachrichten“, die „Berliner Neuesten Nachrichten“, die „Westdeutsche Zeitung“ in Barmen u. a.), welche unbegründete Angriffe gegen mich gebracht hatten, auf Grund des § 11 des Preßgesetzes zur Aufnahme von Berichtigungen genötigt gesehen, welche im wesentlichen ziemlich gleichlautend die folgende Fassung hatten:

- „1. Der in Nr. 323 der „Berliner Neuesten Nachrichten“ aus der „Westdeutschen Zeitung“ übernommene Vortrag des Staatsanwalts Tschendorff ist nicht gegen mich, sondern gegen den Sigredakteur der „Reichsglocke“ am 15. Januar 1877 gehalten worden.
2. Ich habe niemals einen Artikel für die „Reichsglocke“ geschrieben oder Material dazu geliefert, sondern ihr nur einmal eine Berichtigung eingesandt.
3. Der **Wahrheitsbeweis** durch Vorlegung der Bücher des p. Bleichröder und der Diskontogesellschaft wurde auffallenderweise von dem Sigredakteur zurückgezogen, von mir angetreten, von dem Kammergericht aber für **unerheblich** erklärt, obwohl ich unter Zubilligung des guten Glaubens, wegen Verbreitung **nicht erweislich wahrer Thatsachen** verurteilt wurde.

Eine „Beteiligung“ des Fürsten Bismarck im börsentechnischen Sinne haben von Wedemeyer und nach seiner Angabe ich garnicht behauptet, sondern nur eine Überlassung von Aktien zu einem Kurse, der für das Publikum nicht zugänglich war."

Eine nicht uninteressante Kritik enthielt die mir zugesandte in Stuttgart erscheinende „Neue Zeit“, — „Revue des geistigen und öffentlichen Lebens“, — Nr. 50 vom 11. Sep=

tember 1897, — unter der Überschrift: „Don Quixote in Hinterpommern“. Einzelne daraus lauten:

„Es erscheint uns als sehr zweifelhaft, ob sich die Broschüre aus eigener Kraft einen großen Leserkreis erobern wird. . . . Sie bringt manches nicht unwichtige Material zur Zeitgeschichte. Herr von Dieß vergleicht sich selbst mit einem „alten Kater“, der oft todtgeschlagen zu sein scheine und doch immer wieder lebendig werde. Aber auch alte Kater sind nicht unsterblich. Und da Herr von Dieß sich den achtzigsten Lebensjahren nähert, so ist es begreiflich, daß er der Welt zu sagen wünscht, was er ihr überhaupt noch zu sagen hat.

Mehr jedoch als die einzelnen Mitteilungen des Verfassers, fesselt sein Bild selbst. Genau so würde Don Quixote ausgesehen haben, wenn er am Ende des neunzehnten Jahrhunderts auf einer ärmlichen Sandbüchse bei Stargard in Hinterpommern gehaust hätte. Wir haben stets etwas übrig für die Leute, denen es ernst mit ihren Idealen

In den fünfziger Jahren gehörte Herr von Dieß zu den ostelbischen Junkern, die von dem Ministerium Manteuffel dazu ausersehen wurden, die rebellischen Rheinlande wieder zur Raison zu bringen. Er war Landrat des Kreises Elberfeld, und kam zum ersten Male dem Kapitalismus in die Quere, indem er bestrebt, altpreußische Zucht und Ordnung herzustellen, das weitverzweigte Bestechungssystem aufdeckte, durch das die rheinische Bourgeoisie ihren Nachwuchs der allgemeinen Wehrpflicht entzog. *) Die Art, wie Herr von Dieß diesen

*) Anmerkung: Teil I, Seiten 15—19, enthält näheres darüber und die Zahlen von einjährigen Freiwilligen, welche im Kreise Elberfeld dienten in der Zeit als Herr von Dieß dort Landrat war. Es dienten bei einer Bevölkerung von 140,000 Einwohnern

im Jahre 1851 9 Personen,			
"	"	1852	7
"	"	1853	5
"	"	1854	31
"	"	1855	42
"	"	1856	48

(dem Jahre, wo die eingreifende Untersuchung im März begann)

Kampf durchführte, gereicht ihm durchaus zur Ehre, dagegen erpreßte die Art, in welcher die Minister Heydt und Simons, von denen nahe Verwandte auf unsauberen Bestechungskünften ertappt worden waren, ihre Rache an Dieft nahmen, dem braven Moltke den Stoßseufzer, daß er „solche Dinge bei uns für unmöglich gehalten habe“. Es fehlte nicht an Versuchen anderer Minister, den allzu pflichteifrigen Landrat lieber die Treppe hinauf- als hinabzuwerfen, aber sie scheiterten daran, daß dieser es vorzog, aus dem Staatsdienste zu scheiden, statt daß er sein Recht verkaufte, sei es um einen niedrigeren oder auch um einen höheren Preis.

In den sechziger Jahren gehörte Herr von Dieft zeitweise dem preußischen Abgeordnetenhaufe an und kam hier in seine ersten Konflikte mit Bismarck, als dieser nach dem Jahre 1866 die annektierten Provinzen durch Geldüberweisungen gewinnen wollte, welche die alt-preußischen Junker als eine Beeinträchtigung ihrer althergebrachten Anzapfung des Staatsfädels betrachteten. Im Jahre 1868 entstand darüber ein heftiger Konflikt zwischen Bismarck und seinen bisherigen konservativen Freunden, und der König selbst mußte auf einem Hofballe die Junker bearbeiten, um sie Bismarck's Wünschen geneigt zu machen. Es gelang ihm mit Ach und Krach, doch Herr von Dieft erwies sich auch bei dieser Gelegenheit als harter Kopf. Er selbst schreibt darüber: „Graf Bismarck hatte den König auf meine Anwesenheit mit den Worten aufmerksam gemacht: „Da steht ja Herr von Dieft“ und ich erhielt dann von dem Hohen Herrn einen scharfen Tadel, daß ich bei der Abstimmung meinen Wünschen nicht Rechnung getragen hätte, worauf ich ehrerbietig, aber bestimmt erwiderte, daß ich nur nach meinem Gewissen abstimmen könne, auch als Seine

im Jahre 1857 56 Personen

„ „ 1858 70 „

Nun war es Zeit, daß die Geldmacht Sorge trug, Herrn von Dieft von dem Landratsposten zu entfernen. In neuerer Zeit sollen wieder Untersuchungen wegen Entziehung vom Militärdienst in Elberfeld schweben

Majestät bemerkten, daß ich bei der nächsten Abstimmung mein Votum ändern könnte, nur erwidern konnte, daß ich mein Gewissen nicht in mir herumdrehe“. Die kleine Episode ist bezeichnend, nicht etwa für den „Männerstolz vor Königsthronen“, den das preußische Junkertum an und für sich besitzt, wohl aber für das verhältnismäßig größere Maß von Courage, über das es verfügt, verglichen mit der preußischen Bourgeoisie

In den siebziger Jahren war dann Herr von Dieft obenan bei der junkerlichen Fronde gegen die „liberale Ära Bismarck“. Diese Fronde sah ganz richtig, daß Bismarcks „Liberalismus“ thatsächlich nur ein gesegneter Appetit für die goldenen Früchte des „Kapitalismus“ war und sie richtete demgemäß ihr Hauptbestreben darauf, das Band zu zerreißen, das den „Herkules des Jahrhunderts“ mit dem „Großschacherer Bleichröder“ verknüpfte

Der Krieg, den Herr von Dieft seit 20 Jahren gegen Bismarck führte, hat auch seine achtungswerte Seite: Bismarck hätte mit der junkerlichen Opposition leicht genug fertig werden können, wenn er nur eben selbst verstanden hätte, worauf es bei jener „liberalen“ Gesetzgebung ankam. „Bekanntlich verstand er es aber nicht“, und hat sie später den Delbrück und Camphausen als ein bössartiges, hinter seinem Rücken zusammengebrautes Machwerkzeuge angekreidet. Um so empfindlicher war er dagegen, als die Junker ihn mit den „Geldmächten“, besonders mit seinem Intimus Bleichröder auseinanderbringen wollten. Das rührte an seine Profite und Renten und da ließ der Geniale nicht mit sich spaßen. So wurde denn Herr von Dieft wegen „Verleumdung“ Bismarcks belangt und etwa wie ein beliebiger Sozialdemokrat prozessiert. Er weist in seiner Broschüre überzeugend nach, daß ihm dabei bitteres Unrecht geschehen ist, er glaubt an sein Recht und kämpft mit zähester Hartnäckigkeit darum. Das ist die tragische Alder an diesem Don Quixote.

Und dabei hat der Mann ungleich reichere Gelegenheit gehabt, hinter die Kulissen der preußischen Justiz zu blicken Bei der Verhandlung vor dem Kammergericht hatte der Staatsanwalt, kurz ehe sich der Gerichtshof zur Beratung zurückzog, ein *anonymes*, wie Dieft im einzelnen nachweist, von den größten Lügenstrotzendes Schriftstück verlesen, das in „*autorisierter*“ Weise die Beziehungen des Angeklagten zu Bismarck darstellen sollte. Begreiflich genug, daß sich Herr von Dieft gegen diese eben so grobe wie ungehörige Beeinflussung des Gerichtshofes auflehnte und vor allem wissen wollte, von wem das „*autorisierte*“ Schriftstück herrühre. Der Staatsanwalt wies ihn schroff zurück Nun hat aber Herr von Dieft das Glück, einen Sohn zu besitzen, der jetzt höherer Offizier im Generalstabe ist, und den Staatsanwalt, noch während der Gerichtshof beriet, sofort persönlich stellte. Worauf sich der Staatsanwalt zu dem Angeklagten begab und folgende schöne Rede hielt:

„Vorhin habe ich Ihnen eine scharf zurückweisende Antwort gegeben. Das war wohl nicht in der Ordnung. Aber ich bitte auch, zu bedenken, in welche Lage ich komme, wenn ich Ihnen den Namen des Mannes nenne, den Sie von mir verlangt haben. Ich bin nicht Oberstaatsanwalt, wie sie mich heute immer genannt haben, sondern nur Staatsanwalt und zwar schon fünfzehn Jahre. Mein Gehalt beträgt nur 1500 Thaler. Bedenken Sie, in welche Lage ich komme, wenn ich Ihnen den Namen nenne!“ *)

Es wäre schade, wenn dies Kabinetstückchen preußischer Rechtspflege in der Broschüre des Herrn von Dieft begraben bliebe. Übrigens gelang Bismarck sein Streich; von Dieft wurde zu 3monatlichem Gefängnis verdonnert und der Staatsanwalt erhielt bald irgend einen bunten Vogel vierter Güte.

*) Anmerkung: Das genannte Gespräch hatte eine etwas andere Fassung; es wird an anderer Stelle erwähnt.

Einen hohen Gömmer behauptet Herr von Dieft in in dem damaligen Kronprinzen, späteren Kaiser Friedrich befeffen zu haben, doch hat der gegenwärtige Kaiser den „Wunsch“ ausgesprochen, daß Herr von Dieft die an ihn gerichteten Schreiben des damaligen Kronprinzen nicht veröffentliche. Immerhin kann es sich Herr von Dieft nicht versagen, den Bericht eines polizeilichen „Vertrauensmannes“ über seine Gänge in Berlin an einem Novembertage des Jahres 1876 mitzuteilen, der ihm mit einigen scherzhaften Begleitzeilen in der kronprinzlichen Handschrift seinerzeit zugegangen ist. Danach scheint der Kaiser Friedrich ein Mann von Humor gewesen zu sein, denn nichts kann amüsanter sein, als diese Stilübung eines Achtgroßensjüngens in all' ihren grammatikalischen und orthographischen Schönheiten.

So enthält die Schrift des Herrn von Dieft manches und mancherlei, und sich schon genießen läßt, obgleich, oder auch weil es für konservative wie für liberale Gaumen ungenießbar ist. Man scheidet von dem „alten Kater“ nicht ohne gewisse Sympathie und wünscht ihm die ungestörte Fortdauer seines harmlosen Gottvertrauens auf preußischen Militär- und Zivildienst. Nach seinem Tode freilich werden die „Geldmächte“ mit seinen Knochen die Äpfel von den Bäumen werfen.“ — —

Der „Kladderadatsch“ hatte von dem Verlage auch ein Rezensionsexemplar erhalten. Er brachte in Nr. 27 vom 4. Juli 1897 das folgende Gedicht:

An Herrn von Dieft=Daber.

Aber

Dieft=Daber,

Wie kannst Du so sein.

Ich rate Dir, lieber

Ganz ruhig zu sein.

Trotz all' Deinem „aber“

Ist er Dir doch „über“,

Dieft=Daber,

Paß' ein!

In Nr. 29 wurde meine Antwort abgedruckt, dahin:

„Daber. Landrat a. D. von Dieft. Wir find, wie Sie es beftimmt annehmen, fo gerecht, Ihre Antwort auf die Ihnen in Nr. 27 unferes Blattes gewidmeten Verfe abzudrucken.

„Antwort von Dieft=Daber:

„„Er“ mir über?

In Manchem — mag fein!

Bismarck und Bleichröder — „Aber“

Wer's nicht glaubt, der ſchau's.

Die Wahrheit:

Bismarck, pack' aus!“

Wir fürchten nur, daß der Reichsfkanzler über dies ernftgemeinte Gedicht gerade fo lacht, wie über die ebenfo niederträchtigen wie blödsinnigen Anzapfungen, mit denen Sie ihn verfolgen. Vielleicht ſagt er auch mit einer einmal von Ihnen im „Zirkus Buſch“ gebrauchten und nachher abgeleugneten Wendung: „Der kann mir ſonſt was!“ *)

Hierauf habe ich mich darauf beſchränkt, an die Redaktion des „Kladderadatsch“ zu ſchreiben: „Warum ſo unhöflich?“

Den Fürſten Bismarck aber bedauere ich, wenn er keine weitere Verteidigung in einer ernſten Sache findet, als dieſe. —

Die „Mecklenburgiſchen Blätter“ — in LudwigsLuft erſcheinend — geben in den Nummern 29, 30 Juli de 1897 auch eine Darſtellung des Inhaltes der Schrift „Bismarck und Bleichröder“, aus welcher ich das Folgende hier wiedergebe:

„Herr von Dieft wurde wegen Beleidigung zu drei

*) Anmerkung. Es iſt ein Irrtum, daß ich etwas abgeleugnet habe. Meine Worte im Zirkus Buſch lauteten ungefähr:

„Wenn die Herren von Bennigſen und von Hammerſtein nicht zurücknehmen, daß die Beſtrebungen des „Bundes der Landwirte“ „gemeingefährlich“ ſeien, ſo können ſie uns ſonſt was — — die weiter beabſichtigten Worte blieben wegen des ſtürmiſchen Beiſalls der Verſammlung unhörbar. — Ich hatte daher nicht allgemein ohne Bedingung geſagt: „Die Miniſter können uns ſonſt was“. An Göß von Verſichingen hatte ich dabei nicht gedacht, habe aber nichts dagegen einzuwenden, wenn ich es durchaus ſein ſoll.

Monaten Gefängnis verurteilt, die er in Stargard ab-
saß. Als er nun den Spieß umkehrte und den Fürsten
Bismarck **wegen Verleumdung** verklagte, bestritt
dieser die Zuständigkeit des Civilgerichts, weil
er als General der Cavallerie nur vor dem Militär-
gericht Recht zu nehmen habe. Das für den Fall dem-
nach zuständige Militärgericht aber wurde trotz aller Be-
mühungen des Klägers niemals konstituiert. Den letzteren
Punkt kann man drehen und wenden wie man will, er
ist und bleibt **eine nackte Rechtsverweigerung**

Unter allen Umständen bleibt aber auch heute noch
das tiefe Bedauern, daß solche Dinge in Preußen
möglich waren

Man wird dem Verfasser die Anerkennung nicht ver-
sagen, daß er überall die urkundlichen Unterlagen
zu geben bemüht war und gewiß nichts absichtlich un-
richtig dargestellt hat. Mag die künftige Geschichts-
schreibung seine sämtlichen Angaben nachprüfen; wollte
sie dieselben aber vornherein ignorieren, so wäre
solches das Gegenteil von redlicher Forschung nach der
Wahrheit

Man wird durchweg das strenge Ehrgefühl, das un-
erschütterliche Festhalten am einmal erkannten Recht, das
überzeugungstreue Einsetzen der eigenen Person und die
eigenartige Verbindung vornehmer Rücksichtnahme auf
den Träger der Krone mit entschiedener Bekämpfung
ihres ersten Dieners, welche in der Darstellung häufig
zu Tage treten, bei dem Verfasser anerkennen dürfen.
Angenehm ist es ja für einen Mann auf der Höhe des
Ruhmes nicht, wenn er hartnäckige und unerbittliche
Gegner findet, wie Fürst Bismarck einen solchen in seinem
früheren Freunde von Dieft-Daber fand, aber dann darf
man dem Rechtsbewußtsein solcher Männer auch keine
solchen Blößen bieten

Daß Fürst Bismarck das Werk sollte **ignorieren** können,
halten wir bei dem Inhalt desselben **für ausgeschlossen.**

In Nummer 31, Ludwigslust, den 30. Juli 1897, —
schreiben dieselben: „Etwas von preußischer Polizei“:

„Bismarck hatte anlässlich [des Tauschprozesses die Stirn, zu behaupten bezw. durch seine Preßhufaren behaupten zu lassen, er seinerseits habe niemals zu der politischen Polizei Beziehungen gehabt. Der einfache Hinweis auf die unter seiner höchst eigenem Approbation schon vor Jahren edierten Memoiren seines Ehren-Stiebers genügte damals, um die komplette Lächerlichkeit einer solchen Behauptung ins rechte Licht zu rücken. Einen ganz allerliebsten Beitrag zu der sonnt allerdings nicht mehr strittigen Frage finden wir jetzt auch in dem bereits mehrfach von uns berücksichtigten Werke des Herrn von Dieft-Daber, „Bismarck und Bleichröder“, Seite 118 fg. Darnach erhielt Herr von Dieft im November 1876 folgende Zuschrift:

„Sehr geehrter Herr! Zum Beweise, daß Sie eine nicht unbedeutende Person sind, beehre ich mich, Ihnen ein Dokument zu schicken, welches mir in die Hände gefallen ist. amicous.“

„Beigelegt war der Originalbericht eines Detektivs. Alle Anzeichen deuteten darauf hin, daß die Zusendung vom damaligen Kronprinzen, dem späteren Kaiser Friedrich, welchem Herr von Dieft 14 Jahre hindurch regelmäßige Meldungen über den Stand seines Kampfes mit Bismarck liefern mußte, veranlaßt war, ja der Handschrift nach zu urteilen, dürfte der Kronprinz selbst der Absender gewesen sein. Aus der Anlage, deren Echtheit — schon ihrem Inhalte nach — keine Zweifel zuließ, ging hervor, daß Herr von Dieft in der ausgedehntesten und liberalsten Weise polizeilich beobachtet wurde. Herr von Madai, von Herrn von Dieft über den Grund dieser Überwachung befragt, erklärte, daß er derselben völlig fern stehe; jedenfalls habe Fürst Bismarck sie angeordnet. „Weshalb wohl?“ — so fragte mit Recht der Herr Verfasser — „Weil ich den Gründern und Großjuden auf die Füße trat.“

Wie weit das Mißtrauen seiner ehemaligen politischen Gesinnungsgenossen gegen Bismarck wegen seiner Beziehungen zu Bleichröder, — Herr von Dieft spricht sogar

von einer Art Intimität zu diesem Großjuden — ging, zeigt folgende Stelle:

„Es ist vielfach auch von Konservativen und von hervorragenden Centrumsmännern angenommen worden, daß Fürst Bismarck den die katholische wie die evangelische Kirche gleich schädigenden Kulturkampf mit aus dem Grunde unternommen habe, um die öffentliche Aufmerksamkeit von seinen Bleichröder'schen Beziehungen und deren Folgen abzulenken. Inwieweit dies begründet ist, vermag ich nicht zu beurteilen; doch wurde es mir mehrfach entgegengehalten.“

Dies klingt gar nicht so unwahrscheinlich. *) —

Der Rapport nun jenes Bismarck'schen Geheimpolizisten lautete:

Mittwoch, den 22. November 1876.

„Aus dem „Norddeutschen Hof“ kam Herr von Dieft mit noch einem Herrn heraus, trennten sich aber an der Friedrichstraßen-Ecke. Herr von Dieft ging zu Gebrüder Habel, etwas später ging auch sein Sohn hinein; um 11³/₄ Uhr kamen sie beide heraus, gingen zusammen „Unter den Linden“ entlang, dem „Brandenburger Thor“ zu; unterwegs begegneten sie einem älteren General, welcher vom alten Herrn von Dieft angesprochen wurde, sie auch bis an die Brandenburger Thorwache begleitete und sich dann von ihnen trennte; von da gingen die beiden Herren von Dieft nach der „Kreuzzeitung“, hielten sich da eine halbe Stunde auf, bestiegen eine Droschke und fuhren die Königgräzer Straße entlang. Am „Brandenburger Thor“ stieg der junge Herr aus, der alte blieb drinn und fuhr zum Generalstabsgebäude,*) wo er sich wohl eine Stunde aufhielt und von da nach seiner Wohnung

*) Anmerkung. Diese Worte sind in dem Bericht des Polizisten unterstrichen; der Mann war also allem Anscheine nach einigermaßen orientiert über die Gründe, um deretwillen er Herrn von Dieft so anhaltend seine Aufmerksamkeit schenkte. — —

ging. Kurz nach 4 Uhr kamen die beiden Herren wieder herunter und gingen mit einem Dragoneroffizier, der sie unten schon erwartet hatte, nach dem „Hotel de Russie“, wo sie zu Mittag speisten; nach einer Stunde ging der Dragoneroffizier allein fort und so ungefähr um $\frac{3}{4}$ 7 Uhr die beiden Herren von Dieft. Sie gingen „Unter den Linden“ entlang, an der Friedrichstraße kaufte sich der alte Herr von Dieft die „Kreuzzeitung“, las sie unterwegs an einem hellen Schaufenster, ging dann weiter und trennte sich von seinem Sohn an der Mauerstraße, ging dann allein die Mauerstraße hinauf nach dem Zieten-Platz Nr. 6, wo er bis $\frac{1}{2}$ 9 Uhr blieb, und von da ging er in einem sehr schnellen Schritt nach seiner Wohnung.“ — —

„Damals stand Bismarck auf der Höhe, wenn auch vielleicht nicht mehr seines zweifelhaften Ruhmes, so doch seiner diktatorischen politischen Macht. Aus vorstehendem Beispiel geht wieder einmal deutlich hervor, wie die fragwürdigen Mittel, durch welche er diese Macht zu erhalten bemüht war, durchaus der Herkunft und Qualität der letzteren entsprachen.“ *)

4. Deutsches Recht und Rechtsbewußtsein.

a) Aussprüche der Staatssekretäre des Innern von Bötticher und Graf Posadowsky.

Schon im Jahre 1859 habe ich gelegentlich der gegen mich geführten Disziplinaruntersuchung in Elberfeld, wo ich wegen Heranziehung der reichen Kaufmanns- und Fabrikantensöhne zum Militärdienst, und weil ich in einer Versammlung von Wahlmännern allein gegen die Wiederwahl des Ministers von der Heydt zum Abgeordneten gestimmt hatte, als Landrat unbequem geworden war, eine traurige Erfahrung in der

*) Da diese Original-Polizeiberichte nur in die Hände Seiner Majestät des Kaisers und Seiner Kaiserlichen und Königl. Hoheit des Kronprinzen, wie verlautet, damals gelangten, so wurde vermutet, daß letzterer die Zusendung dieses Berichtes an Herrn von Dieft veranlaßt, oder — worauf die Handschrift hindeutet, selbst ausgeführt hat.

preussische Rechtspflege gemacht, was mich mit zum Austritt aus dem Staatsdienste veranlaßte.

Die Gründe habe ich im ersten Teil (Seite 74 bis 78) aktenmäßig angegeben. Der Minister von der Heydt hatte die Thatfachen, welche ich auf Befehl des Fürsten Hohenzollern in einem amtlichen Berichte als Gründe meiner Abstimmung angegeben hatte, geleugnet, mir standen aber eine Reihe von Augen- und Ohrenzeugen dafür zu Gebote, welche namentlich dem Stande der Wehrmänner angehörten. Der Disziplinar-Gerichtshof beschloß jedoch, meines dringenden Einspruches ungeachtet, diese Zeugen nicht über **die Thatfachen** zu vernehmen, sondern nur darüber zu vernehmen, ob sie mir die betreffenden Mittheilungen gemacht hätten. Diese betrafen seitens des Ministers von der Heydt

das Schimpfen über den König Friedrich Wilhelm IV. im Jahre 1848 in öffentlichen Volksversammlungen, das Abreißen und Mitfüßentreten des roten Adlerordens, das Bieten von 10 Sgr. an einen Wehrmann dafür, daß er die preussische Kokarde von der Mütze reißen und mit Füßen treten möchte, das Verbleiben in seinem Handlungs-
hause und die Vorteile, die er und dasselbe dadurch ge-
noßen.

Die Richtigkeit dieser Angaben wurde von allen Zeugen bestätigt und meine Freisprechung von allen Anschuldigungen war daher zweifellos, wie sie demnächst auch erfolgte. Man wünschte aber wenigstens wegen meines außeramtlichen Verhaltens einen Verweis gegen mich zu Stande zu bringen und erreichte dies in folgender Weise. An den Entscheidungen des Disziplinar-Gerichtshofes nehmen nach dem Gesetze vom 21. Juli 1852 in den Verhandlungsterminen sieben Mitglieder teil. Bei der Entscheidung am 22. Oktober 1859 nahmen aber zehn Richter teil und es war für diesen Termin wenige Tage vorher noch ein neues Mitglied aus dem Handelsministerium ernannt worden, um dessen Chef von der Heydt es eigentlich handelte, der durch die Zeugenaussagen zum eigentlichen Angeeschuldigten geworden war. Der Vorsitzende des Gerichtshofes, Staatsminister Uhden, hat mir später mitgeteilt, daß nach seiner Ansicht

„nicht eine Gemeinheit, sondern ein ganzer Haufen Gemeinheiten in der Sache gegen mich geübt worden sei. Der Minister von der Heydt werde in seinem Leben den Raks nicht wieder los, daß er nicht auf Beweisaufnahme bestanden, vielmehr sich in seinen Ministermantel gehüllt habe und alles über sich ergehen ließ.“

Ich habe dies bereits in einem für das Elberfelder Kreisblatt bestimmten Aufsatz vom 13. Dezember 1862 angeführt und beharrte auf meinem Ausscheiden aus dem Staatsdienste, obwohl der spätere Minister des Innern Graf Schwerin sich Mühe gab, mich in demselben zu halten. —

1. Der Staatssekretär des Innern Graf Posadowsky äußert sich im Reichstage am 18. Dezember 1898 in seiner Entgegnung auf die Statsrede des Abgeordneten Richter hinsichtlich der inneren Politik Folgendes:

„Ich bestreite, daß Ursache zur Reichsverdroffenheit vorliegt, im Gegenteil, das Volk hat allen Anlaß, zufrieden zu sein. Wir haben die vollendetsten Rechtsgarantien der Welt! Die Reichsverdroffenheit liegt nur daran, daß Leute subjektiv unzufrieden sind, die objektiv durchaus zufrieden sein könnten. Innerhalb der verbündeten Regierungen besteht nicht die geringste Spur von Reichsverdroffenheit.“

In eine Kritik dieser Äußerung des Herrn Staatssekretärs beabsichtige ich nicht einzutreten, sondern will zunächst nur einige der Geschichte angehörende **Thatsachen** anführen.

2. Am 17. Januar 1882 hatte ich infolge einer Rede des Staatsministers von Bötticher im Reichstage den folgenden dringenden Bericht an das Königliche Staatsministerium gerichtet:

Ab schrift.

Daber, den 17. Januar 1882.

An

das Königliche Staatsministerium zu Händen des Königlichen Staatsministers

Herrn von Bötticher, Erzellenz, Berlin.

Euer Erzellenz haben sich in der Reichstagsdebatte vom 10. d. M. über das Verfahren der Staatsanwälte

und dagegen eingehende Beschwerden nach der „Kreuzzeitung“ dahin ausgesprochen:

„Meine Herren, die Regierung will auch keine Willfür, sie will, daß Gesetz und Recht herrschen! (Rufe: Oho! — Widerspruch links.) Sowohl, meine Herren, sie will es, und wenn der Herr Abgeordnete Richter hier einen Fall hineingebracht hat, der scheinbar auf eine verschiedenartige Behandlung der Behörden in Bezug auf Verfolgung von Beleidigungen schließen läßt, so verweise ich darauf, daß jede Beschwerde über ein ungerechtfertigtes Vorgehen der Staatsanwälte an die höheren Behörden geht. (Rufe links: Das kennt man!) Erlauben Sie, meine Herren, wir leben in einem Rechtsstaat (Heiterkeit links) und da muß man sich den geordneten Instanzen unterwerfen u. s. w.“

Ohne meinerseits irgend eine Kritik aussprechen zu wollen, halte ich mich insolgedessen für verpflichtet, rein sachlich einen Fall zur Kenntniss des königlichen Staatsministeriums und Euer Excellenz zu bringen.

Wie Euer Excellenz aus der beigefügten Anlage ersehen wollen, liegt hinsichtlich meiner Person ein Fall vor, in welchem die Staatsanwaltschaft durch Verlesung eines anonymen Schriftstücks in dem Audienztermine zweiter Instanz, welche meine Verurteilung zu einer Gefängnisstrafe mit herbeiführte, mich schwer geschädigt hat. Eine Beschwerde bei dem Herrn Justizminister hiergegen blieb fruchtlos. —

Durch eine dem Herrn Justizminister im Juli 1878 ferner zugegangene altentmässige Denkschrift (Anlage II), die ich in Form einer Petition später auch dem Reichstage überreichte, glaube ich ferner nachgewiesen zu haben, daß meine Verurteilung meines Erachtens

durch Meineide (insbesondere der Seite 21 bis 26 erstgenannten beiden Zeugen), Verleumdungen, unrichtige Abschriften von Zeugen-Protokollen, in denen die für mich sprechenden und die Verjährung begründenden Thatfachen fortgelassen waren, die mir der eine Verteidiger zugehen ließ,

mir nicht angezeigten Audienztermin dritter Instanz seitens des zweiten Verteidigers, von mir angetretenen, aber, obwohl nur ein Antragsvergehen vorlag, nicht erhobenen Verjährungsbeweis u. s. w.

mit herbeigeführt worden ist.

Gegen dies Alles ist eine Remedur seitens des Justizministeriums bisher nicht eingetreten. —

Die Anlage II ist zur Kenntniss der oben erwähnten beiden Zeugen im Herbst 1878 und später bei dem Zeugen 2 (Seite 26) im Januar 1879 sogar wiederholt durch den Konvent des Johanniter-Ordens, dem er und ich angehören, gebracht worden, ohne daß etwas von ihnen dagegen gethan wäre.

Wie endlich die Anlage III darthut, ist es mir bisher nicht gelungen, einen Gerichtshof, sei es ein Zivilgericht oder ein Militärgericht, zu finden, welcher in der von mir gegen meinen Herrn Gegner angestellten Beleidigungs- und Verleumdungsklage Recht spräche.

Die Klage nebst den beigebrachten Beweisen beruht vielmehr seit dem April 1878 im Kabinet Seiner Majestät des Kaisers und Königs.

Ob Allerhöchstderselbe genaue Kenntniss von der Sachlage hat, ist mir nicht bekannt, jedoch antwortete mir der Mandatar des Fürsten Bismarck, Justizrat Drews, den ich im Herbst 1880 kennen lernte, auf meine Frage, was denn aus der qu. Klage werden würde, ganz naiv:

„Dafür sei gesorgt, ich erhielte nie Antwort.“

Als ich im Jahre 1880, nach ärztlichem Gutachten infolge der erlittenen Gefängnisstrafe u. s. w. lebensgefährlich an einem Nierenleiden erkrankt war, die „Kreuzzeitung“ aber die Veröffentlichung versagte, versandte ein Komitee — nachdem ich vorher die Genehmigung des kommandierenden Generals von Schwarzhoff eingeholt und auf seinen Rat den darin erwähnten eingeschriebenen Brief an den Herrn Kriegsminister geschrieben hatte, — diese Anlage in vielen Exemplaren.

Ein Stabsoffizier hat sie am 5. April 1880 dem Fürsten Bismarck selbst zugesandt. Es ist nichts darauf erfolgt. —

Seitdem glaube ich unter Hintansetzung meiner Person und obwohl nun sogar Verfolgungen und Maßregelungen in meiner Heimat gegen mich eintraten, durch Schweigen bewiesen zu haben,

daß ich vor allem mich selbst überwunden.

Die Sachlage erfordert aber einen öffentlichen Antrag und eine Genugthuung und ich vertraue der Ehrenhaftigkeit des Königlichen Staatsministeriums und Euer Excellenz, daß dafür nicht nur gesorgt, sondern auch eine Abhilfe meiner begründeten Beschwerden schleunigst herbeigeführt werden wird.“

von Dieft, Landrat und Rittmeister a. D.

Von diesem Berichte sandte ich Abschrift dem Kronprinzen, dem Fürsten zu Hohenzollern und dem Feldmarschall Grafen Moltke. Ich erhielt von dem Staatsministerium keinen Bescheid! — —

Der Graf Moltke erwähnt in seinem Antwortschreiben von dem Inhalt des Briefes kein Wort, sondern sendet mir nur sein sehr schönes großes Bild mit Namensunterschrift mit folgendem Briefe:

Euer Hochwohlgeboren übersende ich anliegend die versprochene Photographie und bitte, die Verzögerung gütigst zu entschuldigen.

Berlin, den 21. Februar 1882.

Hochachtungsvoll ergebenst

Graf Moltke.

Er nimmt übrigens an der Sache ein so großes Interesse, daß er mich vor einiger Zeit in meiner Wohnung Hindersinstraße Nr. 8, drei Treppen hoch, aufsuchte, um zu erfahren, wie es steht.

Der Fürst von Hohenzollern, der mit dem Kronprinzen beständig in intimer Verbindung steht, antwortete mir:

Sigmaringen, den 25. Februar 1882.

Euer Hochwohlgeboren vertrauensvolle Zusage mit der lieblichen, von Tochterhand gefertigten Zeichnung

Ihres Heims habe ich dankbar erhalten. Aus derselben entnehme ich, daß Ihre angeborene und überzeugungstreue Loyalität den von mir vorausgesetzten Sieg über alle anderen, Ihr Inneres durchwühlenden Erregungen und Empfindungen davongetragen hat.

Wenn Sie an Seine Majestät den Kaiser und König schreiben, so versehen Sie ja nicht auf die Adresse zu „Allerhöchst Eigener Eröffnung“ zu setzen. Meiner Erfahrung gemäß öffnet Seine Majestät allein nur solche an Ihn gelangenden Eingaben, — aber was weiter damit geschieht, dafür kann ich nicht einstehen. Der Kaiser aber, wenn die Fassung eine kurze ist, liest dieselbe ganz gewiß.

Das Staatsministerium aber muß Ihnen antworten, denn sonst gäbe es im Staate Preußen keine Gerechtigkeit mehr. An Ihrer Stelle würde ich nicht ruhen, sondern immer wieder darauf zurückkommen.

Hochachtungsvoll und ergebenst

Fürst zu Hohenzollern.

Es ist aber **keine** Antwort von dem Staatsministerium eingetroffen.

b) Der leider zu früh aus diesem Leben geschiedene Abgeordnete von Wedell-Dehlingsdorff hielt dem Abgeordneten Lasfer schon in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 15. Februar 1873 seitens der altkonservativen Partei die Worte entgegen:

„Wir haben vor allen Dingen bedauert, daß die Neuzeit in der Sucht des schnellen mühelosen Erwerbes auf sehr bedenklichen Wegen ist. Wir, die wir uns auf dem Boden eines **mühevollen, wenig lohnenden, aber realen** Erwerbes befinden, wir haben es lebhaft bedauert, daß in neuerer Zeit der mühevolle Erwerb durch den **schwindelhaften** Erwerb überflügelt worden ist . . .

Wir verdammen dieses Streben, ohne Arbeit zu erwerben, auf das Entschiedenste! Wir verdammen dieses Streben in jeder Form; wir verdammen es, wenn es gedeckt wird durch den einfachen schlichten Bürgerrock,

wir verdammen es aber **viel mehr**, wenn es gedeckt wird **durch die Fürstenkrone** und besonders wenn es gedeckt wird **durch die Amtswürde!**

Wir sind der Ansicht, daß die **moderne Gesetzgebung** einen sehr wesentlichen Anteil an den vorhandenen Mißständen hat Das System ist die Folge des allgemeinen Drängens **nach schrankenloser Freiheit**

Wir haben den Wunsch, daß das Übel nicht an der Oberfläche allein beseitigt werde, sondern daß man **an die Wurzel des Übels komme.**“

c) Wilmanns „**Goldene Internationale**“ (Berlin 1876, Seite 69—73, vierte Auflage) thut dar,

„daß unsere Gesetzgebung zu Gunsten des Großkapitals die Interessen des Grundbesizers und der redlichen Erwerbsart schädigt, daß deshalb durch ein Fortschreiten auf dieser Bahn **die Existenz des Staates** auf das Ernsteste gefährdet wird, und wir demselben Schicksal entgegengehen, welches Frankreich aus gleichem Grunde bereits ereilt hat.“

Er thut ferner dar, daß in den deutschen Parlamenten **30 Prozent** und darunter mit wenigen Ausnahmen alle hervorragenden Mitglieder **der gegenwärtig maßgebenden Parteien** zu den herrschenden **Geldmächten** in nahe Beziehungen getreten sind, er nennt die Namen der Parlamentsmitglieder, welche als **Gründer, Verwaltungsräte und Vorstände von Aktien-Gesellschaften** fungieren, er giebt eine Beschreibung von der Organisation der **Diskonto-Gesellschaft**, welche nach allen Richtungen hin bei **Hofe, bei den Ministerien, im Parlamente** u. vorzügliche Verbindungen sichert. **Die Presse werde von der Börse und haute finance beherrscht.**

d) In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 15. November 1877 klagt der Abgeordnete von Ludwig bei dem Titel „**Staatsanwälte**“ darüber, daß seitens der Justiz gegen anrühige Gründungen nicht eingeschritten worden sei und äußert sich dahin:

„Noch viel weniger erfreulich, ja recht betrübend ist es, wenn die Hauptursachen dieses großen Geldgewinnes der Justizverwaltung sich darlegt. Es sind dies die geradezu

unsere Ruhe gravierenden politischen Kriminalprozesse. Meine Herren! ich darf sie nicht aufzählen, die Region der Majestätsbeleidigungen, die Region der Bismarckbeleidigungen, die Region der Verfolgungen aus den Mairgesetzen, die Region der Preßprozesse zc. M. H., in dieser Branche sind die Herren Staatsanwälte und Richter außerordentlich thätig gewesen und ich glaube nicht zu viel zu sagen, wenn ich behaupte, daß wir mit diesen Operationen so ziemlich auf der ganzen Welt einen recht üblen Eindruck gemacht haben. Ich will nur an zwei Hauptprozesse erinnern, an den bekannten Arnimprozeß und an den jetzt noch schwebenden Diebstahlprozeß. Der Prozeß gegen Herrn von Diebstahl ist ein absolutes Unikum, denn er ist zu mehrmonatlicher Gefängnisstrafe verurteilt worden, lediglich deswegen, weil er in einem Eisenbahnwagen zu einigen Freunden und wieder auf der Jagd zu einigen Freunden Äußerungen gemacht hat, über die sich Bismarck beleidigt fühlt.... Ich bin der Ansicht, daß durch diese außerordentliche Thätigkeit der Herren Staatsanwälte in diesen politischen Prozessen, beiläufig gesagt, keineswegs eine gleichmäßig verteilte ist, denn meine eigenen Erfahrungen belehren mich, daß, wenn es gilt, gegen sogenannte Reichsfeinde loszugehen, das Tempo und die Höhe der Strafe eine außerordentliche ist.... Dagegen bei den Gründerprozessen bin ich gar nicht befriedigt von dem Vorgehen der Herren Staatsanwälte.... Es dauerte sehr lange, ehe die Staatsanwälte sich entschieden, gegen diese Gründergeschichten vorzugehen und ich meinstetils verdanke ihnen das nicht.... Aber wie man auch annehmen konnte, daß doch die Herren Staatsanwälte Zeit gefunden hätten, sich in dieses schmutzige Treiben hineinzuarbeiten, da waren die Angriffe auch noch zaghaft, die Anträge auf Bestrafung größtenteils erfolglos. Nun meine ich, daß dies **das öffentliche Rechtsbewußtsein auf das äußerste erschüttert hat.** Allerdings sind gegen viele ehrenrührige Gründungen Voruntersuchungen angestellt worden, aber bis zur Erhebung der Anklage ist es selten

gekommen und vielfach sind diese Prozesse geradezu zum Gespött der Welt geworden. Soviel ich weiß, ist eine namhafte definitive Verurteilung nur äußerst selten aufgetreten und gerade **die allerblutigsten Gründungen, wie z. B. die Dortmunder Union** haben sich als so korrekt konstruiert erwiesen, daß der Staatsanwalt nicht einmal ein Skrutinium wagte . . . Ich für mein Teil erkenne an, dieser scheußliche Zustand beruht am meisten darin, daß in weiten Kreisen gerade der höheren Gesellschaft **Religion und Moral ein leerer Schall** geworden ist“ . . . In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 9. Dezember 1878 äußerte Herr von Ludwig ferner:

„M. H., wer steht während des Verlaufs der Politik des Fürsten Bismarck **in unserem Innern** abgestoßen und trauernd zur Seite. Es sind dies alle diejenigen Elemente, die unter allen Umständen in guten und bösen Tagen mit jeder Faser ihres Herzens treu zu König und Vaterland stehen, die prinzipiell aus Gewissenspflicht, aus religiöser Überzeugung jede Revolution verwerfen . . .

Die **charakterfesten treuen Beamten**, die nicht schweigen gelernt hatten, wurden ihres Amtes entlassen und, m. H., wenn sie schweigen, dann sind sie schon nicht mehr jene **alten preussischen Beamten, der einstmalige Stolz unseres Landes** . . . Dafür ist entstanden ein widerwärtiges Geschmeiß von Denunzianten und Strebern (sehr richtig!), denen die innere Ehre garnichts gilt, denen die äußere Ehre Alles ist; für die letztere und den schnöden Mammon haben sie die erstere vielfach in den Roth geworfen. (Sehr richtig!) M. H., in weiten Kreisen ist **die Standesehre verblasst** und die Ehrenräte drücken beide Augen zu, sonst würden sie manches sehen. Ja, m. H., es ist bereits soweit, daß es auch in unserer Armee, wo doch gerade die Standesehre Gott sei Dank im Großen und Ganzen noch außerordentlich hoch gehalten ist, **einen General giebt**, welcher einen Rittmeister und Träger des eisernen Kreuzes in öffentlicher Gerichtssitzung vor dem Kammergericht durch den Mund eines Oberstaatsanwalts **verleunden** ließ (hört!). Die Thatsache der Ver-

leumdung ist öffentlich festgestellt durch Briefe, deren Abschrift ein Notarius kontrasigniert hat; und trotzdem die Sache länger als ein Jahr her ist, hat der General es noch nicht für nötig befunden, die Sache klarzulegen. (Rufe: Wer!) (Der **Präsident** konstatiert, daß dies nicht zur Sache gehöre.) Dann begreife ich den Herrn **Präsidenten** nicht (Heiterkeit!), ich finde, daß das außerordentlich zur Sache gehört. M. H., meine Absicht ist, nachzuweisen, wie es gekommen ist, daß die Moral so tief gesunken, daß das Vertrauen auf die oberen Stände so gering geworden ist und daß daraus mit Notwendigkeit folgen mußte, daß das gewöhnliche Volk, welches in Not ist und alle solche Dinge passieren sieht, ein williges Ohr **der Sozialdemokratie** leihen mußte . . . M. H., es ist bekannt, daß Staatsgelder einfach zur Rettung fauler Dinge verwendet worden sind und es ist bekannt, daß die Helden des jüngsten Tanzes um das goldene Kalb noch vielfach in ziemlich hohen Positionen sich befinden und was in dieser Beziehung Alles unterlassen ist, das ist eine sehr bedeutende Schuld" . . .

e) Die „**Germania**“ brachte an erster Stelle am 30. Januar 1878 (Nr. 25) folgenden Artikel: **Zur preussischen Justizpflege:**

„Mehr als eine Woche ist vergangen, seitdem wir über die interessanten Enthüllungen berichteten, mit welchen Herr von Dieft-Daber in seiner im Selbstverlage erschienenen Broschüre (auch in der v. Zahn'schen Buchhandlung in Dresden zu beziehen) die staunende Welt überrascht hat.

Aber die Offiziösen und Nationalliberalen, welche sich sonst bemühen, bei jedem Tüpfelchen über dem i, das in der „Germania“ nicht an der rechten Stelle steht, lange und breite Kommentare zu schreiben, haben jenen unseren gewiß auffälligen Artikel, in welchem wir über die Dieft'schen Enthüllungen referierten, mit lammesfrommer Geduld hingenommen, ohne darob auch nur ein einziges Mal sich „zu räuspern und zu spuken“.

Wir begreifen, daß es den Herren peinlich sein muß, peinliche Dinge anzufassen; allein es wäre ein falsches Humanitätsprinzip, wenn wir sie ob dieses ihres Verhaltens schonen würden.

Ist unser neuerlicher indirekter Appell, daß sie sich in der Sache zu erklären hätten, ihnen nicht verständlich gewesen, so müssen wir also heute eine **direkte Interpellation** an sie richten und sie fragen:

„Wie ist der Widerspruch zwischen den Angaben des Vertreters der Oberstaatsanwaltschaft, welcher auf Grund eines **„von hoher Stelle“** eingegangenen Schriftstückes, dessen Urheber der Öffentlichkeit unbekannt ist, behauptete, Fürst Bismarck habe **nicht** mit Herrn von Dieft unter vier Augen verkehrt — und den präzisen Angaben des Herrn von Dieft, der drei bestimmte Fälle nach Ort, Tag und Stunde aufweist, in denen er mit dem Fürsten unter vier Augen gesprochen hat — zu erklären?“

Wir wollen uns über die Materie der zwischen Beiden (nach der Angabe des Herrn von Dieft) geführten Gespräche hier (vorläufig) nicht weiter auslassen; wir fragen wiederholt nur:

„**Ist es möglich**, daß an hoher Gerichtsstelle mit amtlicher Autorität ein von hoher Stelle herstammendes Schriftstück verlesen werden kann, das in seinen wesentlichen Angaben **unrichtig** sein soll?“

War es schon auffallend, daß der **stenographische Bericht** über die betreffenden Kammergerichtsverhandlungen bereits zum Druck in die offiziöse Presse gewandert war, aber in letzter Stunde noch von unbekannter Hand zurückgezogen wurde, so ist dieses Nachspiel des Prozesses noch auffallender.

Aber die Offiziösen müssen uns darüber aufklären — an Erinnerungen daran soll es ev. unsererseits nicht fehlen . . .“

Es ist aber keine Aufklärung, auch keine weitere Erinnerung erfolgt!

f) Die Nr. 391 der „**Heijßichen Blätter**“ (1878) sagt:

„Die Presse des Landes der „wahren Freiheit“ wird unter diesen Umständen die Frage ruhen lassen müssen, wie jenes Papier in den Audienzsaal des Berliner Kammergerichts habe schneien können und woher es die Autorität gehabt habe, mit der es dort offenbar dem Staatsanwalt sowohl, als auch den Richtern imponierte.

Wie es sich damit auch immer verhalten mag, jetzt, wo in der von Dieft'schen Broschüre eine aktenmäßige Widerlegung aller wesentlichen Aufstellungen jenes Schriftstücks vorliegt, wird es — und zwar gerade von der Presse, insoweit sie noch unabhängig und edlen Regungen zugänglich ist — **als eine unerläßliche Ehrenpflicht** des geheimnissvollen Anonymus bezeichnet werden müssen, **mit seinem Namen hervortreten**, um entweder die Widerlegungen von Dieft's zu entkräften, oder aber dem schwergekränkten Manne Genugthuung widerfahren zu lassen. Sollte dies jedoch nicht geschehen, so wird wenigstens **die Staatsanwaltschaft**, welche sich für die Glaubwürdigkeit des Inhalts des namenlosen Aktenstückes verbürgen zu können glaubte, nicht unterlassen dürfen, dem Herrn von Dieft nunmehr die eifrigste Beihilfe zu leisten.“

Von einer solchen Beihilfe ist nichts verspürt worden; im Gegenteil, es fand sich, nachdem Herr von Dieft ruhig in's Gefängnis gewandert war, weder ein Staatsanwalt, noch ein Gericht, um Beistand zu leisten.

g) In der in Leipzig erscheinenden **Unthardt'schen „Kirchenzeitung“** (1878, Nr. 3) heißt es:

„Und die Zustände in der Reichshauptstadt nehmen allerdings nachgerade eine wahrhaft schreckhafte Gestalt an. **„Berliner Zustände“** ist bereits zum Sprichwort für das ganze Reich geworden. Aber wie kann man sich auch über schreckenerregende Zustände wundern, wo die Kirche, die allein die gewaltthätigen und rohen Neigungen und Ausschreitungen des natürlichen Herzens überwinden kann, zum Tummelplatz wüster Agitationen gemacht wird, und der Liberalismus mit seinen zuchtlosen Freiheitsgesetzen der rächenden Staatsgewalt die Hände bindet.

Wie es mit dem „**sittlichen Boden im Volksleben**“ steht, hat der Prozeß gegen die „**Reichsglocke**“ gezeigt. Nicht minder wird es offenbar durch die **Fehde des unverdrossenen und ritterlichen Herrn von Dieß-Daber**, dessen Veröffentlichungen und Entgegnungen die liberale Presse ihren Lesern geflissentlich vorenthält. Es giebt in der That nichts Heuchlerischeres und Unberechtigteres, als wenn die liberalen und reformjüdischen Blätter sich über den Reichsglockenprozeß **sittlich** entrüsten. Wohl möchte die liberale Presse ihre Hände jetzt in Unschuld waschen und die Verantwortlichkeit für die Erscheinungen **sittlicher Barbarei, die im Gefolge des Kulturkampfes einhergehen**, von sich weisen. Sie mag nicht gern daran erinnert werden, was sie an **Zerfetzung und Unterwühlung des sittlichen Bodens** geleistet und wie sie das **Kapital an Religiosität und Sittlichkeit in unserem Volke ver- schleudert hat.**“

h) Das „**Volksblatt für Stadt und Land**“ vom 10. April (1878) schreibt:

„Schon der Prozeß gegen Herrn von Dieß war voll von „**Zeichen der Zeit**“, z. B. die Art und Weise, wie **Privatgespräche von Edelleuten auf der Jagd, im Koupée** und dergleichen vor die Schranken des Gerichts gezogen wurden, um als Beweis für öffentliche Verbreitung von Thatfachen zu gelten, sodaß man unwillkürlich an die Zeit der Proskriptionen erinnert wurde, oder an das Wort: „**Die Wände haben Ohren heutzutage . . .**“

Kurzum staunend wird jeder Leser die Broschüre aus der Hand legen und sich fragen: **wie soll das enden?** Herr von Dieß hat inzwischen gegen den Fürsten Bis- marck Klage wegen Beleidigung — und Verleumdung — erhoben. Letzterer hat gegen die Kompetenz des Civil- gerichts Einsprache erhoben, da er General der Kavallerie sei und dieselbe ist seitens des Gerichts anerkannt. Welche Wege dem Kläger nun offen stehen, ist uns unbekannt.

Ohne daß wir weitere Worte über diese Angelegenheit machen, werden die Leser wohl verstehen, **welche Be- deutung es hat, wenn in Preußen, dem Staate Friedrich**

des Großen, ein Mann, dessen Wahrheitsliebe und patriotischer Sinn auch bei seinen Feinden über allen Zweifel erhaben ist, in Sachen der Rechtspflege von einer „unsichtbaren Macht“, die in seinen Prozeß eingreift, reden konnte! Wir glauben auf ein so trauriges Zeichen der Zeit im Volksblatte noch nicht hingewiesen zu haben.“

i) Wir lesen ferner in dem „geschichtlichen Monatsbericht der konservativen Monatschrift“ vom Mai 1880, Seite 404 bis 406:

„Man läßt sich allerdings vom Standpunkte derjenigen, die nicht an die überlegene Weisheit der Majoritäten glauben, eine staatsmännische Kraft denken, der die Weltgeschichte Recht giebt, auch wenn sie die Zeitgenossen nicht zu befriedigen weiß. Friedrich der Große ist in gewissem Sinne eine solche Kraft gewesen, der es bei Lebzeiten auch keinem zu Dank machen konnte. Fürst Bismarck, — darüber sind die Mitlebenden schon heute ziemlich einig — ist es nicht. Das Große und Bedeutende, was er auch im Inneren geleistet, kennzeichnet sich im Grunde doch als ein Faktor seiner auswärtigen Politik, als ein Mittel mehr im internationalen Kampfe ums Dasein. Auf die Macht ist Alles gerichtet, was er thut . . .

Im Innern flieht uns der Erfolg ebenso hartnäckig als das Glück uns nach Außen bis zur Stunde treu geblieben ist. Die „neueste Ara ist nichts anderes, als die Bankrotterklärung der „neuen“, welche dreizehn lange Jahre hindurch von Offiziösen wie „Unabhängigen“ als Musterleistung moderner Staatsmannschaft gepriesen worden ist.

Man mag die Unbefangenheit bewundern, die keinen Anstand nimmt, ihr eigenes Werk rücksichtslos zu verlegen, sobald sie sich von seiner Unzulänglichkeit hat überzeugen müssen; die Thatsache dieser Unzulänglichkeit selbst bleibt darum aber nicht minder bestehen. Darin einen Beweis der Größe zu erblicken, wird der Zukunft noch schwerer fallen, als es schon der Gegenwart zu werden beginnt. Die Einzelheiten müssen bei Seite bleiben: sie sind in aller Munde und in aller Erinnerung, auch an

dieser Stelle ist ihrer oft genug gedacht worden: des **Kulturkampfes**, mit dem auch die neueste Ära nicht fertig zu werden scheint; der **sittlichen Verwilderung**, die in seinem Gefolge und als Frucht manchesterlicher Lebensanarchie in Deutschland eine Stätte gefunden, wie kaum irgendwo, nicht am wenigsten endlich ihres Widerspiels der **sozialdemokratischen Bewegung**, die wir, dem Gespenst in dem orientalischen Märchen gleich, an die Wand genagelt haben, ohne daß wir ihr das Lebenslicht auszublafen vermochten, und der **Judenherrschaft**, die erst mit dem Deutschen Reiche hat werden können und geworden ist, was sie ist, — der **Brennpunkt der sozialen Gefahr**, die uns in **Gegenwart und Zukunft bedroht!**

Wir sagen damit nichts Neues; hier und anderswo ist ähnliches oft genug behauptet worden. Auf das Neue kommt es aber in politischen Dingen gar nicht an, sondern auf **das Wahre**, das so lange wiederholt werden muß, bis es Eindruck macht. Dann kann trotz der im Stillen brütenden Unzufriedenheit mit unserer inneren Politik, im Großen und Ganzen auch keine Rede sein. Man murren eben mehr in seinen vier Pfählen, als in der Öffentlichkeit. Hier geht eine gewisse Schönfärberei, die man auch anders nennen könnte, noch immer ihren Weg; doppelt widerwärtig, weil ihr jede Spur jener Naivität abhanden gekommen ist, mit der man vor nicht langer Zeit noch **Äußeres und Inneres** bei uns zu verwechseln pflegte.

Wenn wir dem entgegentreten, so soll dem leitenden Staatsmanne damit nicht etwa die Schuld an den Zuständen allein aufgebürdet werden, die uns und, wie wir gesehen, im Grunde aller Welt so wenig lobenswert erscheinen. **Das Maß der Verantwortung**, welches er **vor der Geschichte** zu tragen hat, ist **schwer**. Aber vergessen dürfen wir nicht, daß wir Alle insgesamt seine Mitschuldigen sind. Heute freilich herrscht er **allein** am Anfang seiner beispiellosen Laufbahn, indessen war er auf die Parteien angewiesen, wie er sie vorfand, und was er that war gewissermaßen nur die Stimme dessen, was an **Einsicht**

und sittlicher Kraft vorhanden war. Wenig genug scheint es leider gewesen zu sein und auch von dem Wenigen ist uns in den bösen Jahren von 1872—1879 noch ein nicht geringer Teil abhanden gekommen.

Was sind das für Zustände, wenn ein Ehrenmann wie Herr **von Dieß-Daber**, dessen guten Glauben selbst das verurteilende Gericht anzuerkennen genötigt war, nicht dazu gelangen kann, den höchsten Beamten des Reichs wegen einer ehrenfränkenden Behauptung zur Rechenschaft zu ziehen?! Möglich, daß es auch in Oesterreich, Frankreich, Italien u. s. w. nicht anders wäre, wenn es dort einen Mann von der Persönlichkeit des Fürsten Bismarck gäbe, aber behaupten dürfen wir es nicht, so lange wir mit einem Fall **allein dastehen**, den die Erinnerung an die Potsdamer Mühle nicht zu versüßen geeignet ist. Der Gegenwart ist es geläufig geworden, sich mit dem sinkenden Römertum zu vergleichen. Ihr Recht beweist sie mit ihrem Byzantinismus, der die **Ausnahmestellung eines Mannes** medusenartig wirken läßt auf weite Kreise eines Volkes, in dessen Herzen der **Appell an die Furcht** bekanntlich keinen **Widerhall findet.** — —

k) Im April 1887 habe ich die folgende Eingabe an den Herrn Justizminister gerichtet, wobei ich bemerke, daß damals **die sämtlichen darin benannten Richter und Staatsanwälte noch am Leben waren**, während inzwischen einige derselben verstorben sind.

Daber, den 23. April 1887.

An

den Königlichcn Staats- und Justizminister
Herrn Dr. Friedberg, Erzellenz

Berlin.

„Euer Erzellenz glaube ich unter Bezugnahme auf unsere eingehende Besprechung im Februar 1883 den Beweis geliefert zu haben, daß ich **bis zum äußersten möglichen Zeitpunkt** in schwerer Selbstverleugnung Zurückhaltung geübt habe.

Meine Ihnen damals schriftlich eingehändigten Bedingungen, unter denen ich mich geneigt erklärte, die Sache

ruhen zu lassen, nehme ich hiermit zurück und leiste namentlich auf die darin geforderten materiellen Entschädigungen resp. Geldstrafen ausdrücklich Verzicht.

Nachdem ich aber im Lauf der Jahre die Erfahrung machen mußte, daß für meine Genugthuung, trotz wiederholter Zusage, **nichts** geschah, während diejenigen, welche bei einer für mich erwirkten Gefängnisstrafe mit thätig waren, ausgezeichnet wurden, erkenne ich es als eine Ehrenpflicht gegen mich und meinen verstorbenen Freund von Wedemeyer, dafür Sorge zu tragen, **daß Klarheit geschaffen wird** und ich die bestehende Unklarheit nicht selbst mit ins Grab nehme.

Behufs späterer Wiederaufnahme des Verfahrens habe ich heute bei dem Landgericht I in Berlin und bei dem Landgericht in Stargard (in Pommern) den Antrag auf Einleitung der Untersuchung wegen wissentlichen und event. fahrlässigen Meineides gegen 2 Zeugen gestellt und anheimgegeben,

zunächst die Genannten selbst informatorisch verantwortlich zu vernehmen,

weil dadurch in milderer Form die Möglichkeit gewährt wird, einzelne der Unrichtigkeiten und Widersprüche in ihren Aussagen zur Aufklärung zu bringen. Die sonst am 25. Mai ablaufende Verjährung wird dadurch unterbrochen (§ 66 und 68 Str. G. B.), worauf es mir zunächst ankommt.

Da ich aber beabsichtige, event. auch nach den Nummern 1, 3 und 5 § 399 der Strafgerichtsordnung den Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens zu stellen, so richte an Euer Excellenz ich ferner gegen einzelne Beamte, welche in dem Gesetze nicht entsprechender Weise bei meiner Verurteilung mitgewirkt haben, die nachstehenden Beschwerden mit der ganz ergebensten Bitte, mir das Resultat der in Folge dessen angestellten Untersuchung demnächst geneigtest mitteilen zu wollen

I. Der Herr Staatsanwalt Tressendorf.

- a) Derselbe hat die Voruntersuchung wegen **verleumderischer** Beleidigung führen lassen, obwohl der erste **Strafantrag** des Fürsten Bismarck gegen mich vom 2. Februar 1877 (fol. 6 der Untersuchungsakten) nur auf einfache Be-

leidigung lautete. Zu den Akten notiert sogar der Herr Tessen-
dorf am 14. Februar 1877 (fol. 5):

„daß verleumderische Beschuldigungen vorlägen, die bereits als „**unwahr**“ und „**völlig erdichtet**“ erwiesen wären.“

Die Zeugen von Thile (fol. 21), von Blankenburg *z.* werden unter dieser ehrverletzenden Firma für mich vorgeladen. Die Requisition an das Gericht zu Greiffenberg vom 15. Februar 1877 (fol. 36) lautet:

„wegen **verleumderischer** Beschuldigungen des Fürsten Bismarck.“

Mich selbst hat das Kreisgericht zu Naugard

„wegen **verleumderischer** Beleidigung“ vorgeladen.

Alles dies enthält Überschreitungen der Amtsbefugnisse des genannten Herrn Staatsanwalts.

Beweis: Die Untersuchungsakten.

- b) Eine Requisition des Staatsanwalts Tessen-
dorf an das Gericht in Greiffenberg vom 15. Februar 1877 (fol. 36 der Untersuchungsakten) lautet dahin:

Nach Zeitungsreferaten hat der als Zeuge vernommene General-Landschaftsrat von Blankenburg unter anderem ausgesagt,

„daß Herr von Dieß noch neuerdings in einem Hotel jene Beschuldigungen gegen den Reichskanzler aufrecht erhalten und auch noch bemerkt habe, er würde dahin wirken, daß Seine Majestät **von der Tyrannici** des Reichskanzlers befreit werde,“

diese Behauptungen enthalten Unwahrheiten; denn ich habe solche Äußerungen niemals, weder „in einem Hotel“, noch „neuerdings“, noch endlich jemals ein Wort wie „**Tyrannici**“ gebraucht.

Auf derartige Zeitungsreferate darf aber der Staatsanwalt keine ehrverletzende Requisition gegen mich gründen.

- c) Später, am 24. März 1877 (fol. 34 und 35 der Untersuchungsakten) stellt der Fürst Bismarck auf Anregung des Herrn von Tessen-
dorf in der That einen Strafantrag

wegen Verleumdung, wobei eine fälschlich behauptete „Beteiligung“ bei der Gründung der Preussischen Zentral-Bodenkredit-Bank in den Vordergrund geschoben wird. Eine solche **Beteiligung bei der Gründung** der Preussischen Zentral-Bodenkredit-Bank ist von dem Unterzeichneten aber nur als **Mitteilung** durch den Zeugen von Thile behauptet worden und dieser hatte die **Richtigkeit** dieser Angabe **schon vorher eidlich bestätigt**. Als später der Unterzeichnete den Fürsten Bismarck wegen Verleumdung verklagte, machte er den Einwand der Inkompetenz des Zivilgerichts und nachdem er das verlangte Militärgericht erhalten hatte, verschwand er.

Beweis: Die Akten des General-Kommandos
III. Armeekorps.

- d) Die Anklage des Staatsanwalts Tessendorf vom 13. April 1877 enthält in mehreren Punkten Abweichungen **von den eidlichen Zeugenaussagen**, auf welche sie sich gründet.

So folgende Sätze:

„Ende Mai 1876 hielt sich der Angeklagte einige Tage in Stettin auf, wo damals ein internationaler Pferdemarkt abgehalten wurde, und verkehrte im Hotel de Prusse. Dort sprach er in Gegenwart des Gutsbesizers von Flemming, von Petersdorff und anderer in erregter Weise viel über die innere Politik des Fürsten Bismarck, die Agraier, die deutsche Eisenbahnzeitung, das Gründerwesen und die Begünstigung des Großkapitals durch den Staat zum Nachteil des Grundbesizers, worüber er nächstens eine großes Aufsehen erregende Broschüre schreiben würde. Über den Fürsten Reichskanzler äußerte er unter anderem:

Ich werde den Kaiser „aus den Klauen“ dieses Mannes befreien, verlassen Sie sich darauf. . .“
Der Angeklagte bestreitet, diese Äußerung gethan zu haben.

Zeuge von Flemming, welcher das Gespräch nur im Vorübergehen stehen bleibend gehört haben will, aber weder eine Person, zu welcher die Äußerung geschehen

sei, noch mit Bestimmtheit den Ort zu bezeichnen vermag, an welchem der Unterzeichnete diese Worte gesprochen haben soll, hat, wie **erst später** dem Unterzeichneten bekannt wurde, **bereits vorher am 3. März eidlich ausgesagt**, daß er das Wort „Alauen“ (welches das einzig Beleidigende in dieser Äußerung sein dürfte) nicht mit Sicherheit aufrecht erhalten könne, weil ihn sein Gedächtnis verlassen habe.

Zeuge von Petersdorff hat bereits **vorher** in der Voruntersuchung am 16. März 1877 **beschworen**:

„**Mit Bestimmtheit** kann ich behaupten, daß ich nie von Herrn von Dieft gehört habe, daß er den Kaiser **aus den Alauen oder Händen** des Reichskanzlers befreien wolle.“

Wie kann und darf der Herr Staatsanwalt Lessendorf bei diesen **bestimmten eidlichen Aussagen** in der Anklage am 13. April 1877 und in dem Audienztermine am 25. Mai 1877 Gegenteiliges aufstellen?!

- e) Um bei diesem Falle zu zeigen, in welcher wenig loyalen Weise (um keinen schärfern Ausdruck zu gebrauchen) gegen den Unterzeichneten operiert worden ist, sei noch folgendes angeführt.

Der Zeuge N. fordert Herrn Flemming-Rönz wiederholt auf, ein Privatgespräch; welches der Unterzeichnete etwa 9 Monate früher mit Standesgenossen gehabt, zu **denunzieren** und erhält endlich von ihm folgenden Brief:

Rönz, den 1. Februar 1877.

In Erwiderung Ihres geehrten Schreibens vom gestrigen Tage teile ich Ihnen ergebenst mit, daß ich mich unbedingt wegen eines etwaigen Zeugnisses zu Ihrer Disposition stelle. Unangenehm vom Gericht in dieser Sache vernommen zu werden, ist es jedenfalls an sich nicht. Peinlich berühren könnte mich die Angelegenheit aber nur in dem Fall, wenn ich zu den nähern Bekannten oder Freunden des Herrn von Dieft gehörte, oder die Äußerung zu mir allein im Vertrauen gethan wäre. Keines von beiden ist aber der Fall. . . . Die

Worte, auf die es ankommen würde und die ich beschwören könnte, lauteten: „Glauben Sie mir, ich werde den Kaiser aus den Klauen dieses Mannes befreien. Es wird nicht mehr lange dauern, ich habe die Gelegenheit dazu.“ Ich erinnere mich nicht genau, ob diese Worte an der table d'hôte oder im Keller gesprochen wurden. An beiden Orten saß ich ihm nahe und hörte seine Expektorationen mit an. War es im Keller, dann müssen auch der Oberst von Petersdorff und von Petersdorff-Großenhagen etwas davon gehört haben. Niemand würde sich mehr freuen wie ich, wenn diese Untersuchung dahin führte, die Verdächtigung des großen Mannes ein für allemal zur Ruhe zu bringen.

von Flemming.

Beweis: Die Untersuchungsakten.

Nun tritt der Zeuge „N.“ in dem Audienztermin am 14. Februar 1877 in der Untersuchung kontra Dr. Rudolph Meyer auf und **beschwört**, nachdem er erfahren hat, daß der von ihm tatsächlich angegebene Erwerbsskurs 108 Prozent bei den Preussischen Zentral-Bodenkredit-Aktien für das Publikum **niemals existiert hat**, folgendes*)

„Wie ich jetzt höre, hat sich der Fürst Reichskanzler nach der Richtung hin in einem Irrtum befunden. Was die dort genannte Zahl betrifft, so ist dies meine Aufschaffung bei irgend einem Banquier, ist es richtig oder nicht, und was die **Zahl 108** betrifft, so klingt es in dem Briefe nur so, als ob der Fürst es gesagt hätte.“

(Man vergleiche damit, was Zeuge „N.“ später am 27. Februar 1877 in Greiffenberg und am 25. Mai 1877 in Berlin beeidet hat.)

*) Anmerkung: Dazwischen sagt Zeuge „N.“:

„Als Instruktion für diesen meinen Freund habe ich damals einen Brief geschrieben, in dem ich mich im allgemeinen auseinandersetzte, wie dies wohl könnte zusammengehangen haben und habe darauf meine Ansicht über die Gründung der Preussischen Zentral-Bodenkredit-Aktienanstalt mitgeteilt und glaube, ich habe dann fortgefahren: Was ist nur überhaupt daran, wenn also wirklich ohne Auftrag des Fürsten „in späterer Zeit“ sein Bankierhaus aus eigener Bevollmächtigung „einige Aktien“ gekauft und ver-

Der Zeuge wird dann auch **von dem Vorsitzenden des Gerichtshofes darauf aufmerksam gemacht**, daß es in seinem Briefe am 19. März 1876 als **Thatfache** hingestellt ist.

Sodann fährt Zeuge „N.“, als er durch das Vorhandensein des Briefes vom 18. März 1876 immer mehr in die Enge getrieben wird, fort:

„Unmöglich kann ich das leugnen, **das habe ich gewiß geschrieben**, denn ich habe wirklich den Glauben gehabt; woher ich den Glauben hatte, habe ich vorhin gesagt. Wenn Herr von Dieß in dem Lokale ist, so wird er gewiß beistehen können, wenn der hohe Gerichtshof das will. Ich habe allerdings zu meinem Bedauern gehört, daß Herr von Dieß öffentlich in einem Lokale erklärt hat „vor vielen Zeugen“, er würde den Kaiser „**von der Tyrannei**“, oder wie er sich ausgedrückt hat, dieses Mannes befreien, er habe dazu die Mittel. . . .“

Hier wird der Zeuge von dem Vorsitzenden mit der Bemerkung unterbrochen, **daß dies nicht zur Sache gehört**.

(Der Angeklagte Dr. Meyer präsentiert darauf zwei an ihn gerichtete Originalbriefe des verstorbenen Herrn von Wedemeyer, in welchen der durch den Fürsten Bismarck gemachte Gewinn in noch viel positiverer Form behauptet wird.)

In obiger Aussage des Zeugen „N.“ ist also aus den „**Klaue**“ „**Tyrannei**“ geworden, obwohl der Wahrheit gemäß beides niemals existiert hat.

Beweis: Das Zeugnis des Unterzeichneten, der selbst

kaufte hat; ich glaube, ich habe gesagt oder ich habe mir das sagen lassen, sie wären ausgelegt zu 106, „ich wollte etwa beispielsweise sagen zu 108“, so wäre es mir ganz unbegreiflich, wie hieraus ein Vorwurf für beide Teile gemacht werden könnte. Ich „vermute“ natürlich, daß unser gemeinschaftlicher Freund Herrn von Dieß dies mitgeteilt hat. Ich habe überhaupt später ein oder zweimal sehr flüchtig mit dem Fürsten Reichskanzler über diese Vorkommnisse gesprochen und habe da allerdings den Eindruck gehabt, **er hat es mir bestimmt gesagt**, daß er glaube, daß also die Firma, oder sein Bankier derartige Aktien gekauft habe und darum habe ich eigentlich „**aus Deduktion**“ die Sache und zwar zur Abwehr diesem und jenem Freund erzählt.“

in dem Audienztermin am 14. Februar 1877 gegenwärtig war und der stenographische Bericht.

Den qu. Brief des Herrn von Flemming vom 1. Februar 1877, in welchem steht, daß er „Klauen“ beschwören könne, hat Zeuge „N.“ dem Fürsten Bismarck zur Verwendung bei der Staatsanwaltschaft übergeben und dieser hat ihn Seiner Majestät dem Kaiser und Könige, dem damals eine militärische Entscheidung vorlag, ebenfalls mitgeteilt.

Ja, Zeuge „N.“ erließ, um seinen unwahren Angaben rechten Nachdruck zu geben, noch eine besondere öffentliche Erklärung in der Zeitung „Post“ (Nr. 42 vom 18. Februar 1877), welche folgenden Schlußsatz hat:

„Mein Urteil über Herrn von Dieft's Vorgehen in dieser Sache werde ich natürlich suspendieren, bis er vor dem Strafrichter, vor den er nun doch unzweifelhaft gestellt wird, bewiesen hat, was er behauptet. Er berühmt sich ja öffentlich in Hotels, die Gelegenheit und die Mittel dazu zu haben:

den Kaiser „aus den Klauen“ dieses Menschen des Reichskanzlers zu befreien.“ —

Den 16. Februar 1877.

„N.“

Eine Erwiderung des Unterzeichneten aufzunehmen, lehnte die „Post“ ab.

Beweis: Das Blatt Nr. 42 der Post vom 18. Februar 1877 und eine Auskunft der Redaktion.

Dagegen erschien in anderen Blättern die Entgegnung des Unterzeichneten vom 23. Februar 1877, die er einzureichen, sich vorbehält. Wie lautet nun die Aussage des Zeugen „N.“ in Greiffenberg am 27. Februar 1877:

„Wenn meine Vernehmung sich lediglich darauf beschränken soll, ob und in welcher Weise Herr von Dieft, noch neuerdings in einem Gasthose seine frühere Beschuldigung gegen den Fürsten Reichskanzler aufrecht erhalten und bemerkt habe, er werde dahin wirken, daß Seine Majestät von der Tyrannei des Reichskanzlers

befreit werde, so muß ich vornweg bemerken, daß ich selbst seit Jahren nicht mehr mit Herrn von Dieß verkehrt und selbst eine solche Äußerung nicht gehört habe. Herr Gutsbesitzer von Flemming zu Rönz bei Gölzow hat mir aber brieflich mitgeteilt, daß Herr von Dieß vor nicht langer Zeit, es soll meines Erinnerns im Spätherbst vorigen Jahres gewesen sein, im Hotel de Prusse zu Stettin und zwar entweder unten im Keller oder oben im Gastzimmer in Gegenwart des Herrn von Flemming und mehrerer anderer Herren „**seine Beschuldigungen**“ gegen den Fürsten Reichskanzler in schroffer und die Anwesenden in entschieden unangenehm berührender Weise **aufrecht erhalten**“ und noch hinzugesetzt habe, er habe Gelegenheit dazu, Seine Majestät „**aus den Klauen**“ dieses Menschen zu befreien.

Herr von Flemming setzte noch hinzu, daß nicht nur er selbst die Äußerungen „**genau gehört**“ hätte, sondern auch, daß, wenn die Äußerung im Keller gemacht sei, Herr Oberst von Petersdorff zu Stettin und Gutsbesitzer von Petersdorff zu Großenhagen bei Gollnow dieselben gehört haben mußten. Andere Anwesende hat Herr von Flemming meines Wissens nicht genannt. Ich habe den Brief desselben dem Fürsten Reichskanzler behufs etwaiger Verwendung bei der Königl. Staatsanwaltschaft übersandt und habe in Folge dieser Mitteilung des Herrn von Flemming in den öffentlichen Blättern jene angebliche Äußerung des Herrn von Dieß erwähnt.“

In dem oben erwähnten Briefe des Herrn von Flemming ist aber **kein Wort von Beschuldigungen** gegen den Fürsten Reichskanzler, die „**aufrecht erhalten**“ wurden, die Rede; dennoch sagt Zeuge im Eingange seiner Aussage,

„daß Herr von Dieß noch „**neuerdings**“ in einem Gasthose seine früheren Beschuldigungen gegen den Fürsten Reichskanzler **aufrecht erhalten** habe, behauptet auch, daß die Äußerungen entweder unten im Keller oder oben im Gastzimmer geschehen seien und wenn sie im Keller

gemacht wären, die „beiden“ Herren von Petersdorff sie gehört haben müßten.

Nachdem so der Brief des Herrn von Flemming seine Schuldigkeit bei dem Fürsten Bismarck, der ihn dem Staatsanwalt Tessendorf übergiebt (fol. 34 und 35), bei Seiner Majestät dem Kaiser, in der Aussage des Zeugen „N.“ und in den öffentlichen Blättern gethan hat, fordert ihn der Zeuge „N.“ vorsichtiger Weise von dem Herrn Staatsanwalt Tessendorf am 9. Mai 1877 aus den Akten zurück.

Beweis: fol. 194 der Untersuchungsakten.

Der Zeuge von Flemming hatte inzwischen unter dem Eide die Worte „Klauen“ oder „Tyrannei“ zurücknehmen müssen, **da ihn sein Gedächtnis verlassen habe**, also in jenem Briefe eine falsche eidesstattliche Erklärung abgegeben!

Die von dem Unterzeichneten beantragte **Ladung des Zeugen** von Petersdorff-Großenhagen, der die Äußerung gehört haben sollte, aber mit Bestimmtheit das Gegenteil ausgesagt hätte, **ist abgelehnt worden**.

Die Widersprüche in den Aussagen und in dem Briefe des Zeugen von Flemming werden weder von dem Staatsanwalt Tessendorf noch in dem Erkenntnisse erwähnt, dennoch aber wird, obwohl nur dieser eine Zeuge vorhanden, der nicht einmal angeben kann, wo und zu wem die angebliche Äußerung geschehen ist, eine Gefängnisstrafe von einem Monat für diesen Fall ausgesprochen.

- f) Der Herr Staatsanwalt Tessendorf hatte Kenntnis von dem Vernehmungsprotokolle des Zeugen M., der bereits in der Voruntersuchung am 21. Februar 1877 eidlich vernommen worden war. Den genauen Wortlaut dieser Aussage hat der Unterzeichnete erst **nach** dem Audienztermin 2. Instanz erfahren. Es ergibt sich aus dieser Aussage mit Evidenz, daß dieser Hauptfall **bereits verjährt war**. Derselbe liegt **über ein Jahr** vor Stellung des Strafantrages zurück und der Fürst Bismarck hatte von dem Gegenstande des Gesprächs zwischen dem Unter-

zeichneten und dem Zeugen M., welches **am 3. Januar 1876** auf einer Jagd in Rannenberg stattfand, bereits in der ersten Woche des März 1876 in Berlin durch „N.“ und Ende Oktober 1876 in Varzin durch den Zeugen M. selbst Kenntniß erhalten.

Die nähern Beweise enthält der **Nachtrag** zu der Klage des Unterzeichneten gegen den General der Kavallerie Fürsten Bismarck wegen Verleumdung und falscher Anklage vom Jahre 1879, welcher bei dem General-Kommando III. Armeekorps in Berlin beruht und von welchem, wie ich inzwischen zuverlässig erfahren habe, Seine Majestät der Kaiser und König **noch gar keine Kenntniß erhalten hat**. Es wird auf dieselbe Bezug genommen und beantragt, diese Akten als Beweis zu adhibieren.

Auf Andringen des Zeugen „N.“ hatte zwar der M. am 19. Februar 1877 nochmals an den Fürsten Bismarck schreiben müssen und hat dies Schreiben (fol. 56 der Untersuchungsakten) folgenden Wortlaut:

„Euer Durchlaucht! Auf Aufforderung des Herrn „N.“ überreiche ich in der Anlage meine Aussagen kontra Dieft=Daber, die ich zu beschwören bereit bin.“

Berlin, den 19. Februar 1877.

Mit größter Ergebenheit bin ich stets

Euer Durchlaucht

ganz gehorsamster

M.

Die eidliche Aussage des Zeugen M. (vom 21 Februar 1877) in der Voruntersuchung hat dagegen folgenden Wortlaut:

(Nachdem der Inhalt dieses Gesprächs vom 3. Januar 1876 erwähnt worden, heißt es:)

„Dies Gespräch wurde von mir und Herrn von Dieft geführt, während wir beide in der Stube auf dem Sopha saßen. Es waren zwar noch mehrere Herren im Zimmer, dieselben waren indes mit Kartenspielen beschäftigt und haben auf unser Gespräch nicht geachtet.

Am 5. Januar 1876 theilte ich Herrn „N.“ die mir von Herrn von Dieft gemachten Angaben mit und fragte, ob an der Sache etwas wahres sei, indem ich annahm, daß „N.“, der wenigstens früher dem Fürsten nahe gestanden, dies wissen müsse. „N.“ erklärte, er hielte das ganze für Ohrenbläse, **wolle sich aber näher erkundigen.**

Hierbei beruhigte ich mich vorläufig.

Unterm 1. oder 2. März 1876 schrieb mir „N.“, ich möchte ihm doch dasjenige, was mir Herr von Dieft erzählt, **schriftlich mittheilen**; übrigens könnte ich versichert sein, daß der Fürst nichts gethan, was das Licht zu scheuen brauche. Ich bin bereit, diesen Brief auf Erfordern einzureichen.

Ich habe hierauf an den Herrn „N.“ ein Schreiben gerichtet, in welchem sich der bei den Akten befindliche, dem Fürsten Bismarck von mir unterm 19. Februar c. übersandte, ihn betreffende Passus **entweder wörtlich oder fast wörtlich befindet.** Ich kann letzteres deshalb nicht ganz bestimmt sagen, weil ich die dem Fürsten Bismarck übersandte Abschrift nicht dem an „N.“ gerichteten Originalbrief, sondern einem vorher von mir angefertigten Entwurf dazu entnommen habe. Während in den letzten Wochen der Prozeß wegen verleumderischer Beleidigung des Fürsten bei dem Königlichem Stadtgericht hierselbst gegen den Dr. Rudolph Meyer geführt wurde, schrieb mir „N.“, er würde mich als Zeugen **über das ihm mitgetheilte Gespräch** in (—) benennen, wenn es mir nicht zu unangenehm sei. Ob ich diesen Brief noch besitze, weiß ich nicht. Ich erwiderte Herrn „N.“, daß ich bereit wäre, Zeugnis abzulegen, falls ich dazu aufgefordert würde. Bald darauf schrieb mir „N.“, — es war am 16. Februar c. — er habe mich nicht im Termine als Zeuge benennen können, habe aber dem Fürsten von meiner Bereitwilligkeit, als Zeuge aufzutreten, Mittheilung gemacht.

Ich möchte dem Fürsten das, was ich von jenem Gespräch noch wüßte, schriftlich mittheilen, damit dies in

dem bereits gegen Herrn von Dieß schwebenden Verfahren benützt werden könne.

Ich habe dieser Aufforderung durch das **bei den Akten befindliche Schreiben** Folge geleistet. Ich besitze den letztgedachten Brief des Herrn „N.“ noch und werde ihn auf Erfordern zu den Akten einreichen.“

Hieraus steht fest, daß der Zeuge „N.“ dem Herrn „N.“ **zweimal** über denselben Vorfall schriftlich berichtet hat. Das **erste Mal** Anfang März 1876 und das zweite Mal im Februar 1877. **Mit dem ersten Schreiben** ist Herr „N.“ am 5. März 1876 bei dem Fürsten Bismarck gewesen und hat diesem Mitteilung von dem Inhalt gemacht.

Beweis: Das Zeugnis des Unterzeichneten, der dies von dem Schwiegervater des „N.“, dem Herrn „A.“ weiß, und das Zeugnis des Fürsten Bismarck.

Wenn der Fürst Bismarck zu den Akten angezeigt hat (fol. 34 und 35 der Untersuchungsakten):

„daß er von der Äußerung ad 4 durch den „N.“
am 19. Februar 1877 Kenntnis erhalten habe,“

so würde er damals **zum zweiten Male** davon Kenntnis erhalten haben, da er nach sicherer Mitteilung an den Unterzeichneten das **erste Mal** durch „N.“ **am 5. März 1876** (bestimmt im Laufe der ersten Woche des März 1876) **bereits Kenntnis** erhielt. Der Fürst Bismarck hat aber außerdem durch den „N.“ selbst **Ende Oktober 1876** von demselben Gegenstande in Barzin Kenntnis erhalten, wie der „N.“ dem Unterzeichneten mitgeteilt hat.

Beweis: Das Zeugnis des Unterzeichneten; des „N.“ und des Fürsten Bismarck.

Da dem Herrn Staatsanwalt Tessendorf die Aussage des „N.“ vom 21. Februar 1877 (fol. 58 der Untersuchungsakten) **bekannt** war, so war es seine **Pflicht, von Amtswegen** zu prüfen,

wann der Fürst Bismarck von der Handlung und der Person des Thäters Kenntnis erhalten hatte? und sich nicht mit einem **einfachen Schreiben** des Fürsten zu begnügen. Es wird beantragt, ihn zur Rechenschaft darüber aufzufordern, da bei obiger Sachlage der Haupt=

beleidigungsfall (für welchen **zwei Monate Gefängnis** arbitriert wurden), **verjährt** war und die Wiederaufnahme des Verfahrens in Folge der verspäteten Kenntnis, welche der Unterzeichnete von der Aussage des Zeugen Grafen Borcke erhielt, gerechtfertigt erscheint und beabsichtigt wird. (§ 399, 5. Strafprozeßordnung).

Noch weniger war das Königl. Kammergericht und der Referent desselben, P., welche auch genaue Kenntnis von obiger Aussage hatten, befugt, den gemachten **Verjährungs-Einwand**

„als zum Verschleif der Sache angebracht und substantiirt“ zu erklären, da auf das Zeugnis des **Fürsten Bismarck** ausdrücklich Bezug genommen war.

Ein in dem Audienztermine zufällig anwesender Richter bestätigte dem Unterzeichneten, daß bei dem Königl. Stadtgerichte in Berlin fast **täglich** Beweisaufnahmen durch **eidliche Vernehmungen der Antragsteller über Innehaltung der Antragsfrist** stattfinden, ohne daß eine weitere Substanziierung verlangt würde.

Beweis: Das Zeugnis des Unterzeichneten und eine amtliche Auskunft des zu benennenden qu. Richters resp. des Amtsgerichtes I.

Nach Dr. Oppenhoffs Kommentar zu § 21 des Strafgesetzbuches (5. Auflage Seite 151 und 152).

Nr. 33 „ist die Verfolgung eines Antragsvergehens **nur dann statthaft, wenn die Innehaltung der Antragsfrist feststeht.**

Nr. 35. „Im Strafverfahren haben die besaßten Instanzrichter **von Amtswegen zu prüfen**“, ob der die Statthaftigkeit der Verfolgung bedingende Antrag gestellt sei. . .“

Ebenso wenig kann von einer **Beweislast** des Staatsanwalts oder des Angeklagten die Rede sein, das Gericht hat sich vielmehr **von Amtswegen** darüber Gewißheit zu verschaffen, ob der Antrag gestellt ist.

Daselbe gilt von der Frage der Rechtzeitigkeit des Antrages. Namentlich liegt also auch **hier** dem Ange-

flagten **nicht der Beweis des Gegenteils ob**, d. h. also, der Beweis, daß der Verletzte länger als drei Monate vor Stellung des Antrages von der Handlung und der Person des Thäters Kenntniz hatte. (Ober-Trib. 28. Oktob. 1853, 6. Novbr. 1868, 17. Juli und 8. Dez. 1875). . . .

Der Mangel des rechtzeitig gestellten Antrags kann als prozeßualer Nichtigkeitsgrund auch noch in der Nichtigkeits-Instanz geltend gemacht werden, selbst wenn dies in den Instanzen unterblieben war. (R. d. Ober-Trib. XV 65, 120 XVI 348, 369.) — Alsdann ist der Nichtigkeitsrichter berufen, selbst zu prüfen, ob der Antrag rechtzeitig gestellt war, bez. wann der Verletzte die den Fristenlauf begründende Kenntniz erlangte. R. d. Ober-Trib. XVIII 526, XIV 114, 202; XV 218.

Liegt dem Unterzeichneten eine weitere Substanziierung des **rechtzeitig** in zweiter Instanz erhobenen Verjährungseinwandes hiernach **überhaupt nicht ob**, so durfte **keinenfalls** die beantragte **eidliche Vernehmung** des Fürsten Bismarck über diesen Punkt **zurückgewiesen** werden. Weder der Richter hat das **Recht**, noch der Unterzeichnete die **Pflicht**, sich mit einer einfachen brieflichen Anzeige des Fürsten Bismarck zu den Akten zu begnügen, vielmehr ist letzterer wie jeder andere Staatsbürger **verpflichtet, eidliches Zeugnis abzulegen**. Der Unterzeichnete hat von der Aussage des „M.“ vom 21. Februar 1877 erst **nach** dem Audienztermine zweiter Instanz, von den ferneren Thatsachen erst 1879 genaue Kenntniz erhalten. Er beabsichtigte, die obigen Rechtsgründe in dem Audienztermine 3. Instanz geltend zu machen.

Doch wurde der Audienztermin vom 3. April 1878 in **der Art** sowohl von seinem Verteidiger M. in Berlin, als von dem Obertribunal vor ihm geheim gehalten, daß es ihm **unmöglich** war, darin zu erscheinen.

Das Obertribunal hatte **den Anshang** des Termins trotz der Entfernung des Unterzeichneten von über 32 Meilen von Berlin nur **3 Tage** (Verordnung vom

3. Januar 1849 gleich 14 Tage, Art. 37, 41, 49, 50 des Gesetzes vom 31. März 1852) **einschließlich des Termin-
tages** (3. April) bewirkt, der Verteidiger den Unter-
zeichneten der Art verspätet benachrichtigt, daß der Brief
erst am 2. April abends in seine Hände gelangte und ihm
eine rechtzeitige Reise nach Berlin **unmöglich** gemacht
war. Ein telegraphisches Prolongationsgesuch wurde
zurückgewiesen und gegen den Unterzeichneten, der **ohne
jede Schuld** nicht erschienen war, da auch ein Verteidiger
nicht erschienen war, **in contumacium verhandelt**.

Der Zweck des Gesetzes, dem Angeklagten die Mög-
lichkeit zu gewähren, in dem **Audienztermin** — (daher
der Name **Audienz**) — mit seiner Verteidigung gehört
zu werden, war hierdurch illusorisch gemacht.

Beweis: Das Zeugnis des Rechtsanwalts M., des
Unterzeichneten und die erteilte amtliche Auskunft
des Obertribunals vom 1. Mai 1877, inhalts deren
der Aushang des Termins im vorliegenden Falle
einschließlich Terminstag auf nur 3 Tage ange-
ordnet war.

- g) Der Unterzeichnete hat erst spät nach Abschluß der Sache
Kenntnis davon erhalten, daß der Staatsanwalt Lessen-
dorf in der Voruntersuchung einen Zeugen hat ver-
nehmen lassen, der zu dem Audienztermine im Haupt-
verfahren dann aber **nicht geladen wurde**.

Dieser Zeuge ist der „B.“ zu Berlin, dieser giebt an,
daß nach Mitteilung des (Name) und des (Name)
in der That ein derartiger Posten von 82 000 oder
83 000 Thaler für den Fürsten Bismarck damals
im Bleichröderschen Buche eingetragen stehen soll.

Dies würde mit der Angabe des Herrn von Wede-
meyer **übereinstimmen**, und da der (Name) ein Bekannter
des Fürsten Bismarck ist, welcher häufig in dessen Hause
verkehrte, so würde voraussichtlich die Sache dadurch auf-
geklärt worden sein.

Der Zeuge „B.“ hat aber in jenem Protokoll auch
noch folgendes ausgesagt vom 29. März 1877.

„Auf seine Bemerkung an den Unterzeichneten, daß es ja in unser aller Interesse liege, daß Bismarck in der Sache rein dastände,
habe von Dieft erwidert,

„Es würde ihm die größte Freude machen, wenn sich dies herausstellen würde, die ihm gemachten Mitteilungen lauteten aber anders.“

Beweis: Die Untersuchungsakten fol. 82 bis 86, das Zeugnis des „Z.“, des (Name) und des Unterzeichneten.“

Es wäre Pflicht des Staatsanwalts Tessendorf gewesen, wenn er die Sache aufklären und die Wahrheit ergründen wollte, diesen Zeugen und den (Name), die beide in Berlin anwesend waren, zum Audienztermin laden zu lassen. Es würde das Zeugnis des „Z.“ freilich bestätigt haben,

daß der Unterzeichnete die Sache rein objektiv betrachtete und **jede beleidigende Absicht** gegen den Fürsten Bismarck ihm fern lag.

- h) Der Staatsanwalt Tessendorf nimmt den Standpunkt ein und der Oberstaatsanwalt von Lüd schließt sich ihm an:

„da der Angeklagte nicht wegen **verleumderischer** Beleidigungen verurteilt worden, liegt nicht das geringste Bedürfnis vor, noch weitere ex auditu zu hören.“
(fol. 279 der Unt. Akt.)

Schon in erster Instanz war die Vorlegung der Bücher der Diskonto-Gesellschaft und von von Bleichröder de 1870, die Vorlage der Protokolle der Zentral-Bodenkredit Gesellschaft beantragt und in zweiter Instanz war der **Wahrheitsbeweis** angetreten und dieser Antrag wiederholt worden.

Dies ist keine Zeugenvernehmung „ex auditu“ und beide Herren waren gesetzlich nicht befugt, wenn sie § 186 anwenden, den **Wahrheitsbeweis zu beseitigen**.

Nach § 6 des Gesetzes vom 3. Mai 1852 ist die Staatsanwaltschaft eben so sehr zum Schutze des Angeklagten als zu dessen Verfolgung berufen. Sie darf

daher nicht vorliegende **Verteidigungsmomente**, Widersprüche in den Zeugenaussagen, vorliegende Verjährung u. unberücksichtigt lassen. Es wird beantragt, den Staatsanwalt Tessendorf (jetzt in Leipzig) über die angeführten Punkte vernehmen zu lassen, da eine Wiederaufnahme des Verfahrens auf Grund dessen beabsichtigt wird.

II. Der Herr Landgerichtsrat
(jetzt Landgerichts-Direktor) **Martius**.

1. Der Zeuge von Bleichröder hatte in der Anklagesache gegen den Dr. Rudolph Meyer am 14. Februar 1877 ausgesagt:

er habe **Russische** Zentral-Bodenkredit-Pfandbriefe im Jahre 1870 für den Fürsten Bismarck angekauft und dadurch denselben zu dem „**Irrtum**“ veranlaßt, daß es **Preussische** Zentral-Bodenkredit-Aktien gewesen seien. Auf die ausdrückliche Frage des Verteidigers Dr. Quenstedt hatte er seine frühere Angabe, daß auch **Preussische** Zentral-Bodenkredit-Pfandbriefe von ihm damals gekauft worden seien,

zurückgenommen und es waren die bereits protokollierten Worte
„**und Preussische**“

in dem Audienzprotokolle vom 14. Februar wieder **ausgestrichen** worden.

Beweis: Das qu. Protokoll in den Untersuchungsakten contra Dr. Meyer bei dem Landgericht II in Berlin und die vidimierte Abschrift desselben, welche sich in den Händen des Unterzeichneten befindet, das Zeugnis des Dr. Quenstedt und des Unterzeichneten.

In dem Audienztermine am 25. Mai 1877 hatte der Zeuge von Bleichröder **dem entgegen geschworen**, daß er auch **Preussische** Zentral-Bodenkredit-Pfandbriefe für den Fürsten Bismarck gekauft habe, wodurch der **Irrtum** bei demselben entstanden sei, daß dies **Preussische** Zentral-Bodenkredit-Aktien gewesen seien.

Der Verteidiger des Unterzeichneten, welches wiederum der Rechtsanwalt Dr. Quenstedt war, machte den hinter ihm

stehenden Angeklagten auch sofort auf den Widerspruch mit den Worten aufmerksam:

„jetzt schwört er einen Meineid!“

Als Zeuge von Bleichröder, welcher entlassen zu werden wünschte, abgetreten war, verlangte Unterzeichneter auf Veranlassung seines Verteidigers die Vorlage der Akten contra Dr. Meyer und speziell des qu. Audienzprotokolls vom 14. Februar 1877, um zu konstatieren, daß dort von dem Zeugen **gegentheilig** ausgesagt worden sei und die beiden Worte **ausgestrichen** seien.

Der Vorsitzende des Gerichtshofes, Stadtgerichtsrat Martius **publiziert dagegen nach Einsicht jenes Protokolls:**

„daß die beiden Worte: **„und preussische“** unterstrichen, nicht **ausgestrichen** seien“, und bleibt dabei, trotz der gegen-
theiligen Behauptung des Verteidigers, indem er hinzufügt:

„auf das Audienzprotokoll könne kein Gewicht gelegt werden, weil dasselbe dem Zeugen von Bleichröder nicht vorgelegt und vorgelesen sei.“

Beweis: Das Zeugnis des Unterzeichneten, des Stadtgerichtsrats Bertram und des Dr. Quenstedt und der stenographische Bericht.

Der letztere hat, nachdem die Akten vorgelegt sind, folgenden Wortlaut:

„Staatsanwalt: In dem stenographischen Bericht über jene Audienz, der natürlich ausführlicher ist, als das Protokoll des Gerichtsschreibers, steht in der Aussage des Zeugen von Bleichröder: Der meinerseits für ihn gekauften russischen Zentral-Bodenkredit Pfandbriefe und der preussischen Zentral-Bodenkredit-Pfandbriefe.

Vorsitzender: Dasselbe steht in dem Audienzprotokolle.

Verteidiger: Nein, Pardon.

Vorsitzender (liest): Weil ich russische und preussische Zentral-Bodenkredit-Pfandbriefe gekauft habe. — Das letztere „und preussische“ **ist unterstrichen.**

Verteidiger: Die Stelle im Protokoll ist **angestrichen**, nicht **unterstrichen**. Heute aber erst hat Herr von Bleichröder erklärt, daß er für Fürst Bismarck auch

„preußische Zentral-Bodenkredit-Pfandbriefe“ gekauft habe. Gerade dies ist aber, wie bemerkt, in dem Audienzprotokoll **ausgestrichen**.

Vorsitzender: Auf das Audienz-Protokoll kann inso-
weit **kein Gewicht** gelegt werden, weil dasselbe dem
Zeugen nicht vorgelegt und vorgelesen ist.

Verteidiger: Ich habe den Zeugen damals darnach
gefragt, da hat er es verneint.“

Der Herr Vorsitzende Martius macht also hier, um dem
Zeugen von Bleichröder zu Hilfe zu kommen,

**aus den ihm vorliegenden eine unrichtige Publikation
und dadurch zum Nachteil des Angeklagten eine unrich-
tige Thatsache ist.**

Hiernach hat gemäß § 336 des Strafgesetzbuches

„zu Gunsten oder zum Nachteil einer Partei eine
Beugung des Rechts stattgefunden;

wobei, als zur Leitung einer Rechtsache gehörig, jede Maß-
nahme anzusehen ist, welche ein Richter vorzunehmen oder an-
zuordnen hat, um eine demnächst zu erlassende richterliche
Entscheidung vorzubereiten und als **„Beugung des Rechts“**
eine Handlung des mit der Leitung oder Entscheidung einer
Rechtsache befaßten Beamten, durch welche das formelle Recht
eines Beteiligten zu Gunsten eines andern bewußter Weise
verlezt wird.

Dr. Oppenhoff's Kommentar zu 334 Nr. 7 und
336 Nr. 4 des Strafgesetzbuches. 5. Auflage, Seite 642
und 644.

Da nach § 399₃ der Strafprozeßordnung eine Wieder-
aufnahme des Verfahrens nach obigem beabsichtigt wird, so
wird die Feststellung des obigen Thatbestandes durch Ver-
nehmung des Landgerichtsdirektors Martius, der Zeugen und
Vorlegung der Akten beantragt.

Auf den Staatsanwalt Tessendorf wird die verantwort-
liche Vernehmung auch bei diesem Punkte auszudehnen sein,
weil er den Vorsitzenden Martius durch die Bemerkung
unterstützt, daß der stenographische Bericht, den er ein-
gesehen habe, doch wohl zuverlässiger sei, als das Audienz-
protokoll.

Das letztere wird aber in **amtseidlicher** Verantwortlichkeit des betreffenden Beamten aufgenommen und von dem Gerichtshofe festgestellt.

Beweis: Das Zeugnis des Kreisgerichtsrats Humbert, Kreisrichters Baarth, Gerichtsassessors Krügers des damaligen Hausvogteigerichts.

Dieselben werden auch darüber Auskunft geben, daß der ganze Hergang, nach welchem der Zeuge seine frühere Aussage in dem Audienztermin am 14. Februar 1877 hinsichtlich der „Preussischen“ Central-Bodencredit-Pfandbriefe **zurücknimmt**, die zwischen ihm und dem Verteidiger gewechselten Fragen und Antworten **in dem stenographischen Bericht der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ fehlt**.

Beweis: Das Zeugnis des Unterzeichneten und der richtige stenographische Bericht, welchem von dem Dr. Rudolph Meyer zu beschaffen, vorbehalten wird.

2. Der Herr Vorsitzende Martius **kannte** das mit dem Zeugen „M.“ in der Voruntersuchung aufgenommene Protokoll vom 21. Februar 1877, er war also, da die Innehaltung der Antragsfrist **von Amtswegen** zu konstatieren ist, verpflichtet, an die Zeugen „M.“ und „N.“ die Frage zu richten, **wann** der Fürst Bismarck **Kenntnis** von diesem schon **über ein Jahr zurückliegenden** Gespräche erhalten hat. Er hat dies unterlassen und dadurch die bereits eingetretene **Verjährung**, wie oben nachgewiesen ist, zum Nachtheile des Angeklagten nicht konstatiert. Auch hierüber ist er zu vernehmen, da auf Grund dessen die Wiederaufnahme des Verfahrens beabsichtigt wird.

III. Der Staatsanwalt **Zeige** und der Oberstaatsanwalt **von Lud.**

Der Vertreter der Oberstaatsanwaltschaft Staatsanwalt **Zeige** verlas in dem Audienztermin zweiter Instanz vor dem Königl. Kammergericht am 22. November 1877 am Schlusse der Verhandlung, ehe der Gerichtshof sich zur Beratung zurückzog, ein **anonymes** Schriftstück mit dem Bemerken,

daß er von hoher Stelle dazu autorisiert sei und für die Glaubwürdigkeit des Inhalts sich verbürge.

Der Inhalt ist dagegen **fast durchweg unwahr.**

Durch diese Verlesung, **welche einen Akt der Beweisaufnahme repräsentiert**, da sie zur **Aufklärung der Sache** dienen und Angaben des Angeklagten in erster Instanz **widerlegen** sollte, wurde diesem im **entscheidenden Momente** von dem Gerichtshofe und vorher schon bei der Oberstaatsanwaltschaft **der Stempel der Unglaubwürdigkeit aufgedrückt und er dadurch schwer geschädigt**, da unter diesem Eindruck der Gerichtshof das Urteil fällte. Eine sofortige Beschwerde an den Herrn Justizminister vom 24. November 1877 ist am 15. Dezember im Auftrage desselben **durch denselben Beamten, gegen den sie mit gerichtet war**, den Oberstaatsanwalt von Luck, **zurückgewiesen worden**,

„weil dem Unterzeichneten der Vorwurf einer **wissenschaftlichen Unwahrheit von dem Beamten** nicht gemacht worden sei.“

Nachdem so der Instanzenzug erschöpft war, machte der Unterzeichnete das Geschehene mit zum Gegenstande einer Petition an den Reichstag (die aber nicht zur Verhandlung gelangte), weil

- a) die Königliche Oberstaatsanwaltschaft den Gerichten zum Nachtheile des Angeklagten nicht Behauptungen **vortragen darf**, für welche **Beweismittel** beizubringen sie weder im Stande noch Willens ist;
- b) weil dieselbe ihre überlegene Stellung dem Angeklagten gegenüber auch nicht dazu benutzen darf, **Angaben eines Dritten mit ihrem amtlichen Ansehen** zu decken, wenn jener Dritte, welcher dafür einzustehen verpflichtet ist, sich der Verantwortlichkeit durch **Anonymität** entzieht;
- c) weil endlich nach Ansicht juristischer Autoritäten die **Verlesung jener Urkunde**, zumal als eine Art Akt der Beweisaufnahme zur Aufklärung der Sache bestimmt, **ohne vorherigen Beschluß** des Gerichts — Art. 25 des Gesetzes vom 3. Mai 1852 — **unstatthaft** gewesen sei und noch viel weniger **unter amtlicher Deckung** habe stattfinden dürfen, wenn gleichzeitig die **Anonymität** aufrecht erhalten würde.

Den darauf basierten Wichtigkeitsgrund weist das Königl. Obertribunal in der **Kontumazial-**Verhandlung vom 3. April 1878 aus den Gründen zurück,

weil über die Verlesung der Urkunde **nichts in das Audienzprotokoll** vom 22. November 1877 aufgenommen worden sei und

weil die qu. Verlesung **nicht** als zur Aufklärung der Sache geschehen, anzusehen sei.

In erster Beziehung liegt eine Schuld des Unterzeichneten doch wahrlich nicht vor, in letzterer Hinsicht waltet dagegen, wie der stenographische Inhalt der Urkunde ergibt, ein Irrtum ob, der nur dadurch entstanden ist, daß in contumaciam, wie oben beschrieben, durch Nichtmitteilung des Audienztermines seitens des Verteidigers dem Unterzeichneten es unmöglich gemacht war, in demselben zu erscheinen.

Ebenso **unmöglich** war es bisher, die wegen **unrichtiger Auflage und Verleumdung** angestellte Klage durchzuführen weil das **Zivilgericht sich inkompetent erklärte** und das **Militärgericht** die Sache zwar bis zum Erkenntnis instruierte, ein **Gerichtshof** aber doch nicht gebildet wurde.

Man vergleiche dagegen den § 16,4 der Militär-Strafgerichtsordnung vom 3. April 1845:

„Der Militärgerichtsstand **hört auf**, wenn Militärpersonen im Civil-Staatsdienst oder im Kommunal-dienst definitiv angestellt sind;

und den § 104, l. c.:

„Ist die förmliche Untersuchung verhängt, so darf das Verfahren nicht mehr eingestellt, sondern **es muß in der Sache erkannt werden.**“ —

Dem Unterzeichneten bereits mitgeteilt und bestätigt durch die Entscheidung des General-Kommandos III. Armeekorps vom 22. April 1879.

Der Vertreter der Oberstaatsanwaltschaft in dem Audienztermin vor dem Kammergericht am 22. November 1877, Staatsanwalt Feige, hat dem Verteidiger des Unterzeichneten, Rechtsanwalt Muncel, die Erklärung abgegeben:

„daß die Verlesung der Urkunde **auf Befehl** seines

Vorgesetzten, Oberstaatsanwalt von Luck, und zwar auf Grund **von authentischen Mitteilungen** geschehen sei, daß ihm aber ferner **befohlen** worden sei, den Einsender und Verfasser **nicht zu nennen**.

Beweis: Das Zeugnis des Rechtsanwalts Mundel, des Staatsanwalts Feige, des Oberstaatsanwalts von Luck und des Unterzeichneten. Desgleichen eine amtliche Auskunft des Königlichcn Justizministeriums, welchem der Einsender und Verfasser bekannt sein wird; endlich **die Urkunde selbst**, welche sich in den noch vorhandenen Akten der Oberstaatsanwaltschaft befindet. Der Unterzeichnete ist auch in diesem Falle der Ansicht, daß in Gemäßheit des § 336 des Strafgesetzbuches und der zitierten Stellen des Oppenhoffschen Kommentars **eine Biegung des Rechts** zu Ungunsten des Angeklagten stattgefunden hat und beantragt, behufs Wiederaufnahme des Verfahrens,

„daß der Chef der preussischen Justiz eine verantwortliche Vernehmung der beiden Beamten Feige und von Luck anordne, die qu. Urkunde vorlegen lasse, den Einsender und Verfasser feststelle und dem Unterzeichneten von dem Resultat Mitteilung mache.“

Über die Richtigkeit der Darstellung des Herganges und der Audienzverhandlung am 22. November 1877 beruft er sich auf das Zeugnis

des Kammergerichtsrats Klingner, des Rechtsanwalts Mundel und des Unterzeichneten, sowie auf eine amtliche Auskunft des General-Kommandos III. Armee-korps. Eventuell würde bei obiger Sachlage nur übrig bleiben, anzunehmen, daß eine

gefälschte Urkunde vorgelegen und gebraucht worden ist.

Auch hierüber wird um die erforderliche Feststellung gebeten, um auf Grund des § 399,1 des Strafgesetzbuches die Wiederaufnahme des Verfahrens zu beantragen. Es wird behauptet, daß die betreffende Urkunde von dem Fürsten Bismarck selbst herrührt resp. in dessen Auftrage in seinem Bureau angefertigt ist.

Beweis: Die Vorlegung der Urkunde, Vernehmung des

Fürsten Bismarck darüber und eine amtliche Auskunft des Justizministeriums.

IV. Der Referent bei dem Kammergericht und der Staatsanwalt Feige.

Der Staatsanwalt Feige und der Referent „—“ haben auch von dem Vernehmungssprotokolle des Zeugen „M.“ vom 21. Februar 1877 **Kenntnis gehabt**, aus welchem die bereits eingetretene **Verjährung** des Hauptfalles (2 Monate Gefängnis) hervorgeht.

Gleichwohl haben sie den gemachten Einwand nicht geprüft, vielmehr zugelassen, daß festgestellt wurde,

derselbe sei **nur zum Verschleif der Sache gemacht**.

Dies enthält dem § 61 des Strafgesetzbuches gegenüber eine Beugung des Rechts und beantragt der Unterzeichnete: die beiden Beamten deshalb verantwortlich vernehmen zu lassen.

V. Der Referent, welcher am 3. April 1878

in dem Audienztermin kontra von Dieft bei dem
Obertribunal fungiert hat.

Dasselbe wie ad IV greift auch bei dem Königlichen Obertribunal Platz.

Wer Referent in der Sache gewesen ist, wird aus den Untersuchungsakten hervorgehen und wird dessen verantwortliche Vernehmung beantragt. Das Obertribunal verwirft den auf die **Zurückweisung des Verjährungseinwandes** in zweiter Instanz ohne weitere Prüfung gerichteten Wichtigkeitsgrund deshalb,

„weil der Appellationsrichter denselben als **unsubstantiert** und **nur zum Verschleif der Sache** vorgebracht gekennzeichnet habe, der darüber angebotene Beweis mithin lediglich aus **thatjächlichen, der Wichtigkeitsbeschwerde nicht zugänglichen Gründen** abgelehnt worden sei.“

Diese Entscheidung steht aber in **diametralem Gegensatz** mit zahlreichen eigenen maßgebenden Rechtsprüchen des höchsten Gerichtshofes.

R. d. Ob.=Trib. 28. Okt. 1853; 6. Novbr. 1868;
17. Juli u. 8. Dez. 1875 XV, 65 und 120 XVII 348
u. 369, XIII 526, XIV 114 u. 202, XV 218 —
Dr. Oppenhoffs Kommentar zu § 61 des Strafgesetzbuches 5. Auflage, Seite 151 u. 152 (Nr. 33 u. 35).
Hiernach kann der Mangel des rechtzeitig gestellten Antrages

als prozeßualischer Wichtigkeitsgrund auch noch in der Wichtigkeitsinstanz geltend gemacht werden, selbst wenn dies in den Instanzen unterblieben war. Der Wichtigkeitsrichter ist verpflichtet, selbst zu prüfen, ob der Antrag richtig gestellt war, und wann der Verlezte die den Fristenlauf begründende Kenntnis erlangte.

Eine Ausnahme von dieser **gesetzlichen Vorschrift** dürfte daher auch gegen den Unterzeichneten nicht zulässig sein.

Neue Thatfachen und Beweismittel liegen durch die nach der zweiten Instanz und nach dem Abschluß der Sache und Verbüßung der Strafe eingetretene Einsicht der Untersuchungsakten und von dem Vernehmungsprotokoll des Zeugen „M.“, des Zeugen von Flemming und des Zeugen „Z.“ unzweifelhaft vor, von denen der Unterzeichnete bei Verhandlung der Sache **keine Kenntnis** hatte.

Da hiernach in dem Hauptfalle, für welchen eine Gefängnisstrafe von 2 Monaten eingesetzt war,

die Verjährung bereits eingetreten war,
so wird auch nach § 399,5 die Wiederaufnahme des Verfahrens unbedingt zulässig sein.

Letztere ist an keine Frist gebunden und Unterzeichneter zieht es daher vor, die vorbereitenden Schritte in den verschiedenen Richtungen vorhergehen zu lassen.

Um möglichste Beschleunigung wird ganz ergebenst gebeten.

Ew. Exzellenz bitte ich ganz ergebenst um baldgeneigte Mitteilung einer Abschrift der mit den betreffenden Beamten aufgenommenen Protokolle.

von Dieft,
Landrat und Rittmeister a. D.

Hierauf erfolgte von dem Herrn Justizminister folgender Bescheid:

Berlin, den 30. April 1887.

Justizministerium.

Eu. Hochwohlgeboren haben in der Vorstellung vom 23. April d. J. betreffend die im Jahre 1877 gegen Sie verhandelte Strafsache, mir von der Absicht, die Wiederaufnahme des Verfahrens zu beantragen, Mitteilung gemacht und unter Erhebung von Beschwerden gegen mehrere in der Sache thätig gewesene Beamte den Antrag gestellt, eine Untersuchung dieserhalb und insbesondere eine verantwortliche Vernehmung der gedachten Beamten eintreten zu lassen.

Diesem Antrag vermag ich, wie ich Eu. Hochwohlgeboren ergebenst erwidere, nicht zu entsprechen.

Denn eine Einwirkung auf strafgerichtliche Untersuchungen überhaupt, insbesondere auf die Wiederaufnahme eines Strafverfahrens steht dem Justizminister gesetzlich nicht zu, und Beweiserhebungen und Vernehmungen, welche zur Vorbereitung der Entscheidung über die Frage eines Wiederaufnahme-Verfahrens dienen sollen, können nur von dem zuständigen Gericht nicht aber von dem Justizminister angeordnet werden.

Soweit aber in Eu. Hochwohlgeboren Ausführungen gegen einzelne Beamte der Vorwurf strafbarer Handlungen erhoben wird, entbehren diese der Begründung und ich kann mich daher nicht veranlaßt sehen, auf Grund jener Ausführungen im Aufsichtswege irgend welche Maßnahmen zu treffen.

Der Justizminister Friedberg.

An

den königlichen Landrat und Rittmeister a. D.,

Herrn von Dieß,

Hochwohlgeboren

auf Daber.

Ich erwiderte:

An

den königlichen Staats- und Justizminister, Ritter pp.

Herrn Dr. Friedberg

Exzellenz

Berlin.

Daber, den 9. Mai 1887.

Iuer Exzellenz haben mir durch Reskript vom 30. v. M. den Bescheid erteilt, daß Sie sich einerseits nicht in der Lage befänden, vorbereitende Schritte zur eventuellen Wiederaufnahme des Verfahrens zu thun, da nur von dem zuständigen Gerichte, nicht aber von dem Justizminister, dergleichen angeordnet werden könne und daß andererseits meine Anführungen der Begründung entbehren, sodaß Sie sich nicht veranlaßt sähen, von Aussichtswegen irgend welche Maßnahmen zu treffen.

In ersterer Beziehung bemerke ich ganz ergebenst, daß es in meiner Ansicht lag, zunächst den mildereren informativischen Weg einzuschlagen und nicht direkt in die Wiederaufnahme des Verfahrens einzutreten. Aus diesem Grunde hatte ich auch behufs Unterbrechung der Verjährung meine ferneren Anträge nicht an die königliche Staatsanwaltschaft, vielmehr an die Landgerichte in Berlin und Stargard gerichtet. Beide haben es für angemessen erachtet, die Anträge der Staatsanwaltschaft einzufordern und werde mich dem fügen müssen, wenn die von mir angeführten Motive meines Verfahrens nicht gebilligt werden.

Iuer Exzellenz bitte ich daher auch ergebenst, mir dasjenige Gericht bezeichnen zu wollen, dem ich die Ihnen vorgetragenen Fälle demnächst zu übergeben habe, da dies doch wohl nicht das Landgericht I in Berlin sein kann, bei welchem die Beamten, über welche Beschwerde geführt wird, zum Teil noch fungieren.

Wenn Iuer Exzellenz ferner bemerken,

daß meine Anführungen „**der Begründung entbehren**“, so haben Sie vielleicht die Güte, mich darüber zu belehren, ob das gegen mich eingehaltene Verfahren in

folgenden Punkten **gesetzlich zulässig** ist und ob insbesondere ganz abgesehen von den Personen:

1. Eine Anklage auf **Thatfachen** gestützt werden darf, die durch die eidlichen Vernehmungen der Voruntersuchung zum Teil bereits **widerlegt sind**?
2. Thatfachen nach § 186 des Strafgesetzbuches als „**nicht erweislich wahr**“, ja als „**erwiesen unwahr**“ oder gar als „**erfunden**“ erklärt werden dürfen, wenn gleichzeitig dem Angeklagten der angetretene **Wahrheitsbeweis durch Vorlegung der Bücher** *tc.* als **unerheblich abgeschnitten wird**?
3. Ein Richter aus ihm vorliegenden Akten **unrichtige Publikationen** vornehmen darf?
4. Bei einem **Antragsvergehen** dem Angeklagten die Prüfung des **Verjährungseinwandes** nach § 61 des Strafgesetzbuches und den angeführten zahlreichen Entscheidungen des höchsten Gerichtshofes versagt werden darf? — Zumal wenn sich in den Akten eine Zeugenverhandlung und sonstige Angaben befinden, aus welchen die Verjährung bei dem Hauptfalle fast mit Sicherheit hervorgeht?
5. Der Gerichtshof befugt ist, von dem Angeklagten, der jene Verhandlung nicht kennt, eine nähere **Substanziierung** des Verjährungseinwandes zu verlangen, wenn die strafbare Handlung schon **über Jahresfrist zurückliegt**, der Angeklagte sich **auf das Zeugnis des Antragstellers** hinsichtlich dessen früherer Kenntnis berufen hat und die allegierten Entscheidungen des höchsten Gerichtshofes die Instanzrichter zur Prüfung dieses Einwandes **von Amtswegen verpflichtet** und eine solche Substanziierung von dem Angeklagten ausdrücklich **nicht** verlangen?
6. Die **Staatsanwaltschaft** nach § 6 des Gesetzes vom 3. Mai 1852 nicht ebensosehr zum **Schutze** des Angeklagten als zu dessen **Verfolgung** berufen ist, also sich bietende **Verteidigungsmomente** nicht außer Acht lassen darf?
7. Eine gleiche Pflicht nicht auch dem Richter obliegt?

8. Die Staatsanwaltschaft befugt ist, sich auf eine **anonyme Urkunde** zur Widerlegung der Ausführungen des Angeklagten zu stützen und diese dem Gerichtshofe im entscheidenden Momente vorzulesen, wenn sie Beweismittel für die Wahrheit des Inhalts dieser Urkunde beizubringen weder Willens, noch im stande ist, sie dagegen es unternimmt, die Glaubwürdigkeit dieses Inhalts mit ihrer **amtlichen Autorität** zu decken und sich dabei auf die **Autorisation einer hohen Stelle** zu berufen?
9. Für jede strafbare Handlung eines **Staatsbürgers**, nicht ein **Gerichtshof**, sei es **civiler** oder **militärischer**, vorhanden sein muß?
10. Gegen einen Angeklagten in **contumaciam** erkannt werden darf, wenn er darthut, daß es ihm **ohne jegliche Schuld unmöglich war**, in dem **Audienztermine**, von welchem er keine Kenntniss hatte und der bei 26 Meilen Entfernung **nur 3 Tage** (inkl. des Termintages) durch **Ausgang publiziert** war, zu erscheinen?

Euer Excellenz bitte ich dringend, geneigtest dafür Sorge zu tragen, daß ich nicht durch Zurückweisung meiner Anträge — ohne weitere Prüfung derselben — in eine **Zwangslage** versetzt und dadurch zum **rücksichtslosen Vorgehen** gezwungen werde.

Dadurch, daß ich bis zur äußersten möglichen Frist ruhig gewartet habe, glaube ich einige Rücksicht verdient zu haben.

von Dieß,

Landrat und Rittmeister a. D.

Hierauf folgender Bescheid:

Justizministerium.

Berlin, den 14. Mai 1887.

In Erwiderung auf Ew. Hochwohlgeboren Vorstellung vom 9. d. M. betreffend die im Jahre 1877 gegen Sie verhandelte Strafsache, kann ich nur von neuem ergebenst darauf hinweisen, daß nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen dem Justizminister jede Zuständigkeit fehlt, hinsichtlich des von Ihnen beabsichtigten Antrags auf Wiederaufnahme des Ver-

fahrens irgend welche Weisungen an die Gerichte oder die Staatsanwaltschaft zu erlassen.

Ebenso wenig liegt es in den Zuständigkeiten des Justizministers, Ew. Hochwohlgeboren das mit der Sache zu befassende Gericht zu bezeichnen. Wenn das königliche Landgericht I hieselbst gesetzlich behindert sein sollte, seine Gerichtsbarkheit in der vorliegenden Sache auszuüben, würde die Übertragung der letzteren auf ein anderes Gericht nicht durch den Justizminister erfolgen können.

Endlich ist der Justizminister gesetzlich auch nicht berufen, Parteien irgend welche Belehrungen, wie solche in Ew. Hochwohlgeboren Vorstellung erbeten werden, zu erteilen.

Der Justizminister.
Friedberg.

An
den königl. Landrat und Rittmeister a. D.
Herrn von Dieß
Hochwohlgeboren
Daber.

Daber, den 17. Mai 1887.

Euer Excellenz haben durch Reskript vom 14. d. M. jedes nähere Eingehen auf die von mir angeregten Vorkommnisse abermals abgelehnt.

Ich war der Meinung, daß wenn dergleichen Abweichungen in Ausführung bestehender Gesetze unter Bezugnahme auf die vorhandenen Akten zur Kenntnis des Herrn Chefs der Justiz gebracht werden, derselbe sofort Veranlassung nehmen würde, diese Fälle zunächst im Aufsichtswege näher zu untersuchen. Diese Voraussetzung ist, wie es scheint, eine irrig gewesen. Ich reise morgen nach Berlin, werde dort Mohrenstraße 20 (Norddeutscher Hof) wohnen und gewähren Euer Excellenz mir vielleicht eine persönliche Rücksprache. In diesem Falle bitte ich ganz ergebenst, mich die Ihnen passende Zeit wissen zu lassen.

von Dieß,
Landrat und Rittmeister a. D.

Am
den königlichen Landrat und Rittmeister a. D.
Herrn von Dieß=Daber
Hochwohlgeboren
hier.

Berlin, den 19. Mai 1887.

Em. Hochwohlgeboren habe ich die Ehre in höherem Auftrage mit Bezugnahme auf Ihr an des Herrn Justizministers Excellenz gerichtetes Schreiben vom 17. d. M. ergebenst mitzuteilen, daß Seine Excellenz in der Regel Dienstag und Freitag von 10 bis 11 Uhr vormittags Audienzen erteilen, aber auch an anderen Tagen gern bereit sein werden, Em. Hochwohlgeboren zu empfangen.

Säcker,
Geheimer Kanzleirat,
Vorsteher der Central-Büroang im
königlichen Justizministerium.

Am 21. Mai hatte ich eine längere Unterredung mit dem Justizminister. Er kam mir sehr wohlwollend entgegen, betonte aber, **daß er die größte Vorsicht üben müsse**, um sich nicht in das Ressort der Gerichte zu mischen, wodurch Mißtrauen gegen dieselben erregt werde. Er sei der Ansicht, **ich habe es nicht nötig**, die Sache wieder aufzunehmen und **sei persönlich „zu schade“ dazu**. Es müsse — wie er schon früher bemerkt hatte — eine Versöhnung zwischen dem Fürsten Bismarck und mir bewirkt werden und dazu müßten die Verwandten des ersteren mitwirken. Ich erwiderte hierauf, daß **ich keinesfalls den ersten Schritt thun könne und thun würde, auch müsse Bleichröder absentiert werden**.

Der Minister führte ferner an, daß er über Tessendorf gar keine Machtvollkommenheit habe, derselbe stehe nicht unter ihm. Ich hob hervor, **daß ich nur auf Klarstellung der That-sachen beharren müsse**, während meinerseits von einer strafrechtlichen Verfolgung der Zeugen für jetzt Abstand genommen werden möge, wenn dies höhere politische Rücksichten erforderten u. Der Minister lenkte das Gespräch plötzlich ab auf meine Familie, insbesondere meine Söhne.

An
den königlichen Staats- und Justizminister Ritter pp.
Herrn Dr. Friedberg,
Excellenz
Berlin.

Daher, den 28. Mai 1887.

Euer Excellenz haben sich mir am 21. d. M. zwar in entgegenkommendster freundlichster Weise ausgesprochen und Ihre bisher beobachtete Zurückhaltung mir aus der für Sie gebotenen **Vorsicht**, sich in die Funktionen der Gerichte in keinerlei gesetzlich nicht begründeten Weise einzumischen, um kein Mißtrauen herbeizurufen — aufzuklären gesucht; — dennoch bedauere ich Euer Excellenz Hülfe unter Bezugnahme auf § 170 der Strafprozeßordnung nunmehr ganz ergebenst in Anspruch nehmen zu müssen, indem ich gegen die anliegende, mir am 20. d. M. zugegangene Entscheidung des Herrn Oberstaatsanwalts von Luck Beschwerde erhebe.

Die Entscheidung ist nach zwei Richtungen hin eine rechtsirrtümliche, denn

1. stellen die in meinen Anträgen an die Landgerichte I zu Berlin und zu Stargard vom 21. April angeführten Thatfachen und Beweismittel m. E. unzweifelhaft fest daß die Zeugen „M.“ und „N.“ sich einer wissentlichen Verletzung des Eides schuldig gemacht haben und
2. ist der Oberstaatsanwalt nicht befugt, hinsichtlich des eventuell geleisteten fahrlässigen Meineides auf die nach § 67 des Strafgesetzbuches angeblich eingetretene Verjährung Bezug zu nehmen.

Er darf die Ansicht des erkennenden Richters nicht antizipieren, der erst darüber zu befinden haben wird, ob **wissentlicher** oder **fahrlässiger** Meineid vorliegt und die Befugnis eines Verletzten behufs Wiederaufnahme des Verfahrens, selbst wenn eine Bestrafung nicht mehr nötig auch die Leistung eines fahrlässigen Meineides thatsächlich konstatieren zu lassen, ist **unzweifelhaft**, da der Rechtsschutz des § 393₂ der Strafprozeßordnung **an keine Frist** gebunden ist. Selbst wenn der erkennende Richter später

wider Erwarten der Ansicht sein sollte, daß nur fahrlässige Meineide vorliegen, würde zu Gunsten des Verurteilten der § 399₂ der Strafprozeßordnung immer noch anwendbar sein, ohne daß eine Bestrafung stattfände. Bereits früher habe ich die Erklärung abgegeben, daß ich **für jetzt** von einer strafrechtlichen Verfolgung der beiden Personen in dem Falle abzugehen bereit sein würde, wenn höhere politische Rücksichten dies erforderten.

Dagegen muß ich **auf einer Klarstellung der Sachlage** durch Vernehmung der beiden Personen, Vorlage der Bücher und Erhebung der Beweise aus den in meinen Anträgen vom 21. und 23. April cr. angeführten Gründen beharren, damit mir dadurch die Möglichkeit geboten wird, die Wiederaufnahme des Verfahrens später zu veranlassen.

Es ist dies **befuß Sicherung des Beweises** geboten und gesetzlich zulässig.

Nach inzwischen eingeholten Rechtsgutachten ist der Lauf der zehnjährigen Verjährungsfrist durch die Verfügungen der beiden Landgerichte an die Staatsanwaltschaft, nach Kenntniznahme von der Sachlage, inhalts deren anheim gegeben wird, die betreffenden Requisitionen zu erlassen, **unterbrochen worden**, denn es genügt nach diesem Gutachten zu diesem Zweck

„die leiseste Thätigkeit des Richters“.

Dr. Oppenhoff's Kommentar zu § 68, 13. 14. —

Euer Excellenz bitte ich nunmehr ganz ergebenst, mit den weiteren Feststellungen in der Sache das Landgericht in Stargard (Pommern) beauftragen zu wollen, einmal, weil außer den bereits angeführten Gründen dasselbe das Gericht des hiesigen Bezirks ist, in welchem auch der Zeuge von Blankenburg und die größere Zahl der benannten Zeugen wohnen, andererseits, weil ich gegen verschiedene Mitglieder des Landgerichts I und des Kammergerichts in Berlin, insbesondere auch gegen den Oberstaatsanwalt von Luck, als in der Sache beteiligt, meine Beschwerdeanträge bereits früher an Sie gerichtet habe.

Mit Rücksicht auf den zuletzt erwähnten Umstand, stelle ich anheim, vorher den Herrn Staatsanwalt zu Stettin mit einer Prüfung der Sachlage unter Übersendung der Akten zu betrauen, damit dieser an Stelle des Herrn von Luch mich zunächst bescheidet. In diesem Falle würde mir die Beschwerde an Euer Excellenz nach § 170 der Strafprozeßordnung dann später immer noch offen stehen.

Nach dem gleichen Paragraphen steht mir gegen einen ablehnenden Bescheid Euer Excellenz **die Klage** bei dem für die Entscheidung zuständigen Gericht zu und bitte ich für diesen eventuellen Fall das Oberlandesgericht in Stettin bestellen zu wollen. Steht letzteres etwa nicht in Euer Excellenz Befugnis, so bitte ich um geneigten Bescheid und werde dann an das Reichsgericht ein solches Gesuch richten, die qu. Klage nebst Anlage dem Reichsgericht einreichen und dieses bitten, den zuständigen Gerichtshof zu bezeichnen. Euer Excellenz teilten mir am 21. d. M. mit, daß Sie als Aufsichtsbehörde hinsichtlich des Herrn Reichsanwalts Tessenborn nicht kompetent seien und werde ich daher wohl hinsichtlich seiner meinen Antrag an den Herrn Reichskanzler zu richten haben (§ 148 des Gerichtsverfassungsgesetzes), desgleichen hinsichtlich der **Rechtsverweigerung**, welche ich dem Herrn Reichskanzler gegenüber erfahren habe, eventuell an den Bundesrat und in einer Petition an den Reichstag.

Damit Euer Excellenz die Sachlage hinsichtlich dieser Rechtsverweigerung klarer übersehen können, füge ich ein Exemplar einer Schrift ganz ergebenst bei, welche im Jahre 1878 im Buchhandel in zwei Auflagen behufs meiner Verteidigung unangefochten erschienen ist. Seite 5—28 ist der Hergang beschrieben. Dieser bildet, nachdem sich das Civilgericht für inkompetent erklärt hatte, den Gegenstand der seit Juni 1878 im Kabinet Seiner Majestät des Kaisers und Königs ruhenden Klage.

Euer Excellenz bitte ich inständigst, von meinen Anträgen vom 21. d. M. nebst beigebrachten Beweismitteln **persönlich** Kenntniz nehmen und demnächst Entscheidungen treffen zu wollen.

von Dieft,

Landrat und Rittmeister a. D.

Justizministerium.

Berlin, den 7. Juni 1887.

In der Anzeigesache wider den „M.“ und „N.“ erwidere ich Euer Hochwohlgeboren auf die Vorstellung vom 28. v. M. ergebenst, daß ich die Verfügung des Oberstaatsanwalts beim Kammergericht vom 19. v. M. im Aufsichtswege nicht abzuändern vermag.

Die Zulässigkeit einer Anhebung des Kammergerichts ist übrigens nicht, wie Eure Hochwohlgeboren annehmen, davon abhängig, daß zuvor bei dem Justizminister erfolglos Beschwerde geführt worden; vielmehr ist zufolge § 170 der Strafprozeßordnung nach ergangener Verfügung des Oberstaatsanwalts der Antrag auf gerichtliche Entscheidung statthaft.

Anlangend den an mich ferner gerichteten Antrag, die weitere Behandlung der Sache dem Landgericht zu Stargard in Preußen bezw. dem Oberlandesgericht zu Stettin zu übertragen, so kann ich nur wiederholt darauf hinweisen, daß es nicht in der Befugnis des Justizministers liegt, dem an sich zuständigen Gericht ein anderes zu substituieren. Hiernach und da nach § 144 des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 27. Januar 1877 die Zuständigkeit der Beamten der Staatsanwaltschaft durch die Zuständigkeit des Gerichts, für welches sie bestellt sind, bedingt wird, bin ich nach der bestehenden Gesetzgebung gleichfalls nicht in der Lage: Ihrem Antrage: dem Oberstaatsanwalt beim Kammergericht den Oberstaatsanwalt zu Stettin zu substituieren, entsprechen zu können.

Die eingereichte Druckschrift füge ich in der Anlage ergebenst wieder bei.

Der Justizminister Friedberg.

An
den königlichen Landrat und Rittmeister a. D.

Herrn von Dieß

Hochwohlgeboren

An
den königlichen Staats- und Justizminister, Ritter pp.
Herrn Dr. Friedberg
Excellenz
Berlin.

Daber, den 13. Juni 1887.

Euer Excellenz erwidere ich ganz ergebenst, wie mir wohl bekannt ist, daß die Annehmung des Obergerichts nicht „davon abhängig“ ist, daß zuvor bei dem Justizminister erfolglos Beschwerde geführt wird. Der § 170 der Strafprozeßordnung läßt aber binnen zwei Wochen die Beschwerde „an den vorgesetzten Beamten“ der Staatsanwaltschaft zu und dann „gegen dessen ablehnenden Bescheid“ binnen einem Monat den Antrag auf gerichtliche Entscheidung.

Der vorgesezte Beamte des Oberstaatsanwalts sind nach eingeholten Rechtsgutachten Euer Excellenz und habe ich umsomehr den Weg gewählt, die Entscheidung zunächst Ihnen zu unterbreiten, weil mir einerseits daran liegt, daß die Sachlage zu Euer Excellenz **persönlicher Kenntnis** gelangt und ich andererseits einen erneuten Beweis meiner Zurückhaltung dadurch gebe, daß die **jetzt möglichst nicht zur öffentlichen Klage vor dem Gerichte** gelangt.

Ich wünsche **Klarstellung der Thatfachen** durch Vernehmung der Zeugen und Vorlage der Bücher, um mir den **Beweis für die Zukunft** unter allen Umständen zu sichern. Dieser Beweis wird, da die Zeugen, sowie ich selbst sterben können, durch längeren Zeitverlauf immer schwieriger.

Sobald Euer Excellenz von der Sachlage Kenntnis erlangt haben, werden Sie auch zu der Überzeugung gelangen, daß nicht **dieselben** Beamten der Staatsanwaltschaft und **daselbe** Gericht **entscheiden können**, über welche unter Bezugnahme auf § 336 des Strafrechts Beschwerde geführt ist. Sofern Euer Excellenz die beantragte Substitution anzuordnen aber nicht in der Lage sein sollten, werde ich wohl genötigt sein, über diesen Antrag dem Reichsgericht Vortrag zu halten.

Wer ist denn der Vorgesetzte des Oberstaatsanwalts? Nach Seite 13 und 14 der wieder beigelegten Druckschrift hat

auch dort der Herr Oberstaatsanwalt über eine Beschwerde entschieden, die **gegen ihn selbst** geführt war. Ich lege Wert darauf, daß die Anlage bei den Akten des Justizministeriums verbleibt, um später darauf Bezug nehmen zu können.

Da die Wiederaufnahme des Verfahrens **an keine Frist** gebunden ist, ebensowenig also die von mir beantragte **Feststellung der Thatfachen**, so bleibt mir, falls Euer Excellenz meine Anträge zurückweisen, dieser Weg noch immer und ebenso die Beschwerde an den Bundesrat.

Ich bitte aber wiederholt dringend, meiner Situation einige Rücksicht angedeihen zu lassen.

von Dieft,

Landrat und Rittmeister a. D.

Justizministerium.

Berlin, den 23. Juni 1887.

An

den königlichen Landrat und Rittmeister a. D.

IV 7337.

Herrn von Dieft.

Euer Hochwohlgeboren haben in Betreff der im Jahre 1877 wider Sie verhandelten Strafsache unter dem 13. d. M. eine Vorstellung an mich gerichtet, welche die Erneuerung der in den Eingaben vom 23. April, 9. und 28. Mai d. J. gestellten Anträge bezweckt.

Auf diese Anträge sind Euer Hochwohlgeboren durch die Verfügungen vom 30. April, 14. Mai und 7. Juni d. J. mit eingehenden Bescheide versehen worden und glaube ich deshalb in Beantwortung Ihres mir jetzt vorliegenden Schreibens mich darauf beschränken zu müssen, auf jene Bescheide zu verweisen.

Der Justizminister.

Friedberg.

So endete meine Korrespondenz mit dem Justizministerium also ohne jeden Erfolg, weder für die betreffenden mit Namen bezeichneten Beamten, noch für mich.

k) Bezeichnend für die Situation, in welcher ich mich in dem Verhandlungstermin zweiter Instanz vor dem Kammergericht am 22. November 1877 befand, wo das qu. Schriftstück auf Veranlassung des Fürsten Bismarck verlesen worden war, ist folgender Hergang, welchen eine Stelle des Aktenstückes aus der Richtigkeits-Instanz wiedergiebt:*)

„Als sich der Gerichtshof zurückgezogen hatte, trat von Dieft an den fungierenden Staatsanwalt Feige heran und forderte ihn auf, den Namen des Verfassers resp. Einsenders des qu. Schriftstückes zu nennen, welches in so unerhörter Weise ihn öffentlich angreift und seine Glaubwürdigkeit herabsetzte. Er verweigerte dies in schroffer Weise mit dem Hinzusetzen, daß er von Dieft gar nichts sagen werde.

Als gleich darauf der Staatsanwalt das Lokal verließ, hatte der älteste Sohn von Dieft's, welcher Offizier ist und dem Termine beigewohnt hatte, aus eigenem Antriebe den genannten Herrn vor dem Kammergerichtsgebäude gestellt und die gleich Frage an ihn gerichtet. Er hatte die Antwort erhalten, daß es dem Herrn Staatsanwalt unmöglich sei, gleiche Auskunft darauf zu geben, daß er solche aber am zweiten Tage darauf zwischen 1 und 2 Uhr in seiner Wohnung zu geben bereit sein werde.

Einige Zeit darauf kehrte der Herr Staatsanwalt Feige in das Gerichtslokal zurück, trat gleich darauf zu von Dieft heran und es entspann sich folgendes Gespräch:

F.: Herr von Dieft, ist es erlaubt, einige Worte zu sprechen?

v. D.: Jawohl!

F.: Ich glaube Veranlassung zu haben, Sie um Entschuldigung zu bitten.

v. D.: Ich freue mich, daß Sie zu dieser Erkenntnis gekommen sind.

F.: Vorher habe ich Ihnen eine scharf zurückweisende Antwort gegeben. Das war wohl nicht in der Ordnung. Aber ich bitte, auch zu bedenken, in welche Lage ich

*) Anmerkung: Teil I, Seite 46 und 47.

komme, wenn ich Ihnen den Namen des Mannes nenne, den Sie von mir verlangt haben. Ich bin nicht Oberstaatsanwalt, wie Sie mich heute immer genannt haben, sondern nur Staatsanwalt und zwar schon 15 Jahre. Mein Gehalt beträgt nur 1500 Thaler. Bedenken Sie, in welche Lage ich komme, wenn ich Ihnen den Namen nenne.

v. D.: Ich bedauere recht sehr, Herr Staatsanwalt, daß ich mich nicht in der Lage befinde, weder Sie avancieren zu lassen, noch Ihr Gehalt zu erhöhen. Doch nun bitte ich auch, meine Lage in Erwägung zu ziehen, in die Sie mich heute versetzt haben, indem Sie mich öffentlich dem Gerichtshofe unter Ihrer amtlichen Autorität als unglaubwürdigen Mann hinstellen.

J.: In gewissen Beziehung haben Sie Recht, aber ich bin nur der mir amtlich erteilten Anweisung gefolgt und vermag augenblicklich keine Auskunft zu geben. Das habe ich heute aber gemerkt, daß Sie sich nicht irre machen lassen.

v. D.: Dazu liegt auch gar keine Veranlassung vor."

So schloß das Gespräch in dem Gerichtsfokale, welches möglichst genau wiedergegeben ist und wird nur bemerkt, daß bei den Zahlen „15 Jahre“ und „1500 Thaler“ möglicherweise eine Zahlendifferenz stattfinden kann, da sie mir nicht mehr ganz genau gegenwärtig sind, daß aber der zweite Sohn von Dieß's, ebenfalls Offizier, der in der Nähe stand und das Gespräch gerade in diesem wesentlichen Punkte mit angehört hat, darüber wird Auskunft geben können.

Wie der Herr Abgeordnete von Ludwig später im Abgeordnetenhaufe mittheilte, hat der Staatsanwalt Feige unmittelbar darauf und noch vor dem Ordensfeste den roten Adlerorden erhalten.

1) Als meine Angelegenheit in der Öffentlichkeit viel behandelt wurde und sich im Jahre 1877 im vollen Brennpunkte befand, ließ mir der Justizminister Graf zur Lippe, von dem verlautete, daß er einige Zeit vorher seinen Abschied teilweise deshalb nachgesucht habe, weil er die Privilegien, welche der

Central-Bodenkredit-Aktienbank auf Betreiben Bismarcks — trotz Abmahnung hervorragender Sachverständiger — verliehen waren, mit dem Preussischen Gesetze **nicht vereinbar** fand, durch einen hochstehenden Mann, welcher noch heute in der Politik im Parlamente hervorragend thätig ist, Folgendes bestellen:

„Sagen Sie doch Herrn von Diest, er sieht den von ihm begonnenen Kampf und das, was er mit Hilfe der Gesetze darin ausrichten kann, viel zu kindlich an! Er kennt das Terrain nicht. Die Gerichte machen mit ihm, was sie wollen.“

Der Besteller lebt noch und hat mir vor kurzem das obige noch schriftlich als richtig bestätigt. Ich führe nur die Thatsache an, ohne damit eine solche Kritik zu üben. Man erwäge aber, was es heißt, wenn ein vor kurzem zurückgetretener Justizminister **eine solche Bestellung** machen läßt.*)

m) Des Berichts an den Kronprinzen vom 8. Juli 1879 sei hier noch Erwähnung gethan (Seite 161 und 162, Teil I), in welchem ich folgende Äußerung, welche mir in einer Art feierlichen Weise ein Herr mit einem englischen Namen in Rissingen machte, Höchstdemselben mitteilte:

„Er sei seit 25 Jahren vereideter Börsenmakler an der Berliner Börse. An dieser Börse sei es ein öffentliches Geheimnis, daß Alles, was der verstorbene Herr von Wedemeyer und ich angeführt hätten, richtig sei. In diesen allgemein bekannten Zuständen **liege der Heerd der Sozialdemokratie in Berlin**. Dennoch bitte er mich dringend, die Sache einstweilen ruhen zu lassen und mich nicht dabei zu ruinieren. Die Macht der Verhältnisse werde von selbst entscheidend einwirken und dann werde auch **die Wahrheit** an das Tageslicht kommen.“

Der Herr gab mir seine Adresse und Wohnung in Berlin an, ich habe aber bisher auf Grund dessen weitere Nachforschungen nicht angestellt.

*) Anmerkung. Cf. Teil I, Seite 161 und Seiten 88 bis 95, wo die Privilegien dieser Bank näher beleuchtet sind und nachgewiesen ist, daß derselbe Justizminister den Fürsten Bismarck auf die nach der Gesetzgebung dagegen bestehenden Bedenken aufmerksam gemacht hat.

n) Im Jahre 1883 schrieb mir der Fürst Anton zu Hohenzollern, der beständig seit dem Jahre 1876 eine vermittelnde Stellung zwischen Seiner Kaiserlichen und Königlich-Hoheit dem Kronprinzen und mir eingenommen hatte, und von dem ich in dieser Thätigkeit eine große Zahl von Briefen besitze:

Weinberg, den 21. Oktober 1885.

Geehrter Herr von Dieß!

„Ich will nicht säumen, Ihnen mitzuteilen, daß ich des Längeren und Breiteren mit dem Kronprinzen Thretwegen konferiert habe.

Derselbe bedauert Ihre Situation, läßt Ihnen aber sagen, daß Er ganz außer Stande sich befinde, etwas für Sie zu thun und daß er seine erbetene Einschreitung ablehnen müsse. — Ich bedaure, daß ich Ihnen diesen Bescheid zu geben habe, allein, es ist auf diesem Wege für Sie absolut nichts zu erreichen. Der Kronprinz äußerte sich dahin, daß Sie mit den gemachten Erfahrungen sich begnügen möchten. —

Auch ich, nach den gemachten Erfahrungen, lebe der Überzeugung, daß ein weiteres Eingreifen in Ihren Angelegenheiten bei Seiner Majestät dem Kaiser und König ganz nutzlos erscheint. —

Indem es mir sehr schwer fällt, Ihnen diese Eröffnungen machen zu müssen, danke ich Ihnen für das in mich gesetzte Vertrauen und verbleibe

in hochachtungsvoller Gefinnung Euer

Hochwohlgeboren

ergebener

Fürst zu Hohenzollern.

Der Fürst Hohenzollern, welcher am 28. August 1879 mir geschrieben hatte:

„Da Sie des Vorzugs teilhaftig sind, an den Kronprinzen berichten zu dürfen, so werden Sie bei ihm die vollwichtigste Stütze finden“

und der nach dem oben mitgeteilten Briefe vom 25. Februar 1882 noch geschrieben hatte:

„Das Staatsministerium aber muß Ihnen antworten, denn sonst gäbe es im Staate Preußen keine Gerechtigkeit mehr. An Ihrer Stelle würde ich nicht ruhen, sondern immer wieder darauf zurückkommen.“ — ist jetzt durch Informationen, welche ihm der Kronprinz gab, dahin gelangt, daß durch den Fürsten Bismarck die Machtverhältnisse derartig verschoben waren, daß es unmöglich wurde, durch eine Entscheidung Seiner Majestät Gehör und Recht zu finden.

„Die gemachten Erfahrungen“ freilich, auf welche ich von dem Kronprinzen verwiesen wurde, waren der Art, daß der Sachwalter des Fürsten, Justizrat Drews, mir in der schwebenden militärischen Strafgerichtsklage gegen den Fürsten Bismarck, welcher von dem Generalkommando des III. Armee-korps vorschriftsmäßig instruiert und Allerhöchsten Orts zur Bildung des Militärgerichtshofes eingereicht war, offen und naiv sagen konnte: „Dafür ist gesorgt, es erfolgt keine Antwort“ —, während der dienstliche Schlußbescheid des kommandierenden Generals von Schwarzhoff vom 22. April 1879 an mich lautete:

„Die Seiner Majestät dem Kaiser und Könige zur Entscheidung unterbreitete Frage betrifft ausschließlich **formelles** Recht, wogegen der Inhalt Ihrer Eingabe und des Nachtrages dazu lediglich **materielle** Rechtsfragen berühren, deren Prüfung und Entscheidung dem für zuständig erachteten Richter entfallen und diesem nicht entzogen werden können.“

Es ist aber in der That **kein Bescheid** Seiner Majestät an das Generalkommando erfolgt. —

a) Mein Tagebuch enthält unter dem 29. Oktober 1888 Folgendes:

„Ein höherer Beamter, mir als zuverlässig bekannt, sagte mir vor Kurzem in Berlin, die Akten in der Meineidsache gegen Bleichröder, welche die obenerwähnte Schrift darstellt, seien im Auswärtigen Amt verschwunden, und als ich dies als kaum denkbar bezweifelte, fügte er hinzu, er wisse es genau, denn der Beamte der Staatsanwaltschaft (— er nannte den Namen)

—, welcher in der Sache gearbeitet, habe es bestätigt. Ich möchte aber die Richtigkeit immer noch bezweifeln und begreife namentlich nicht, daß Staatsanwaltschaft und Kammergericht sich dies gefallen lassen sollten und die Akten nicht neu herstellen. Jene Broschüre, die mir ein Rechtsanwalt aus Berlin zuschickte und die in jeder Buchhandlung zu beziehen ist, ist von einem Bürgermeister a. D. Wagner herausgegeben und führt den Titel: „Ein dunkler Punkt in dem Leben des Geheimen Kommerzienrats von Bleichröder“. Es wird behauptet, daß der Polizeipräsident von Madai einer Frau Groner ein gegen von Bleichröder sprechendes Beweisstück — (Anerkennung einer Schuld) — im Wege polizeilicher Hausfuchung habe fortnehmen lassen. Darauf habe Frau Groner wegen dieses Civilanspruchs geklagt und Bleichröder habe einen falschen Eid dahin geleistet, daß kein solches Schriftstück existiert habe. Das Kammergericht habe nach Vernehmung dreier Zeugen, die jenes Schriftstück im Original gesehen hätten, die Untersuchung wegen Meineid gegen Bleichröder eingeleitet. Dieselbe sei aber demnächst wieder eingestellt worden, nachdem Bleichröder der Frau Groner durch seinen Bevollmächtigten Oberbürgermeister a. D. Weber bei dem Rechtsanwalt Modler in Berlin 70 000 Mk. gezahlt habe. Hierauf habe Frau Groner zu Protokoll erklärt: „Sie habe sich geirrt, es sei kein beweisendes Schriftstück gewesen!“ Sauber ist die mitwirkende Gesellschaft nicht, aber es dürfte derartiges doch nicht unbeanstandet im Buchhandel verkauft werden. Ich kann mich darüber nicht wundern, nachdem ich in meiner obigen altenmässigen Eingabe an den Justizminister vom 21. April 1887 ähnliche Nichtachtung Bleichröders gegen schwere öffentliche Anschuldigungen dargelegt habe . . . Das sind unsere Zustände!“

p) In der festen Überzeugung, daß einem mir bekannten Manne **schweres Unrecht** geschehen ist, bringe ich auch den Fall des Kaufmanns **Carl Baasch aus Winden** hier zur Sprache, der schon seit dem Jahre 1888 in der Schwebel

also noch etwa zwei Jahre lang in die Amtszeit des Reichskanzlers Fürsten Bismarck fällt.

Auf Bitten seiner in Minden noch lebenden alten Mutter und auf seine Anregung habe ich schon wiederholt den Versuch gemacht, ihm zu helfen und schickte am 8. April 1892 an die „Kreuzzeitung“ (Nr. 167) einen Aufsatz, welcher — wenngleich damals ohne meine Namensunterschrift — im vorderen Teile mit folgendem Wortlaut Aufnahme fand:

In Sachen Paasch. (Eingekandt.)

„Man schreibt uns: Die Angelegenheit des Kaufmanns Paasch in Leipzig ist bereits in den Häusern des Landtages, im Reichstage und auch in der „Kreuzzeitung“ angeregt worden. Die nachfolgenden Punkte aber, welche in juristischer Beziehung wesentlich ins Gewicht fallen, sind dabei bisher außer Acht gelassen.

Folgende Thatumstände kommen in Betracht:

1. Herr Paasch hat 18 Jahre als Kaufmann und Ingenieur in China gelebt und behauptet, dort in der Botschaft des Deutschen Reiches schmerzliche, ihn schwer schädigende Erfahrungen gemacht zu haben. Da alle seine Beschwerden dagegen unbeachtet blieben, so reiste er persönlich nach Europa, um Remedur zu suchen. Er legte jene Beschwerden in einem zweibändigen Werke nieder, welches den Titel führt: „Eine jüdisch-deutsche Gesandtschaft und ihre Helfer“, welches zwar nicht im Buchhandel erschienen ist, dennoch aber bereits Verbreitung gefunden hat. Diese Schrift ist, das läßt sich nicht leugnen, nicht nur in erregter Stimmung geschrieben, sondern sie ist in ihrer Fassung auch mehrfach beleidigenden Inhalts. Herr Paasch wird dies und die angeführten Thatfachen zu vertreten haben. Nach seiner Versicherung ist ihm aber gerade an dem Wahrheitsbeweise dringend gelegen und er hat deshalb im Jahre 1888 die Reise nach Europa angetreten.

2. Nun hat die Sache aber bisher folgenden Verlauf genommen: Die Bemühungen, bei dem Herrn Reichskanzler oder bei dem Herrn Unterstaatssekretär v. Marschall eine Audienz zu erhalten, blieben vergeblich; dagegen

erschien nach glaubhafter Mitteilung im „Reichsanzeiger“ eine Notiz, welche die Gesundheit des Geisteszustandes des Herrn Paasch in Zweifel zog.

3. Der Wohnort des letzteren in Leipzig, das Buch ist dort gedruckt, dort im Selbstverlage erschienen und zunächst von dort aus verbreitet worden. Plötzlich wird Herr Paasch am 10. Juli 1891 in Leipzig verhaftet und nach Berlin transportiert. Es ist sonst nicht üblich, daß eine „wegen Beleidigung“ in einer Voruntersuchung befindliche Person in Haft genommen wird. Man hat diese Verhaftung durch Fluchtverdacht motiviert, jedoch liegt hierfür nicht der mindeste Anhalt vor, zumal Herr Paasch die Reise nach Europa nach seiner Angabe speziell deshalb unternommen hat, um seine Beschwerden zu vertreten und den Wahrheitsbeweis zu führen. Wäre eine Verhaftung erforderlich gewesen, so hätte dieselbe nach Ansicht des Einsenders doch nur durch das zuständige Gericht, d. h. in Leipzig, erfolgen können.

4. Herr Paasch ist sodann fast 6 Wochen hindurch in eine Isolierhaft gebracht worden derart, daß er von der Außenwelt fast vollkommen abgeschnitten wurde. Man nötigte ihn, nach seiner Angabe, zum Teil Gefangenenkleidung mit einer Blechmarke versehen, anzuziehen, man ließ ihn durch einen jüdischen Arzt auf seine Gesundheit untersuchen, er hatte keine Schreiberlaubnis, ja er durfte innerhalb der ersten drei Wochen nicht einmal an seine Mutter schreiben. Der § 116 der Strafprozeßordnung bestimmt dagegen: „Dem Verhafteten dürfen nur solche Beschränkungen auferlegt werden, welche zur Sicherung des Zweckes der Haft oder zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Gefängnisse erforderlich sind.“

5. Es erschien bei ihm ein Verteidiger, der ein Honorar von 6000 Mk. forderte, wovon Herr Paasch bedauerlicherweise 5000 Mk. sogleich bewilligte und 4000 Mk. auszahlte. Erst nach fast sechswochentlicher Haft erfolgte seine Freilassung gegen eine Kaution von 10 000 Mk. Diese Kaution hätte ebensogut einige Tage

nach der Inhaftierung geleistet werden können. Denn § 117 der Strafprozeßordnung verordnet: „Ein Angeeschuldigter, dessen Verhaftung lediglich wegen des Verdachts der Flucht angeordnet ist, kann gegen Sicherheitsleistung mit der Untersuchungshaft verschont werden.“

6. Innerhalb dieser ganzen Zeit ist Herr Paasch nach seiner Versicherung in der Sache selbst gar nicht gerichtlich vernommen worden, sondern nur die Identität seiner Person wurde festgestellt. Die Vorschrift des § 115 l. c. lautet: „Der Verhaftete muß spätestens am Tage nach seiner Einlieferung in das Gefängnis durch einen Richter über den Gegenstand der Beschuldigung gehört werden.“

7. Längere Zeit darauf erhielt Herr Paasch eine Anklageschrift, die jedoch nur auf Beleidigung, nicht auf Verleumdung lautete. Hinsichts des angetretenen Wahrheitsbeweises heißt es in dem Beschluß der Strafkammer III vom 4. Januar 1892 wörtlich: „Die Anträge zu II erscheinen allerdings sämtlich erheblich. Die Strafkammer hat jedoch erwogen, daß die den Angegriffenen, insbesondere dem Kaiserlichen Gesandten von Brandt, vorgeworfenen Thatfachen an sich so überaus unwahrscheinlich sind, daß ein hinreichender Verdacht für ihre Unwahrheit (somit Unerweisbarkeit) vorliegt. Hierzu kommt, daß jedes der oben zu 1 und 3 behandelten Vergehen nur eine einheitliche Strafthat bildet und aus dem rechtlichen Gesichtspunkte des § 185 des Strafgesetzbuches das Hauptverfahren doch eröffnet werden müßte. Es wird deshalb die Entscheidung darüber, ob überhaupt, eventuell in welchem Umfange, die beantragten Beweise erhoben werden sollen, der erkennenden Strafkammer vorbehalten.“

8) Endlich wird Verhandlungstermin auf den 22. März anberaumt, und es werden zu demselben noch sieben fernere Angeklagte, Buchhändler, Drucker, Setzer u. s. w. aus Leipzig nach Berlin vorgeladen. Einige derselben erheben vor dem Termine erfolglos den Einwand der Unzuständigkeit des Berliner Gerichts. In dem Termin

erschieneu, außer den Angeklagten, drei Verteidiger und eine Anzahl Zeugen, darunter Offiziere, welche gleichzeitig mit Herrn Paasch in China waren und bekunden sollten, daß sie ähnliche Erfahrungen dort gemacht hätten.

Auf den von einigen Angeklagten wiederholten Einwand der Unzuständigkeit des Berliner Gerichts — (Herr Paasch hatte diesen Einwand für jetzt absichtlich nicht gemacht, weil ihm vor allem daran gelegen war, die Sache zu fördern und die Wahrheitsbeweise zu führen) — erklärte sich der Gerichtshof für unzuständig, stellte das Verfahren ein und legte der Staatskasse sämtliche Kosten, einschließlich der allen Angeklagten entstandenen Auslagen, auf. Hierdurch dürfte nach Ansicht des Einsenders der Beweis geführt sein, daß auch die Verhaftung des Herrn Paasch und dessen Transport nach Berlin von einem nicht zuständigen Gericht erfolgt war. Das Weitere ist abzuwarten."

Herr Paasch hat sich — obwohl er eine Reise von China nach Deutschland unternommen hatte, um sich **Recht** zu verschaffen — zwei Jahre lang (von 1888 bis 1890) während Fürst Bismarck Reichskanzler und Graf Herbert Bismarck Staatssekretär im Auswärtigen Amt war, **vergeblich bemüht**, aus mir **eine Audienz** zu erhalten. Diese Bemühungen hat er in der Zeit der Caprivischen Reichskanzlerschaft vier Jahre hindurch fortgesetzt, ohne auch nur Gehör zu finden.

Man ist beständig bemüht gewesen, ihn für irrsinnig zu erklären. Er war zur Beobachtung in der Chatrité in Berlin, dann in Herzberge. An letzterem Orte habe ich ihn mit seinem Schwager aus Hamburg persönlich aufgesucht und in halbstündiger Besprechung auch nicht eine Spur von Verriickttheit an ihm gefunden. Im Gegenteil war ich in der Lage, dem Herrn Direktor beim Abschied zu erklären:

„Wenn Herr Paasch verriickt sein sollte, so wäre ich es am Ende auch! — er möge mich einmal genau darauf ansehen!"

In der Narrenklinik bei Leipzig ist ihm dann Gesundheit und gänzlicher Mangel an Irrsinn bescheinigt worden. In wiederholten Petitionen an die Behörden, an den Reichstag und

an den Landtag hat Herr Paasch dann Hilfe zu finden gesucht. Die Herren von Durant im Herrenhause und von Wackerbarth im Abgeordnetenhause haben den Versuch gemacht, sich seiner anzunehmen, die Regierungskommissare haben Fehler in dem Verfahren zugegeben, es ist aber niemals etwas Durchgreifendes für ihn geschehen. Als endlich ein Verhandlungstermin anheraunt war, mußte Herr Paasch die traurige Erfahrung machen, daß seine Hauptschutzzeugen — drei preußische Offiziere, welche mit ihm zu gleicher Zeit in China waren — weder von dem Gericht, noch von seinem Verteidiger geladen waren. Um deshalb den Termin zu vereiteln, öffnete er sich in seiner Untersuchungshaftzelle die Pulsadern. Dies ist gewiß nicht zu billigen. Wenn man sich aber einen starren Westfalen in voller Entrüstungswut denkt, so kann man es vielleicht verstehen*).

Drei- oder viermal wurde dann Herr Paasch verhaftet und wieder entlassen, — und zwar mitunter in gegenteiliger Ansicht des Gerichts erster und zweiter Instanz — stets, soviel mir bekannt, wegen Fluchtverdachts, obwohl er nicht daran dachte, zu entfliehen. Die Untersuchung wurde dann einem

*) Anmerkung. Auf den Wunsch des Herrn Paasch und da dieser mir versicherte, daß dies den Betreffenden ganz recht sein würde, nenne ich die Namen der Untersuchungsrichter und Zeugen.

Erstere sind der Landgerichtsrat Curtius, der speziell zur Prüfung der Sache von dem Kollegium delegiert wurde, dem sie aber, als er mitten in den Vernehmungen war, wieder abgenommen wurde und der sich dann das Leben nahm. Er führte auch die Verhandlungen mit dem Auswärtigen Amte behufs Eintritt des Herrn Paasch in den Staatsdienst. Ferner waren es der Amtsgerichtsrat von Podewils und der Amtsrichter Dr. Frommel. Beide machten nach Angabe des Herrn Paasch kein Fehl daraus, daß man an ihm einen Justizmord beginge und Dr. Frommel verließ angewidert den Justizdienst und ist jetzt Regierungsrat.

Die Offiziere, welche nach Angabe des Herrn Paasch mit ihm gleichzeitig in China waren, auch den Gesandten von Brand verklagten und angeblich für Paasch eintreten wollten, sind von Brigen-Hahn, jetzt Major im Generalstabe, Dietrich von Auer, jetzt Adjutant beim Großherzog von Weimar, Richter, jetzt Oberstlieutenant bei der Artillerie in Karlsruhe, Major Pauli, der nach Angabe des Herrn Paasch am 3. Juli 1893 sehr gravierende Dinge bei dem Landgericht in Berlin zu Protokoll gab und später seinen Abschied nahm.

Richter übertragen, der sie in gründlicher und erschöpfender Weise führte und das volle Vertrauen des Angeklagten gewann, dem sie dann aber wieder abgenommen wurde. Er nahm sich darauf das Leben, wie Herr Paasch glaubt, mit aus diesem Grunde. Einen ferneren Untersuchungsrichter habe ich selbst gesprochen. Er konnte das eingehaltene Verfahren in allen Stücken durchaus **nicht** billigen und führte die Untersuchung auch nicht zu Ende, sondern trat aus dem Justizdienst aus.

Den weiteren Hergang, welcher in der Schrift eines Herrn Bleibtreu beschrieben ist, übergehe ich hier und bemerke nur, daß Herr Paasch — ohne daß, soviel mir bekannt ist, eine ausreichende Beweisaufnahme und Klarstellung der Hauptthatfachen stattgefunden hätte — wegen Beleidigung zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr 3 Monaten verurteilt worden ist. Da er bei obiger Sachlage dieselbe abzubüßen nicht geneigt ist, so befindet er sich seitdem in der Schweiz. —

Es scheint mir **dringend geboten**, daß im Wege einer **Interpellation** in einer der parlamentarischen Körperschaften zunächst eine Klarstellung der oben bezeichneten Beschwerdepunkte herbeigeführt und hierdurch Abhilfe angebahnt wird. Der Fall hat eine Art Ähnlichkeit mit dem Falle Dreyfus, in welchem auch aus höheren Gründen und Rücksichten keine Klarheit der Sachlage geschaffen werden soll. Und doch bin ich der Ansicht, daß dem Dreyfus, wenn er, wie es den Anschein hat, unschuldig ist, **sein Recht werden muß**, auch wenn er dreimal Jude ist. — —

IV. Neues Material.

a) Bismarck und Roon.

Fürst Bismarck beklagt sich in seinen Erinnerungen darüber, daß auch sein alter Freund Roon den Verdächtigungen der Konservativen und den Verleumdungen in der „Kreuzzeitung“ und „Reichsglocke“ nicht genügend entgegen getreten sei. Er sagt ferner (Seiten 151 und 152):

„Die exklusivere Fühlung mit den Nationalliberalen, zu welcher der Abfall der Konservativen mich notwendig führte, wurde in Kreisen der letzteren Grund oder Vorwand zu gesteigerter Animosität gegen mich. In der Zeit, während deren ich durch Krankheit genötigt, dem Grafen Roon den Vorsitz im Staatsministerium abgetreten hatte, von Neujahr bis November 1873, fanden bei ihm in kleinen und größeren Kreisen abendliche Begegnungen mit feindlicher Politiker der rechten Seite statt.“

Ich weiß durch Herrn von Wedemeyer, welcher mit Roon befreundet war, daß letzterer die gleichen Ansichten mit uns über **die großen Gefahren** teilte, welchen Bismarck durch seine intimen Beziehungen zu Bleichröder und den Geldmächten unterlag. Eine **persönliche** Erfahrung, welche Roon mit Bleichröder im Jahre 1873 machte, mag bei ihm zu der Erkenntnis beigetragen haben, daß die an die höchsten einflußreichen Staatsmänner Herantretende Versuchung eine vielseitige und große war.

Den Hergang gebe ich genau so wieder, wie ihn mir Wedemeyer gleich darauf erzählte. Roon nahm Wedemeyers Rat in der ersten Hälfte des Jahres 1873 in folgender Angelegenheit in Anspruch:

„Roon habe ihm mitgeteilt, daß er von dem Bankier von Bleichröder wiederholt Briefe erhalten habe, in denen dieser den dringenden Wunsch aussprach, das Roon'sche Gut Gütergoß bei Berlin zu kaufen. Er habe den ersten Brief ablehnend beantwortet. Darauf sei ein sehr dringender gefolgt, in welchem ihm Bleichröder einen enorm hohen, ihn, Roon selbst, in Erstaunen setzenden Preis geboten habe. Den könne er aber doch, da er den wirklichen Wert des Gutes weit übersteige, um so weniger annehmen, als dafür Bleichröder von ihm Gegendienste in seiner Eigenschaft als Ministerpräsident zu erwarten scheine, welche er zu leisten nicht gewillt sei. Richtig sei es, daß bald zwei große finanzielle Operationen in Frage stehen würden, bei deren Entscheidung der Ministerpräsident wesentlich mitzuwirken habe. Andererseits sei zu er-

wägen, daß er in nächster Zeit seiner geschwächten Gesundheit wegen einen längeren Urlaub anzutreten und demnächst seinen Abschied aus dem Staatsdienste einzureichen beabsichtige, so daß er schon während desurlaubes gar nicht mehr in der Lage sein werde, dem Bleichröder die gewünschten Dienste zu leisten. Was Wedemeyer ihm zu thun rate?

Des letzteren Rat ging dahin, die Entscheidung möglichst so lange hinzuhalten, bis er sich vergewissert habe, daß er den Urlaub erhalte und dann den gebotenen hohen Preis zu akzeptieren. Diesen Rat habe Roon befolgt."

Ich konnte mich hierauf nur dahin aussprechen, daß ich diesen Rat nicht gegeben haben würde und daß ich ihn nicht billigen könne, weil immerhin Bleichröder in eine Art, wenn auch verdienten und entschuldbaren Irrtum versetzt worden sei. Wedemeyer lachte und meinte: „Der Reinfall schadet ihm nichts. Gütergog ist meist Sandbüchse."

Ich kann natürlich nur referieren, was mir erzählt ist, bin aber von Wedemeyers Ehrenhaftigkeit dahin überzeugt, daß er die Wahrheit gesagt hat. Übrigens wurde dieser Hergang in der Armee damals mehrfach bekannt und es leben noch einige Offiziere, welche ihn kennen. Mein alter Freund, der General Graf von Werder, welcher mit Roon eng befreundet war, erzählte es mir auch mit schmerzbewegtem Ausdruck im Gesicht und mit dem Hinzufügen: „auch Roon hat nicht widerstanden!"

Wenn ich diesen Hergang hier wiedergebe, so geschieht es **nur** im Hinblick auf die **ernste** und im Hinblick auf das deutsche Vaterland **heilige Pflicht**, klarzulegen,

welchen Gefahren auch Deutschland hinsichtlich der **Geldmächte** unterliegt, die ihre Ziele mit dem Mammon bis in die höchsten Kreise hinein zu erreichen suchen und auch wohl oft erreichen.

Dem Charakter des um das Vaterland hochverdienten Grafen Roon will ich dadurch nicht zu nahe treten.

Fürst Bismarck sagt über Roon Teil I, Seite 301:

„In der Zeit, während deren ich krankheits halber das Präsidium an ihn abzutreten hatte, 1873, machten sich

Streber, wie Harry Arnim und jüngere Militärs, dieselben, die mit ihren Verbündeten in der „Kreuzzeitung“ und durch die „Reichsglocke“ gegen mich arbeiteten, an ihn heran und suchten ihn mir zu entfremden.“

„... Daraus entstand zu meinem Bedauern und ohne meine Absicht, hauptsächlich durch Zwischenträgereien, in Noons letzten Jahren nicht gerade eine Erfältung, doch eine Zurückhaltung, und bei mir die Empfindung, daß mein bester Freund und Kamerad

den Lügen und Verleumdungen, welche über mich systematisch verbreitet wurden, nicht mit der Entschiedenheit entgegen trat, welche ich, wie ich glaube, im umgekehrten Falle bethätigt haben würde.“

Auch hierin liegt eine völlig irrige Darstellung der inneren Stellung Noons. Letzterer war mit Wedemeyer befreundet, teilte dessen Auffassung über die ungeheuren Gefahren, denen Bismarck durch die Intimität mit Bleichröder und den Geldmächten unterlag, von deren Versuchen er am eigenen Leibe eine Erfahrung gemacht hatte. Er stand in häufiger Korrespondenz mit Wedemeyer, besonders auch im Jahre 1875 vor dem Erscheinen der Araartikel. Wedemeyer teilte mir seine Briefe an Noon und dessen Antworten darauf mit. Wie konnte er den von Wedemeyer in mehrmonatlichem Studium in Berlin ermittelten Thatfachen entgegentreten? — die er selbst **nicht** für „Lügen“ und „Verleumdungen“ hielt.

Ich verweise hierbei auf die Briefe Wedemeyers an den Fürsten Bismarck, welche im ersten Teil meiner Schrift „Bismarck und Bleichröder“ (Seiten 21 bis 24) abgedruckt sind, von denen er Abschriften auch an Noon gesandt hatte. Der Brief an einen näheren Bekannten des Fürsten Bismarck, welcher Wedemeyers und meine Zielpunkte klarlegt, ist oben abgedruckt.

Als **unerklärlich** ist hierbei noch zu bemerken, daß das gesamte von Wedemeyer in den drei Monaten in Berlin gesammelte **Beweismaterial** nach seinem Tode **spurlos verschwunden** ist. Er hatte noch kurz vorher zu zwei Nachbarn von Schöenrade, Herrn von Wedel-Gezlow und Herrn von Knobelsdorf-Mansfeld, geäußert:

„Alle Beweise liegen in meinem Schrank geordnet da; der Staatsanwalt mag nur kommen!“

Ein hochgestellter, noch im politischen Leben stehender Mann, sprach mir seine Ansicht in anbetracht des obigen Umstandes damals dahin aus:

„daß Wedemeyer sich nicht erschossen habe, sondern erschossen worden sei.“

Ich erwiderte ihm, daß ich in dieser Richtung auch nicht einmal eine Vermutung aussprechen möchte. Auffällig war auch mir die Sache, denn Wedemeyer hatte zwei Personen, den Stadtgerichtsrat Wilmanns und den Hauptmann a. D. Perrot auf dies Beweismaterial angewiesen und durch das Verschwinden desselben wurde auch ich — sein von ihm durch Handschlag verpflichteter Mitkämpfer — peinlich berührt.

b) Eine Immediateingabe an Seine Majestät den Kaiser und König vom 30. September 1897. — Der Deutsche Reichstag bei einer Rechtsverweigerung.

Wie mir bekannt geworden ist, war in der vorigen Reichstagsession von mehreren Seiten die Einbringung einer Interpellation angeregt worden, welche folgenden Wortlaut hatte:

1. Hat der Herr Reichskanzler Kenntnis von der im Juli vorigen Jahres in München im Buchhandel erschienenen Schrift des Herrn von Dieß-Daber: „Bismarck und Bleichröder“ — Deutsches Rechtsbewußtsein und die Gleichheit vor dem Gesetze —, welche unwiderlegt schwere Angriffe gegen eine Anzahl namhaft gemachter Richter und Staatsanwälte enthält?
2. Welche Mittel gedenkt die Reichsregierung und der Bundesrat zu ergreifen, um die Integrität des Richterstandes und der Rechtsprechung zu erhalten, die völlige Rechtsverweigerung, welche der Verfasser erlitten hat, und die Gefahren, welche für das öffentliche Rechtsbewußtsein aus einer solchen Rechtsverweigerung erwachsen, zu beseitigen?

Motive. Artikel 77 der deutschen Reichsverfassung und § 148 des Gerichtsverfassungsgesetzes.

Von den betreffenden Fraktionen wurde aber eine solche Anfrage und Anregung nicht gebilligt, ja als in einer Kommissionsitzung der Militärstraßprozeßordnung ein freisinniger Abgeordneter, welcher die Schrift „Bismarck und Bleichröder“ aus der Bibliothek des Reichstages entnommen und gelesen hatte, die Angelegenheit erwähnen und besprechen wollte, wurde sogleich von konservativer Seite die dringende Mahnung ausgesprochen, die Sache ruhen zu lassen, damit keine Beunruhigung und Mißfallen des Fürsten Bismarck hervorgerufen werde. —

Die Minister haben übrigens von der Schrift: „Bismarck und Bleichröder“ Kenntniss genommen, ebenso, wie mir mitgeteilt wurde, hat das Polizeipräsidium in Berlin eine Anzahl Exemplare aus Leipzig kommen lassen und dem Herrn Reichskanzler Fürsten Hohenlohe habe ich sie direkt geschickt.

Früher war es einmal meine Absicht, auf Grund der bestehenden Gesetzesvorschriften wegen erlittener gänzlicher **Rechtsverweigerung** und des Artikel 77 der Reichsverfassung eine Petition an den Reichstag zu richten und Remedur bei dem Bundesrate nachzusuchen. Jedoch habe ich davon Abstand genommen und würde einen Erfolg auch wohl nicht damit erzielt haben.

Auch bin ich mit meiner **Person** aus der Sache heraus, nachdem man den veröffentlichten Inhalt des ersten Theiles ruhig eingestekt und meist totgeschwiegen hat. Etwas anderes ist es aber **mit den Gerichten des Landes**. Wenn dieselben — wenn auch nur in einzelnen Fällen —, dahin gelangen sollten, sich von Politik und Machteinflüssen bei der Rechtsprechung leiten zu lassen, so sind wir auch in Deutschland verloren!! — —

Nach meiner Auffassung sind die Volksvertretungen dazu da, um in solchen Fällen, wenn sie in zuverlässiger Weise zu ihrer Kenntniss gelangen, heilend einzugreifen und Remedur zu schaffen.

In einer am 30. September 1897 an Seine Majestät den Kaiser und König nach Rominten gerichteten Immediat-eingabe, auf welche ich später noch zurückkomme, sagte ich:

„Am Schluß meines ehrfurchtsvollen Schreibens vom 24. Juni 1897 hat ich, daß Eure Majestät die Gnade haben möchten, mir mitteilen zu lassen, ob das Buch in Höchstihre Hände gelangte? Ich erhielt bisher aber weder hierüber eine Nachricht, noch überhaupt einen Bescheid.

Da bereits über drei Monate vergangen sind, hege ich die Hoffnung, daß der Grund hiervon vielleicht darin liegt, daß Euer Majestät den Bericht des Herrn Justizministers darüber befohlen haben, ob die gegen fünf Richter und drei Staatsanwälte angeführten Thatsachen aktenmäßig richtig sind, demnächst aber Remedur eintreten lassen wollen.

Wenn ich Seite 132 (Teil I) und 133 nachgewiesen habe, daß der höchste Gerichtshof in Preußen — damals das Obertribunal — seine eigenen und für die Gerichte des Landes maßgebenden zahlreichen Entscheidungen nicht beachtet hat, und mir dadurch den bei einem Antragsvorgehen stets zulässigen und von Amtswegen zu prüfenden Verjährungseinwand entzog, wodurch mir drei Monate Gefängnis zugewendet wurden, so muß mir eine Genugthuung dafür zu Teil werden. Und das geschieht mir, der ich Jurist bin und eine gewisse gesellschaftliche Stellung einnehme. Was würde denn ein armer Mann zu erwarten haben, falls man ähnlich gegen ihn vorgehen wollte?! Kann die mit allen Mitteln zu bekämpfende Sozialdemokratie hieraus nicht Waffen hernehmen?“ —

Auf diesen Punkt in jener Immediateingabe erhielt ich **keinen** Bescheid, wohl aber auf den nachstehenden:

„Ferner unterbreite Euer Kaiserlichen und Königlischen Majestät ich ehrfurchtsvoll die beiliegende Originaleingabe an den Grafen von Waldersee in Altona mit dem darauf befindlichen Bescheid*).

*) Anmerkung. Mir war nämlich neuerdings das Generalkommando des IX. Armeekorps als die „kompetente Behörde“, an welche mich das Militärkabinett verwiesen hatte, bezeichnet worden; jedoch erhielt ich am 12. August wieder den Bescheid, daß ich in der Annahme irre, daß Graf Waldersee die kompetente Behörde sei. Nachdem ich mich also nacheinander

Auf meine fernere Anfrage vom 15. August darüber, welches denn die kompetente Behörde sei, erhielt ich bis-
her wieder keinen Bescheid.

Da mir aus dem Militärkabinet Euer Majestät bereits
im Jahre 1889 die Weisung zugeing,

„den Antrag auf ehrengerichtliche Untersuchung
gegen den General der Kavallerie Fürsten Bismarck
der kompetenten Behörde zu übergeben,“

ich auch nicht annehmen kann, daß es in der preußischen
Armee einen General giebt, der **keinem Ehrengericht**
untersteht, so bitte Euer Kaiserliche und Königliche
Majestät in unbegrenztem Vertrauen auf Hochdero
Gerechtigkeit ich ehrerbietigst, der Sache nunmehr Fort-
gang zu verschaffen.

Ich bin **nicht** in der Lage, dieselbe auf sich beruhen
zu lassen, da der Fürst Bismarck sich dauernd weigert,
seine vor dem Kammergericht gemachten Angaben zu be-
richtigen und mich um Verzeihung zu bitten.

Jedoch werde ich mein ferneres Verhalten zunächst
von der Art des Eingreifens Euer Majestät abhängig
machen.“

Da ich auch hierauf acht Wochen lang keine Antwort er-
hielt, wendete ich mich am 20. November 1897 an den Chef
des Militärkabinetts General der Infanterie von Hahnke mit
der Bitte, mir zu sagen, ob mein nach Rominten gerichtetes
Schreiben in die Hände Seiner Majestät gelangt sei und ob
ich einen Allerhöchsten Bescheid auf dasselbe zu gewärtigen
habe? Ich schloß mit den Worten:

„Erhalte ich keine weitere Nachricht, so darf ich das
Einverständnis und den Wunsch Seiner Majestät des
Kaisers und Königs damit annehmen, daß ich im
Interesse deutscher Ehrenhaftigkeit die Korruptions-
zustände **rücksichtslos** weiter aufdecke.“

an drei Generalkommandos und an das Kriegsministerium gewendet habe,
scheint es für den vorliegenden Fall eine „kompetente **Behörde**“ überhaupt
nicht zu geben, — wie es auch weder ein Civilgericht noch ein Militär-
gericht gab.

General von Hahnke antwortete mir am 26. November 1897 nur mit wenigen Worten, daß er nicht befugt sei, die an ihn gerichteten Fragen zu beantworten, wobei mir auffiel, daß der Respektstrich bis zu seinem tief unten stehenden Namen reichte.

Dagegen erhielt ich durch das Generalkommando II. Armee-korps am 1. Dezember 1897 die Mitteilung, daß Seine Majestät „mein Immediatgesuch vom 30. September, — soweit es die Bitte um Einleitung einer ehrengerichtlichen Untersuchung wider den Generaloberst der Kavallerie Fürsten Bismarck betreffe —, ablehnend beschieden habe und gleichzeitig bestimmt worden sei, daß ich auf künftige dieselbe Angelegenheit betreffende Eingaben einen Bescheid nicht zu erwarten habe.“

Unter dem 5. Januar 1898 habe ich darauf dem Generalkommando gegenüber drei Punkte konstatiert, deren Wortlaut zu veröffentlichen, ich in Ehrerbietung zunächst noch Anstand nehmen will, denselben event. dem dritten Teile vorbehaltend.

Die früheren Allerhöchsten Befehle, wodurch mir die weiteren Schritte zu meiner Verteidigung überlassen wurden und ich durch das Militärkabinett unzweifelhaft doch nach Vortrag — aufgefördert wurde, den Antrag auf ehrengerichtliche Untersuchung gegen den General der Kavallerie Fürsten Bismarck bei der kompetenten **Behörde** direkt zu stellen, wurden dadurch wieder aufgehoben und ich hatte mich dem zu fügen. Dabei beschränkte ich mich auf die Bemerkungen, „daß es in Deutschland einen Mann gebe, welcher straflos Ehrenmänner öffentlich beleidigen und verleumden, könne und in der Armee einen General, der, wie es scheint unter keinem Ehrengericht steht.“

Meine an das Generalkommando gerichtete Bitte, diese Erklärung zur Kenntnis Seiner Majestät des Kaisers und Königs zu bringen, wurde von demselben abgelehnt. —

So stehe ich also in dieser Beziehung in voller Ehrfurcht wehrlos da. —

c) Mein Militärverhältnis.

Dem gegenüber fasse ich in Kürze die **Thatsachen** zusammen, welche mich in militärischer Beziehung betroffen haben:

Der General der Kavallerie Fürst Bismarck fühlt sich im Jahre 1876, zu einer Zeit, wo ich noch aktiver Rittmeister war, durch diskrete Privatgespräche, welche ich mit Standesgenossen auf einer Jagd, nach einem Diner, im Eisenbahnkoupée zc. hatte und die zum Teil über ein Jahr zurücklagen, ihm aber auf Betreiben eines Fremdes plötzlich denunziert wurden, beleidigt. Er fordert mich nicht, die militärischen Verordnungen über die Ehrengerichte werden auf ihn aber **nicht** angewendet; dagegen werde ich dem Strafrichter übergeben; der Einwand, daß der Antrag verspätet (später als drei Monate seit Kenntniß) gestellt sei, wird mir abgeschnitten, desgleichen der angetretene Wahrheitsbeweis durch Vorlegung der Bücher von Bleichröder und der Diskontogesellschaft. Ich erreiche nicht einmal die eidliche Vernehmung des Antragstellers (Fürsten Bismarck) und nach Wedemeyers Angabe der beiden Hauptzeugen, deren Namen ich event. im dritten Teile nennen werde. — Die Vernehmung des einen derselben war in einem Vorprozeß vom Gericht beschloffen worden, wenn er noch in Berlin anwesend sei. Da er abgereist war, unterblieb sie. Auch ein eigenes Verfahren!

Die Hauptsache, nämlich die Art der Konzeßionierung, welche Bismarck in großer Eile durchgesetzt hatte, obwohl ihm von hohen Beamten und Sachverständigen davon abgeraten war, weil ein Teil der außergewöhnlichen Privilegien dem preußischen Gesetze widersprach*) und eine Schädigung des Grundbesizes zu befürchten war — und Gründung der Preussischen Central-Bodenkreditbank und die dabei nach Wedemeyers Angabe ausgeteilten „Trinkgelder“ blieb unerörtert, Herr von Wedemeyer hatte 26 Personen genannt, an die solche Trinkgelder ausgeteilt worden waren, teils in barem Gelde, teils in Überlassung von Aktien zu einem Kurse von 20 Prozent weniger, als die Aktien für das Publikum an der Börse zu kaufen waren. Er hatte dies Verfahren in einer hinterlassenen Schrift scharf gegeißelt und ich nahm eine Stelle nach

*) Anmerkung. Daß diese Privilegien zum Teil ungesetzlich waren ist in Teil I, Seite 88 bis 96 durch den Justizminister Grafen zur Lippe durch den Stadtgerichtsrat Wilmanns und durch mich juristisch genau nachgewiesen.

dem ihm gegebenen Versprechen aus derselben in meiner im Sommer 1876 erschienenen Druckschrift: „Der sittliche Boden im Staatsleben“ auf.

Um vollständig genau zu referieren, ist der aktenmäßige Hergang dann folgender:

Im September 1876, nachdem die Schrift des Herrn von Dieß: „Der sittliche Boden im Staatsleben“ im Buchhandel erschienen war, richteten die Herren M. und N., welche zu der großen Zahl „**der Trinkgeld-Empfänger**“ gehörten, die Herr von Wedemeyer als solche bei der Gründung der Central-Bodenkreditbank bezeichnet hatte, gleichlautende Briefe an Herrn von Dieß mit der Anfrage, ob sie zu den Landwirten gehörten, die **bares Geld** nicht in Form von Aktien als Belohnung empfangen hätten? — und stellten für diesen Fall eine Forderung in Aussicht. Herr von Dieß mußte diese Frage verneinen, da nach einer besonderen schriftlichen Notiz des Herrn von Wedemeyer Herr N. = 40 000 Thaler und Herr M. = 60 000 Thaler Aktien zu dem für das Publikum nicht zugänglichen **Parikurje** erhalten hatten. Dies publizierte Herr von Dieß bald darauf in der „Kreuzzeitung“ mit dem Hinzufügen, daß diese beiden zu den Trinkgeldempfängern zweiter Klasse nach Herrn von Wedemeyers Angaben gehörten. Hierauf schwiegen die Genannten und von einer Forderung war keine Rede mehr. Herr N. suchte sich nur dadurch zu helfen, daß er in einer veröffentlichten Erklärung in der „Schlesischen Zeitung“ seinem früheren Briefe zwei Worte: „**Den Trinkgeldempfängern**“ **fälschlich** hinzusetzte, um glauben zu machen, Herr von Dieß habe früher **verneint**, daß er zu den „Trinkgeldempfängern“ gehöre. Einer Berichtigung des Herrn von Dieß versagte die „Schlesische Zeitung“ die Aufnahme.

Die Gewinne aus den sogenannten „korrekten Gründen“ (nach börsentechnischem Ausdruck), wie sie Herr von Wedemeyer beschreibt, wurden also, wie es scheint, nicht für unehrenhaft gehalten und hierin lag gerade das traurige Zeichen jener berüchtigten Gründerzeit. Die Gründe des ehrengerichtlichen Urtheils wurden Herrn von Dieß niemals mitgeteilt, jedoch wurde bei der Publikation als Grund angeführt,

„daß der Staatsanwalt gegen die Genannten nicht eingeschritten sei“.

Ich hatte diese Sachlage und einen Vorfall, der sich in dem Vorraume des Reichstages ereignete, sogleich dem Kommandeur meines Ehrengerichts **dienstlich gemeldet** und gebeten, den Ehrenrat zusammentreten zu lassen. Dies wünschte der Kommandeur aber nicht, da er fürchtete, daß dem Fürsten Bismarck daraus Unannehmlichkeiten erwachsen könnten. Da ich aber dringend wünschte, die Ansicht meiner Kameraden aus dem Offiziersstande darüber zu kennen, ob für mich doch vielleicht ein Anlaß vorliege, meinerseits zu fordern, traten auf Veranlassung des Kommandeurs sofort fünf Offiziers zusammen und es wurde in meiner Gegenwart folgendes Protokoll aufgenommen:

„Naugard, den 25. November 1876.

Infolge der schriftlichen Meldung des Rittmeisters von Dieft zu Daber an den königlichen Oberstlieutenant Herrn G., Bezirkskommandeur in Naugard, waren heute die Unterzeichneten zusammengetreten, um sich auf Grund vorzulegender schriftlicher Urkunden von Herrn von Dieft die Thatfachen klarlegen zu lassen,

daß er den „N.“ nicht für satisfaktionsfähig hält.

Der Rittmeister von Dieft-Daber legte zwei Schriftstücke vor, den Brief des Herrn von Wedemeyer vom 30. Juni 1875 und die eidesstattliche Erklärung des Hauptmanns a. D. Perrot vom 21. November 1876.

Nach Einsicht dieser Schriftstücke erklärten die Anwesenden:

1. Oberstlieutenant G.,
2. Rittmeister v. B.,
3. Premierlieutenant v. D—R.,
4. Premierlieutenant und Adjutant D.,
5. Sekondelieutenant v. D.

einstimmig, daß, wenn die darin enthaltenen Thatfachen auf Wahrheit beruhen, der Rittmeister von Dieft richtig darin gehandelt hat, den Herrn „N.“ nicht zu fordern.“

Vorgelesen. Genehmigt. Unterschrieben.

(Folgen sechs Unterschriften.)

Auf Grund dieses Protokolles und der ausdrücklichen Weisung des Herrn Kommandeurs meines Ehrengerichts mußte ich doch der Ansicht sein, **ganz korrekt** gehandelt zu haben, wobei bemerkt wird, daß die gewünschten Beweise nicht nur durch die vorgelegten Schriftstücke, sondern auch durch ein Kammergerichts-Erkenntnis geführt wurden.

Dessen ungeachtet wurde eine ehrengerichtliche Untersuchung gegen mich eingeleitet, weil ich die betreffenden **von mir** sich beleidigt fühlenden Personen nicht gefordert, also meine Standesehre nicht gewahrt habe. Ich war bis vor kurzem selbst Vorsitzender des Ehrenrats des Naugarder Bezirks gewesen, perhorreszierte aber jetzt den Neffen des Fürsten Bismarck als Beisitzer des Ehrenrats, weil nach mir gemachten zuverlässigen Mitteilungen sein Onkel derselben Art bei der qu. Gründung einen Geldgewinn gemacht haben sollte, wie die übrigen Personen, nur mit dem Unterschiede, daß er vielleicht nicht gleich davon Kenntnis hatte. Man nahm aber auf diesen Protest zunächst keine Rücksicht, sondern ließ mich von dem Ehrenrat unter Zuziehung des Neffen vernehmen. Später wurde dann die Entscheidung meinem Antrage entgegen einem Infanterie-Regiment übergeben, während ich als Cavallerist die Entscheidung von dem 2. Kürassier-Regiment in Pasewalk beantragt hatte.

Von 20 vorgeschlagenen Zeugen über die ganze Sachlage, die Gründermanipulationen und die gemachten Gewinne wurde nur einer, ein Major a. D., vernommen, welcher sich vollkommen meiner Auffassung und der in dem obigen Protokolle niedergelegten angeschlossen. In einem später von diesem Zeugen auf Revision des ehrengerichtlichen Verfahrens an Seine Majestät den Kaiser und König Wilhelm I. gerichteten Immidiat-Antrag vom 9. Mai 1877 heißt es wörtlich:

„Herr von Dieft hatte 20 Zeugen vorgeschlagen. Nachdem von diesen einer vernommen war, muß der Ehrenrat bereits die Überzeugung gewonnen haben, daß Herr von Dieft gerechtfertigt sei. Denn alle weiteren Verhandlungen resp. Zeugenvernehmungen wurden eingestellt und Herr von Dieft sofort zur Schlußverhandlung vorgeladen mit dem ausdrücklichen Bemerken, daß es einer weiteren

Verteidigung nicht bedürfe. Der Ehrenrat hatte sich der Ansicht des einzigen Zeugen — (obwohl, wie dieser erklärte, die Grenzen der Aussage so eng gezogen wurden, daß die völlige Klarlegung der Sachlage ausgeschlossen blieb) — **ausgeschlossen**, sobald derselbe nur andeutungsweise die Verhältnisse gekennzeichnet hatte. Ja der Ehrenrat scheint die Ansichten des einzigen Zeugen **so unbedingt geteilt zu haben**, daß er — wie sein schnelles Verfahren beweist — außer Zweifel war, mit seiner Ansicht beim Ehrengericht durchzudringen.

Hätten sich die Ansichten des Ehrenrats geändert, dann hätte er ja Herrn von Dieft zu seiner Verteidigung aufgefördert, also wurde Herr von Dieft . . . verurteilt und ihm bei Publikation des Erkenntnisses als einziger Grund angegeben, daß er seine Gegner hätte fordern müssen, weil gegen sie die Gerichte nicht eingeschritten seien

Von unendlicher Tragweite und eingehendster Revision bedürftig ist der von dem Ehrengericht aufgestellte Grundsatz, **die Satisfaktion mit der gesetzlichen Straflosigkeit zu identifizieren.**“

Dazu kommen noch folgende Thatumstände:

1. **Ich war in einem für die Ehre Deutschlands unternommenen schweren patriotischen Kampfe der Beleidiger.** Ich war, als der Kampf begann, aktiver Offizier. Es hätten also, nach den aufgestellten Grundsätzen, alle Personen, welche sich beleidigt fühlten, zumal sie selbst aktive Offiziere waren, wie Fürst Bismarck u. s. w., **mich fordern müssen**, was nicht geschah.

2. Zu einer **Beweisführung und Verteidigung** gelangte ich, wie bereits angeführt ist, **nicht**, weil sie mir abgeschnitten wurde.

3. Von der **Anberaumung des Spruchtermines** wurde ich **garnicht benachrichtigt**, also meiner Verteidigung beraubt.

Dieses **gänzlich instruktionswidrige Verfahren allein** bedingte m. E. schon die Revision und Aufhebung des Spruchs.

Alles dessen ungeachtet lautete der Spruch auf Entlassung **mit schlichtem Abschied** und auch mein hiergegen an die

Allerhöchste Stelle auf Revision des Verfahrens gerichtetes Immediatgesuch, in welchem ich mich u. a. auf das Gutachten des Feldmarschalls Grafen Moltke, des Generals der Infanterie Grafen Werder und des Generals der Infanterie von Schwarzhoff berief, wurde durch das Militärkabinett zurückgewiesen. Die jüdisch-liberale Presse **veröffentlichte** den schlichten Abschied **sofort** und zwar früher als das „Militär-Wochenblatt“. Woher sie die Kenntnis hatte, ist mir unbekannt geblieben.

Das Gutachten des Feldmarschalls Grafen Moltke, welches der allein vernommene Zeuge auf eigenen Antrieb einholte und von welchem Gebrauch zu machen Graf Moltke mir ausdrücklich gestattete, hat folgenden Wortlaut:

Berlin, den 29. April 1877.

„Euer Hochwohlgehoeren beehre ich mich in Erwiderung auf das gefällige Schreiben vom 25. d. M. unter Wiederanschluß sämtlicher Anlagen, betreffend den ehrengerichtlichen Spruch gegen Herrn von Diest-Daber nachstehend die Auffassung auszusprechen, welche ich glaube aus demselben entnehmen zu dürfen.

Der Ehrenrat hat nur einen von zwanzig vorgeschlagenen Zeugen vernommen, sich anscheinend der Ansicht desselben angeschlossen, **eine Verteidigung des Angeklagten nicht nötig gehalten** Das Ehrengericht stimmt dem entgegen auf Verletzung der Standesehre, **weil** Angeklagter seinen Gegner nicht gefordert habe. Letzterer hat dies nicht gethan, weil er sie bonafide für nicht satisfaktionsfähig gehalten hat. Das Ehrengericht ist aber der Meinung, man müßte sie ohne weiteres für satisfaktionsfähig halten, „weil das Civilgericht nicht einschritt“?!

Infolge dieser Umstände ist Angeklagter, **ohne**, daß anscheinend der Thatbestand völlig klargelegt wurde, und **ohne** (nach § 41 pp. der ehrengerichtlichen Verordnung von 1874) zur **Verteidigung** resp. **Beweisführung** gelangt zu sein, wie oben verurteilt, das Erkenntnis Allerhöchsten Orts bestätigt und Angeklagter mit schlichtem Abschiede entlassen worden.

Die Parteipresse beutet diese Entscheidung gegen den Hauptangreifer des Gründertums als öffentliche königliche Ehrenerklärung überhaupt aus!

Wenn diese meine Auffassung richtig ist und Euer Hochwohlgeboren als Standesgenosse des Herrn von Dieß-Daber Veranlassung nehmen wollen, die nach den Allerhöchsten Bestimmungen immerhin möglich erscheinende Revision des ehrengerichtlichen Verfahrens zu beantragen, so kann ich nur den Rat erteilen, dies ohne jede indirekte Vermittelung durch Immediat-Eingabe bei Seiner Majestät dem Kaiser und Könige zu versuchen.“

Graf Moltke, Generalfeldmarschall.

Die Namen der betreffenden „Gründer“ will ich hier noch nicht nennen, behalte dies event. aber dem dritten Teile vor und bemerke nur, daß der eine derselben (M.), von welchem das Protokoll vom 25. November 1876 handelt, noch eine große Rolle in den Parlamenten spielt, nachdem er zur Zeit des Fürsten Bismarck mehrfach ausgezeichnet wurde. Den weiteren Hergang habe ich im ersten Teile eingehend dargethan und unter Beweis gestellt und führe hier nur an, daß ich zu Ende des Jahres 1891 durch Allerhöchste Kabinetsordre in die Kategorie der ehrenvoll verabschiedeten Offiziere zurückversetzt und mir etwas später auch die während des Feldzuges getragene Uniform des 3. Landwehr-Drägoner-Regiments wieder verliehen wurde.

Wie im Jahre 1894 von neuem militärischerseits gegen mich eingeschritten wurde, ist im Teil I, Seiten 177 bis 184 eingehend beschrieben. Ich gehe hier darüber fort und bemerke nur, daß mir von hoher Stelle durch einen Freund im Februar 1898 eine abermalige Vergünstigung in Aussicht gestellt wurde, **wenn ich nur schweigen wollte.** Dies habe ich mit Entrüstung zurückgewiesen und werde auch darüber event. im dritten Teile Aufklärung geben.

Hier kann ich nur die Worte wiederholen, welche ich in der Immediatengabe an Seine Majestät den Kaiser Wilhelm I. am 4. Juni 1882 aussprach:

„Sollte ich, weil ich in unerschrockener Weise den Kampf für die Ehre Deutschlands aufgenommen habe, nicht mehr wert geachtet werden, meines Königs Rock (die Uniform) zu tragen, so würde ich auf die Ehre **verzichten** müssen, der preußischen Armee anzugehören. Was ich bisher für meinen Kaiser und mein Vaterland gelitten habe, weiß nur Gott allein . . .“

Könnte Euer Kaiserliche und Königliche Majestät ich in die Augen blicken und mich offen in vollster Ehrfurcht aussprechen, so würden Allerhöchstdieselben anders über mich denken und das Hohenzollernsche „**Suum cuique**“ würde mächtig durchschlagen! — Die Zeiten scheinen leider vorüber zu sein, in denen auch der geringste Unterthan Zutritt zu seinem Könige und Herrn erhielt. Wiederholt bitte ich ehrfurchtsvoll um eine Audienz.“

Ich habe **keine** Audienz erhalten, werde auch um **keine** mehr bitten — —, obwohl mir der General von Versen seinerzeit schrieb, daß Seine Majestät der jetzt regierende Kaiser großes Interesse für die von mir vertretene Sache habe. —

Der einzige von dem Ehrenrat vernommene Zeuge — ein Major a. D., früher im 2. Garde-Regiment — hatte sich im Jahre 1889 auch erboten, Seiner Majestät genaue Aufklärung über die Sachlage zu geben, wenn ihm eine Audienz gewährt werde. Auch diese durch den General von Hahnke erbetene Audienz wurde jedoch **abgelehnt**. Dagegen hatte der qu. Major eine eingehende Besprechung mit dem Herrn General von Hahnke, deren Resultat von ersterem sofort zu Papier gebracht und mir geschickt wurde. Nur einige Punkte sollen daraus hier angeführt werden, Weiteres eventuell dem dritten Teile vorbehaltend:

a) Der Major erklärte dem General von Hahnke,

daß er in der Ehrensache mit von Dieft stehe und falle, da er letzteren für ungerecht verurteilt halte.

b) Der Major beharrte dabei, daß der Rittmeister von Dieft vom Standpunkte der militärischen Ehre aus **korrekt** gehandelt habe. von Dieft sei nicht in der Lage gewesen, die Herren M. und N., die sich von ihm beleidigt gefühlt hätten, zu fordern, nachdem er dem Kommandeur seines

Ehrengerichts die Sache sofort gemeldet und dieser, unter Zuziehung einer Anzahl Offiziere, die beantragte Berufung des Ehrenrats ablehnend, von Dieft eine Forderung sogar protokollarisch untersagt habe. Herr von Dieft sei der Beleidiger gewesen, Gegenbeleidigungen hätten daher keine Wirkung auf ihn ausüben können. Dies alles habe er (der Major) bei Beantragung der Revision im Mai 1877 Seiner Majestät dem Kaiser Wilhelm I. bereits eingehend schriftlich erklärt.

Überdies seien die betreffenden Herren für von Dieft nicht satisfaktionsfähig, da er ihnen „Trinkgeldempfang“ in Gründereien öffentlich vorgeworfen habe und sie sich da nicht reinigten.

c) General von Hahnke erklärt dem Major,

„daß für den vorliegenden Fall **ein Befehl Kaiser Wilhelms I.** existiere, daß, wenn Fürst Bismarck als irgendwie beteiligt angesehen werden sollte, derselbe durch keine militärische Gerichtsbarkeit für irgend etwas zur Verantwortung gezogen werden dürfe, ebensowenig aber als General sich den Civilgerichten zu stellen habe.“

Als der Major dies mir mittheilte, fügte er hinzu, daß dann allerdings nichts zu machen sei. — —

Da es sich um eine **Ehrensache** handelt, in welcher ich von dem Fürsten Bismarck öffentlich preisgegeben worden bin, so kann von einer Rücksicht und Schonung irgend welcher Art nicht mehr die Rede sein und werde ich daher die an mich gerichteten Briefe im dritten Teil eventuell veröffentlichen.

d) Material aus England.

In dem oben angeführten Immediatschreiben an Seine Majestät den Kaiser und König, welches ich am 30. September 1897 nach Rominten richtete, habe ich bereits eines eingeschriebenen Pakets Erwähnung gethan, welches ich am 12. August 1897 von einem alten Herrn aus England erhielt, der früher lange Jahre in Berlin lebte und auch bei Bleichröder thätig war. Er sandte mir dies, nachdem er meine Schrift „Bismarck und Bleichröder“ gelesen hatte.

Natürlich kann ich hier nur dafür einstehen, daß diese Mitteilung erfolgt ist. Da aber der betreffende Herr nach eingezogener Erkundigung ein tüchtiger und zuverlässiger Kaufmann ist und das Gelieferte manchen interessanten Einblick gewährt, so lasse ich einen Teil davon hier folgen. Es wurden von ihm mehrere Personen in Berlin genannt, welche eine bedeutende Vervollständigung liefern könnten; jedoch habe ich dieselben bisher nicht aufgesucht und behalte weiteres eventuell dem dritten Teile vor.

Er schreibt:

Gedankenspähne. (Nach Durchlesung ihrer neueren Broschüre, betitelt „Bismarck und Bleichröder“.)

„1. Wenn Sie Ihre Sisyphusarbeit, welche Sie nun schon bald seit 20 Jahren betreiben, in der bisherigen Weise fortsetzen, so bleiben Sie resultatlos und ruinieren Ihre letzten Lebenskräfte.

2. So viel ich aus Ihrer Broschüre entnehme und selbst hier von Personen, die Ihre Angelegenheit und Sie persönlich kennen, hörte und aus meiner persönlichen Wissenschaft, daß eine kleinere oder größere Klitsche in Pommern — und namentlich jetzt — überhaupt einen Überschuß nicht abwirft, so sind Sie es sich und Ihrer zahlreichen Familie schuldig, zur Fortsetzung Ihres berechtigten Kampfes ein ganzes neues Programm zu entwerfen, zu welchem ich mir erlaube, nachstehend Material zu unterbreiten, welches besonders logisch zu ordnen ich keine Zeit habe und überhaupt kürzer schreiben würde, wenn ich mehr Zeit hätte.

3. Vor allen Dingen finden Sie unter Ihren unerschrockenen und treuen Freunden ein Komitee von acht oder zehn tadellosen Namen und Männern.

4. Dieses Komitee würde die Aufgabe haben, **selbst ohne Ihr Zutun** einen Fonds zu sammeln und zu bilden, welcher genügend ist, das ganze Projekt zu finanzieren. Ich meine, daß dazu eine Summe von 50 000 Mk. hinreichend sein wird, mit der Versicherung des Komitees, daß ein sich etwa ergebender Überschuß

verwendet werden soll, um einen in Raumburg a. Saale bestehenden Fonds zu füttern,

der dazu bestimmt ist, solchen Leuten zu helfen, denen die vollen oder die kleinsten Mittel fehlen, um im Prozeßwege Recht zu erlangen.

5. Jenes Komitee hätte in einem kurzen Aufruf ein Programm zu entwerfen . . . ; um alle diejenigen aufzufordern, kleinere oder größere Beträge beizusteuern, um diese Finanzierung und den Fortgang Ihrer gerechten Forderung zu ermöglichen.

6. Aus diesem Fonds würde in erster Linie zu bestreiten sein

ein erster Preis von 5000 Mk.,

ein zweiter Preis von 3000 Mk. und

ein dritter Preis von 2000 Mk.

für das beste zweite und dritte Aktionsprogramm.

7. Das Komitee würde ferner sich ein Unterkomitee aus Rechtsverständigen zu bilden haben und beide Komitees in Gemeinschaft zu entscheiden, wie die Preise zu verteilen sein würden.

8. Alle diejenigen, die sich bei dem Preisausschreiben beteiligen wollen, hätten sich bei dem Komitee unter Chiffre zu melden und würden neben Broschüre mit allem in ihren Händen befindlichen Material in lithographierter Form zu versehen sein.

9. Da ein sehr langer Termin für Einreichung dieser Preisschriften, z. B. vier Wochen nach der letzten empfangenen Information, nicht erforderlich erscheint, so würde noch im Jahre 1897 die Sache vollen Fortgang finden.

10. Ihre früheren Broschüren habe ich nicht gelesen. Ich nehme aber an, daß darin nichts wesentlich Unbekanntes enthalten ist.

11. Wohl aber scheint Ihnen Vieles unbekannt zu sein, was sich hinter den Kulissen, namentlich in Berlin, in den siebziger Jahren abgespielt hat.

12. Ich halte es nicht nötig, heute auf alle diese Details einzugehen, wenn ich von Ihnen erfahren sollte, daß Sie dieser gründlichen Programmänderung nicht

zuneigen; aber zur Unterstützung dieses Memorandums möchte ich wenigstens einige Punkte anführen, damit Sie daraus ersehen, daß ich mit den ganzen Vorgängen und Einzelheiten nicht unvertraut bin.

- a) Ich kenne Bismarck, als er 1848 sich an Franzlers Ecke bemerkbar machte.
- b) Ich kenne ihn als Zeitungskorrespondenten für die „Magdeburger Zeitung“, als er Gift und Galle in Zeitartikeln ablagerte.
- c) Ich kenne ihn, als Pauline Lucca sich mit ihm oder er mit ihr einließ.
- d) Ich kenne ihn als Besitzer von Barzin und von da viele Einzelheiten, die wohl Niemand besser kennt.
- e) Ich weiß, wie Bleichröder vor Schluß des Frankfurter Friedens jeden Betrag von 4, 4½ prozentigen Staats- und Sekuritätspapieren in ungezählten Summen zu jedem Kurse einkaufte, um sie später dann dem großen Pensionsfonds, der seinen Anfang durch die Kriegsanleihe hatte, zu den dann geltenden Tageskursen aufzuhalten.
- f) Ich könnte aus meinen eigenen Geschäftsbüchern, allerdings mit vieler Mühe, die Nummern der Aktien . . . — (es folgen die Namen der Aktien) — feststellen nach Nummern und Lieferungskurs, welche ich selber bei Bleichröder zur Zahlung präsentierte, und welche dann in den Büchern des Kriegspensionsfonds nach Nummer und Kurs sich wiederfinden würden.
- g) Ich weiß, daß lediglich auf Betreiben von Bismarck die damalige Kronprinzessin . . . — (es folgen hier Thatsachen und Beziehungen, die zu verschweigen ich für angemessen halte). —
- h) Daß unter solchen Umständen ein Charakter wie Bismarck üppig und üppiger wurde, ist nicht zu verwundern, und das Einzige aus selbst seinem geschichtlichen Dasein . . . ist sein Geiz, in den er verfiel, seit Bleichröder um ihn seine Klauen spannen durfte.

Dies ist eine Konsequenz, die sich bei der Mehrzahl derjenigen Leute ergibt, welche es als Lebensaufgabe erlernen, den Mammon als etwas anderes zu betrachten, als ihn wie eine Durchgangsstation zu benutzen. —

Wie weit ich sonst noch über Details unterrichtet bin, darüber lasse ich noch einige Nummern folgen.

- I. Der frühere Kammergerichts-Referendarius — (Name) — war in ihrem Prozesse der Gerichtsschreiber und ihm sind die ganzen intimen Verhältnisse und Vorgänge bekannt. Er hat mir darüber wiederholte Mitteilungen gemacht, die ja natürlich zu jener Zeit als dies geschah, nur dazu dienten, um die große Machtvollkommenheit zu illustrieren, deren Bismarck sich unter dem alten Kaiser erfreute und sie redlich mißbrauchte . . . Natürlich bin ich in dieser Richtung auf Ihren Prozeß nicht weiter eingegangen. Ich bin aber sicher, daß der — (Name) — darüber noch vieles andere mitteilen könnte und, wie ich sicher annehmen darf, auch mitteilen würde, da er moralisch die vielen Übergriffe Bismarcks scharf verurteilte.

Er ist zur Zeit naturalisierter Engländer, war vor der Zeit Rittmeister der Reserve irgend eines Kavallerie-Regiments in Deutschland und ist jetzt englischer Barrister, ein sehr scharfer Jurist. Wenn Sie oder andere Kameraden sich an ihn wendeten, so würde er sicher maßgebliche und vertrauliche Mitteilungen machen, welche Ihrer ganzen Sache nur förderlich sein könnten. Wie dies anzufangen und zu verfolgen, darüber würden spätere Beratungen nötig sein . . . Seine Adresse ist . . .

- II. Der (Name) ist in Hofaffären, Bismarcksachen, Kaiser und Kaiserin Friedrich u. s. w. ein sehr eingeweihter Mann. Ich kenne seine augenblickliche Adresse in Berlin nicht, die aber leicht aus dem Wohnungsanzeiger auszufinden ist. Wenn Sie ihm ein Exemplar Ihrer Broschüre übersenden, ihm einen Besuch machen, so werden Sie manches von ihm hören . . .

- III. Dieser (Name) kann Ihnen nähere Mitteilungen darüber machen, wie der höhere und bis den vielen schätzbaren

Gründungen der siebziger Jahre beteiligte Judenzirkel alle Minen springen ließ, um die verschiedenen Staatsanwaltschaften von einem Vorgehen gegen jene betrügerischen Gründer abzuhalten.

Der alte Kaiser hörte davon, . . .

Natürlich hatte Bismarck in seinem hohen Interesse auch seine Finger mit im Spiel, weil Bleichröder und viele andere große Finanzleute darin verwickelt worden wären. Die ganze Sache wurde in der Weise lanciert, daß ebenso wie die Garde-Offiziere Berlins **durch** Bismarck Ordre erhielten, Einladungen zu Festlichkeiten des Bleichröder zu acceptieren, ebenso mußten sich die Inhaber der Firmen — (es folgen die Namen einiger Firmen) — als christliche Mitglieder der verschiedenen Börsen dazu hergeben, neben den Mitgliedern des Ältesten-Kollegiums der Berliner Kaufmannschaft, auch **die sämtlichen Staatsanwälte Berlins** zu lukullischen Dinern einzuladen, welche als Regel Sonntags — (es wird der Ort, wo diese Diners waren, genannt) — bei . . . stattfanden.

Wenn ich mich auch darüber **ganz vorsichtig** ausdrücke, so ist es **Thatfache**, daß diese korruptiven Schritte ausgeführt sind, daß viele solcher Diners, fast nur an Sonntagen, stattgefunden haben, und daß Bismarck und der Justizminister (auch Madai) darum wußten, daß diese Einschmörung und Erreichung einer guten Stimmung stattgefunden hat; weil sonst jenes gemeinschaftliche Erscheinen **aller** Staatsanwälte Berlins wohl ausgeschlossen gewesen wäre.“*)

„Diese Punkte scheinen mir genügend zu sein, um Ihnen die Überzeugung zu verstärken, daß eine fernere Ausgabe Ihrer Enthüllungen notwendig und förderlich ist, um Ihre schwierige Angelegenheit zu einem guten Erfolg zu bringen, was ich von Herzen wünsche.

*) Anmerkung. Man kann sich die Richtigkeit dieser Angabe kaum denken, da aber der betreffende Herr mir als zuverlässig bezeichnet wurde und ausdrücklich dabei bemerkt, daß er sich „ganz vorsichtig“ ausdrücken wolle, so habe ich dies nicht fortgelassen.

Je vorsichtiger Sie dabei vorgehen können und je unparteiischer das von mir gedachte Komitee die Redaktion solcher Enthüllungen übernimmt, desto besser werden Sie den Boden vorbereiten, um . . . — (es folgt eine Äußerung über den Charakter Bismarcks, die ich fortlasse) —

Der jetzige Kaiser **kann** und **wird** solche Thatfachen nicht übersehen. Er **muß** und **wird** Ihre Angelegenheiten in irgend einer Weise fördern. Denn darüber ist einem vernünftigen Menschen doch kein Zweifel, daß Bismarck zu den reichsten Leuten Deutschlands gehört, obgleich er nicht unter den Höchstbesteuerten klassifiziert ist.

— (Es steht hier wieder etwas Scharfes über Bismarcks Charakter = Eigenschaften, was fortbleibt.) —

Daß nach seinem Tode noch manches in die Öffentlichkeit kommen wird, ist außer Zweifel.

Da ich selbst leider unter „Schreibkrampf“ zu leiden habe, so konnte ich nicht selber schreiben und habe dieses Exposé einer meinen kleinen Enkelinnen andiktirt.

Ich setze voraus, daß Sie als Ehrenmann nur solchen Gebrauch dann machen, wie er *raisonable* ist und daß, wenn Sie durch Verhältnisse gezwungen waren, darin weiter zu gehen, erst meine Genehmigung dazu einholen. Ich schließe meine Karte bei, um die Anonymität dieses Schriftstückes zu decken.“

Diese Genehmigung ist eingeholt und nichts dagegen eingewendet worden, daß ich Gebrauch davon mache.

Der betreffende Herr hat mir später noch mehrere Personen genannt, von denen ich auch Material erhalten könne, jedoch habe ich mich bisher mit ihnen nicht in Verbindung gesetzt und behalte dies eventuell vor, wenn ich genötigt werden sollte, im dritten Teil **noch deutlicher zu werden**.

Am 16. August 1897 habe ich ihm für seine Mitteilungen gedankt, die Bildung des vorgeschlagenen Komitees aber abgelehnt. Auch würden m. E. die „unerschrockenen Männer“

dazu gefehlt haben, zumal wenn sie noch Beiträge dazu zahlen sollen. — Geldopfer für meine Aufgabe sind bisher nur mir reichlich zugefallen.

Der betreffende Herr hat mir später noch mitgeteilt, daß auch der Prinz von Wales meine Schrift „Bismarck und Bleichröder“ gelesen habe.

e) **Die Wahrhaftigkeit** gegen sich, gegen den Nächsten und in der Politik.

In der Wiener „Neuen Freien Presse“ fand sich im August 1897 folgendes Citat, welches die „Colberger Volkszeitung“ vom 15. August wiedergab:

„Überhaupt hebt der Fürst Bismarck immer den Unterschied hervor zwischen dem Charakter der Engländer als Privatpersonen und der englischen Politik. Der einzelne Engländer sei anständig, achtbar und zuverlässig. Der Vorwurf **der Lüge** sei der schwerste, den man ihm machen könne. Die englische Politik hingegen sei von allem das Gegenteil. Ihre hervorstechendste Eigenschaft sei die Heuchelei, sie wende alle Mittel an, die der einzelne Engländer verabscheue. Das unglaubliche Maß von Heuchelei und Verschöndelung, wie es der englische Politik eigen sei, wäre an der französischen Politik nicht nachzuweisen, obwohl sie zu Zeiten auch nicht sehr wählerisch gewesen sei.“

Ich kann nicht beurteilen, inwieweit diese Mitteilung authentisch ist, möchte aber daran erinnern, daß der Fürst Bismarck **andere** mit Leichtigkeit und ohne vieles Bedenken **der Lüge** bezüchtigte, ohne an **eigene** Wahrhaftigkeit zu denken.

Professor Dr. Horst-Kohl in Chemnitz, auf welchen ich noch besonders zurückkommen werde, sagt in seinem „Wegweiser durch die Bismarck'schen Erinnerungen“ (Seite 2 und folgende) das Nachstehende, welches auch in einem Aufsatze des „Leipziger Tageblattes“ Aufnahme fand:

„Er hat immer **nur der Wahrheit gedient** und wer voraussetzt, daß ihn ein Besuch des Kaisers hätte bestimmen können, auch nur einen Strich an dem zu ändern, was er nach reiflicher Erwägung seinen Denkwürdigkeiten

einverleibt hatte, der beurteilt ihn nach dem eigenen Empfinden und vermag **die sittliche Größe** dieses Mannes nicht zu erfassen . . .“

„So sind die Gedanken und Erinnerungen sein eigenstes Werk . . .“

„Mit Bequemlichkeit konnte der Fürst an die nochmalige Durchsicht gehen und sie gab ihm noch oft Gelegenheit zu Umdänderungen, Berichtigungen, . . **zur Wilderung** einzelner Ausdrücke, namentlich dann, wenn es sich um Beurteilung von Persönlichkeiten handelte. Die Neigung, überall in meliorem partem auszulegen, nahm bei den alten Fürsten mit jedem Jahre zu: die Güte seines Herzens offenbarte sich in den letzten Jahren in der oft überraschenden Zartheit seines Empfindens. Er wollte bewußt niemand wehe thun und das „*littera scripta manet*“ — bestimmte ihn, in der Beurteilung von Menschen und Ereignissen vorsichtig den Ausdruck zu wägen, um nicht durch ein „Zuviel“ ungerecht zu werden.“

Ich habe von dieser „**Wahrheit**“, „**Wilde**“, und „**Gerechtigkeit**“ weder in dem Verfahren gegen mich, noch in der Beurteilung anderer, z. B. meines verehrten Onkels Ernst von Bodelschwingh, meines Schwagers von Bernuth, meines Onkels des Finanzministers Carl von Bodelschwingh u. u., etwas gemerkt.

Ein anderer sonstiger Verehrer des Fürsten Bismarck schreibt mir dagegen am 29. Januar c.:

„Bismarcks Buch strotzt von Irrthümern, ja von häßlichen Phantasiegebilden.“

Wiederum soll nach der „**Staatsbürgerzeitung**“ vom 8. März 1899 (Nr. 114) Lothar Bucher die Erinnerungen als ein der Welt hinterlassenes politisches Testament und als ein „streng historisches in sich abgeschlossenes Werk“ bezeichnet haben. Man kann zu dieser Geschichtsquelle nicht gratulieren! — wenn selbst der citierte Aufsatz in der „**Kölnischen Zeitung**“ sich dahin ausspricht, daß das Werk historisch wichtiger gewesen wäre,

„wenn die objektive Wahrheit überall in ihm zu ihrem Rechte käme.“

In letzterer Beziehung sind mir in meinem Leben noch schärfere Urteile über die Wahrhaftigkeit des Fürsten Bismarck begegnet, für deren Richtigkeit ich mich verbürge, ohne die Personen zu nennen.

Ein Mann in hervorragender Stellung, welcher den Fürsten genau kannte und mancherlei Erfahrungen mit ihm gemacht hat, äußerte sich dahin:

„Zweierlei läßt er nicht; sein Lügen und seine Nachsicht.“

Und eine andere Person, welcher die Charaktereigenschaften des Fürsten so genau bekannt war, weil ihr Bruder lange Jahre eine Vertrauensstellung bei dem Fürsten eingenommen hatte, sagte mir zu Ende des Jahres 1877, als das anonyme auf Veranlassung Bismarcks dem Kammergericht übergebene Schriftstück in dem Verhandlungstermine zweiter Instanz von dem Staatsanwalt Feige gegen mich verlesen worden war:

„Ich kann Dir nur einen Vorwurf machen; wie kannst Du Dich mit einem Manne in einen Kampf einlassen, dessen drittes Wort eine Lüge ist! Dies war zwar bildlich gemeint, aber ich habe der Härte dieses Urteils sogleich widersprochen.“

Dieses nur bildliche Urteil habe ich gleich als zu hart bezeichnet, will mir auch die Härte beider Urteile nicht aneignen, habe aber allerdings die traurigsten Erfahrungen in dieser Richtung gemacht. In dem ersten Teile habe ich unter Beifügung der Beläge nachgewiesen, daß der Fürst Bismarck **Unwahrheiten** gegen meinen Onkel den Minister Ernst von Bodelschwingh, gegen meinen Schwager den früheren Polizeipräsidenten von Bernuth, gegen den Grafen Harry Arnim und gegen mich öffentlich ausgesprochen hat, ohne es der Mühe wert zu halten. **dieselben zu berichtigen.**

Jener Aufsatz in der „Kölnischen Zeitung“ vom 11. Dezember 1898 (Nr. 1165) sagt auch:

„Von einem Manne, der niemals zugab, daß er sich geirrt habe, niemals, daß er Unrecht gehabt zu erwarten, daß er unparteiische Geschichte hinterlassen werde, wäre sonderbar naiv gewesen.“

Es wird ferner dort angeführt, daß ein Kollege aus dem Reichstage, der mit dem Fürsten Bismarck befreundet und ihm zugethan war, ersucht worden sei, in einer Sache persönlich auf ihn einzuwirken, worauf derselbe erwidert habe:

„Da würde ich schön ankommen. Wenn glauben Sie, daß Bismarck sich je durch sachliche Gründe hätte bestimmen lassen?“

„So auch ist es zu erklären, daß er in jeder Gegnerschaft nur persönliche Motive gewahrte.

Bismarck war ein stammer Royalist, solange es galt, zwischen ihm und allen anderen für den König einzustehen. Nur wenn es sich um ihn selbst handelte, zwischen ihm und dem König allein, wechselten die Empfindungen. Da wick alles dem überlegenen Selbstbewußtsein, dem allerdings nicht unberechtigten. Er schildert oft, wie er gekämpft und gelitten. Man weiß aber auch, wie sein geliebter König oft schwer an ihm zu tragen hatte. Die Wendung, die derselbe einmal einem Vertrauten gegenüber gebraucht haben soll: „Es ist nicht leicht, unter einem solchen Kanzler Kaiser zu sein,“ klingt glaubhaft.“ Das sind alles Bemerkungen, denen man die Richtigkeit nicht absprechen kann.

In den Erinnerungen eines alten Mannes (M. Andrae-Roman, der mit Bismarck befreundet war) an den Fürsten Bismarck, welche das „Daheim“ vor kurzem abdruckte, findet sich mancherlei von Interesse, aber auch manches, dem man widersprechen muß. Hier soll nur eine Stelle erwähnt werden (Seite 155), aus welcher hervorgeht, daß der Fürst schließlich mit **allen** alten Freunden zerfallen war und Widerspruch überhaupt nicht mehr ertragen wollte. Es heißt dort:

„Ebenso offen, wie er sich aussprach, konnte er es früher ertragen, daß andere ihm gegenüber mit voller Offenheit ihre, wenn auch entgegengesetzten Meinungen äußerten. Später, als er mit fast allen seinen alten Freunden zerfallen war, als seine ungeheuren Erfolge ihn unzugänglich gemacht hatten, mußte das natürlich anders werden. Als von den alten Freunden nur noch

Blankenburg mit ihm verkehrte und ich diesen einmal bat:

„Sie sind nun der einzige, der ihm etwas sagen kann, auf dies . . . müssen Sie ihn durchaus aufmerksam machen, das kann doch nicht so gehen,“ antwortete er mir: „Was denken Sie sich eigentlich? Wollte ich ihm das sagen, so riskierte ich, daß er mir den Stiefelknecht an den Kopf würfe.“

Auch Hans von Kleist-Rekow bestätigte es oft . . ., wie schwer es sei, mit Bismarck zu verkehren, und daß es ihm unerträglich sei, eine entgegengesetzte Anschauung zu hören. Eine Ausöhnung mit den meisten Deklaranten, deren Liste lange Jahre neben seinem Schreibtisch hing, hat niemals stattgefunden; zu meiner tiefen Betrübnis auch mit mir nicht, trotzdem sich oft Gelegenheit dazu bot. Das muß ich aber bezeugen, daß mein Widerspruch, der doch wiederholt vorkam, niemals eine unfreundliche Erwiderung gefunden hat. Einmal nur war es ungefähr so.“

In den in neuester Zeit erschienenen Tageblättern von M. Busch wird ein Gespräch zwischen dem Fürsten Bismarck und M. Busch vom 26. Juni 1881 über die Fortschrittspartei erwähnt, in welchem zum Schluß der Fürst sagt:

„Immer in der ganzen Reichsgeschichte ist die Fortschrittspartei der advocatus Diaboli gewesen. — Sie wissen, was ich meine bei der Heiligsprechung in Rom. „Glücklicherweise aber waren es nur Sprühteufel,“ setzte er lächelnd hinzu.

Pästriche — sagte ich — wie Mephisto sie nennt, als er Teufel vom geraden und vom krummen Horen am Grabe Doktor Faust's versammelt hat.“

„Ja“, erwiderte er, „Sie können **nur lügen wie der Vater der Lüge**. Aber auf die Dauer werden sie damit nicht durchkommen. Bei uns in Deutschland haben die Lügen kurze Beine, und für immer lassen sich die Deutschen den Kopf nicht verkeilen wie andere Völker, wo die Phrase gilt, die Franzosen z. B.“

Immer sind also **andere** „die Lügner.“ Doch wollen wir hoffen, daß der Wunsch hinsichts „der kurzen Beine“ allgemein durchschlägt. — —

Das letzte Gespräch, welches Lothar Bucher am 5. Januar 1892 in Berlin mit Moritz Busch gehabt hat, enthält (Teil III, Seite 330 bis 332 seiner „Tageblätter“) — folgendes:

„Am 5. Januar 1892 war ich früh 11 Uhr an wieder eine Stunde bei Bucher in Berlin und fand in ihm ganz den lieben alten Freund, aber auch dieselbe trübe Stimmung in Sachen der Memoiren wie das letzte Mal, nur war sie noch erheblich gewachsen. Er war inzwischen wieder eine Zeit lang in Friedrichsruh gewesen und zwar bis kurz vor Weihnachten und wollte, vom Fürsten eingeladen, nächstens abermals dahin, obwohl sein Chiragra ihm erst am Sonntage vorher von neuem arg mitgespielt hatte und die Zustände und Aussichten im Sachsenwalde ihm noch weniger als früher gefielen.“

„Seien Sie froh, daß Sie nicht an meiner Stelle sind bei den Memorien,“ sagte er, da arbeitet man in jeder Beziehung ohne Erfolg und Freude. Es ist ein ganz hoffnungsloses Abmühen und gibt nichts für die Geschichte. Nicht nur, daß sein Gedächtnis mangelhaft und sein Interesse für das, was wir fertig haben, gering ist — er hat bis jetzt nur wenig von meinen Paketen wieder durchgesehen —, sondern er fängt an, **auch absichtlich zu entstellen**, und zwar bei klaren, ausgemachten Thatsachen **und Vorgängen**. Bei nichts, was mißlungen ist, will er beteiligt gewesen sein, und niemand läßt er neben sich gelten, als etwa den alten Kaiser — — und den General Alvensleben — ich weiß nicht warum —, der (1863) den Vertrag mit Rußland abgeschlossen hat und bei Bionville kommandierte. Auch Falk wird jetzt gelobt, wahrscheinlich weil er fürchtet, er würde ihn sonst darauf (es soll ja garnicht in die Öffentlichkeit kommen) mit Enthüllungen antworten: Am

Kulturkampf will er keine Schuld haben, auch hat er nichts gegen die Unfehlbarkeitsabsichten Pio Nonos gethan und ebensowenig gegen Arnims ehrgeizigen Unfug, obwohl jedermann das Gegenteil weiß.“ . . .

Ein **vernichtenderes** Urtheil über den **geschichtlichen Wert** der „Erinnerungen“ des Fürsten Bismarck und über seine **Wahrheitsliebe** kann nicht leicht gefällt werden, da bekannt ist, daß Lothar Bucher lange Jahre hindurch sein intimer Mitarbeiter war und er hier stets redend eingeführt wird.

Auch befindet sich Bucher in beiden Beziehungen in **direktem Widerspruch** mit der oben zitierten Äußerung des Professors Dr. Kohl in seinem „Wegweiser“, welcher behauptet,

„daß der Fürst Bismarck in den Erinnerungen immer nur der Mehrheit gedient habe,“

„daß niemand die sittliche Größe dieses Mannes zu erfassen vermöge“ und

daß Lothar Bucher die „Erinnerungen“ als ein der Welt hinterlassenes „politisches Testament“ und als ein „streng historisches in sich abgeschlossenes Werk“ bezeichnet habe.“

Die „Tageblätter“ sagen ferner:

„Hoffmann von den Hamburger Nachrichten — fuhr Bucher fort — kommt alle Wochen und läßt drucken, was der Fürst ihm sagt, gleich viel, ob es wohl bedacht ist oder das Gegenteil.“ — „Zu den Arbeiten für die Memorien wird jetzt auch ein alter Kopist zugezogen werden, da Chrysander, dem ich meine Stenogramme in Übersetzung diktire, mit anderen Arbeiten zu überladen ist und das Abschreiben nicht mehr überwältigen kann.“

„Sie sollen den Söhnen als Vermächtnis bleiben, werden aber schwerlich **veröffentlicht** werden von ihnen, — weil sie wissen, daß sie viele von der Welt erkennbare und leicht nachzuweisende **Entstellungen** enthalten: und voll von **ungemachten Urtheilen** über hervorragende Personen sind, z. B. über die meisten früheren Kollegen des Fürsten. Höchstens ließe sich einmal ein: letztes

Kapitel über die Vorstudien seiner Verdrängung und seines schließlichen Rücktritts drucken, über die sich Herbert reichliche und zuverlässige Aufzeichnungen gemacht hat, in die der alte Herr aber ebenfalls allerlei **Ungenaues** und **Falsches** hineinforgiert hat.“ . . .

Auch hierin zeigt Bucher einen richtigen und feinen Takt. Seine Erwartung, daß die „Erinnerungen“ der darin enthaltenen „Entstellungen“ und „ungerechten Urteile, wegen **nicht veröffentlicht** werden würden, — ist aber nicht in Erfüllung gegangen. Umso mehr ist ein offenes Zeugnis hiergegen unvermeidlich, zu welchem ich nur notgedrungen geschritten bin.

Auch der allwöchentliche Verkehr des Fürsten mit den „Hamburger Nachrichten“ ist in der Darstellung von Interesse. Die prorokatorischen **unwahren** Angriffe dieses Blattes gegen mich im Juli 1892 werden in der geschilderten Weise entstanden sein. Meine Abwehr dagegen brachte die Kreuzzeitung am 21. Juli 1892. Diese wurde selbstverständlich von allen bismarckfreundlichen Zeitungen und auch von den Hamburger Nachrichten **totgeschwiegen**. Letztere habe ich demnächst durch den Staatsanwalt zu einer Berichtigung gezwungen. *)

Wie die „Deutsche Reform“ vom 14. Mai 1899 (Nr. 20) berichtet, bemerkt das „Berliner Blatt“, — ein vom Bunde der Landwirte gegründeter Auszug der „Deutschen Tageszeitung“ — bei Besprechung eines anderen Falles zu dem Punkte: „Wahrhaftigkeit“:

„Es darf nicht verkannt werden, daß die Neigung zur Unwahrheit so und undeutsch wie kaum ein anderes Laster ist und daß ein Mensch der vor der Lüge nicht zurückschreckt, zu den sittlich Kranken gezählt werden muß.“

Dem kann ich nur zustimmen und füge hinzu, daß Menschenvergötterung überhaupt zu mißbilligen ist und zwar um so stärker, wenn sie zu Ungerechtigkeiten auf der

*) Anmerkung. Näheres zu vergleichen im Teil I „Bismarck und Reichröder“, Seiten 109 bis 111.

anderen Seite und zu Jahre hindurch andauernden unpassenden Demonstrationen gegen die Allerhöchste Stelle führt, auch für gewisse Charaktereigenschaften in dem betreffenden Falle absolut nicht paßt. — —

f) Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck.

Bereits im ersten Teile habe ich erwähnt, daß die demonstrative Feierung, welche der Fürst Bismarck hinsichtlich seiner **Wirtschaftspolitik**, besonders auch seitens des Bundes der Landwirte, erfahren hat und noch immer erfährt, bei nüchterner geschichtlicher Betrachtung nicht begründet ist. Ich sage dort Seite 39 und 40: „Zu meinem Bedauern vermag ich wahrheitsgemäß nicht einzustimmen in die lobenden Anerkennungen, welche dem Fürsten Bismarck von vielen hinsichtlich der von ihm hervorgerufenen Gesetzgebung, namentlich in wirtschaftlicher Beziehung, ausgesprochen werden. Ein Jahrzehnt hindurch beförderte diese Gesetzgebung diesen Niedergang. Man denke nur an das allgemeine gleiche Stimmrecht, die Goldwährung, die Gewerbefreiheit, den aufgehobenen Taufzwang und die obligatorische Civilehe, den Kulturkampf, die Freizügigkeit zc. Erst Ende 1879 wurde das Verkehrte dieser Richtung, jedoch nur zögernd erkannt. Ein sehr mäßiger Getreidezoll von 1,50 Mk. wurde eingeführt und erst im Jahre 1886 auf eine erträgliche Höhe gebracht, um durch die famosen Handelsverträge bald wieder eine Herabsetzung zu erfahren.“

„Inzwischen waren dem Grundbesitz und dem Mittelstande durch die sog. soziale Gesetzgebung wieder enorme Lasten in keineswegs gerechter Verteilung auferlegt worden, ohne die Erhaltung der Leistungsfähigkeit irgend zu berücksichtigen. Für irgend welche durchgreifende Mittel: Vertragsmäßige internationale Doppelwährung, Börsenreform, Verbot des Getreideterminhandels, Wollzoll, Aufhebung der Gewerbefreiheit, Befähigungsnachweis beim Handwerker zc. war Fürst Bismarck nicht zu haben.“

„Außerdem unterlag er und die von ihm in seinem langen Regime zum Schutz des Börsen- und Judentums, des Manchester- und Strebertums großgezogene Bürokratie der Art

dauernd den Einflüssen der Geldmächte, besonders auch Bleichröders, daß die Führung einer reinen deutschen inneren Politik unmöglich wurde. Diese Gefahr mit ihren verderblichen Folgen ist auch jetzt noch keineswegs vorüber, denn so schnell läßt sich eine solche langjährige Erziehung nicht beseitigen, zumal sie auch jetzt noch immer neue Wurzeln treibt.“

„Mit Recht ist, wie schon erwähnt, aber nochmals wiederholt wird, auf einem konservativen Parteitage die Ursache unserer schlechten wirtschaftlichen Lage beleuchtet, die manchesterliche Richtung verurteilt und die Notwendigkeit einer langsamen wohlüberlegten Reform zu Gunsten der Grundbesitzer und Mittelstände, der sichersten Stützen des Thrones und Altars begründet. Es wurde auf Rußland hingewiesen, wo der Mittelstand fehlt, daher auch die Gefahr am größten ist. Ein zahlreicher wohlsituierter Mittelstand in Stadt und Land, ein anscheinlich gestellter Handwerker- und Bauernstand sei der festeste Damm gegen die Sozialdemokratie. Sollte es dieser gelingen, mit Hilfe einer verkehrten Gesetzgebung die Mittelstände aufzureiben, so sei die Zukunft dunkel. Das Manchesterium sei die Wiege der Sozialdemokratie und werde der Sarg der Monarchie sein.“

„Wie soll man es z. B., um nur zwei Fälle anzuführen, erklären, daß die Gewerbefreiheit, welche Fürst Bismarck mit Lasfer-Bamberger in die Wege leitete, und die so viel Unheil und Zuchtlosigkeit im Handwerk herbeigeführt hat, aller wiederholten und dringenden Anträge der Handwerkerversammlungen ungeachtet noch immer besteht und der Befähigungsnachweis, sowie die Zwangseinnahmen noch nicht erreicht werden konnten?! Und welchen Eindruck muß es bei der deutschen Landwirtschaft machen, wenn gegen die Einschleppung von Viehseuchen aus dem Auslande, obwohl es gesetzlich zulässig ist, noch immer keine durchgreifenden Maßregeln ergriffen werden. Die Verluste, welche die Landwirtschaft dadurch erleidet, sind enorm groß! Zur Zeit des Fürsten Bismarck war **nichts** und zur Zeit des Grafen Caprivi **fast nichts** dagegen geschehen. Es muß anerkannt werden, daß jetzt etwas mehr geschieht. Jedoch habe ich Herrn von Hammerstein, bald nachdem er Minister

geworden, durch eingehenden Bericht vom 16. April 1895 bereits dargelegt,

daß nur eine Totalsperre der Grenzen nach dem Beispiel von Frankreich und England in der Veterinärfrage uns helfen und die Wiedererlangung der Ausfuhr nach diesen beiden Ländern herbeiführen könne.

Und was geschieht statt dessen? Der Herr Abgeordnete Ring sendet einen Tierarzt an die russische Grenze, welcher beweiskräftig über die horrenden Zustände berichtet, die bei der Einfuhr von russischem Vieh in Oberschlesien herrschen. Herr Ring legt diesen Bericht im Abgeordnetenhaus nieder und trägt den Inhalt vor. Der Herr Minister für Landwirtschaft erwidert darauf am Schluß seiner Rede,

es werde nur übrig bleiben, daß der Tierarzt des Herrn Ring den dortigen Kreistierarzt, der anders berichtet habe, wegen Beleidigung verklage!

Rußland hat sich gegen die deutsche Vieheinfuhr abgeschlossen und dennoch nimmt der Herr Landwirtschaftsminister keinen Anstand, bei einer anderen Gelegenheit zu erklären:

Er und der Minister von Bötticher hätten wohl die Absicht gehabt, auch dem Schluß der deutschen Grenze näher zu treten, es seien aber im auswärtigen Amte Schwierigkeiten erhoben worden.

Was soll man dazu sagen? Rußland schützt sich, aber Deutschland darf das nicht thun."

Zahlreichen Mitgliedern des Bundes der Landwirte, dem ich sonst von seiner Gründung an von Herzen angehöre, habe ich es ausgesprochen, daß ihre Verherrlichung des Fürsten Bismarck hinsichts seiner wirtschaftspolitischen Gesetzgebung der geschichtlichen Wahrheit **nicht** entspreche. Man giebt in dieser Beziehung manches zu, zuckt dann aber die Achseln mit dem Hinzufügen:

"Aber wir brauchen ihn!" Hier will ich verschweigen, wer mir dies vor allem gesagt hat. Ich kann hier wiederum nur verweisen auf den ersten Teil, Seite 8:

"Der wirtschaftliche Notstand der deutschen Landwirtschaft, des Handwerks und des Mittelstandes

im allgemeinen — ist hervorgerufen durch die verfehlte manchesterliche Gesetzgebung.

Und **wer** hat diese Gesetzgebung — mit Ausnahme der neueren Handelsverträge, — in den Jahren 1870 bis 1890 geschaffen? Kein anderer als der Fürst Bismarck mit Hilfe seiner parlamentarischen Trabanten Lasfer, von Bennigsen und Bamberger.

Die Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck, welche sich erst vom Jahre 1880 ab etwas, wenn auch nur wenig, zum Besseren wandte, verdient meines Erachtens keine besondere Anerkennung: Ich verwerfe vielmehr die andauernden **Demonstrationen** bei diesen Ovationen, welche indirekt auch einen beständigen Vorwurf gegen die Allerhöchste Stelle in Deutschland und in Preußen enthalten.*)

Wunderbar bleibt dabei, daß viele der Männer, welche lange Jahre hindurch die Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck auf das Schärfste getadeln haben, dieselbe jetzt in den Himmel erheben und ihre Ovationen neuerdings demonstrativ auch auf den Sohn des Fürsten Bismarck ausdehnen. Der Bund der Landwirte hat seine Aufgabe doch vor allem in den wirtschaftspolitischen Fragen. Er schädigt m. E. seine Erfolge durch diese beständigen Feiern und verhindert durch dieselben auch den Beitritt des Gros der Katholiken. Für letztere liegt im Hinblick auf den unglückseligen Kulturkampf, welcher Zwietracht säete, und die evangelische Kirche ebenso wie die katholische schädigte, wahrlich kein Grund vor, dem Fürsten Bismarck zuzujubeln."

Geschichtliche Wahrheiten lassen sich nicht unterdrücken. —

Ich bin jedoch in der Lage, mich in wirtschaftspolititicher Beziehung auf einen klassischen Zeugen zu berufen, der ganz meine Ansichten teilt. Es ist der leider zu früh heimgerufene

*) Anmerkung. Ich nehme keinen Anstand, offen auszusprechen, daß ich die Entlassung des Fürsten Bismarck im Jahre 1890 für eine große, unvermeidliche und gute That halte, wobei nur zu bedauern bleibt, daß sie nicht schon eine Anzahl Jahre früher erfolgte. Er hat nur das Glück gehabt, einen Nachfolger zu erhalten, der eine noch üblere Wirtschaftspolitik verfolgte. Zu seiner Entschuldigung dient nur seine Unkenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse und Bedürfnisse des Landes.

Freiherr von Schorlemer-Mst, der Stifter des westfälischen Bauernbundes, ein Mann, dessen Ehrenhaftigkeit und Thätigkeit über jeden Zweifel erhaben ist und mit dem ich, — wenngleich in konfessioneller Stellung abweichend, — wahrhaft befreundet war. Die Genehmigung zur Veröffentlichung des folgenden Briefes habe ich von der Familie bereits im Juli 1895 erhalten. Ich zögerte damit noch, halte ihn aber nun nicht länger zurück.

Die von ihm bezogene Broschüre war ein Gutachten, welches ich im Jahre 1885 im Auftrage der pommerschen ökonomischen Gesellschaft über die Frage erstattet hatte:

„Durch welche gesetzgeberischen Maßnahmen Abhilfe gegen die Not der deutschen Landwirtschaft geschaffen werden könne.“

Der Brief lautet:

Mst, den 30. Oktober 1885.

Hochverehrter Herr und Gönner!

„Für Ihr freundliches Schreiben und die beigelegte Broschüre sage ich Ihnen meinen herzlichsten Dank. Die zähe Festigkeit, mit welcher Sie immer wieder für die Interessen des schwer bedrohten Grundbesitzes eintreten, verdient die höchste Anerkennung. Die Krisis ist eine so schlimme, wie solche meines Erachtens noch niemals — den Verfall des römischen Reichs in den antiken Kulturstaaten ausgenommen — über den Grundbesitz herein gebrochen ist: — ist zwar besonders auch deshalb, weil sie die endlich notwendige hereinbrechende Konsequenz einer wirtschaftlichen Entwicklung, die nur erst scheinbar rückläufig ist, in Wirklichkeit fort und fort ihre Keulenschläge gegen den Grundbesitz und damit gegen den Staat führt, dessen Träger er ist.

Ich bin auch zu der Überzeugung gekommen, daß Bismarck nicht den ernstlichen Willen, vielleicht nicht die Erkenntnis hat, das Übel beseitigen zu müssen und zu wollen. Nur geschoben läßt er sich zu Palliativmitteln herbei; die Besserung der Lage, die Rettung des Grundbesitzes ist **nicht** sein Ziel, sondern, sondern höchstens

die Frage, wie weit dient auch das der Erweiterung oder Stärkung seiner Machtsphäre. — Deshalb wandelt er fort und fort in den ausgetretenen Pfaden des Bourgeois — Ökonomismus, deshalb die ersehnte Mittelpartei — Majorität, mit welcher der Rest konservativer Gesinnung und Thatkraft gebrochen wurde.

Die Folgen werden sich zeigen, hoffentlich erlebt er selbst noch diesen Krach; aber es ist vergebliches Bemühen, bei seiner Renitenz und der schwindelhaften Begeisterung des niederen und höheren Mob für seine Person, eine Besserung herbeiführen zu wollen. Wir arbeiten uns vergeblich ab, kommen notgedrungen zu Halbheiten und Konzessionen, die unseren konservativen Grundsätzen, Bahnen und Ziele schädigen und compromittieren; können den dem Abgrunde zurollenden Wagen doch nicht aufhalten, da der Lokomotivführer immer mehr Dampf zusetzt und werden indirekt verantwortlich für Mittel und Wege, die wir selbst auf das Äußerste verurtheilen.

Hieraus entnehmen Sie, daß ich korrekt stehe, und froh bin, dem Reichstage nicht mehr anzugehören. Im Ubrigen bemerke ich betreffs Ihrer Schrift, daß ich nicht allen Punkten zustimmen kann; ich meine, es sind der Forderungen zu viele auf einmal. Könnten wir nur die erste, notwendigste durchsetzen: die internationale Doppelwährung, ohne welche alles andere nichts hilft. Aber schon da werden Sie auch jetzt wieder durch Bismarck scheitern. Er trennt sich und seine Politik nicht von den Anhängern der Goldwährung; **das goldene Kalb**, war und ist eben **von Gold**, nicht bimetallistisch; sonst hätten die früheren und jetzigen Anbeter ihm nicht gehuldigt.“ —

Sehr bedaure ich den schmerzlichen Verlust, den Ihr Herr Sohn erlitten. Sobald ich wieder nach Münster komme, werde ich ihm meinen Besuch machen.

Für die Verbreitung Ihrer Schrift werde ich mich bestens bemühen.

In treuer Verehrung

Ihr Frh. von Schorlemer-Mst.

Ein Brief des Herrn von Blankenburg an seinen Freund Noon, den er am 11. November 1873 geschrieben hatte und in welchem er die Ablehnung des ihm angebotenen Ministeriums für Landwirtschaft motivierend, sich über die Situation ausspricht, ist in Noons Denkwürdigkeiten (Teil II, 607 bis 609) abgedruckt und es kommt das Folgende darin vor:

„Die Tragweite meines „nein“ — nachdem die Einstimmigkeit des Ministerii und Einwilligung des Königs konstatiert war — ist mir wohl bekannt. Bismarck bekommt indirekt wenigstens nun auch durch mich einen empfindlichen Schlag und ich lehre nach 20jährigen parlamentarischem Tanze wie der Bachs aus hoher See — in den Gardeminer Bach zurück, um hier — da wo ich geboren — zu sterben.

Indes eintreten konnte ich nur, wenn ich dadurch meine Zustimmung gab zu der letzten Legislaturperiode und wenn ich auch nur hoffen konnte, unter Camphausens mächtigstem Einfluß **dem mit Füßen getretenen** landwirtschaftlichen Gewerbe aufzuhelfen. Beides konnte ich **nicht**.

Heute soll ich in ein Ministerium treten, in dem doch höchstens Kamecke noch mit mir wäre, — denn Bismarck wird in Preußen Camphausen wirtschaften lassen, darüber habe ich nicht den geringsten Zweifel. . . .“

Dies ist auch ein Zeugnis über die wirtschaftspolitische Thätigkeit des Fürsten Bismarck.

In dem von mir im ersten Teil (Seite 111 u. 112) wiedergegebenen Gespräche unter vier Augen mit dem Fürsten Bismarck im Januar 1870, wo er mich gefragt hatte, was ich von „seinen Ministern“ (Camphausen, Leonhard und Delbrück) halte, sprach ich mich über ersteren dahin aus:

„Camphausen sei der Sohn eines Kölner Bankiers und als solcher ein Feind des Grundbesitzes. Es sei in hohem Grade zu bedauern, daß die Finanzminister so häufig, wie z. B. auch von der Heydt, aus diesen Kategorien genommen würden. Die Folge davon sei, daß die Gesetzgebung auch fast ausschließlich dem Handel, der Großindustrie und der Börse zu Gute kommen und

der Grundbesitz nur der Lastträger sei. Mit der Zeit werde sich diese Behandlung und mangelnde Gerechtigkeit schwer strafen. Der Konservatismus würde dadurch unterdrückt.“

g) Die Tageblätter von Moritz Busch.

Diese soeben bei Grunow in Leipzig erschienenen „Tageblätter“ beschäftigen sich in mehr oder weniger freundlicher Weise mit manchen Personen und so auch mit mir: Ich bin gewöhnt daran, öffentlich angegriffen zu werden und lege kein großes Gewicht darauf. Da aber in dem Buche der Fürst Bismarck vielfach redend eingeführt wird, will ich doch einige Stellen erwähnen, um den Geist, in welchem das Buch geschrieben wurde, zu kennzeichnen.

Ich stelle seine Angaben und meine kurze Entgegnung gegenüber:

M. Busch erzählt:

1. Theil II, Seiten 455 u. 456.
Den 17. Oktober 1877.

„Der Chef war sehr aufgeräumt und gesprächig. Er erzählte zunächst — wodurch dazu veranlaßt, ist mir entfallen — von Moriz von Blankenburg, den er mit „mein ältester und liebster Freund“ bezeichnete, von dem er aber behauptete, daß er sich „in der Affaire mit dem **schmutzigen** Diebstahl sehr unvorsichtig benommen“ habe. Ich hatte ihm — fuhr er fort — über die Bodenkreditaktien gesprächsweise bemerkt, es wäre möglich, daß Bleichröder, der meine Gelder verwaltet hat, einmal solche Papiere für mich gekauft hätte. Ich könnte das aber nicht wissen, da der Bleiche, dem alle überflüssigen Einkünfte zugingen, und der alle größeren Zahlungen für mich leistete, dabei nach seinem Ermessen verführe. Es wäre also nichts unrechtes, wenn der mit Papieren der Art ohne mein Wissen etwas für mich verdient hätte. Blankenburg hat das als Thatsache weiter erzählt und Diebstahl dann vor Gericht Gebrauch davon gemacht. Zuletzt hat Bleichröder aus seinen Büchern nachgewiesen, daß ein solcher

Dazu bemerke ich:

Ad 1. Es sind hier die Worte angegeben, welche Fürst Bismarck gebraucht haben soll. Zunächst möchte ich zu seiner Ehre annehmen, daß er die unterstrichenen und mit Anführungszeichen in dem Busch'schen Buche gekennzeichneten Worte **nicht** gebraucht hat. Sollte dies aber in der That geschehen sein, so ist der Ausdruck wenigstens kurz und deutlich und der Fürst wird dadurch nicht reiner und ich nicht kleiner.

Blankenburg war Anfang März 1876, um einen Ehrenhandel mit mir zu schließen, besonders deshalb nach Berlin gereist, und hatte den Fürsten gefragt, ob er durch Bleichröder eine bedeutende Summe Central-Bodenkreditaktien erhalten habe? Nachdem der Fürst dies bejaht hatte, schrieb dies Blankenburg seinem Mittelsmanne behufs Mitteilung an mich, nannte auch gleich den Kurs 108 — (der auffallend mit der Bedemeyer'schen Ermittlung übereinstimmte, für das Publikum aber niemals existiert hatte) und gab mir als „wahrheitsliebenden Mann“ eine Ehrenerklärung.

Später hat der Bruder des Fürsten

Kauf niemals vorgekommen ist. Das war zwar recht schön, allein inzwischen hatte Blauenburgs Ungeschicklichkeit doch einen vorübergehenden Schatten auf meinen guten Namen geworfen, und darüber sind wir auseinander gekommen.“

meinem Nachbar von Bülow=Hoffelde mitgeteilt:

„Dieses Militärrengerichtsfache stehe schlecht, denn Bleichröder habe den Fürsten darauf aufmerksam gemacht, daß in der Abrechnung vor dem Bodenkredit ein **R.** stünde, was **Russische** bedeute.“

von Bülow hat sich bereit erklärt, dies vor Gericht zu bekunden, ist aber meines Antrages ungeachtet, nicht vernommen worden*).

Diese Angabe Bleichröders, die auch bei seiner Eidesleistung eine Rolle spielt, war, um es kurz zu bezeichnen, **ein Unsinn**, denn Russische Bodenkredit=Pfandbriefe, welche es sein sollten, existierten im Frühjahr 1870 noch garnicht und haben niemals 108 Prozent gestanden.

Wenn Fürst Bismarck ferner gesagt haben soll:

„Zuletzt hat Bleichröder aus seinen Büchern nachgewiesen, daß ein solcher Kauf niemals vorgekommen ist, —

so ist auch dies einfach **nicht wahr**. Denn obwohl der Wahrheitsbeweis durch Vorlage der Bücher von Bleichröder und der Diskontogesellschaft angetreten wurde, hielt das Kammergericht denselben für **unerheblich**, was befremden mußte, weil eine Verurteilung wegen Verbreitung nicht erweislich wahrer Thatfachen nach § 186 des Strafgesetzbuches ausgesprochen wurde.

Die Bücher sind **nicht vorgelegt worden**. Feldmarschall Graf Moltke hat es mir wiederholt als Pflicht des Fürsten Bismarck bezeichnet, selbst auf Beweiserhebung zu bestehen.

Der auf letzteren gefallene Schatten dürfte daher nicht ein „vorübergehender“, sondern ein **bleibender** sein**).

*) Anmerkung. Zu vergleichen der Brief von Bülow an mich vom 17. Juli 1877. Teil I, S. 175 u. 176.

**) Anmerkung. Zu vergleichen Teil I, Seiten 124 bis 161.

Fürst Bismarck giebt etwas auf seinen „guten Namen“, aber der „gute Name“ anderer ist ihm gleichgiltig. Wenn er öffentlich grobe Unwahrheiten gegen meinen Onkel

2. Teil III, Seiten 12 und 13.

Aus einem dort wiedergegebenen Gespräch zwischen dem Fürsten Bismarck und M. Busch führe ich nur folgende Sätze hier an:

„Die Konservativen waren, soweit sie Reaktion wollten, immer gegen mich, weil ich keine wollte. Sie erinnern sich an die Angriffe der „Kreuzzeitung“ beim Schulaufsichtsgesetz und später, zur Zeit der großen Verleumdungen.“

„Die ist = Daber und Konsorten“, jagte ich“. Ja, da haben sie sich ganz von mir losgesagt — fuhr er fort — und mich auf alle mögliche Weise angegriffen. Ganz ähnlich war es 1877 mit den Rational-liberalen. Als das Ministerium Benjamins nicht zu stande kam, weil der Dunge verlangte, die ich vielleicht bewilligen konnte, die aber der König nicht bewilligt hätte, da ließen sie mich im Stich und ihre Blätter bliesen zum Sturme gegen mich . . .“

„Er kam wieder auf die jüdischen Parlamentarier zu sprechen und sagte: „Ja Vamberger, Lasker und Nicker, die Streber.“

„Ich bemerkte: Lasker arbeitet jetzt wohl nur im Stillen, in ihrem Kränzchen. Er hat erfahren, daß er nicht mehr gilt, was er galt. Dreimal bei der Wahl durchgefallen, der große Mann, und die beiden erstenmale in Judenstädten, in Breslau und Frankfurt, dann in Magdeburg.“

„Er erwiderte: „Ja, ich mache aber bei den Juden einen Unterschied. Die gehen nicht auf die Barrikade und zahlen pünktlich ihre Steuern. Die Strebsamen finds, die noch nichts haben, besonders die von der Presse. Doch sind auch hier wohl die Christen die schlimmsten, und nicht die Juden.“

„Ich: Nicker will zwar kein Jude sein, ist aber doch wohl einer. Er steht im Parlamentsalmanach als evangelisch verzeichnet.“

„Er: Schlagen Sie nur mal in den älteren Jahrgängen nach, da steht weder über seine Herkunft, noch über seinen Glauben was.

Ad 2. Also wiederum ist von den großen „Verleumdungen“ des Dieft-Daber die Rede, welche niemals existiert haben. Sein Fehler war nur, daß er es wagte, die Wahrheit zu sagen. Auch lautete die Auflage des Staatsanwalts nicht auf Verleumdung, sondern auf Beleidigung.

Nicht uninteressant sind die Bemerkungen des Fürsten über die „jüdischen Parlamentarier“ und über Herrn Nicker, daß er die Gefahren nur bei den strebsamen ärmeren Juden findet und nicht bei den reichen, welche ihre Steuern zahlen und nicht auf die Barrikade gehen, ist eine eigentümliche Anschauung, die ich nicht teilen kann. Seinen Freund Bleichröder hält der Fürst Bismarck also für ungefährlich. Auf die Barrikade wäre er freilich nicht gegangen, aber Lasker auch nicht.

Ernst von Bodelschwingh, gegen meinen Schwager, den früheren Polizei-Präsidenten von Bernuth und andere verbreitet und dieselben, obwohl dazu aufgefordert, nicht berichtet, wenn er mich in einem dem Kammergericht eingereichten Schriftstück zum Lügner stempelt, so ist dies ein unqualifizierbares Verhalten!

Und ich habe Bleichrödern gefragt, der sagte mir, R. R. (Name unverständlich) sei kein Jude, wohl aber Rikert.“

„Ich: Jüdisch genug räsonniert er jedenfalls.“

3. Teil III, Seiten 73 und 74.

Zu einem Gespräche zwischen dem Fürsten Bismarck und M. Busch, vom 2. Dezember 1881, sagte ersterer:

„Aber Sie sprachen ja von Th. (Thile), meinten Sie den früheren Staatssekretär?“

„Ich erwiderte: „Ja, ich begegne ihm bisweilen, weil er in meiner Nähe wohnt.“

„So“, versetzte er, **„der ist ein gefährlicher Mensch. Er war ganz unfähig, konnte nichts und schrieb nichts, weil er Angst hatte, es werde korrigiert werden, und doch habe ich ihn zehn Jahre gehalten, obwohl er mit Savigny gegen mich konspirierte. Der ist Schuld an den Verleumdungen Diebst, die zu dem Prozesse führten. Rothschild hat es mir selbst erzählt, die Ursache. Zu dem kam Savigny wegen der Gründung, um die es sich handelte, und fragte, ob er ihm nicht etwas davon ablassen könnte. Nein, sagte Rothschild, er müsse schon genug abgeben, anderthalb Millionen, womit er seine Filialen meinte, die Häuser, mit denen er in Verbindung stand. Savigny aber dachte dabei an mich und scheint so was angedeutet zu haben, und Rothschild hat das wohl nicht begriffen oder nicht deutlich darauf geantwortet. Dann hat es Savigny weiter erzählt, zuerst Th. (Thile) und der hat es zu seinem Bruder, dem General, getragen, statt es mir zu sagen, seinem Vorgesetzten, und hats zuletzt auch Diebst erfahren. Ich habe aber als Minister niemals mit Rothschild Geschäfte gemacht und auch als Gesandter in Frankfurt wenig: er zahlte mir meinen Gehalt aus, und einmal tauschte ich bei ihm Rentenbriefe gegen österreichische Papiere aus. . . . Ich habe es auch nicht nötig: mein Gewerbe als Minister hat mir was eingebracht, ich bin ein reicher Mann**

Ad 3. Herrmann von Thile, der Bruder meiner Schwägerin, war ein fester Ehrenmann, von vornehmen, edlen und feinfühldem Charakter. Er hat, wie auch andere, in seiner eidlichen Aussage die Wahrheit gesagt und das konnte Fürst Bismarck nicht vertragen. Nun wird Thile plötzlich

„ein gefährlicher Mensch“, — der außerdem „ganz unfähig war“.

Die Gefährlichkeit hat eben nur darin bestanden, daß er die Wahrheit sagte, und was die „Unfähigkeit“ anbetrifft, so ist es ein innerer Widerspruch, wenn er trotzdem zehn Jahre als Staatssekretär des auswärtigen Amts „gehalten“ wurde. Daß letzteres aus bloßer Untüchtigkeit geschehen sei, wird niemand bei dem Fürsten Bismarck annehmen können. Derselbe würde auch seine Pflicht in hohem Grade verletzt haben, wenn er einen „ganz unfähigen“ Beamten zehn Jahre lang in einer so wichtigen Stellung des königlichen Dienstes belassen hätte.

Die eidliche Aussage des Zeugen von Thile bestätigt genau das, was ich angegeben hatte. Fürst Bismarck mußte infolge dessen seinen auf Verleumdung lautenden Antrag zurückziehen und ließ nur die Beleidigung bestehen, wodurch es auch erleichtert wurde, den Wahrheitsbeweis zu vermeiden, „so daß die Bücher von Bleichröder und der Diskontogesellschaft nicht vorgelegt wurden. Daß das Geschäft durch Rothschild gemacht worden sei, ist von niemand behauptet worden.

geworden durch die Dotationen, die Schenkung in Lauenburg. Freilich, wenn ich ein Geschäft, einen Handel betrieben hätte und darauf so viel Mühe und Verstand verwendete, da hätte ich wohl mehr verdient.“

4. Teil III, Seiten 138 u. 139.
Von einem Gespräche am 28. Januar 1883 wird berichtet:

„Fürst Bismarck sprach alsdann davon, daß man ihn „in den Parlamenten so hasse, obwohl er ihnen nichts gethan habe . . .“ Ich weiß — fuhr er fort —, mit den anderen Ministern ist doch nicht so, auch mit solchen nicht, die nichts als Thorheiten geleistet haben, während ich ihnen wenigstens den Frieden erhalten habe. Das jetzige Ministerium in Frankreich ist doch eine ganz klägliche Gesellschaft, die englische Politik hat seit drei Jahren nur Dummheiten begangen. Gortschakow mit seiner Eitelkeit machte ebenfalls Fehler über Fehler, und doch hat allen denen zu Hause niemand das Leben sauer gemacht und Hindernisse aller Art in den Weg gelegt . . . Auch sonst habe ich ihnen keinen Grund zur Unzufriedenheit gegeben. Andere Minister spekulieren an der Börse, machen aus ihrem Amt und Wissen Geld. So behauptet man es von mehreren französischen, und auch in Österreich kommen solche Geschäfte vor, besonders in Ungarn, wo die Zichy's Millionen in Eisenpapieren verdient haben. Ebenso haben Manteuffel und Schleinitz ihre Stellung zu dergleichen ausgenutzt. Wir kann man so was nicht nachreden. Die Dieß=Daber'schen Behauptungen waren **Verleumdung**. Ich habe niemals ein Spekulationspapier be- sessen, nur ordentliche zinstragende. Ich bin nur durch die Dotationen wohlhabend geworden und ich habe nichts erworben, bin vielmehr früher besser situiert gewesen als jetzt infolge der schlechten Getreide- u. Holzpreise und unvernünftiger Güterkäufe . . . Ich habe auch keinen liederlichen Lebenswandel geführt, mit trüben, sondern bin immer ein ordentlicher Familienvater gewesen.

Ad 4. Man kann nur sagen: **Welche Überhebung auf Kosten anderer!** Die Dieß=Daber'sche „Verleumdung“ muß wieder herhalten. Ohne dem geht es ja nicht mehr. Der Weiserhebung darüber, daß Wedemeyer oder ich eine Verleumdung ausgesprochen hätten, ist wohlweislich vom Fürsten vermieden worden. Der Fürst behauptet seine Stellung nicht ausgenutzt zu haben, — dagegen wird Herr von Manteuffel nicht über die seinen Vater betreffende Behauptung erfreut sein. Herr von Wedemeyer bezeichnete mir die Person aus der Umgebung des Kaisers Wilhelm I., welcher in dieser Richtung die Verbindung zwischen Bismarck und Bismarck leitete und aufrecht erhielt. Ich will mit dem Namen noch zurückhalten.

Auch dem Lebenswandel seiner Söhne glaubt der Fürst noch ein gutes Zeugnis ausstellen zu müssen. Ich habe nicht die Aufgabe, Sittenrichter zu sein, erinnere mich aber bei dem einen an ein Ereignis einer Reise nach Italien, welches in allen Zeitungen stand und bei dem anderen an ein persönliches dienstliches Erlebnis in Polignac im Feldzuge im Febr. 1871. Das nähere halte ich auch hier zurück. Aber die Karriere, welche sie im Staatsdienst durch den väterlichen Schutz machten, können sie sich wohl nicht beklagen.

Nach meinen Söhnen ist nichts der Art vorzuwerfen, und doch haßt man mich“

5. Teil III, Seiten 180 u. 181.

M. Busch erwähnt ein Gespräch mit Herrn Andrae (Roman) vom 18. Februar 1885, in welchem es heißt:

„Am 18. Februar früh von $\frac{3}{4}$ 9 bis nach 10 Uhr war ich bei Andrae, der Wilhelmstraße 29 in der Wohnung Knatts abgestiegen war. . . Er wiederholte zuerst, daß er sich wegen schlimmer Erfahrungen reserviert verhalten mußte, auch zweifelte er, daß wir uns verstehen würden, da ich nach meinem Buche einen anderen religiösen Standpunkt einnehme als er. In Bezug auf ersteres erinnerte er an den von Jesekiel mitgeteilten Brief Bismarcks an ihn, von dem er sagte: „Ich weiß wirklich nicht, wie er in die Öffentlichkeit gelangt ist. Ich habe ihn einigen vertrauten Freunden vorgelesen und gezeigt, ihn aber nie aus der Hand gegeben Desgleichen wies er auf Diebstahl hin, der sich ebenfalls sehr nach dem Grunde der Dinge erkundige und ebenfalls alles, was er erfähre, gleich aufschriebe, und den er als „Geistes und eigent-lich ehrenwert“ bezeichnete. Er sei gegen Bismarck auf Grund einer Mitteilung Moritz von Blankenburgs aufgetreten, die auf Mißverständnis beruht habe. Ich versuchte, sein Mißtrauen zu beschwichtigen, indem ich bemerkte, was er mir über die Sache, um die es sich handle, etwa sagen werde, sei zunächst nicht für den Druck bestimmt und werde ohne seine Erlaubnis überhaupt nicht veröffentlicht werden, wenigstens gewiß nicht vor Bismarcks Tode. Ich sammelte nur für die Geschichte, die dann ihr Recht fordern werde . . .

Ad. 5. Mir ist nicht bekannt, ob sich Herr Andrae so ausgedrückt hat. Um ein „Mißverständnis“ hat es sich aber nicht gehandelt, vielmehr um eine falsche Deutung, welche später der Zeuge Bleichröder der bestimmten Angabe Blankenburgs nach persönlicher Erkundigung bei dem Fürsten Bismarck gegeben hat. Es greift hier die eben erwähnte Angabe des Bruders des Fürsten zu Herrn von Bülow Platz, wonach Bleichröder vorgegeben habe, daß R. vor dem „Bodenkredit“ Russische bedente. Herr Andrae ist übrigens einer von denen, die auf das Tiefste davon überzeugt sind, daß mir Unrecht geschehen ist.

Da sein Name in Verbindung mit mir aber nun einmal öffentlich genannt ist, nehme ich ferner keinen Anstand, ihn als den Verfasser des Teil I, Seite 191 abgedruckten Briefes an mich zu bezeichnen, welcher die Worte enthält:

„Mein ganzes Herz frampft sich zusammen in Schmerz und Empörung über die schmachvolle Korruption, die unser ganzes Volksleben bereits überwuchert. Daß mein lieber Vetter Webemeyer mit Ihnen in dies Wespenneß griff, achte ich als eine That hoher Selbstverleugnung und wahren Patriotismus . . . Jedenfalls ist Ihnen schreiendes Unrecht geschehen, dem Rechte Gewalt angethan, und dies in die Öffentlichkeit zu bringen, würde ich keinen Anstand nehmen, wenn auch verdienstvolle Männer dadurch bloßgestellt werden . . .

Das Unrecht, was Ihnen geschehen ist, grümt mich in der Seele, und doch habe ich viel zu sagen für den, der es zunächst verschuldet, den geliebten Kaiser Wilhelm I., dem es selbst schwer genug geworden sein wird. Ohne Zweifel war es seine Überzeugung, daß Bismarcks Abgang ein großes Unglück für Preußen, für Deutschland sein würde. Abgehen hätte Bismarck aber wahrscheinlich müssen,

wenn Ihrer Klage Folge gegeben wäre. So wird er sich gesagt haben: „Soll ich wählen zwischen dem Unglück des Vaterlandes und dem Unrecht, was einem einzelnen meiner Unterthanen geschieht, so wähle ich letzteres“. Der Schlußsatz ist richtig, wenn man den Vordersatz anerkennt und daher ist Kaiser Wilhelm I. wohl zu entschuldigen. Aber es hätte ihm nicht zu gering sein sollen, dem Einzelnen zu sagen: „Du kannst leiden um des allgemeinen Wohles willen“ und auch eine dahin zielende Handlung wäre wohl am Platze gewesen. . .

General (Nante) hat Ihr Manuscript aufmerksam durchgesehen. Er ist ganz mit mir einverstanden, daß Ihnen schreiendes Unrecht geschehen ist und äußerte sich in starken Ausdrücken. Schließlich sagte er:

„Einen Rat habe ich ja nicht zu geben, aber wenn **nich** die Sache betroffen hätte, ich ließe sie **nicht** sitzen.“

Er ist einer der zuverlässigsten, ehrenhaftesten Männer, die ich kenne, durch und durch Patriot! Deshalb lag mir daran, ihm einen Einblick zu gewähren.

Behüt Sie Gott! Ich erachte Sie für eine Art Märtyrer, tapfer genug, aber etwas ungeberdig. Daß der Herr Ihnen bei aller Tapferkeit ein demütiges Herz bewahre, ist mein Gebet. — —“

6. Teil III, Seiten 187 u. 188.
Hier beschreibt M. Busch einen Besuch bei Herrmann von Thile am 31. Mai 1885 und beschreibt dessen plötzliche Entlassung im Jahre 1872 im wesentlichen gerade so, wie ich sie im ersten Teile meiner Schrift „Bismarck und Bleichröder“ auf den Seiten 98 bis 100 erzählt habe.

Ad. 6. Hierdurch ist also von Neuem festgestellt, daß von Thile als Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von 1862 bis 1872 vom Fürsten Bismarck **plötzlich entlassen wurde**, weil er einen Befehl Kaiser Wilhelm I. befolgte, der Bismarck nicht paßte. Es handelte sich übrigens nur um einen Orden; es lag der Allerhöchste Befehl vor, denselben so schnellig auszuhandigen, daß er auf dem Hofste am Abend getragen wurde und Herr von Thile hat im Laufe des Tages wiederholte angebliche Versuche gemacht, den Fürsten Bismarck zu sprechen.

7. Teil III, Seite 219. Gespräch des Fürsten Bismarck mit M. Busch vom 28. April 1887.

Ad. 7. Als ich dies las, mußte ich unwillkürlich lachen und habe diese Sätze und die von dem „schmutzigen

„Ich sagte ihm, Dieſt=Daber wolle ja ſeinen Prozeß wieder aufnehmen laſſen. Er entgegnete: „Wie will er denn das machen?“ Dann gab er mir eine Darſtellung der Angelegenheit, die urſprünglich eine Verleumdungs=Klage gegen Dieſt gewesen und dann durch Klop in eine Anklage gegen ihn (Bismarck) verwandelt worden wäre, die mit ſeiner Rechtfertigung geendet hätte. Er ſchloß: „Dieſt leidet am Verfolgungswahnsinn, d. h. aktiv, er muß verfolgen, und zuletzt iſt's wohl Größenwahn“.

Dieſt“ (ad. 1 oben) auch gleich zur allgemeinen Erweiterung am Familien=tiſche vorgeleſen. Mir fiel das Sprichwort dabei ein,

„daß man Niemand hinter einer Thür ſuchen ſoll, hinter der man ſelber ſißt“.

Von einem Herrn „Klop“, der aus meiner „Verleumdungsklage“ eine Anklage gegen Bismarck gemacht haben ſoll, habe ich nie etwas gehört. Vielmehr hat der Fürſt — unter Vermeidung der Beweiſaufnahme über die Hauptſache — eine Verurteilung wegen Beleidigung, hergeleitet aus diſkreten Privatgeſprächen mit Bekannten, gegen mich erzielt, iſt dann aber bei meiner notgedrungenen Verteidigung gegen ſeine Verleumdungen ſelbſt derart in die Klammern geraten, daß ihn ſchließlich nur eine vollſtändige an mir geübte **Rechtsverweigerung** gerettet hat. Wodurch er ſich „gerechtfertigt“ haben ſollte, iſt mir nicht bekannt geworden. Denn er hat ſich weder einem Civil- oder Militärgericht, noch einem Ehrengericht geſtellt, ſeine Thatſachen widerlegt, ſondern ſich hinter hohen Schutz geſchlüchtet.

Um darzuthun, in welchem Sinne ich im Jahre 1876 vorangegangen bin, laſſe ich hier ein Schreiben eines Herrn folgen, mit dem und zwei anderen Bekannten ich im November 1876 von Stargard nach Berlin fuhr. Er ſchreibt mir am 4. Mai 1877:

Lieber geehrter Herr von Dieſt!

„Im Beſiße Ihres Schreibens vom 2. cr. darf ich Ihnen mein aufrichtiges Bedauern ausſprechen über die vielen Anfechtungen niedrigſter Art, welchen Sie in der Preſſe und anderweitig begegnet ſind. Niemand iſt mehr als ich davon überzeugt, daß Ihre Maßnahmen zur Bekämpfung unſauberer Elemente innerhalb unſerer innerpolitischen Machthaber und Pſendomachthaber aus den edelſten Motiven hervorgegangen und frei von perſönlicher Rancúra ſind. — In dieſem Sinne werde ich ſtets bemüht ſein, Sie gegen jedweden Angriff zu verteidigen. —

Unſer Geſpräch auf der Eifenbahn anlangend, bei welchem außer N.

und mir noch Herr v. J. zugegen war (sonst meines Wissens Niemand), würde mir, der ich ein gutes Gedächtnis habe, gewiß genau in der Erinnerung sein; doch ist dies deswegen nur in geringerem Maße der Fall, weil mir der Gegenstand unseres Gesprächs bereits vor demselben bis in die Zahlen-Details bekannt war, und ich von Ihnen schlechterdings auch nicht ein neues Datum erwähnen hörte. Dessen aber meine ich mich zu entsinnen, daß Sie als Quelle Ihrer Angabe nicht direkte Ermittlungen, sondern Mitteilungen Wedemeyers und Plankenburgs anführten.

Ferner kann ich mit Sicherheit als Ihre Äußerung anführen: alle ehrlichen Männer müßten bemüht sein, den F. B. von den unlauteren Einflüssen zu befreien, von denen er umgeben sei. Aus all Ihren Worten sprach aufrichtiger Kummer über unsere korrumpierten Zustände an gewisser Stelle, ja ich möchte sagen — ein von Patriotismus erzeugtes Mitgefühl mit dem F. B. Von Äußerungen persönlichen Hasses gegen denselben habe ich nichts gehört.

Eine bestimmte Summe, welche F. B. gewonnen habe, dürften Sie um deswegen nicht genannt haben, weil ich sie unzweifelhaft meinem Gedächtnisse mit der größten Sicherheit würde einverleibt haben, und eine solche ist mir bis heute unbekannt.

Wie ist es denn nur möglich, daß „fremde“ Personen von dem Inhalte unseres Eisenbahngesprächs Kenntnis bekommen haben?!

Mit den aufrichtigsten Gesinnungen verbleibe ich Ihrer Hochwohlgeboren sehr ergebener

H. B.“

Dies hat er bei seiner eidlichen Vernehmung vor Gericht auch bestätigt, aber dennoch erhielt ich für dieses Privatgespräch mit Bekannten 14 Tage Gefängnis zudiktirt. Wer dies Gespräch belauscht und denunziert hat, habe ich — obwohl ich eine Vermutung darüber habe — nicht mit Sicherheit erfahren.

Teil II, Seiten 416 bis 418. Von einem Gespräch mit Lothar Bucher am 11. April 1877 berichtet M. Busch, nachdem er folgendes erwähnt hatte:

„Er (Bucher) war wie immer liebenswürdig und mittheilzaam. Seine Meinung von der Situation war aber anders als die Wollmann'sche, d. h. nach ihm war die Krisis nur vertagt, der Fürst hatte sich bis auf weiteres dem Willen des Kaisers, daß er Kanzler und Minister bliebe, gefügt und sich nur Urlaub auf unbestimmte Zeit erbeten. Er habe in allem Ernste seine Auster niederlegen wollen, und es sei zweifelhaft, ob er wiederkehren werde. . . .“

In Betreff der Kaiserin bestätigte er das, was er mir brieflich mitgeteilt hatte, und fügte noch hinzu:

„Im Frühjahr 1871 sollten unsere Truppen viel früher zurückkehren. Aber die Königin wollte bei deren Einzug zugegen sein und doch vorher ihre Badefur beendigen. Daher eine Verzögerung von 4 bis 5 Wochen, die unserer Staatskasse bare 9 Millionen gekostet hat. Was die Landwirtschaft dadurch verloren hat, ist unberechenbar.“

„Auch die Ernennung Gruners zum Wirklichen Geheimen Räte, die der alte Herr durch Handbillet ohne Kontratsignation vollzog, ist ihr Werk. Gruner ist ganz unfähig, gehört aber zur Fronde der Bonbonniere.

Ähnlich steht es mit Schleinitz, der gleichfalls völlig ohne Talent und Schneide ist, und den sie dem Chef zum Nachfolger zu geben vorhatte. . .

M. Busch erzählt dann, wie er um 4 Uhr durch reitenden Boten zum Fürsten Bismarck citiert wurde und beschrieb ausführlich seine Unterredung mit ihm:

„Er kam mir mit freundlicher Miene entgegen, gab mir die Hand und freute sich, den alten Kriegskameraden einmal wiederzusehen. Ich mußte mich dann ihm gegenüber setzen, wobei er mit dem Rücken nach dem Fenster saß. Unsere Unterhaltung dauerte bis 5½ Uhr, also fast anderthalb Stunden.

Sind diese Äußerungen über Ihre Maj. die Kaiserin nicht geradezu skandalös und eines deutschen Mannes unwürdig?! Es spricht daraus ein gänzlicher Mangel an Ehrerbietung und Respekt, auch Mangel an Pietät gegen Seine Majestät den Kaiser! — Daß die Staatskasse um 9 Millionen Mark geschädigt worden sei, weil die Kaiserin vor Rückkehr der Truppen aus Frankreich noch eine Badefur haben brauchen wollen, kann, wie ich vermute, wohl füglich in das Reich der Fabel verwiesen werden. Fürst Bismarck wagt es Ihrer Majestät der Kaiserin vorzumerfen,

„daß sie immer eine Rolle spielen wollen.“

Hat er keine Rolle spielen wollen?!

Daß er sogar bei seinen beständigen Drohungen mit „Abschiednehmen“ noch „Mitleid“ von dem allgnädigsten in Seinem hohen Alter durch ihn schwer bedrängten Herrn verlangt, — ist fast ergötzlich. In seiner grenzenlosen Ueberhebung stellt er dann noch die „Bedingungen.“ — —

Es lag aber im April 1877 noch ein anderer Grund zum Abschiednehmen vor, den Bismarck verschweigt.

Bei alledem ist selbstverständlich vorausgesetzt, daß die Mitteilungen des Dr. M. Busch, der sich auf Lothar Bucher beruft, seiner Versicherung gemäß der Wahrheit entsprechen. — Der Fürst Bismarck bediente sich also seiner Feder, um Artikel „über die Krisis“ in die Öffentlichkeit zu lancieren!

Liegt ein Grund vor, hierzu zu schweigen? Wahrlich nicht! Denn ein solches Verhalten gegen die kaiserliche Familie, — von wem es auch ausgehen möge, — kann in Deutschland nicht scharf genug gebrandmarkt werden. — —

Man muß selbstverständlich annehmen, daß Moritz Busch seine Aufzeichnungen in gewissenhafter Weise wahrheitsgemäß gemacht hat und daß jeder Zweifel hieran ausgeschlossen ist. Aber da verschiedene Briefe von Herbert Bismarck und

Er dankte mir zunächst für den Grenzbotenartikel und sagte dann: „Es wäre gut, wenn solche Korrespondenzen sich wiederholten und die Ursache der Krisis ausführlich besprochen werden würde.“

Ich erwiderte: „Deshalb hauptsächlich bin ich hergekommen, Material, Information zu solchen Artikeln zu holen. Je mehr ich bekomme, desto besser. Die Grenzboten stehen ganz und unbedingt zu Ew. Durchlaucht Verfügung.“

Er erzählte mir dann zunächst allerlei über die Hofklippe, ihren Anhang unter dem Kreuzzeitungsadel und unter den kaltgestellten und noch fungierenden höheren Beamten und ihren vielfältigen Machinationen, Ränken und Stakeln gegen ihn und seine Maßregeln. Ausführlich charakterisierte er die Kaiserin, die ihm nicht nur in dem Streite mit den Klerikalen, sondern auch in rein politischen Fragen in den Weg trete. „Sie hat immer eine Rolle spielen wollen“, sagte er. Zuerst mit den Liberalen und Nichtsreunden, jetzt mit den Ultramontanen und den orthodoxen Hofpredigern. Sie sei fromm geworden — in deren Sinne, sie hat sich am Rhein mit den klerikalen Kreisen eingelassen, als sie älter wurde, und wenn sie nicht schon katholisch ist, so wird sie's nächstens. . . . Der Kaiser aber wird alt und läßt sich von ihr immer mehr beeinflussen.“ . . . Als ich nun jetzt meinen Abschied verlangte, wollte er nicht. Aber er hatte dabei immer nur Mitleid mit sich selbst — was er dann anfangen sollte — mit mir hatte er keins. Ich habe nachgegeben vorläufig —, aber so ich wiederkomme, werde ich meine Bedingungen stellen. . . .“

Lothar Buchers mit abgedruckt sind, und letzterer nicht nur ein intimer Mitarbeiter des alten Fürsten war und auch mit Bismarck befreundet gewesen zu sein scheint, so kann man die anderweitig geäußerten Bedenken wohl unterdrücken.

Auch versichert der Verfasser in der Vorrede zu dem ersten Teile der „Tageblätter“, in voller Verantwortung bei der Wahrheit geblieben zu sein.

h. Äußerungen aus dem Lande.

Wenngleich die Presse nur wenig Notiz von dem ersten Teile genommen hat, erhielt ich doch wieder zahlreiche zum Ausharren ermutigende Äußerungen aus dem Lande. Ich will nur einige davon hier anführen, welche zum Teil auch schon früher eintrafen.

Aus Schlesien von einem Königlichen
Kammerherrn und Major a. D.
(von früher.)

Verehrter Herr von Dieft!

„Mit vielem Dank und großem Interesse habe ich Ihre Sendung erhalten. Es ist unbegreiflich und im Zeichen unserer korrumpierten Zustände auf allen Gebieten — auch auf denen der Ehre und Gerechtigkeit, — daß niemand aus der Umgebung unseres Allergnädigsten Herrn Ihre Sache übernehmen kann und will. Es fehlt so sehr an älteren Mitgliedern unseres Königshauses, welche Einfluß haben könnten. Unser vortrefflicher Kaiser ist ja von wahrhafter Gerechtigkeit und dem besten Willen befeelt, allen seinen Unterthanen, welchen Standes sie auch sind, zu helfen, sie zu hören und ihnen beizustehen. Ich bin überzeugt, daß er auch Ihre Sache nicht bei Seite legen, sondern sie gründlich prüfen und entscheiden würde, wenn es nur gelänge, sie zu erhalten. Ist Ihre Zeit je gekommen, so wäre es unzweifelhaft eben jetzt. Aber das Traurige ist eben, daß niemand in der Umgebung des Kaisers sich befindet, der den Mut hat, Ihm frei und unerschrocken über die Verhältnisse Bericht zu erstatten. Wer Sein Ohr und besonderes Vertrauen genießt und sich Ihm furchtlos nähert, außer der Kaiserin, weiß ich nicht und ist wohl kaum jemand. Waldersee, sagt man, soll es noch annähernd sein. . . . Kann jetzt nichts geschehen für Sie, dann glaube ich auch, daß die Angelegenheit totgeschwiegen werden soll. —

Wir leben jedenfalls in einer tollen Zeit, gehen unaufhaltsam dem sicheren Ruin entgegen und es ist niemand mehr, der uns helfen kann. Es fehlt uns

gänzlich an furcht- und selbstlosen Männern; in unserem Zeitalter des Egoismus werden Charaktere nicht mehr geschaffen, die bisherigen, zu denen Sie noch gehören, sterben aus. Uns und der ganzen Welt kann niemand mehr helfen. Gott will es auch nicht, Sein Strafgericht kommt über die von Ihm abgefallenen Völker, das ist nun mal beschlossene Sache und kann der Einzelne nicht mehr abwenden. Wer es nicht weiß und glauben will, der lese Seine Verheißungen.“ — . . .

Ihr aufrichtig ergebener

(Name.)

Aus Berlin

(von einem hervorragenden Juristen,
dem vor Kurzen verstorbenen Kammer-
gerichtspräsidenten von Grüter.)

„Die Aktenstücke habe ich aufmerksam gelesen. Das interessanteste, nämlich die höchst begründende Beschwerde ob denegatam justitiam — (versagte Konstituierung eines Gerichtshofes ad hoc) — war mir aus Ihrer Flugschrift wohl bekannt. Der Fall steht **einzig** da in der preußischen Rechtspflege. **Die Ausrufung des Bundesrats** (Artikel 77 der Reichsverfassung) muß aber **notwendigerweise** zum Ziele führen. —

Was nun den weiteren Inhalt der Aktenstücke anbelangt, so wird jeder Leser die erstaunliche Energie und Ausdauer bewundern, mit welcher Sie ein umfangreiches, vielfach sehr minutiöses Material zusammengestellt haben. . . .

Höchst wünschenswert wäre es, wenn Seine Majestät auf den von Ihnen proponierten Pakt einginge, was ich aber für unmöglich halte. Auf solche Weise kontrahieren Souveräne nicht.

Aufzuklären bliebe übrigens, wie der Eklat und Tritt (Seite 123 sub 4c) ins Werk zu setzen sein würde.“

(NB. Die Bedingung ad 4, c lautete: „Bleichröder, welcher nach meiner juristischen Auffassung einen Meineid geleistet und

mit dadurch mich ins Gefängnis gebracht hat, wird mit Eilat aus der guten Gesellschaft entfernt und erhielt den Tritt, der ihm schon längst gebührte, den er aber bisher infolge hohen Schutzes nicht erhielt.“)

Aus der Neumark.

Hochgeehrter Herr!

„Mit bestem Danke für die Übersendung Ihres Aktenstückes und des daraus hervorgehenden, mich sehr ehrennden Andenkens sende ich dasselbe eingeschrieben zurück. Ich schließe mich dem Wunsche des Feldmarschalls Grafen Moltke von Herzen an, daß Ihnen volle Gerechtigkeit zu Teil werden möge, und mehr verlangen Sie ja selbst nicht.

Was mich beim Durchlesen der Ihnen widerfahrenen Unbill am meisten empört hat, ist doch die Verlesung eines anonymen Schriftstückes durch den Staatsanwalt **zwecks Herabsetzung des Charakters des Angeklagten** und zynische Verweigerung der Namensnennung.“ . . .

(NB. Der stenographische Wortlaut dieses anonym dem Kammergericht vorgetragenen, aber auf Veranlassung des Fürsten Bismarck verfaßten und eingesendeten Schriftstückes befindet sich Teil I, Seite 45 und 46, und die gegen den Fürsten Bismarck deshalb gerichtete Verleumdungsklage, der als General der Kavallerie ausgewichen ist, nebst Belägen daselbst Seite 51 bis 61.)

(Von Professor Heinrich von Treitschke.)

Berlin, den 24. März 1891.

Hochgeehrter Herr!

„Ihre freundliche Einladung an meine Tochter Marie veranlaßt mich Ihnen offen auszusprechen, warum ich, sehr gegen meinen Wunsch, Ihre frühere Mitteilung unerwidert gelassen habe. Der Grund war einfach: ich mußte keine zutreffende Antwort. Ich habe zwar das Gefühl, daß man Sie aus Furcht vor dem vormaligen Reichskanzler hart und unbillig behandelt hat. Aber . . . da ich die ganze Sache nicht übersehen kann, so vermag

ich mir ein abschließendes Urtheil noch nicht zu bilden. Nur so viel ist mir über allen Zweifel klar: daß Sie nach pflichtgemäßer Überzeugung gehandelt haben. Lassen Sie sich, ich bitte Sie, an diesem freimütigen Eingeständnis eines Mannes, der kein Blatt vor dem Mund zu nehmen pflegt, genügen, und meine Tochter Ihrem gütigen Schutze warm empfohlen sein."

In aufrichtiger Verehrung

Ihr Hochwohlgeboren

hochachtungsvoll ergebener

H. v. Treitschke.

(Aus Berlin von einem hohen Beamten.)

„Deine beiden Sendungen sind richtig in meine Hände gelangt. Ich habe die Aktenstücke mit vielem Interesse gelesen. Der Inhalt ist mir zumeist schon bekannt, weil mich Deine Angelegenheiten, soweit davon Nachrichten durch die öffentlichen Blätter gegangen sind, nicht nur aus verwandtschaftlicher Theilnahme, sondern auch in der Hoffnung interessiert haben, daß das Getreibe dieser Schmeißfliegen, die den Giftstoß in unserem sozialen Leben verbreiten, wirksam entlarvt werden würden.

Mir scheint der einzelne zu schwach dazu, so stark auch seine Argumente sein mögen; unsere Verhältnisse sind schon zu sehr verseucht. Wir treiben unabänderlich in Zustände, wie sie Österreich verdorben haben, wo der an Macht und Ansehen immer mehr sinkende Adel dem jüdischen Gründertum schon unterthan ist, und in geschäftlichen Verhältnissen, wie ich genugsam erfahren habe, auch nicht der geringste Grad von Ehrlichkeit mehr zu finden ist. Auch bei uns tritt die wirkliche Arbeit als Quelle des Wohlstandes immer mehr hinter die Spekulation zurück, die ja einzelnen rasche Einlagsgewinne bringt, nachdem sich dann der Zuschnitt unserer Lebenshaltung immer mehr richtet. Einmal gehabte Genüsse will aber der gewöhnliche Mensch nicht mehr

entbehren und so nimmt er immer wieder seine Zuflucht zu der Spekulation, dem Spiel. Das Ende ist das rapide Steigen der Zahl der Selbstmorde, die in Österreich ja schon eine erschreckende Ziffer erreicht haben.“ —

(NB. Es ist wohl richtig, daß der einzelne zu schwach ist, um in die „verseuchten“ Verhältnisse einzugreifen, zumal wenn er keine Unterstützung findet. Aber wenn es Gottes Wille ist, kann Er in dem Schwachen mächtig sein!)

(Aus Pommern von einem
Großgrundbesitzer und Juristen.)

„Mein Urteil über die erst in diesen Tagen beendete Broschüre, behalte ich mündliche Rücksprache vor, — (es war eine Einladung in dem Briefe enthalten.) — Was Sie von Bismarck in der Broschüre behaupten, wird durch die abgedruckten Briefe, wenn auch nicht positiv erwiesen, doch in einer zu Bedenken erregenden Weise wahrscheinlich gemacht, und ich habe volles Verständnis dafür, daß Sie als der in Patriotismus und Ehre Angegriffene das Bedürfnis empfinden, die Angelegenheit noch bei Ihren Lebzeiten nach Möglichkeit aufzuklären. Ob Ihnen dies gelingen wird, ist freilich eine andere Frage, da gegen die Großen dieser Erde schwer anzukämpfen ist und zur Zeit **weniger geschichtlichen Wahrheit**, als Voreingenommenheit für Bismarck das Szepter führt. —

Erwarten Sie deshalb Ihre volle Rehabilitierung in Geduld von dem gerechteren Urtheile der Nachwelt.“ —

(Von einem alten Offizier aus Charlottenburg.)

Hochverehrter Herr von Dieft!

„Ihre Schrift „Bismarck und Bleichröder“ habe ich mit außerordentlichem Interesse gelesen und spreche Ihnen persönlich meinen tief gefühlten Dank für das Erscheinen dieses Weck- und Mahnrufes an das deutsche Gewissen aus, wenn ich auch in einigen Punkten, ... Ihnen nicht zustimmen kann.

Ihre Schrift muß für jeden ehrlichen Mann schon deshalb einen hohen Wert haben, weil, trotz ihrer Eigenschaft als Kampfschrift, jedes einzelne ihrer Worte subjektive Wahrheit enthält. —

Der reiche sachliche Inhalt der Schrift wird, obgleich sie teilweise pro domo geschrieben ist, als Fundgrube dem Geschichtsschreiber künftiger Jahrhunderte willkommenes Material zur Beurteilung unserer Zeit bieten.

Für mich ist die Klarlegung von Mißständen der Rechtspflege deshalb das Interessanteste, weil ich mir im Geiste des großen Königs zur Lebensaufgabe gemacht habe, diese Mißstände zum besten unseres Vaterlandes zu bekämpfen. So ist mir z. B. die Äußerung des Justizministers Grafen Lippe (Seite 161) als Anerkennung der Thatsache, daß Willkür und . . . Rechtsbeugungen auch der sogenannten Rechtspflege unserer Zeit durchaus nicht fremd sind, besonders wertvoll.

Ihnen, hochverehrter Herr von Dieß, möchte ich aber einige Bemerkungen im Vorwort sowie im Text gegenüber hervorheben, daß Sie keineswegs notwendig haben, für Ihre äußere Ehre zu kämpfen. Jeder unbefangene Ehrenmann wird die Ehrenerklärung, die für Sie in dem Briefe unseres großen Heeresleiters (Grafen Moltke) vom 24. Dezember 1878 (Seite 29) kundig enthalten ist und auch den Wunsch unterschreiben, daß Sie Ihr Vorgehen nicht auf die äußerste Spitze treiben.

Sie haben ein an Ehren und Erfolg reiches Leben hinter sich und sind in vieler Beziehung ein beneidenswert glücklicher Herr. —

Wie können Sie aber von Ihrem großen persönlichen Gegner mit dem Sie doch gewissermaßen aus gleichem Holz geschnitten sind, — ? —, nach allem vorgefallenen noch ein besonderes öffentliches Entgegenkommen, das Eingehen auf diese unerquickliche Angelegenheit, erwarten? . . .

Sie können in Ihrem festen Charakter doch selbst auch nicht jenes Maß von Entgegenkommen zeigen . . . auch

wenn das Gedächtnis des Kanzlers ihn seiner Zeit im Stich gelassen hat. . . .

Da das Verlesen von Schreiben in öffentlicher Gerichtsitzung sonst für nicht statthaft angesehen wird, so hat das in dieser Beziehung überraschende Verhalten des Staatsanwalts **widerrechtlich** einen für Sie in hohem Maße nachteiligen Einfluß ausgeübt und hätte mindestens eine Vertagung des Termins zur Folge haben müssen. Da Ihnen in den Erkenntnisgründen der ersten Instanz **der gute Glaube** nicht abgesprochen worden ist, so wäre aber als Strafart auf alle Fälle nur eine Geldstrafe am Plage gewesen.

Ihre Art und Weise, sich gegen die Unbilden der sogenannten Rechtspflege zu wehren, ist mir in hohem Maße interessant, obwohl sie Ihnen noch nichts genutzt und materiellen Schaden gebracht hat. . . .

Auch das Verhalten Ihres Rechtsanwalts ist sehr interessant. Zunächst tritt er als geschworener Feind Bismarcks sehr schneidig auf, dann aber vernachlässigt er Ihre Interessen so stark, daß er Ihnen nicht einmal rechtzeitig den Zeitpunkt eines wichtigen Termines mitteilt. . . .

Die Thatfache, daß Bleichröder der Bankier Bismarcks war, mußte dem Geschäftsmann ein so erhöhtes Ansehen unter seinen Standesgenossen und Klienten erworben haben, daß sein Einfluß, Geschäftsumsatz und Verdienst dadurch sehr erheblich vermehrt worden. Der kluge Geschäftsmann wird sich auch alle erdenkliche Mühe gegeben haben, nicht nur das Vermögen Bismarcks bestens zu verwalten, sondern auch, wenn er als Sachverständiger in Finanzsachen zu Rate gezogen wurde, sich sein Vertrauen durch sachlich guten Rat zu erwerben. Im Besitze dieses Vertrauens muß die Gewohnheit Bismarcks, auch den Rat Bleichröders zu hören, dem Finanzmann einen stets wachsenden stillen Einfluß verschafft haben.

Diesen Einfluß halte ich mit Ihnen für recht bedenklich, kann aber zu weit gehenden Folgerungen nicht

zustimmen. Nicht nur die Börse, sondern fast der gesamte Kaufmannsstand und teilweise auch gelehrte Gewerbetreibende, als Schriftsteller, Ärzte und Anwälte, sind derartig sittlich verdorben, daß ihnen jedes Mittel, Geld zu erwerben, recht ist. Nicht nur die Landwirte, sondern fast alle ehrlichen Menschen haben unter diesen Verhältnissen, die sich bei unserer . . . Rechtspflege ins Übermaß entwickelt haben, zu leiden. . . .

(NB. Wenn man das vor dem Kammergericht im Auftrage Bismarcks verlesene Schriftstück liest, kann von einer bloßen Gedächtnisschwäche nicht die Rede sein, ebenso erfordert es kein besonderes „Entgegenkommen“, daß man Verichtigung und Remedur eintreten läßt, wenn man Unwahrheiten über ehrenhafte Männer öffentlich und sogar vor Gericht verbreitet hat. Es ist dies eine Ehrenpflicht.) Vor kurzem äußerte sich die „Tägliche Rundschau“ in einem anderen Falle noch wie folgt:

„Der Nachweis, daß hier „etwas faul im Staate Dänemark“, betrifft nicht die Person dieses Herrn; es ist eine öffentliche Angelegenheit. Ein anderer Grund ist folgender: Die Ehre des Herrn N. ist nicht allein engagiert; auch andere Leute sind dabei beteiligt, die nicht den Apparat des militärischen Ehrengerichts zu ihrem Schutze anbieten können. Über die Frage, ob sie als Ehrenmänner oder als Verleumdeter dastehen, kann kein Kaiser und kein König entscheiden. Sie haben selbst Ihre Ehre zu wahren, und es darf ihnen niemand auf der Welt und sei er der Höchststehende, die Möglichkeit nehmen, ihre Ehre zu verteidigen. Diese Verteidigung kann aber nur durch einen ordentlichen Richterpruch geschehen.“ . . .

(Mir ist aber gegen meinen mächtigen Gegner, der mich vor Gericht zum Lügner gemacht hat, weder ein Gerichtshof, noch ein militärisches Ehrengericht zu teil geworden, — während gegen mich beides reichlich Anwendung fand.)

Aus Berlin, den 19. Oktober 1898.

(Von einer Dame, die nur einige Monate im Jahre in Deutschland, sonst in Italien lebt.)

Sehr verehrter Herr von Dieft!

„Wäre es mir möglich gewesen, zu Ihnen zu kommen, so hätten wir ausführlich Ihre Broschüre und alles,

was damit zusammenhängt, besprochen. Manches darin war mir bekannt, denn ich habe früher von meinem Onkel Manteuffel und Harry Arnim, mit dem ich öfters in Karlsbad zusammen war, viel über diese Angelegenheit reden hören, — aber vieles war mir fremd und hat mich förmlich entsetzt. Z. B. die Bemerkungen auf den Seiten 46 und 47, — die Seite 74 und folgende, ebenso Seite 124 und folgende! Das sind ja ganz unglaubliche Zustände, in denen wir leben, — und es spricht weder für unseren Richter- und Beamtenstand, noch für unsere Militärbehörden! — Welcher ungeheure Mut gehört dazu, diese Schäden aufzudecken und gegen den gewaltigen —, aber so kleinlichen Riesen vorzugehen, vor welchem alles zitterte und welcher Wahrheit und Rechtsbewußtsein und Gerechtigkeit unterdrückte, sobald sein Vorteil dies erheischte. Das konnte nur ein ächter und rechter Mann, der kein Opfer scheute, als es galt, aus Liebe zum Vaterlande und um der Gerechtigkeit willen diese Mißstände an das Licht zu ziehen. Ich freue mich aufrichtig, daß es mir vergönnt gewesen ist, diesen Mann kennen zu lernen, für den ich wahre Hochachtung und aufrichtige Bewunderung empfinde. — Mit Gottes Hilfe sehe ich ihn noch einmal im Leben wieder, das wünsche ich so recht von Herzen.

Damit Gott befohlen, lieber, verehrter Herr von Dieft! — mit diesen Gefühlen drücke ich Ihnen warm und herzlich die Hand und hoffe, daß wir beide es noch erleben, daß Ihr „ernster eindringlicher Mahnruf“ sich mehr und mehr Bahn bricht und nach oben und unten hin die Augen öffnet! —

In diesem Wunsch bin ich, lieber Herr von Dieft, von ganzem Herzen

Ihre Sie aufrichtig bewundernde
(Name.)

(NB. Ich kann mir nicht alle Urtheile dieses Briefes aneignen, am wenigsten das zu große mir gespendete Lob, jedoch habe

ich ihn des darin ausgesprochenen schmerzlichen „Entsetzens“ wegen aufgenommen und zum Beweise dafür, daß man auch von einer patriotischen Dame verstanden wird.)

(Aus einem Briefe eines Reichstags-
abgeordneten, der zugleich scharfer Jurist
ist, vom 16. April 1898 will ich nur
einige Sätze mitteilen.)

Hochgeehrter Herr!

„ . . . I. Über die gegen Sie geführte Untersuchung wegen Beleidigung läßt sich ein nach allen Richtungen sicheres juristisches Urteil aus Ihrer Broschüre nicht gewinnen. . . . Ihre Verurteilung wegen Beleidigung des Fürsten Bismarck ist auf Grund der §§ 185 und 186 des Strafgesetzbuches erfolgt. Der § 186 bedroht nicht nur die Behauptung, sondern auch die Verbreitung ehrenrühriger, nicht erweislich wahrer Thatfachen. Eine Bestrafung auf Grund des § 186 war daher nicht durch den Nachweis Ihres guten Glaubens an die Wahrheit der Ihnen gewordenen Mitteilungen, wohl aber durch den Nachweis der objektiven Wahrheit der verbreiteten oder behaupteten Thatfachen **ausgeschlossen**. Wenn nun der von Ihnen, wenn auch erst in zweiter Instanz, angebotene Nachweis der objektiven Wahrheit jener Thatfachen vom Gericht als „**unerheblich**“ abgelehnt worden sein sollte, so müßte ich diese Ablehnung als eine **schwere Verletzung des Rechts** bezeichnen. . . .

Freilich konnte eine Bestrafung in einen wie im anderen Fall nur eintreten, wenn der Strafantrag rechtzeitig gestellt war und die Rechtzeitigkeit des gestellten Antrages mußte das Gericht als eine wesentliche Voraussetzung des ganzen Prozesses sogar **von Amtswegen prüfen**. Das Gericht durfte deshalb den Einwand der Verspätung des Strafantrages, auch wenn dieser Einwand erst in zweiter Instanz erhoben wurde, **nicht von der Hand weisen**. Die Ablehnung der hierüber angebotenen Beweiserhebung wegen mangelnder Substanziierung erscheint mir um so

auffallender, weil ein Teil der infriminierten Äußerungen weit über die dreimonatliche Frist zurücklag. *) . . .

II. Was die von Ihnen gegen den Fürsten Bismarck erhobene Beleidigungsklage betrifft, so teile ich Ihre Empfindungen über die Benutzung eines Bismarckschen Schreibens bei der Beweisaufnahme vor dem Kammergericht und über die nachherige Unterlassung der Berufung des Militärgerichts. Selbst wenn die Verlesung eines solchen Schriftstücks nach preussischem Prozeßrecht zulässig gewesen sein sollte, müßte ich das geübte Verfahren unter den vorliegenden Umständen als einen

*) Anmerkung. Eine mangelnde Substanziierung, welche das Gericht vorschickte, lag überdies garnicht vor. Denn es war die eidliche Vernehmung des Fürsten Bismarck beantragt, welche nicht erreicht wurde. Der Oberstaatsanwalt von Lüd hat sogar auf fol. 271 der Kammergerichtsakten, wie ich selbst gesehen habe, folgende Notiz gemacht:

„Die sämtlichen Ausführungen sind nicht für erheblich zu erachten. Der fol. 240 pp teilweise durch Berufung auf das Zeugnis des Fürsten Bismarck selbst angebotene Beweis hat augenscheinlich nur den Zweck, den Verschleif der Sache herbeizuführen.“

Und dabei war Fürst Bismarck der einzige, welcher mit Sicherheit über die ganze Sachlage und auch darüber Auskunft geben konnte, wann er Kenntnis von den einzelnen angeblichen Beleidigungen erhalten hatte.

Ebenso findet sich in den Akten (das Folium werde ich angeben können) — eine Notiz des Staatsanwalts Lessendorf:

Es sei nicht erforderlich, den angetretenen Wahrheitsbeweis durch Vernehmung von Zeugen, welche nur von Hörensagen bekunden könnten, zu erheben.

Die beantragte und nicht erreichte **Vorlegung der Bücher** Bleichröders und der Diskontogesellschaft war aber **kein** Beweis von Hörensagen.

Auch habe ich noch später behufs Sicherung des Beweises am 12. Januar 1895 bei dem königlichen Amtsgericht in Schwarzenbeck **vergeblich** die eidliche Vernehmung des Fürsten Bismarck über folgende Punkte beantragt:

1. **Wann er Kenntnis** von dem Gespräche zwischen mir und dem N. am 3. Januar 1876 auf einer Jagd erhalten habe, für welches ich mit 2 Monaten Gefängnis bestraft wurde. Fürst Bismarck hatte in einem Schreiben vom 24. März 1877 (fol. 34 der Akten) behauptet, daß er im Februar 1877 davon etwas erfahren habe, während ich nachweisen konnte, daß diese Kenntnis ihm schon früher zweimal Anfang März und Ende Oktober 1876 durch namhaft gemachte Zeugen zu teil wurde.

Verstoß gegen das nobile officium der Justizbehörde bezeichnen. Ebenso durften Sie eine Entscheidung über Ihre Beleidigungsklage verlangen. . . .

III. Die von Ihnen schließlich verlangte Einleitung eines ehrengerichtlichen Verfahrens gegen den Fürsten Bismarck als General der Kavallerie kann nur eine Prüfung der Frage bezwecken, ob das Verhalten Bismarcks bei seiner schriftlichen Erklärung — (vor dem Kammergericht) — über das Verhältnis zu Ihnen mit der Standesehre eines Offiziers vereinbar ist. Ich kann es nicht billigen, daß Sie mit Ihrem diesbezüglichen Antrag von einer Militärbehörde zur anderen geschickt und zuletzt über die zuständige Behörde im Ungewissen gelassen wurden. . . . Dem obersten Kriegsherrn, dem die Wahrung der Offiziersehre an höchster Stelle zukommt, wird hierin das Weitere zu überlassen sein.“ . . .

Mit vorzüglicher Hochachtung
Ihr ergebener
(Name.)

-
2. Ob dem Fürsten bekannt war, daß sein Generalbevollmächtigter von Bleichröder für ihn im Jahre 1870 einen großen Betrag Preussische Zentral=Vodentredit=Aktien zum Kurse von 108 Prozent etwa erwarb, — zu welchem sie in der Berliner Börse sonst nicht zu haben waren, — und nachher mit bedeutendem Vorteil verkaufte und ob er (Fürst Bismarck) dies Anfang März an von Blauenburg mitgeteilt habe?
 3. Ob sich, wie von Wedemeyer=Schönrade behauptet hat, — in der Abrechnung mit Bleichröder vom Jahre 1870 ein Posten von 83000 (einige 80000) Thaler für Preussische Zentral=Vodentredit=Aktien vorgefunden hat und ob vor diesen Posten ein *M.* gesetzt worden ist, was „Russische“ bedeuten sollte?

Das 80. Lebensjahr des Fürsten, der allein über die 3 Punkte sichere Auskunft geben könne, wurde gemäß §§ 447 bis 449 der Civilprozeßordnung als Grund der dringlich nötigen Vernehmung angegeben. Jedoch wurde dieselbe abgelehnt.

i) Äußerungen einer Anzahl höherer Offiziere und sonstige Mittheilungen, besonders auch über meine militärische Situation.

Die Äußerungen einiger besonders schneidiger Offiziere, mit welchen ich die Sachlage und meine militärische Situation eingehend besprach, will ich hier noch anführen, weil sie darthun, daß in der Armee auch ganz andere Auffassungen vorhanden sind, als bei denjenigen Herren, welche mit einer gewissen Scheu sie betrachten.

Zunächst möchte ich bemerken, daß infolge von **politischen** Erörterungen und Aufgaben Duellforderungen im allgemeinen nicht am Platze sind, wenn die beabsichtigte persönliche Beleidigung nicht klar zu Tage liegt. Es lassen sich derartige Aufgaben nicht lösen, ohne Personen dabei zu berühren und in Mitleidenschaft zu ziehen. Die Absicht der Beleidigung hat mir aber stets fern gelegen. Dies erkläre ich auch jetzt und werde mich auf Gegenwirkungen nicht einlassen.

1. Der Feldmarschall Graf Moltke hat sich gegen mich stets dahin ausgesprochen, daß ich durchaus korrekt gehandelt habe und daß mir, wenn wir in einem Rechtsstaate lebten, besonders auch in militärischer Beziehung volle Genugthung zu teil werden müsse. Er hat auch in seinem, dem einzigen in der Ehrengerichtssache vernommenen Zeugen, abgegebenen schriftlichen Gutachten klar ausgesprochen, daß das Verfahren gegen mich Mängel gehabt habe, welche dem Reglement für die Ehrengerichte widersprachen. *) So sehr er wünschte, daß Bismarck möglichst geschont werde, mißbilligte er doch sehr, daß er nicht auf Beweisaufnahme durch Vorlage der Bücher Bleichröders und der Diskonto-Gesellschaft bestand und dahin drängte.

2. Der einzige in der Ehrengerichtssache vernommene Zeuge — ein Major aus dem 2. Garde-Regiment a. D. — hat in seiner Immediateingabe an Kaiser Wilhelm I. auf das Bestimmteste erklärt, daß ich völlig korrekt gehandelt und daß auch der Ehrenrat, der ihn vernahm, sich mit seiner Auf-

*) Anmerkung. Der Wortlaut dieses Gutachtens ist Seite 176 zu vergleichen.

fassung einverstanden erklärt habe. Da er ging später so weit, dem General von Hahnke zu er härten,

„daß er mit mir stehe und falle, weil er nach Pflicht und Gewissen die Überzeugung habe, daß ich vom Ehrengericht zu Unrecht verurtheilt sei“.

3. Der frühere Kriegsminister von Ramecke — ein gewiß vornehmer und eher zu vorsichtiger Mann — äußerte sich, nachdem ich ihm in einstündigen Gespräche offen auseinandergesetzt hatte, um was es sich in dem von Wedemeyer und mir unternommenen Kampfe handele — Trennung Bismarcks von Bleichröder und Beseitigung des Einflusses der Geldmächte bei ihm und bei Hofe —:

„Gott schenke Ihnen die Nerven, daß Sie diesen Kampf durchsetzen!“

4. Mein intimer und von mir hochverehrter Freund, der General Graf Werder, hatte mich schon früher, als ich ihm von der beabsichtigten Aufnahme des Kampfes Mitteilung machte, darauf aufmerksam gemacht, daß ich **darauf** gefaßt sein müsse, von vielen Seiten angefeindet zu werden und daß außer Gottvertrauen ein vornehmer Charakter dazu gehöre, einen solchen schweren Kampf auszuhalten und durchzuführen. — Jetzt kam es mir darauf an, dem Kaiser Wilhelm I., dessen Umgebung mir entgegenwirkte, zunächst nur Kenntniss von der Sachlage zu geben und ich bat Werder darum, mir dabei zu helfen. Er schrieb mir darauf, nachdem er bemerkt, daß er nicht die geeignete Person sei, den Kaiser auf die geschehenen Ungerechtigkeiten aufmerksam zu machen:

Grüßow, den 13. März 1882.

Lieber Freund!

„Ich beeile mich, Ihren Brief vom 11. mit gleicher Offenheit zu beantworten, in der er an mich gerichtet ist Von anderer Seite hätte können und kann vielleicht noch Ihrer Vorstellung und Ihrer ganzen An gelegenheit bei dem Könige das Wort geredet werden.

Das konnte vielleicht geschehen sein von unserem Freunde Schwarzhoff; jetzt ist er leider todt und seiner irdischen Wirksamkeit ein Ziel gesetzt, selbst wenn er zur

Zeit zu Schritten zu Ihren Gunsten geneigt sein möchte. Dagegen leben — Gott sei Dank — noch zwei hochgestellte mächtige Persönlichkeiten, der Kronprinz und Moltke. Beide sind, soviel ich aus Ihrer Korrespondenz entnehmen konnte, mit Ihrer Angelegenheit genau bekannt, und wie Sie annehmen zu dürfen glauben, davon überzeugt, daß Ihnen zu nahe getreten und eine Remedur Allerhöchsten Orts anzubahnen sei. —

Wenn Graf Moltke, unser verehrter Feldmarschall, Ihnen, wie Sie erwähnen, fortgesetzt und noch neuerdings Zeichen seiner wohlwollenden Theilnahme hat zugehen lassen, so scheint gerade er derjenige, welcher Ihre Eingabe dem Könige persönlich überreichen oder sie doch in mündlicher Rücksprache, — die weit nachhaltiger und leichter ist, wie das geschriebene Wort — erläutern und empfehlen könnte. Versteht er sich dazu — und ich sehe kein Hindernis, sofern er von der Gerechtigkeit Ihrer Sache überzeugt ist —, so halte ich einen Erfolg am ehesten zu erreichen. Eine Einwirkung durch den Kronprinzen möchte größeren Bedenken unterliegen und deshalb kaum anzuregen sein.

Unter den, wie es scheint, obwaltenden, mir ziemlich unbekannten und nur präsumierten Hindernissen, Ihre Sache zu einer günstigen Entscheidung zu bringen, erachte ich den Erfolg Ihrer zur Zeit beabsichtigten Schritte immerhin für zweifelhaft und stelle der erneuten Erwägung anheim, ob Sie für die Ausführung nicht lieber günstigere Chancen abwarten möchten, wenn ich auch Ihren lebhaften Wunsch vollkommen begreife, einen endlichen Schluß der Sache sobald wie möglich herbeizuführen.

Wir — meine Schwester und ich — grüßen Ihr Haus von ganzem Herzen und bitten um Ihr allseitiges freundliches Gedenken.

Ihr aufrichtig ergebener Freund
Werder.

5. Der General von Schwarzhoff — mein alter und bis an sein Lebensende treuer Freund — war, obwohl es sein eigenes früheres Regiment betraf, der bestimmten Ansicht, daß das Verfahren, welches in dem ehrengerichtlichen Spruch gegen mich geübt wurde, die bestehenden Vorschriften, insbesondere den § 41 der Verordnung für die Ehrengerichte, verletzt habe. Es hätte jedenfalls meine Vorladung zum Spruchtermine behufs meiner Verteidigung erfolgen müssen, wenn auch nur der mindeste Zweifel an meiner Freisprechung laut wurde.

In Betreff der Verleumdungsklage gegen den General der Kavallerie Fürsten Bismarck, deren Gerichtsherr er als kommandierender General des III. Armeekorps war — (weil alle in Berlin wohnenden und nicht zur Garde gehörenden Offiziere dem III. Armeekorps unterstehen) — sprach er wiederholt mir die Ansicht aus,

„daß der Kaiser und König derselben **deshalb** nicht Fortgang geben könne, weil sonst der Fürst Bismarck fertig sei.“

Er knüpfte hieran einen scharfen Ausspruch darüber, was dem Hohenzollern bevorstände, wenn von ihnen dergleichen geduldet würde!

Ich habe dies in meiner Immediateingabe an Seine Majestät den Kaiser und König Wilhelm I. vom 4. Juni 1882 bereits angeführt.

General von Schwarzhoff hatte mir schon in einem von seinem Generalkommando ausgegangenen letzten Bescheid vom 22. April 1879 mitgeteilt,

daß die Seiner Majestät in der Untersuchung gegen den Fürsten Bismarck zur Entscheidung unterbreitete Frage — (NB. sie betraf die Bezeichnung der Generale, welche den Gerichtshof bilden sollten) — lediglich formelles Recht betreffen, während die materiellen Rechtsfragen meiner Eingabe in ihrer Prüfung und Entscheidung dem für zuständig erachteten Richter entfielen und diesem **nicht entzogen werden könnten**.

Die Generale von Schwarzhoff und Graf Werder waren übereinstimmend **der Ansicht**,

daß Seine Majestät die Sache wohl eine Zeit lang liegen lassen, aber **nicht niederschlagen** könne, da nach § 104 der Militär-Strafprozeß-Ordnung vom 5. April 1845 **ein Erkenntnis erfolgen mußte**.

Dennoch ist kein Erkenntnis erfolgt. — —

6. Ein in neuerer Zeit vielgenannter, besonders schneidiger General, dessen Namen ich aber nicht nennen will — während ich mich für die Richtigkeit der Angabe verbürge — sprach, nachdem er Kenntnis von der Sachlage genommen hatte, mir geradezu Folgendes aus:

„Eine eklatante Genugthuung müsse mir zu teil werden. Die Offiziere, die sich zu dergleichen Handlungen hingäben, müßten vor ein Kriegsgericht gestellt und infam kassiert werden! Wenn er Kommandeur der 7 Kürassiere wäre, würde er den Fürsten Bismarck anfassen, auch wenn es ihn selbst Kopf und Kragen koste“.

Dies habe ich dem Herrn General von Hahnke bereits am 1. Februar 1890 geschrieben und folgende Stelle aus dem Briefe eines Majors — desselben, der erklärt hatte, mit mir stehen und fallen zu wollen — beigelegt:

„Ich glaube Dir sehr gern, daß jeder Offizier dem Du die Sache vorträgst, so darüber urteilt, wie Du es mir schreibst —; es ist dies auch nicht anders möglich, — aber leider wird dadurch nichts geholfen.

Ich kann nur wiederholen, daß ich jederzeit bereit bin, auch meine Bereitwilligkeit schriftlich kundgegeben habe, den Kaiser über die Sache aufzuklären und daß ich es durchaus nicht für unmöglich halte, daß der Kaiser diesen Brief gelesen hat, aber eben deshalb für leicht möglich, daß er **diese Aufklärung garnicht wünscht**. Ich kann mich bezüglich solcher Aufklärung nicht aufdringen.

Daher kann ich nur billigen, was Du an Hahnke geschrieben hast und müssen wir abwarten, was er antworten wird.“

Es ist aber keine eingehende Antwort erfolgt. — —

7. Den Hergang des zweiten Falles mit der angeblichen

Forderung des Dr. Georg von Bleichröder habe ich attestmäßig in dem ersten Teil der Schrift „Bismarck und Bleichröder“ auf den Seiten 177 bis 184 dargestellt und keine Berichtigung erfahren.

Ein energischer General, welcher es niemals gescheut hat, mit seiner ganzen Person für das Recht einzutreten, im Feldzuge 1870 auch in die Brust geschossen wurde, faßte die Sachlage wie folgt auf:

„Wenn vor 17 Jahren die Beschuldigung des wissenschaftlichen Meineides gegen Bleichröder sen. öffentlich im Buchhandel erhoben und in sicherer Weise zu seiner Kenntniss gebracht war, ohne daß er, auch von der Staatsanwaltschaft darauf aufmerksam gemacht — etwas dagegen gethan hatte —, so kann dafür überhaupt **keine** Satisfaktion mehr gefordert werden. Wenn der Vater seinen Söhnen — wie diese jetzt behaupten — bei Lebzeiten verboten haben soll, Genugthuung zu fordern, so mußten dieselben, wenn dies in ihrer Absicht lag, gleich nach seinem Tode dazu übergehen und nicht Jahre lang damit warten. Ueberdies ist nach der bestimmten sofortigen dienstlichen Meldung und dem geleisteten Zeugeneide, eine bedingungslose Forderung gar nicht erfolgt, und wenn sie erfolgt wäre, hätte von Diebstahl sie nicht eher annehmen können, bis durch wiederholt geforderte Beweisaufnahme — Vorlage der Bücher des Bleichröder und der Diskonto-Gesellschaft — bei obiger Sachlage die Grundlosigkeit der Beschuldigung erwiesen war. Das beständige Ausweichen vor dieser Beweisaufnahme sei nicht das Zeichen eines guten Gewissens.“

7. Mir ist aus einer zuverlässigen Quelle, welche ihre Wissenschaft direkt aus dem betreffenden Offizierkorps schöpfte, im November und Dezember 1894 mitgeteilt worden, daß neben dem Spruch, welcher auf Entziehen des Rechts zum Tragen der wiederverliehenen Uniform gelautet haben sollte, von dem Ehrengericht ein besonderer Antrag auf **Straflosigkeit für mich** an die Allerhöchste Stelle gerichtet worden sei, darauf gegründet,

daß ich mit Recht darauf gedrängt hätte, zum Beweise des Meineides des Bleichröder sen. zugelassen zu werden, dessen öffentliche Beschuldigung bereits vor 17 Jahren erfolgt sei.

Ich habe bei dem Generalkommando des II. Armeekorps dienstlich und privatim Auskunft über diese Mitteilung erbeten, aber nur eine ausweichende Antwort erhalten.

Da in Ehrensachen schließlich Alles heraus muß, so behalte ich es vor, die betreffenden Briefe eventuell im dritten Teile zu veröffentlichen.

8. Im Jahre 1892 erschien in Dresden die damals viel gelesene Schrift: „Wilhelm II. und Alexander III“. Es befinden sich darin Andeutungen über die Beziehungen einiger Personen aus der Umgebung Seiner Majestät des Kaisers zur haute finance und zum Hause Bleichröder. Wenn diese begründet sind, so würde mir dadurch **Vieles klar werden**. Berichtigungen oder Widerlegungen haben diese Mitteilungen **nicht** erfahren, und ich habe weitere Nachforschungen darüber bisher nicht veranlaßt, jedoch behalte ich vor, indem ich jetzt damit noch zurückhalte, sie in dem dritten Teile wiederzugeben.*

*) Anmerkung: In einer im vorigen Jahre in der Schweiz erschienenen, mir zugekandten und, soviel mir bekannt, in Deutschland nicht beanstandeten Broschüre finde ich folgende Angaben, für deren Richtigkeit ich dem Verfasser die Verantwortung überlassen muß:

„In den 70er Jahren wurde Hans von Bleichröder, Sohn des Bankiers, einem Elite-Kavallerie-Korps präsentiert. Das Offizierskorps lehnte Herrn von Bleichröder einstimmig ab; aber durch eine Verfügung von höherem Orte wurde Herr von Bleichröder dem Regimente oktroyrt. Der Kommandant des Regiments nahm infolge dessen seinen Abschied.

Als der greise Kaiser Wilhelm im Jahre 1878 nach dem Attentate Nobilings sich auf dem Schmerzenslager befand und man noch nicht wußte, ob er mit dem Leben davon kommen würde, da war es dieser selbe Hans von Bleichröder, der durch sein Benehmen auf der Schloßrampe dem alten Kaiser, das Offizierskorps und selbst das deutsche Volk beleidigte. Herr von Bleichröder wurde infolgedessen zwar von dem Ehrengericht des Reserve-Offizierskorps, dem er angehörte, ausgestoßen, indes wurde das Urteil auf höhere Anordnung gemildert und in den Zeitungen in weniger verletzender Form wiedergegeben. Damit aber das Leben des Herrn von Bleichröder nicht gefährdet werde, vereitelte der Berliner Polizeipräsident von

k) Professor Dr. Kohl und sein Wegweiser zu den „Erinnerungen“ des Fürsten Bismarck.

Neuerdings sendet mir mein Neffe, der Forstassessor von Bodelschwingh, ein Enkel meines Onkels, des Ministers Ernst von Bodelschwingh, den „Wegweiser“ des Professors Dr. Kohl zu den „Erinnerungen“ des Fürsten Bismarck und äußert seine Entrüstung über die Bemerkungen desselben auf Seite 25, wo er wieder

„von den feigen und verräterischen Ministern“ spricht, die dem Könige Friedrich Wilhelm IV. zum Rückzug der Truppen aus Berlin am 19. März 1848 geraten hätten. Er hat dieser Entrüstung bereits in einer Erklärung in der „Kreuzzeitung“ Worte gegeben, stellt mir aber auch eine Stelle aus einem Briefe, den er an Dr. Kohl richtete, zur Disposition, welche folgenden Wortlaut hat:

„Ich erlaube mir endlich die Anfrage, ob Ihnen die Vorgänge bei dem Streit Diefst-Daber's mit Bismarck

Madai durch Dazwischenkunft ein Duell. Um ihn vor unliebsamer Behandlung von anderer Seite zu schützen, schickte man ihn auf eine Reise um die Welt, für welche ihn das **Auswärtige Amt mit Empfehlungsbriefen an die deutschen Konsule im Auslande** ver-
sah. —

Im Jahre 1893 wurde ein Herr Schwabach, Sohn des neulich verstorbenen jüdischen Geheimen Kommerzienraths Schwabach, des Assozins Bleichröder, einem Kavallerieregimente in der Nähe Berlins präsentiert. Das Offizierskorps lehnte Herrn Schwabach einstimmig ab. Da sagte der Kommandeur den Herren, daß, falls Herr Schwabach nicht angenommen würde, **er den Dienst quittieren müsse**. Aus Rücksicht für diese freimütige Erklärung des vermögenslosen Offiziers wurde Herr Schwabach aufgenommen.“ —

So viel mir bekannt, ist dies derselbe Herr, der vor kurzem Groß-britanischer Generalkonsul wurde und dessen Aufnahme in den Unionsklub, — wozu ihn der General Graf Lehndorf vorgeschlagen hatte, — wie die „Staatsbürgerzeitung“ vor einigen Tagen berichtete, — abgelehnt wurde.

Es folgen in jener Druckschrift dann noch Mitteilungen über das letzte ehrengerichtliche Verfahren gegen mich und über die Affäre des Georg von Bleichröder, der, nachdem jede Beweisannahme der Meineidsbeschuldigung ausgewichen war, wegen der anzuerkennenden „Ehrenrettung!“ seines Vaters nur mit 1 Tag Festungshaft belegt wurde. — Ich halte es aber für angemessen, die dort gelieferte ausführliche Darstellung eventuell den 3. Teil vorzubehalten und nehme hier nur folgende Absätze auf:

bekannt sind. Ich hebe daraus nur die Thatsache hervor, daß bei der Gerichtsverhandlung gegen Dieft vom Staatsanwalt ein anonymes Schriftstück verlesen wurde, in welchem unter anderem behauptet wird,

„Bismarck habe Dieft seines Wissens niemals in seinem Hause gesehen“,

während Dieft das Gegenteil der Art nachweisen kann, daß eine Vergeßlichkeit des nach Ihrer Angabe so gedächtnisstarken Bismarck ausgeschlossen erscheint. Sollten Ihnen diese Vorgänge bekannt sein, so wäre es für mich wichtig, zu erfahren, aus welchen Gründen Sie dennoch an der Zuverlässigkeit Bismarck'scher Angaben so fest glauben können, daß Sie trotz aller authentischen Widerlegungen sich für berechtigt halten können, über einen Mann wie meinen Großvater ein solches Urtheil auszusprechen.“

„Hierauf antwortet Kohl: „Die Schrift Dieft=Daber's über Bismarck und Bleichröder kenne ich, aber ich betrachte sie als ein gehässiges Pasquill, das ohne Beweise die schwersten Beschuldigungen und die niedrigsten Verdächtigungen gegen Bismarck enthält.“

„Herr von Dieft übergab die ganze Angelegenheit seinen zuständigen militärischen Behörden zur Beurteilung. Das betreffende militärische Ehrengericht sprach Herrn von Dieft frei, d. h. es billigte sein Verhalten, daß er darauf gedrängt hatte, zum Beweise des früher behaupteten Meineides des p. von Bleichröder zugelassen zu werden. Das war etwa im November 1894. Außerdem war in Offizierskreisen die Ansicht verbreitet, daß Herr von Dieft im Falle einer Forderung überhaupt keine Genugthuung zu geben habe, da er bereits vor 17 Jahren eine Beweisführung öffentlich geliefert habe und man in dem Verhalten des Herrn von Bleichröder jun. eine Komödie erblickte. In zweien der vorhin erwähnten Fällen **bin ich selbst Zeuge** gewesen von der geheimen Entrüstung und dem demüthigen den Gesühle, welches in den Offizierskreisen dadurch hervorgerufen wurde, daß die Beschlüsse des Korps einfach umgestoßen wurden, zu Gunsten der Juden. Überrascht witterte man den jüdischen Geldsack und geheime „Einflüsse“! Die Herren Offiziere fühlten sich gekränkt und hielten insgeheim die Häute.“ **Ich referiere hier nur, was in der Schrift steht, ohne für die Richtigkeit einstehen zu können.** — —

„Ich hatte mir das Recht vorbehalten, die Antwort zu veröffentlichen, kann sie also auch Dir mittheilen. Ich möchte Dich nun dringend bitten, Strafantrag gegen Kahl zu stellen; wenn es Dir um Deinetwillen zu gering ist, so thue es um meines Großvaterswillen. Wir müssen diesen Ehrabschneider so klein kriegen wie möglich.“

Ich mußte ihm antworten, daß ich leider nach § 189 des Strafgesetzbuches hinsichtlich seines Großvaters zu einem Strafantrage nicht berechtigt sei, daß einen solchen vielmehr nur der einzige noch lebende Sohn — (Pastor von Bodelschwingh in Bielefeld) — stellen könne. In diesem Falle würde ich gern bereit sein, Zeugnis abzulegen. Was dagegen meine Person betreffe, so ließen mich solche Schimpfereien kalt und wenn Professor Kahl die abgedruckte Verleumdungsklage etc., worauf Fürst Bismarck geschwiegen, für **keinen Beweis** hatte, so thäte er mir leid. —

Übrigens ist dem Professor Kahl hinsichtlich seines „Wegweisers“ auch in einer anderen öffentlichen Erklärung in der „Kreuzzeitung“ bereits gehörig die Wahrheit gesagt worden. Er hat es vorgezogen, auf alles dies auch zu schweigen. Mit Lothar Bucher befindet er sich hinsichtlich des **geschichtlichen Wertes** der „Bismarck'schen Erinnerungen“, wie oben nachgewiesen ist, **im diametralen Gegensatz**.

1) Bismarck und Moltke.

Poschinger hat vor kurzem, wie ich in einer Zeitung las, einen Ausspruch Bismarck's über Moltke veröffentlicht, welcher dahingeht:

„Moltke war gut, aber sehr geizig!“

Man kann es kaum begreifen, daß Männer, welche ein gewisses Wohlwollen für den Fürsten Bismarck an den Tag zu legen scheinen, glauben können, ihm mit derartigen Publikationen einen Dienst zu leisten. Nach meiner Überzeugung kann Bismarck, was die Bornehmheit des Charakters nach allen Richtungen betrifft, mit dem von mir hochverehrten Feldmarschall auch nicht entfernt einen Vergleich aushalten!

Außerdem ist bekannt, daß Moltke sich in seiner Jugend in der ehrenwertesten Weise durchschlagen mußte und sogar

von den geringen Mitteln, welche er hatte und den kleinen Beträgen, die er durch Übersetzen erwarb, noch Verwandte unterstützte. Sobald er aber größere Mittel bekam, hat er bedeutende Beträge an seine Verwandten geschenkt, worüber sein Briefwechsel Auskunft giebt.

In dem ersten Teil (Seite 162 und 163) habe ich zur Charakteristik beider einen Vorfall nach der Schlacht bei Sedan mitgeteilt, weil er —, trotz höchster Leistungen das ruhige und bescheidene Zurücktreten Moltkes gegenüber der auch dort hervortretenden Überhebung Bismarcks in drastischer Weise kennzeichnet. —

Im Jahre 1892 erschien in Leipzig bei Karl Minde eine Schrift: „Die Wahrheit über Bismarck. — Ein offenes Wort an die deutsche Nation, von Balder“, welche viel interessantes Material enthält. Ich gedenke einiges davon im dritten Teil mitzuteilen und beschränke mich hier darauf, das zu erwähnen, was sich im Kapitel III, „Biographisches“, auf den Seiten 19 und 20 findet:

„Die Herrschaft Wusterhausen erbte ein Sohn des Kabinettsrats Menken, der eine Frau und fünf Kinder, mithin die echten und rechten Vettern und Cousins des ehemaligen Fürsten Bismarck. Diese fünf Geschwister Menken, die nächsten Blutsverwandten eines Fürsten Bismarck, leben noch, und zwar in tiefster Armut!

Als **Schreiber** dieses dieselben im Jahre 1882, also zu Zeiten der mit vielen Millionen rechnenden Glanzfülle des Fürsten Bismarck aufsuchte, lebte die Familie in einem kleinen ärmlichen Häuschen, das am Abhange eines Hügels, „der Bogelsang“ genannt, bei Neuemühle, unfern Königs-Wusterhausen, eine Bahnstunde von Berlin liegt. Bismarck hatte diesen armen Leuten selbst verboten, . . . „ein Fürst hat überhaupt keine armen, hungernden Blutsverwandte . . .!“

Die Mutter, also eine leibliche Tante des Fürsten, eine uralte Greisin von 89 Jahren, hatte vier ihrer Kinder bei sich, von denen keines, obgleich alle hochbetagt, es zu einem eigenen Hausstande bei dem Niedergange der Verhältnisse nicht zu bringen vermocht hatten. Sie selbst

war mit der zweiten Tochter seit langen Jahren bettlägerig an Krankheit und Altersschwäche. Den Haushalt für die Kranken und die beiden Söhne, ein paar Greise, von denen der eine Kaufmann, der andere Gutsverwalter gewesen, führte die älteste Tochter. Alles, die Möbel, die Kleider, die ruhigen, resignierten, kummervollen Gesichter der fünf alten Leute zeugte von tiefer, jahrelanger Armut, Verlassenheit und Entbehrung. —

Der Bruder des Fürsten Bismarck ließ der Familie durch einen Geistlichen in Wusterhausen jährlich 600 Mark in monatlichen Raten auszahlen, das macht — (ein anderer Sohn, der Geometer war, lebt noch ebenso verarmt und unverheiratet in Wusterhausen) — pro Tag und Person etwas weniger als 34 Pfennige! Vom Fürsten erhielt die Familie — direkt — nichts. —

Alle Achtung vor dem Erfinder und Vollender des Altersrenten- — Gesetzes! —

Von ihrer ärmlichen Wohnung aus vermochte die Familie bis weit in die Ebene von Königs-Wusterhausen hinein, das schier unabsehbare Besitztum, die Wiesen, Wälder, Fluren und Felder mit einem Blicke zu überschauen, das einst ihr stolzes reiches Eigentum gewesen war.

Welch eine Ironie des Schicksals, welch eine gewaltige Tragik lag in diesen Verhältnissen! — Hier die Versunkenheit in tiefster Armut und ein hohes hilfloses Alter, sich gramvoll beugend unter der Last der Jahre und der Erinnerung an bessere Zeit! — Dort in Berlin . . .“

Die Richtigkeit dieser Angaben muß dem Verfasser überlassen bleiben. Man möchte gern daran zweifeln, aber da „Schreiber dieses“ aus **eigener** Kenntniss und Anschauung spricht, so kann man weder Erfindung, noch Übertreibung annehmen. — —

Ist es aber thatsächlich **wahr**, so darf man mit Recht fragen, wie dem Grafen Moltke von dem Fürsten Bismarck **Geiz** vorgeworfen werden kann?!

Bei dem reichen Material, welches mir für den dritten Teil noch zur Verfügung steht, würde ich das obige hier noch

nicht angeführt haben, wenn die Indignation über den qu. Vorwurf mich nicht dazu veranlaßt hätte.

m) Schlusswort.

Ich bin wieder gefaßt darauf, daß ich von Vielen hinsichtlich der unvermeidlichen Notwendigkeit des jetzt gethanen Schrittes nicht verstanden werde, ja wohl auch wieder ein ganzes Teil von Entrüstung auf mich lade. Jedoch habe ich den Entschluß dazu ohne Kenntniss meiner Familie unter steter Anrufung des göttlichen Beistandes — in aller Ruhe gefaßt.

Ohne auch nur entfernt so anmaßend zu sein, mich mit dem Minister von Stein vergleichen zu wollen, möchte ich hier an eine Korrespondenz zwischen dem König Friedrich Wilhelm III. und ihm erinnern, welche ich Försters Preussischer Geschichte, Band I, Seite 871 und 872 entnommen habe.

Das Schreiben Friedrich Wilhelm III. an Stein de dato Königsberg, den 3. Januar 1807 lautet:

„... Aus allem diesem habe ich mit großem Leidwesen ersehen müssen, daß ich mich leider anfänglich in Ihnen geirrt habe, sondern daß Sie vielmehr als ein widerspenstiger, trotziger, hartnäckiger und ungehorsamer Staatsdiener anzusehen sind, der auf sein Genie und seine Talente pochend, weit entfernt das beste des Staates vor Augen zu haben, nur durch Kapricen geleitet, aus Leidenschaft und aus persönlichem Haß und Erbitterung handelt. Dergleichen Staatsbeamte sind aber gerade diejenigen, deren Verfahrungsart am allernachtheiligsten und gefährlichsten für die Zusammenhaltung des Ganzen wirkt. Es thut mir wahrlich wehe, daß Sie mich in den Fall gesetzt haben, so klar und deutlich zu Ihnen reden zu müssen. Da Sie indessen vorgeben, ein wahrheitsliebender Mann zu sein, so habe ich Ihnen auf gut deutsch meine Meinung gesagt, indem ich noch hinzufügen muß, daß, wenn Sie nicht Ihr respektwidriges und unanständiges Benehmen zu ändern willens sind, der Staat keine große Rechnung auf Ihre ferneren Dienste machen kann.“

Friedrich Wilhelm.

Stein antwortete auf der Stelle Königsberg, den 3. Januar 1807, Abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr:

„Euer Königlichen Majestät Allerhöchste Cabinetsordre de dato 3. Januar a. c. habe ich in dem Augenblick erhalten, wo ich mich zu einer in sehr vielen Hinsichten beschwerlichen und bedenklichen Reise nach Memel vorbereitet hatte und im Begriff war, diese Nacht abzugehen. Da Höchstdieselben mich für einen

widerspenstigen, trozigen, hartnäckigen und ungehorsamen Staatsdiener ansehen, der auf sein Genie und seine Talente pochend, weit entfernt das beste des Staates vor Augen zu haben, nur durch Kapricen geleitet aus Leidenschaft und persönlichem Haß handelt, und ich gleichfalls überzeugt bin, daß

dergleichen Staatsbeamte am allernachtheiligsten und gefährlichsten für die Zusammenhaltung des Ganzen wirken,

so muß ich Euer Königliche Majestät um meine Dienstentlassung bitten, der ich hier entgegensehe, da ich unter diesen Umständen den Vorsatz, nach Memel zu gehen, aufzugeben genötigt bin.“

Tags darauf erhielt Stein folgenden Bescheid:

„Da der Herr Baron von Stein unter gestrigem Datum sein eigenes Urtheil fällt, so weiß ich nichts hinzuzufügen.
Königsberg, den 4. Januar 1807.

Friedrich Wilhelm.“

Hierauf schrieb Stein zurück:

„Euer Majestät danke ich unterthänigst für die Bewilligung meines Gesuches und muß nunmehr dahin antragen, daß mir meine Entlassung in der gewöhnlichen Form expediert werde, welches unter den gegenwärtigen Umständen unumgänglich nötig ist.

Königsberg, den 4. Januar 1807.

Stein.

Dies Gesuch blieb unbeantwortet und unberücksichtigt.“

Es ist bekannt, daß Stein, besonders auch auf die dringenden Bitten der Königin Luise, bald wieder in den Staatsdienst berufen wurde und welche unvergänglichen Verdienste er sich um sein deutsches Vaterland erworben hat! Er war ein Mann

von wahrhafter Ehrenhaftigkeit und Selbstlosigkeit. Mein mehrerwähnter Onkel Ernst von Bodelschwingh hat als junger Beamter unter ihm gearbeitet und sprach nur voller Verehrung von seiner Person und mit Begeisterung von seinen Leistungen. —

Bekannt ist die Schärfe, mit welcher der große König Friedrich II. gegen diejenigen Beamten und Richter aussprach, von denen er annehmen zu können glaubte, daß sie nicht **die volle Gleichheit vor dem Gesetze** gegen hoch und niedrig, gegen reich und arm walten ließen. — Die Erzählung von dem Müller von Sanssouci soll nicht historisch richtig sein. — Als der König im Jahre 1784 zum letzten Male nach Westpreußen kam, äußerte er zu dem Ehrenpräsidenten der dortigen Regierung (Regierung war damals, nicht wie jetzt, die Bezeichnung für die Verwaltungsbehörde, sondern der Titel des Oberlandesgerichts) — Freiherrn von Schrötter:

„Ich habe Ihn zum Präsidenten gemacht und muß Ihn also auch wohl kennen lernen. Ich bin eigentlich der oberste Justizkommissarius in meinem Lande, der über Recht und Gerechtigkeit wachen soll; aber ich kann nicht alles selber bestreiten und muß daher solche Leute haben, wie Er ist. Ich habe eine schwere Verantwortung auf mir, denn ich muß nicht bloß von allem Bösen, was ich thue, sondern auch von allem Guten, was ich unterlasse, Rechenschaft geben. So auch Er. Er muß durchaus unparteiisch ohne Ansehen der Person richten, es sei Prinz, Edelmann oder Bauer. Hört Er? Das sage ich Ihm, sonst sind wir geschiedene Leute. Hat Er Güter? — „Nein, Majestät.“ — Will Er welche kaufen? — „Dazu habe ich kein Geld, Majestät.“ — Das ist mir lieb, dann weiß Er, was Armut ist und er wird sich umsomehr der Bedrängten annehmen.“ —

In dem ersten Teile habe ich nachgewiesen, daß ich stets gegen die Übergriffe des Mammons und für die **Gleichheit vor dem Gesetze**, besonders auch bei Ableistung der Militärpflicht, in meinem Landratsamte in Elberfeld eingetreten bin. Dadurch wurde ich dort den Geldleuten unbequem, sollte mitten

in der Erfüllung meiner Aufgabe —, wobei die Zahl der einjährigen Freiwilligen bei einer Bevölkerung des Kreises von 140000 Seelen von 5 auf 70 jährlich gestiegen war, — versetzt werden, forderte meinen Abschied aus dem Staatsdienste und wurde, obwohl ich nach 17jähriger Dienstzeit pensionsberechtigt war, **ohne Pension** entlassen. Mir folgte die Liebe der dortigen Wehrmänner, wie zahlreiche Zuschriften und Eingaben an Seine Majestät den König beweisen. Jetzt sollen, wie die Zeitungen berichten, wiederum Drückereien von der Ehrenpflicht des Militärdienstes in Elberfeld stattfinden. — —

Über mein Militärverhältnis gebe ich im ersten Teile (Seiten 164 bis 184) eingehende Auskunft, habe mich zu beiden Feldzügen 1866 und 1870 — zu letzterem im 50. Lebensjahre — freiwillig gemeldet, bin mit dem eisernen Kreuz für die Belagerung von Metz heimgekehrt, dessen erste Klasse für Champigny mir vom kommandierenden General zwar in Aussicht gestellt, aber nicht gewährt wurde.

Aus meinem Tagebuche nehme ich hier vom 24. September 1888 folgendes auf:

„Von dem Fürsten zu Hohenzollern, der sich lebhaft für die Sache und für den aufgenommenen Kampf interessierte, habe ich 18 Briefe erhalten und eine noch größere Anzahl von dem Feldmarschall Grafen Moltke.“

„Ich habe an unseren jungen thatkräftigen und, wie man allgemein sagt, charakterfesten Kaiser geschrieben und ihn gebeten, daß er Sich in meinem im Jahre 1875 mit mehreren Freunden unternommenen öffentlichen Kampfe gegen die Deutschland aus der Corruption und dem Gründertum drohenden Gefahren, zunächst nur genau informiere oder zwei ehrenwerte Männer — (Namen eines Generals und eines Ministers) — beauftrage, daß sie dies thun und dann darüber Vortrag halten. Wenn der Kaiser **die Wahrheit kennt**, so habe ich **das unbegrenzte Vertrauen** zu Ihm, daß Er auch Gerechtigkeit üben wird. Er hat dies bei seiner Thronbesteigung feierlich gelobt und später besonders dem Johanniterorden Schutz zugesagt. Nun wohl, ich trage diesen Orden seit dem Jahre 1856. Er weiß aber noch nicht, welche Macht Ihm in Berlin bereits gegenüber steht und welche Gefahren für Ihn drohen. Ich legte ihm

Abchrift des Briefes an Kaiser Wilhelm I. vom 26. Juli 1875 und des Briefes vom 29. Oktober 1875 bei.

Könnte ich den Kaiser nur eingehend sprechen! Es wurde mir, nachdem ich früher einmal vergeblich darum gebeten, von hochstehender Seite die Erlangung einer Audienz auf einem Umwege nahegelegt. Doch habe ich dies abgelehnt, obwohl der General von Versen mir seiner Zeit geschrieben hatte, daß Seine Majestät für die von mir vertretene Frage „großes Interesse“ habe.

Zur Zeit Friedrich Wilhelm III. konnte jeder, auch der geringste Unterthan, in wichtigen Sachen das Angesicht seines Königs sehen. Dies ist jetzt anders, wenn auch Allerhöchstderselbe sich noch vor kurzem dahin ausgesprochen hat, daß die Thür zu Ihm jedem offen steht. Ich werde eine Audienz zum zweiten mal **nicht** erbitten. Der frühere Ring ist zwar gesprengt, jedoch habe ich bisher Auge in Auge kein Gehör gefunden. Der verstorbene Kaiser Friedrich III. hat in seiner letzten Lebenszeit, wie ich zuverlässig weiß, zweimal den Vortrag der Sache befohlen, dieser ist dennoch nicht erfolgt. Weshalb nicht? Diese Frage kann ich mir leicht beantworten, will dies aber hier unterlassen.

Lange Jahre hindurch wurden mir im Kreise, in der Provinz, in der Kirche und im Staate eine Reihe von Ehrenämtern zugewiesen. Ich war Mitglied des Kreistages, des Kreis Ausschusses, Amtsvorsteher, ferner Mitglied der Provinzialsynode, der Generalsynode und des Abgeordnetenhauses, Vorsitzender des Ehrenrats des Offizierkorps sowohl am Rhein, als in Pommern. Ich erhielt eine Anzahl Orden, den Johanniterorden und das eiserne Kreuz zc. Seitdem ich es gewagt habe,

in den Kampf gegen die Geldmächte und das Großjudentum einzutreten, ihre verderblichen Einflüsse zu kennzeichnen und für diese Wahrheit rücksichtslos meine Person einzusetzen, ist dies anders. Ich bin persona ingrata und nicht mehr zu gebrauchen, es sei denn, daß ich mir aus eigenem Antrieb Arbeitsfelder schaffe. Hierbei hat vorzugsweise der Einfluß des Fürsten von Bismarck und seiner Familie mitgewirkt.

Sein Bruder war überdies der langjährige Landrat hiesigen Kreises und sein Neffe ist dies noch jetzt. Ich tröste mich dessen, bin auch nie wegen irgend welcher Vortheile und Ehrungen für meine Person thätig und begierig gewesen. Wenn aber, wie dies mehrfach geschehen ist,

ein Makel, welcher mir anhaften soll,

als Grund dieses Ausschlusses und der Entfernung aus allen Stellen angeführt wird, muß ich dagegen endlich energisch Front machen und möchte nun „auch einmal sprechen.“ Dies soll geschehen möglichst ohne Kritik, sondern nur durch Thatfachen.

Gottes Güte hat mich durch großen Segen in der Familie — wir sind einschließlich der Enkelkinder jetzt **48 Personen** — und durch frühere Erfolge in meinem landwirtschaftlichen Berufe reich entschädigt, so daß ich in dem Bewußtsein reiner patriotischer Absichten viele trübe Erfahrungen wohl verschmerzen kann.

Wenn ich **ernste Pflichten** für mein Vaterland und für meine **Ehre** erfülle, ist es mir gleichgiltig, wo und wie ich anstoße. Beständiges Rücksichtnehmen bewirkt Schwäche*)!

Mich soll nichts mehr anfechten! Ich halte mich an die schönen Worte des Paul Gerhard'schen Liedes:

„Ist Gott für mich, so trete gleich alles wider mich;
So oft ich ruf' und bete, weicht alles hinter sich.“

Und:

„In mir und meinem Leben ist nichts auf dieser Erd',
Was Christus mir gegeben, das ist der Liebe wert.“

Von Herzen stimme ich dem folgenden Ausspruche eines Abgeordneten in der Reichstagsitzung vom 17. Januar 1899 zu:

„Die erste Grundlage, auch des Deutschen Reiches muß immer sein und bleiben

„der unerschütterliche Rechtsboden“,

an den niemand tasten darf und sei er noch so hoch gestellt!“

Mein unbegrenztes Vertrauen, daß die Handhabung einer solchen **Gleichheit** vor dem Gesetze auch **der Wille** unseres jetzigen Kaisers ist, ließ mich schon in einer Immediateingabe

*) Anmerkung. Teil I, Seiten 37 und 38.

an Kaiser Wilhelm I. vom 2. September 1882 am Schlusse in Ehrfurcht die Worte aussprechen:

„Allerhöchst Ihr Vorfahr, der Markgraf Friedrich von Brandenburg, äußert sich zu dem Bischof Johann von Waldow, als er im Jahre 1411 die Regierung unter sehr schwierigen Verhältnissen antrat, dahin:

„Nur wo **dem] Gesetze** von allen Klassen der Unterthanen gehuldigt wird, wo alle vor ihm **gleich** sind, wo es seine wohlthätige Kraft über alle in **gleicher** Weise ausgießt, da gedeiht das Wohl der Staaten und der Unterthanen, da herrscht gesetzliche Ordnung und sie ist **das Höchste**, was der Regent seinem Lande verleihen kann, die erste Bedingung des Wohls aller Stände.“

Der Abgeordnete Dr. Windhorst sprach sich gelegentlich der Fideikommiß-Debatte in der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 28. Januar 1891 wie folgt aus:

„Ich will hervorheben, es müssen jederzeit Männer vorhanden sein, welche die öffentlichen Interessen wahrzunehmen im stande sind **in voller Unabhängigkeit nach oben und nach unten**

In dem Zeitalter, in welchem wir leben, muß jede öffentliche Autorität es sich gefallen lassen, daß sie vor die Öffentlichkeit gezogen wird, dadurch kann sie nur gewinnen. Ich setze immer voraus, daß die öffentlichen Autoritäten nach Recht und Gewissen handeln: — wenn das in irgend einem Falle zweifelhaft wird, so muß die betreffende Autorität **selbst** eine öffentliche Erörterung darüber veranlassen, **nur dann** entgeht sie der Gefahr, daß das Vertrauen zu ihr erschüttert wird.

Sehen Sie doch nach England und Sie werden finden, daß seit langer Zeit alle derartigen Verhältnisse, wie sie hier angeführt worden sind, in der Öffentlichkeit behandelt werden und darin beruht die Gesundheit der öffentlichen Meinung dort. Was im Dunkeln gehalten wird, erregt immer einen Ausfall und diesen müssen wir überall vermeiden. Der blankte Schild der Autorität muß jederzeit dem Volke voranleuchten und

das kann nur geschehen, wenn in der Öffentlichkeit über alles, was vorgekommen ist, verhandelt wird."

Es stimmt dies übrigens mit der oben citierten Äußerung des Fürsten Bismarck in seiner bei Gelegenheit der Beratung des Etats von Elsaß-Lothringen im Jahre 1874 im Reichstage gehaltenen Rede, welche lautete:

„Ich schätze an dem ganzen Regime der neueren Zeit nichts so sehr, als die absolute Öffentlichkeit und es soll kein Winkel des öffentlichen Lebens dunkel bleiben."

Er muß sich daher gefallen lassen, daß er auch öffentlich beleuchtet wird.

Auf dem am 26. April c. in Fürstenwalde stattgefundenen brandenburgischen Inneren Missionstage hat der Herr Generalsuperintendent Dr. Dryander folgendes gesagt:

„Die Frage: wie ziehen wir uns „christlich=charakterstarke Männer heran, ist ja von der größten Wichtigkeit. Aber unsere Zeit mit ihrer eigentümlichen Situation ist in ganz besonderem Maße ungünstig für die Erziehung selbstständiger, christlicher, eigenartiger Persönlichkeiten. Es wird heutzutage Alles nivelliert. Wie viele haben überhaupt noch den Muth einer eigenen Meinung? Wie viele wagen heute überhaupt was Anderes zu sagen, als was der Nachbar sagt oder ein allmächtiger Schulze will? Die Feigheit ist heute groß, obwohl sich unsere Zeit auf Selbstständigkeit gerade was zu gute thut.

In Plön habe ich die Reichstagswahl miterlebt. Da habe ich auch neben der „souveränen“ Welt gesehen, um was sich 5 verschiedene Kandidaten bewarben. Wie wurde da — Verzeihung für den Ausdruck! — den Leuten das Maul voll Honig geschmiert über ihre Selbstständigkeit, Bedeutung, Souveränität usw. Und ich mußte mir doch sagen: Je mehr den Leuten in dieser Weise um den Bart gegangen wird, um so mehr sind sie doch alle Schablonen, — Steine, die herumgeworfen werden wie durch ein Wildwasser, bis sie zuletzt alle Ecken verloren haben und ganz abgeschliffen sind, und

wer ihnen dann den größten Stoß giebt, der hat sie! . . . Dennoch bleibt die Bildung charaktvoller Persönlichkeiten und Männer unsere wichtigste Aufgabe. Sollen die Kirchen nicht veröden oder ein Aufenthaltsort nur für Frauen und Kinder werden, so müssen wir die Männer zu erziehen suchen". . .

Diesen Grundsatz hat Fürst Bismarck n. E. nicht gehuldigt. Er konnte volle Selbstständigkeit nicht vertragen, wollte neben sich feste Männer nicht gelten lassen und hat die Charaktere zersezt.

Die „Neue Westphälische Volkszeitung“ bemerkt zu Obigem auch:

„Wo sind die Männer? Abgesehen davon, daß der Ruf nach charakterfesten Persönlichkeiten immer in denjenigen Zeiten am Lautesten ist, wo man am meisten geneigt ist, die charakterfesten Persönlichkeiten fernzuhalten und die allmächtige Schablone in Gemeinden, in Vereine und Parteien regiert, können wir in unseren Tagen den Mangel an selbstständigen Persönlichkeiten wohl hauptsächlich von einer allgemeinen Zeitkrankheit herleiten . . . Man fürchtet sich vor jedem Gedanken, der durchschlägt. Halbheit und Energielosigkeit werden als Klugheit gepriesen, sie sind ja so bequem und jeder Zustand ist recht, der nur Ruhe verheißt. Wo soll da eine Begeisterung zu Stande kommen und ein Charakter heranreifen, wenn der Idealismus verbannt wird und Alles nur in dem breiten Sumpf der Gleichgültigkeit und des sinnlichen Behagens sich wiederfindet? . . . Die Macht eines Gedankens genügt heute nicht mehr, uns zu begeistern, um Hand an's Werk zu legen. Der Weg muß schon sauber geebnet, die Bausteine müssen zusammengetragen und alle Schwierigkeiten beseitigt sein, bevor wir an das Zustandekommen glauben . . . Wenn nicht dieser oder jener einflußreiche Mann seine Mitwirkung zusagt, wagt man den Plan nicht auszuführen, als ob eine Sache, die aus Gott ist, eine Sache, die recht und gut und zeitgemäß ist, nicht durch sich selbst stützen müßte.“ — — —

Ich schließe wieder mit dem mir so sympathischen Ausspruch des General von Clausewitz in seinem Briefe vom 1. September 1807:

„Der Geist der Deutschen fängt an, sich immer erbärmlicher zu zeigen; überall sieht man eine solche Charakterlosigkeit und Schwäche der Gesinnungen hervorbrechen, daß die Thränen uns in das Auge treten möchten. Ich schreibe dies mit unendlicher Wehmut nieder, denn kein Mensch in der Welt hat mehr das Bedürfnis der **National-Ehre und Würde** als ich; aber man kann sich darüber nicht täuschen, die Erscheinung ist nicht zu leugnen. Nur darin denke ich von den Meisten verschieden, daß man dann nachgeben und willig erliegen müsse . . .

Einen Geist wollte ich in Deutschland ausströmen, der wie ein Herengeist mit zerstörender Kraft die Seuche ausrotte, an der der ganze Geist der Nation zu vermodern droht!“

Ich berge mich unter die gewaltige Hand Gottes und vertraue Ihm!

Ich bin der Ansicht, daß wenn ein Buch in hunderttausenden von Exemplaren als Geschichtsquelle für die Zukunft mit der Autorität des Fürsten Bismarck in die Welt geht, welches

die kaiserliche Familie öffentlich preisgiebt, Unwahrheiten über verstorbene Ehrenmänner verbreitet und

ungerecht harte Urtheile aller Art enthält, dies in Preußen nicht unwidersprochen bleiben darf. —

Es wäre wohl „opportuner“ gewesen, — um dies scheußliche Wort zu gebrauchen, — wenn von anderer Seite der Widerspruch erfolgte und Zeugnis abgelegt worden wäre, allein es machte ja niemand den Mund auf.

Inhalt.

	Seite
I. Vorwort	3
II. Notgedrungene und unvermeidliche Berichtigung von Unwahrheiten in den „Erinnerungen“ des Fürsten Bismarck.	
1. Betreffend die erneut aufgestellten unwahren Behauptungen, daß der Minister Ernst von Bodelschwingh am 19. März 1848 den Abzug der Truppen aus Berlin ohne Kenntniss und gegen den Willen des Königs Friedrich Wilhelm IV. veranlaßt habe.	15
2. Die unwahren Behauptungen, welche hinsichtlich des Bruchs mit der konservativen Partei aufgestellt werden	24
3. Hinsichts der unwahren Verdächtigung des Finanzministers Carl von Bodelschwingh	39
4. Betreffend die Ara=Artifel in der „Kreuzzeitung“ und die Deklaranten	40
5. Hinsichts der „Danziger Episode“ und der scharfen unverantwortlichen Urteile, welche Fürst Bismarck über die Kaiserliche Familie fällt	49
6. Betreffend scharfe und unberechtigte Urteile über den Reichstag und angebliche Gegner	52
III. Zweiter Teil von „Bismarck und Bleichröder“ und „Deutsches Rechtsbewußtsein“.	
1. Vorwort	59
2. Kurzer Inhalt des ersten Teiles	67
3. Die deutsche Presse	70
4. Deutsches Recht und Rechtsbewußtsein	97
a) Die Aussprüche der Staatssekretäre des Innern von Boetticher und Graf Posadowsky	97
b) Ausspruch des Abgeordneten von Wedel=Behlingsdorff	103
c) Desgleichen des Stadtgerichtsrats Willmanns	104
d) Desgleichen des Abgeordneten von Ludwig	104
e) Desgleichen der „Germania“	107
f) Desgleichen der „Nessischen Blätter“	109
g) Desgleichen der „Luthardt'schen Kirchenzeitung“	109
h) Desgleichen der „Konservativen Monatschrift“	110

i) Eingabe an den Justizminister	111
k) Der Staatsanwalt Feige vor dem Kammergericht	151
l) Eine Bestellung des Justizministers Grafen zur Lippe	152
m) Ein Bericht an den Kronprinzen	153
n) Der Fürst zu Hohenzollern und seine Vermittelung bei dem Kronprinzen	154
o) Eine Stelle aus meinem Tagebuch vom 29. Oktober 1888 (ein anderer Fall Bleichröder)	155
p) Der Fall des Herrn Carl Paasch und das schwere, noch ungeführte Unrecht, welches ihm geschehen ist	156

VI. Neues Material.

a) Bismarck und Noen	162
b) Ein Immediatgesuch an Seine Majestät den Kaiser und König vom 30. September 1897. — Der Deutsche Reichstag bei einer Rechtsverweigerung	166
c) Mein Militärverhältnis	170
d) Material aus England. — Die Korruption in Deutschland	179
e) Die Wahrhaftigkeit gegen sich, gegen den Nächsten und in der Politik	186
f) Die Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck. — Ein Brief des Freiherrn von Schorlemer-Mst de 1885	194
g) Die Tagebuchblätter von Moritz Busch	201
h) Äußerungen aus dem Lande	212
i) Äußerungen einer Anzahl höherer Offiziere und sonstige Mitteilungen, besonders auch über meine militärische Situation	224
k) Professor Dr. Kohl und sein „Begleiter zu den Erinnerungen des Fürsten Bismarck“	231
l) Bismarck und Moltke. Bismarck beschuldigt Moltke des Geizes.	233
m) Schlußwort	236



Duke University Libraries



D00491236P

